Welt vor dem Abgrund

Politik, Wirtschaft und Kultur im kommunistischen Staate

Nach authentischen Quellen

Ein Sammelwerk, bearbeitet und herausgegeben von
Univ.-Prof. Dr. Iwan Iljin, früher Moskau.

Eckart-Verlag, Berlin-Steglitz / 1931

Das ausführliche Inhaltsverzeichnis
befindet sich am Schluß des Buches

Montanus-Druckerei G.m.b.H., Berlin W 35



*„Die Eule der Minerva beginnt erst mit der
einbrechenden Dämmerung ihren Flug."*
Hegel.

„Bonum quod est supprimitur, nunquam extinguitur."
Publilius Syrus.

Mitarbeiter:

Professor N. von Arseniew.

Dr. L. Axenof.

A. von Bunge.

A. Demidof.

Dr. W. Hoeffding.

Professor Dr. I. Iljin.

M. Kritzky.

Professor N. Kulman.

Dr. A. Melkich.

Boris Nikolsky.

S. von Oldenburg.

Professor N. Timaschew.

Zum Geleit

Der Verfasser dieses Buches und seine Mitarbeiter sind Russen, deren Wesen die Liebe zu Volk und Heimat bestimmt. Der Boden, auf dem dieses Buch gewachsen, ist ein Kreis von Menschen, die von dem Glauben an eine große Zukunft des russischen Volkes durchdrungen sind.

Die Ereignisse der letzten zehn Jahre in Rußland werfen eine Reihe weltgeschichtlicher Probleme auf. Mögen diese Ereignisse und ihre Entstehung noch so lange auf einen ihnen gewachsenen Geschichtsforscher warten, kein Volk kann sich der Fragestellung entziehen, welche Folgen die auf russischem Boden vor dem Welthorizont sich abhebende Entwicklung für sein eigenes Staatsleben, für seine Kultur, für seine Wirtschaft haben mag. Die Wirkungen der kommunistischen Diktatur in Rußland, die dort gemachten Erfahrungen sind deshalb Dinge, die auch andere Völker sehr ernsthaft angehen.

Um auf diese Fragen zu antworten, war es notwendig, die Ergebnisse der kommunistischen Diktatur, die sie in der U.S.S.R. im Laufe einer dreizehnjährigen Regierung gezeitigt hat, zu prüfen und die heutige tatsächliche Lage auf den wesentlichen Gebieten russischen Lebens darzustellen. Diese Aufgabe hat sich das Buch des Herrn Professor Iwan Iljin und seiner Mitarbeiter gestellt.

Der Leser wird sich selbst ein Urteil bilden und zu der aufgeworfenen Frage Stellung nehmen können.

Dem Herrn Verfasser und seinen Mitarbeitern aber sei Dank gesagt für die vorliegende Arbeit, mit der sie sich in den Dienst der ganzen Welt gestellt haben. Ihr Verantwortungsbewußtsein, das aus diesem Buche zu dem Leser spricht, weist den Weg zur Wahrheit.

Berlin, im Dezember 1930.

Freiherr W. von Wrangel.

Einleitung

Der Zweck dieses Buches besteht darin, den Lesern ein Gebiet neuer sachlicher Erfahrungen aufzuschließen und sie zu selbständiger Betrachtung oder Forschung auf diesem Gebiete anzuregen. Das moderne Rußland, wie es in Wirklichkeit aussieht und lebt, ist wahrlich ein Gegenstand, der geeignet ist, manche alte Ansicht überprüfen und neue Einsicht in das Wesen der menschlichen Kultur gewinnen zu lassen. Hier gibt es nur einen Weg: die Tatsachen so festzustellen und zu schildern, wie sie einmal sind; denn die Tatsachen selbst sprechen eine ihnen eigentümliche gewaltige Sprache, die an sich schon geeignet ist, den Ernst und den Sinn der Ereignisse ins Licht zu stellen.

Dieses Sammelwerk ist ausschließlich auf Schilderung von Tatsachen eingestellt. Es schöpft aus zwei Erkenntnisquellen: aus authentischen Aeußerungen der Schöpfer des modernen Rußland und aus unmittelbarer Erfahrung.

Es ist eine grundsätzliche Forderung der Gerechtigkeit, daß man geschichtlich wirkenden Menschen die Möglichkeit gibt, sich über ihre Zwecke, Ziele und Wünsche, über ihr Wollen und ihre Arbeitsmethoden, sowie über die Resultate ihrer Bemühungen auszusprechen. Allerdings wird nicht jede menschliche Absicht zur Tat; aber bei Willensmenschen — wie es die Kommunisten zweifellos sind — wird der Sinn des Vollbrachten erst durch die authentisch zugegebene Absicht voll erschlossen. Was jedoch den objektiven Befund bei der Ueberprüfung der Erfolge und Mißerfolge betrifft, so ist gewiß kaum zu erwarten, daß leidenschaftlich kämpfende Menschen — wie es die Kommunisten sicher sind — im Stande wären, die geschichtlichen Ergebnisse ihrer Tätigkeit objektiv zu schildern und zu beurteilen. Die unvermeidliche Subjektivität ihrer Schilderungen und Angaben ist durchaus kein unüberwindliches Hindernis bei der Festellung der objektiven Wahrheit; im Gegenteil, es gibt methodologische Regeln und Verfahren, deren Befolgung es wie überall, so auch hier ermöglicht, die unwillkürliche Subjektivität der Angaben und auch absichtliche Verschleierungen zu beseitigen.

In unserem Fall kommen ganz besonders folgende Bedingungen und Forderungen in Betracht:

Erstens muß der Forscher die russische Sprache gründlich beherrschen. Die gesamte Sowjetliteratur (Zeitungen, Zeitschriften, stenographische Protokolle, Bücher) muß in der Ursprache und in der ursprünglichen, für den eigenen, inländischen Bedarf bestimmten Redigierung gelesen und richtig verstanden werden. Diesem Grundsatz entsprechend werden in dem vorliegenden Sammelwerke fast ausschließlich authentische russische Quellen verwendet und zitiert; dabei sind die Zitate nach bestem Wissen und Gewissen verdeutscht worden.[1])

Zweitens muß der Forscher die Zustände in Rußland vor dem Kriege und vor der Revolution objektiv und richtig beurteilen können. Jede später eingetretene geschichtliche Erscheinung darf überhaupt nur in Verbindung mit früheren Zuständen begriffen, gedeutet und bewertet werden. Das Relativitätsgesetz beherrscht die Geschichte der Menschheit. Die naive, rein verstandesmäßige Betrachtungsweise — das Gegebene in einem abstrakten An-sich zu behandeln — untergräbt die Urteilskraft des Menschen und erzeugt nur Mißverständnisse.

Drittens muß der Forscher voraussetzen, daß ein leidenschaftlich kämpfender Willensmensch in den Schilderungen seiner Erfolge kaum zum Pessimismus neigen wird; er wird die vorliegenden Schwierigkeiten, Unmöglichkeiten und Mißerfolge unterschätzen und seine „Eroberungen" und „Erfolge" überschätzen. So geht es auch bei den Kommunisten.

Viertens muß der Forscher im Auge behalten, daß diese optimistische Betrachtungsweise immer der Gegenwart und der Zukunft mehr gilt als der unlängst erlebten Vergangenheit, die sich bei dem Tempo des revolutionären Lebens sehr rasch in eine eigentümliche Ferne zurückzieht und dann der Kritik leicht und gern unterworfen wird. Hart und unerbittlich bleibt die Realität: das überschätzte „Morgen" wird zum mißlingenden „Heute" und dann zum mißlungenen „Gestern" und schickt den Menschen die reelle Not als eine harte Prämisse für ihre neuen Pläne und Berechnungen. So darf der Forscher sich nicht durch das phantastische „Morgen" und das berauschte „Heute" irreführen lassen; er muß das nüchterne „Gestern" und das unerbittliche „Vorgestern" voller Ruhe betrachten und untersuchen.

Fünftens muß der Forscher berücksichtigen, daß die Kommunisten selbst nicht allen statistischen Angaben ihrer eigenen Behörden Glauben schenken,[2]) schon deswegen nicht,

---

[1]) Den Stil dieser authentischen Formeln und Redeweisen zu verändern, hielten wir für unrichtig: entsprechend eigenartig und absonderlich klingen sie auch in russischer Sprache.

[2]) Noch Lenin klagte über „das süßliche kommunistische Gelüge des Alltags", Werke XVIII. T. 2 S. 38; Tomsky schildert Larins Berechnungen als eine „von der Decke abgeschriebene Statistik", Stenogr. Bericht des XI. Komm.-Kongresses S. 50; Sten. Bericht des

weil sie gut wissen, daß sie den vorrevolutionären statistischen Apparat zerstört haben und keinen vollwertigen Ersatz schaffen konnten.[3]) Lange Jahre hindurch (bis 1929) haben sie sich doch mit den Berechnungen dieses Ersatzapparates begnügt. Als aber die neue Sozialisierung (im Herbst 1929) begann und die Berechnungen der statistischen Zentralbehörde durchaus ungünstig für den großen Sozialisierungsplan ausfielen, entzog man ihr den letzten Anschein der wissenschaftlichen Selbständigkeit, entließ die zu einem unabhängigen Denken und Berechnen neigenden Forscher und schuf ein neues, dem „Gosplan" (Zentralbehörde für Planwirtschaft) untergeordnetes statistisches Amt (Dekret vom 23. Januar 1930). Diese Tatsache ist psychologisch leicht zu erklären: der leidenschaftliche Willensmensch will von Schwierigkeiten wenig wissen; er sucht nicht nur gehorsame Menschen, sondern auch „gehorsame Tatsachen" . . . Für den Forscher ist aber in Anbetracht dessen außerordentliche Vorsicht geboten; er darf sich nicht blenden lassen; er muß scharfsichtig die *gehorsamen Zahlen* von den *ungehorsamen Tatsachen* zu unterscheiden wissen; er muß die Wirklichkeit aus dem Unwahrscheinlichen herauszuholen verstehen, was allerdings eine ernste, wissenschaftliche Schulung voraussetzt. Die Kommunisten kommen ihm insofern entgegen, als sie wegen der fehlenden Pressefreiheit und der legalen Opposition im Lande sich genötigt sehen, „Selbstkritik" zu üben und fast alle eigenen Angaben und Berechnungen gegenseitig zu bestreiten. Auch wird der Forscher Recht haben, wenn er das schon hervorgehobene Korrektiv, nämlich die *Zeit*, für sich in Anspruch nimmt; die „soeben" gebrachten Berechnungen und Zahlen sind fast durchweg leidenschaftliche Berechnungen und Propaganda-Zahlen; oft bringen schon die nächsten Monate nüchternere Angaben und neue Berechnungen; gewöhnlich kommt die Abkühlung nach einem Jahre; aber auch dann nicht immer. Und wenn jemand seine Arbeit im Jahre 1930 abschließt, so hat er guten Grund, den Zahlen vom Jahre 1928-29 (ceteris paribus) etwas mehr Vertrauen entgegenzubringen als den flüchtigen Zusammenstellungen der letzten Monate. —

XIII. Komm.-Kongresses S. 118; Sten. Bericht des XIV. Komm.-Kongresses S. 44; auch Kamenef unterstreicht, daß bei den Kommunisten die Zahlenangaben in den politischen Kampf „hineingezogen sind", Sten. Bericht des XIV. Komm.-Kongresses S. 265; über widersprechende und unsichere Berechnungen klagt auch Rykof. Stenogr. Bericht des XV. Komm.-Kongr. S. 762; Dsershinsky schildert die kommunistische Rechenschaftsablegung als eine „Phantasterei", als ein „qualifiziertes Gelüge". „Die drei letzten Reden" (Tri poslednije retschi): 1926. S. 40 u. a.

[3]) Vgl. bei Stalin die hohe Schätzung der Berufsehre bei den wissenschaftlich geschulten Statistikern im bürgerlichen Staate. Stenogr. Bericht des XIII. Komm. Kongr. S. 130—131.

Die zweite Quelle — die unmittelbaren Lebenserfahrungen im revolutionären Rußland — hat den Mitarbeitern dieses Sammelwerkes die Möglichkeit gegeben, keine oberflächliche oder phantastische Schilderung der Erscheinungen zu bieten. Mehrere von ihnen verbrachten fünf bis zehn Jahre unter der Herrschaft der Kommunisten; sie wissen sicher und genau, wie die angegebenen Zahlen und die geschilderten Tatsachen oder Methoden im Leben aussehen. Im Bewußtsein einer ernsten geschichtlichen Verantwortung haben sie sich alle bemüht, das *wirkliche Wesen* der Ereignisse zu erforschen und zu beleuchten. Das Einzelne ist nie zu erschöpfen. Das Allerletzte ist nie einzuholen und festzulegen. Ein forschendes Buch kann sich solche Aufgaben auch gar nicht stellen. Wer aber das *Wesen* der Sache erkannt hat, dem wird sich auch das Einzelne und das Allerletzte leicht und richtig erschließen.

Wir suchen Licht in das Wesen der geschichtlichen Tatsachen zu bringen.

Professor Dr. Iwan Iljin.

November 1930.

Die Kommunistische Partei

Von A. von Bunge

Ihre Bedeutung

Die kommunistische Partei Sowjetrußlands — die Bolschewiki — ist die herrschende politische Macht im Lande. Sie herrscht und regiert, — als Kollektivperson. Sie könnte mit vollem Recht sagen: „Der Staat — bin ich." Oder auch mit Lenin: „Der Staat — das sind wir."[1]) Die gesamte Staatsgewalt in allen Abstufungen befindet sich in ihren Händen. In jeder Sowjetbehörde, in jeder gewerkschaftlichen Organisation, in jeder Fabrik, in jeder Schule, in jeder militärischen Einheit besteht aus den vorhandenen Kommunisten eine Urzelle, welche stets als wirkliche Trägerin der Gewalt auftritt. „Wir müssen es wissen und dessen eingedenk sein, daß die ganze juristische und tatsächliche Verfassung der Sowjetrepublik darauf begründet ist, daß die kommunistische Partei alles korrigiert, ernennt und alles nach einem Prinzip aufbaut."[2]) „Die kommunistische Partei ist das Verwaltungsorgan der Sowjetrepublik", formulierte einmal Kamenew,[3]) — „wohin ein Kommunist auch käme, er ist dazu berufen, alles zu leiten, aber keine untergeordnete Arbeit zu verrichten."[4]) Je folgerichtiger, je durchgreifender die Sozialisierung im Lande durchgeführt wird, desto größer wird die Bedeutung der Kommunistischen Partei. Ihr Zentralkomitee wird immer mehr zum einzigen Gesetzgeber der Sowjetunion. Eine ganze Reihe wichtigster Maßnahmen, wie z. B. die Kollektivierung der Bauern, die Fesselung der Arbeiter an ihre Betriebe, die Maßnahmen zur Hebung der Arbeitsleistungen usw. wurden lediglich vom Zentralkomitee der Partei, unmittelbar und endgültig, beschlossen und vorgeschrieben. Besonders die Kollektivierung der Landwirtschaft, die in diesem Jahre ihren Schatten auf das gesamte Leben der Sowjetunion warf, wurde fast ausschließlich von der Kommunistischen Partei durchgeführt. Der Sowjetapparat spielte hierin fast gar keine Rolle. Somit bildet die Kommunistische Partei eine neue regierende Klasse, die über das Schicksal des Staates und des Volkes entscheidet.

Die Zahl der Mitglieder

Was stellt diese neue regierende Klasse, diese Souveränitätsträgerin dar? Am 1. April 1930 zählte die Partei 1 852 090 Mitglieder und Parteikandidaten.[5]) Die gesamte Bevölkerung des Sowjetstaates beträgt jetzt rund 156 Millionen. So kommen auf je 1000 Einwohner 12 Kommunisten, d. h. die kommunistische Partei macht 1,2 Prozent der Gesamtbevölkerung oder 2,1 Prozent der Bevölkerung im Alter über 18 Jahren aus. Dieses Zahlenverhältnis ist jedoch nicht gleichbleibend, je nachdem wir die Stadt oder das Land in Betracht ziehen. Im Jahre 1928 machte die Zahl der Kommunisten 3,18 Prozent der Stadtbewohner aus; unter der Landbevölkerung jedoch waren sie nur mit 0,26 Prozent vertreten.[6]) In Innenrußland allein (RSFSR.) betrug zu derselben Zeit die Zahl der kommunistischen Zellen auf dem flachen Lande 15 500; Dorfgemeinden gab es aber 310 000, d. h. daß auf jede kommunistische Zelle mehr als 20 solcher Dorfeinheiten entfielen. Der mittlere Bestand einer kommunistischen Zelle betrug 13 Mitglieder.[7]) Ohne zu übertreiben, kann man daher behaupten, daß die kommunistischen Zellen nur kleine Inseln im uferlosen Meere des Bauerntumes darstellen.

Die Zahl der Mitglieder der kommunistischen Partei ist sehr veränderlich. Sie schwankte zwischen 446 000 am 1. Januar 1924 und 1 852 090 am 1. April 1930. Dies war bisher die höchste Zahl. Diesem Anwachsen ging eine verstärkte Rekrutierung von Mitgliedern voraus, durch die im ersten Viertel des Jahres 1930 den Reihen der Partei über 200 000 neue Mitglieder zugeführt wurden. Im Vergleich zu derselben Zeit des Vorjahres machte der Zuwachs mehr als das Doppelte aus.

Der Klassenbestand der Partei

Nach ihrem Klassenbestande setzte sich die Partei am 1. April 1930 folgendermaßen zusammen: Arbeiter 68,9 Prozent, Bauern 18,7 Prozent, Angestellte und andere 12,4 Prozent.[8]) Die weit überwiegende Zahl der Arbeiter scheint dem Charakter der Kommunistischen Partei vollkommen zu entsprechen, da diese doch als Trägerin und Rückgrat der „Diktatur des Proletariats" auftritt: „Unsere Partei ist eine proletarische Partei." „Von allen Seiten umgeben von kleinbürgerlichen Elementen muß unsere Partei alle Maßnahmen ergreifen, um ihren proletarischen Kern zu stärken", wiederholen die kommunistischen Führer ständig in ihren Reden. „Nicht jedem wird die hohe Ehre zuteil, Mitglied einer Partei zu sein, deren Gründer und Leiter Lenin gewesen ist. Die Söhne der Arbeiterklasse, die Söhne der Not und des Kampfes, die Söhne der riesigen Entbehrungen und der heroischen Anstrengungen — das sind die vorbestimmten Mitglieder dieser Partei."[9]) Die Resolutionen aller Konferenzen betonen immer

[1]) Lenins Werke, Band XVIII, Teil 2, Seite 55.
[2]) Ebendaselbst, Seite 181, 182.
[3]) Stenogr. Bericht des IX. Kommun. Kongresses, Seite 284. In rechtswissenschaftlicher Hinsicht eine ganz unrichtige Formel.
[4]) Ebendaselbst, Seite 297.
[5]) Siehe die zum XVI. Kommun. Kongreß veröffentlichten Zusammenstellungen von Nikitin, „Prawda", 1930, 26. Juni.

[6]) Kommunistitscheskij Kalendar, 1928, Seite 43.
[7]) Ebendaselbst.
[8]) „Prawda", 1930, 26. Juni.
[9]) Stalin, ebendaselbst.

aufs neue, daß es unerläßlich sei, die Zahl der Arbeiter nach Möglichkeit zu steigern und den Prozentsatz der Arbeiter so hoch wie möglich zu gestalten.

Der Begriff „Arbeiter" ist in der Parteistatistik jedoch kein Klassenbegriff, sondern ein reiner Standesbegriff. Als Arbeiter werden sowohl die wirklichen Arbeiter (die sogenannten „Arbeiter am Werktische") als auch gewesene Arbeiter, die später Angestellte oder Beamte geworden sind, angesprochen. Da eine sehr große Zahl von Kommunisten im Staatsdienste steht (nach Angaben der Parteizählung vom Jahre 1929 zählten von den 1 145 000 Kommunisten 439 000 zu den Angestellten im Staatsapparat, wobei die vielen Angestellten im Verwaltungsapparat der Partei und in den Gewerkschafts-Organisationen nicht eingerechnet sind), so sind die Hauptfiguren der Kommunistischen Partei der Staatsangestellte und der Beamte. Sie bilden die zahlenmäßig größte und auch einflußreichste Gruppe der Partei. In letzter Zeit gelang es, die Zahl der „Arbeiter am Werktische" in der Partei zu heben, jedoch beklagt die Parteipresse, daß eine große Zahl der Arbeiter-Kommunisten beständig in den Dienst des Staatsapparates übergeht, oder aufs Land zur Erfüllung kommunistischer Aufträge weggeschickt wird.[10]) Die Parteiphraseologie, die immer behauptet, daß einzig und allein der Arbeiter das wirkliche Rückgrat der Kommunistischen Partei darstelle, dagegen der deklassierte Beamte nur ein unerwünschtes Anhängsel der Partei ausmache, — kann die Tatsache nicht leugnen, daß der „Arbeiter am Werktisch" ein verhältnismäßig seltener Gast in der Partei bleibt. Aus diesen Gründen kann die Kommunistische Partei kaum als Arbeiterpartei, als eine Partei der Arbeiterdiktatur, bezeichnet werden.

Wenn der Arbeiter ohne Einschränkung als erwünschtes Element in der Partei angesehen wird, so ist das Verhältnis zum Bauern desto unklarer und unbestimmter. Einerseits werden häufige Klagen über die Schwierigkeiten der Entwicklung des Kommunismus auf dem Lande laut. „Die Bedeutung unserer Partei auf dem Lande ist nur sehr gering. Die Bauernbevölkerung im Alter von 18 bis 60 Jahren beträgt im Reiche 53 Millionen, Kommunisten jedoch gibt es in den Landzellen nur 136 000, d. h. 0,26 Prozent. Unendlich langsam entwickelt sich das Wachsen unserer Partei auf dem Lande."[12]) Andererseits werden den Bauern alle nur erdenklichen Schwierigkeiten beim Eintritt in die Partei gemacht. Die Bauern sind eigentlich ungebetene Gäste bei den Kommunisten. Sie wittern in jedem Bauer einen Kulaken, einen ideologischen Großbauern; die Stimmungen der Kulaken aber machen den Kommunisten immer Sorge. Die Bauern sind schlechte Parteimitglieder. Sie wollen nicht freiwillig den Kommunen und den Kollektivwirtschaften („Kolchosy"), beitreten. „Ich habe eine große Wirtschaft", sagt der Bauer, „weshalb soll ich denn in die Kommune gehen? Dort haben sich Faulenzer versammelt; arbeiten wollen sie nicht. Ich werde dort nur meine eigene Wirtschaft ruinieren und zum Bettler werden."[13]) Je weniger es solche Parteimitglieder gibt — desto besser, — behaupten mehrere Parteitheoretiker. So werden denn den Bauern nicht nur Schwierigkeiten beim Eintritt in die Partei gemacht, sondern manchmal ist ihnen die Tür der Partei einfach verschlossen. Im Jahre 1923 z. B. war den Bauern der Eintritt in die Partei vollkommen untersagt.

Die Schwierigkeiten beim Eintritt in die Partei

Die verhältnismäßig geringe Anzahl der Parteikommunisten erscheint merkwürdig. Die Kommunistische Partei behält das Machtmonopol; sie ist die Spenderin aller Gaben. Dementsprechend ist die Zahl der Eintrittsbegehrenden sehr groß; jedoch ist es nicht leicht, in die Partei hineinzukommen. Gewöhnlich ist jede politische Partei bestrebt, die Zahl ihrer Mitglieder zu vergrößern; anders verhält es sich bei den Kommunisten. „Wir fürchten eine allzu große Erweiterung der Partei", — sagte Lenin;[14]) „uns ist es wichtiger, eine nicht zu große Zahl gut disziplinierter Parteimitglieder mit einem ausgesprochenen Klasseninstinkt zu haben, als eine uferlose Zahl von Kleinbürgern." Diesen Worten zufolge stehen die Türen der Partei nur für die „echten" Vertreter des Kommunismus offen; dagegen sind alle übrigen, weniger privilegierten Sterblichen genötigt, eine vorläufige, manchmal langdauernde Prüfung durchzumachen, bevor sie in die Partei hineingelassen werden. Allerdings können Türen und Riegel, die die „Reinheit" der Partei schützen sollen, leicht umgangen oder aufgebrochen werden. „Zu uns, zu der Regierungspartei, versuchen sich stets allerhand Karrieristen und Gauner hineinzudrängen, die nichts weiter verdienen, als erschossen zu werden", sagte Lenin mit der ihm eigenen Entschlossenheit. „Sie nennen sich Kommunisten und betrügen uns; sie sind zu uns gekommen, weil wir jetzt an der Macht sind und weil ehrlichere Elemente infolge ihrer rückständigen Ideen und Ueberzeugungen sich scheuen, zu uns zu kommen. Karrieristen dagegen haben weder Ueberzeugungen noch irgendwelche Ehrlichkeit."[15]) Um derartige Elemente zu entfernen, „die

---

[10]) „Prawda", 26. Juni 1930.

[12]) Stalin, Stenogr. Bericht des XIII. Kommun. Kongresses, S. 522.

[13]) Komsomolskaja Prawda, 1929, Nr. 33.

[14]) Lenin, Werke, XVII., S. 137.

[15]) Lenin, Werke, XVII., S. 38.

der Partei ein Aussehen geben, als hätten sich zwei Parteien in einer vereinigt",[16]) ist es unerläßlich, den Personalbestand der Partei sorgfältig zu prüfen und ständig zu „säubern".

Säuberung der Partei

„Von Zeit zu Zeit ist es notwendig, mit einem Besen in der Hand durch die Reihen der Partei zu gehen", erklärte Stalin auf dem XII. Parteikongreß. „Die Partei wäre zweifellos zerfallen, wenn man nicht mittels der ‚Säuberung' Mitglieder, welche parteiwidrige Ansichten vertreten, entfernen würde."[17]) Bereits im Jahre 1920 war eine allgemeine Säuberungsaktion vorgenommen worden, bei welcher aus der Gesamtzahl von 750 000 Mitgliedern 174 000, d. h. ungefähr 23 Prozent, ausgeschlossen wurden. Außer dieser allgemeinen Säuberung wurden in den nächsten Jahren im Verlauf von 27 Gebiets- und Gouvernementssäuberungen noch 265 000 weitere Mitglieder ausgeschlossen. Eine solche Säuberungsaktion ist eine Angelegenheit für sich. Sie zeigt am besten, wie die kommunistische Partei über das Schicksal ihrer Mitglieder verfügt, und mit welcher Schärfe sie in die intimsten Angelegenheiten ihres alltäglichen Lebens eingreift. Während der Säuberung wird nicht nur die Klassenzugehörigkeit der einzelnen geprüft, ihre Parteitätigkeit, ihr Benehmen in der Partei, sondern es wird auf die kleinsten Einzelheiten ihres Privatlebens eingegangen. So wurden z. B. unlängst während der Säuberung in Nishnij-Nowgorod die Parteimitglieder gefragt, warum sie ein Trümeau, einen Teppich usw. besäßen und weshalb in ihren Räumen keine Bilder der kommunistischen Führer zu sehen seien.[18]) In Bugulmà wurde ein Parteigenosse gefragt, ob es wahr sei, daß er häufig ein Teegebäck, genannt „Der Rote Oktober", esse, und ob er dadurch sein Privatbudget nicht zu sehr belaste; ferner, warum er allein das Kino besuche, seine Frau zu Hause lasse und sie nicht „entfessele"[19]) usw. In Moskau wurden die Studentinnen befragt, woher sie die Mittel nehmen, um Puder zu kaufen, und weshalb sie mit p a r t e i l o s e n Studenten Spaziergänge unternehmen.

Die Ausschlußgründe sind sehr verschieden. Am häufigsten werden Ausschließungen mit T r u n k s u c h t, R o w d y t u m, V e r u n t r e u u n g usw. begründet. Zwei Mitglieder wurden sogar wegen „Selbstmordversuch" ausgeschlossen. Als ein sehr schwerwiegendes Vergehen wird die Ehe mit einem Vertreter des Klassenfeindes angesehen. Es ist dafür sogar eine besondere Bezeichnung geprägt worden: „Eine nichtentsprechende Ehe", die häufig den Ausschluß aus der Partei zur Folge hat. Einer von den kommunistischen Theoretikern, Dr. A. Salkind, begründet diese Strenge damit, daß eine sexuelle Neigung zu einem Vertreter des Klassenfeindes ebenso unnatürlich und pervers sei, wie eine sexuelle Neigung zu einem Krokodil oder zu einem Orang-Utang. Dabei vergißt er offenbar, daß der bei den Kommunisten so vergötterte Karl Marx selbst mit einer „Aristokratin" verheiratet war und ihr sein ganzes Leben über treu blieb.

Die kommunistische Moral

Bei der allerstrengsten Ahndung gewisser Versäumnisse und Vergehen kann man bei den Kommunisten eine weitgehende Toleranz anderen Handlungsweisen gegenüber beobachten, die in den Augen der anderen Klassen als durchaus verächtlich gelten. Der Hauptverkünder der kommunistischen Moral war wie in allen anderen Fragen L e n i n selbst. Er betonte immer: „M o r a l i s c h i s t d a s, w a s d e r k o m m u n i s t i s c h e n P a r t e i n ü t z l i c h u n d v o r t e i l h a f t i s t." Mit dem ihm eigenen Zynismus und seiner Art, alle Dinge bei ihrem Namen zu nennen, sagte er: „Die Partei ist kein Mädchenpensionat; man soll die Parteiarbeiter nicht mit dem Maßstabe einer kleinlichen, bürgerlichen Moral messen. E s k a n n v o r k o m m e n, d a ß e i n L u m p u n s g e r a d e d a d u r c h n ü t z l i c h w i r d, d a ß e r e i n L u m p i s t."[20]) In Uebereinstimmung mit derartigen Ansichten konnten Leute wie der bekannte Bolschewik Viktor Taratuta in der Partei bleiben, hohes Ansehen genießen und eine glänzende Karriere machen. Ueber diesen Taratuta sagte Lenin dem sozialdemokratischen Historiker Roschkoff: „Er ist gerade deshalb gut, weil er vor nichts zurückschrickt; könnten Sie sich z. B. zur Erreichung von Parteizielen von einer reichen Kaufmannsfrau aushalten lassen? Nein, und ich würde das auch nicht machen. Taratuta aber hat es doch fertiggebracht. Dieser Mensch ist unersetzlich." Ueber einen anderen bekannten Bolschewiken, Leshawa-Murat, erzählt der Schriftsteller Jaroslawsky,[21]) daß er zur Zeit des zaristischen Regimes Mitglied der politischen Geheimpolizei (Ochrannoje Otdelenije) war. Obgleich das überall bekannt war, machte Leshawa eine glänzende Karriere, wobei ihm seine Vergangenheit erst im Momente seines Uebergangs zur Opposition zum Vorwurfe gemacht wurde.[22])

Das Benehmen der Kommunisten

Ungeachtet aller Säuberungen und Ausschließungen, ungeachtet der Kontrolle der Parteimitglieder und aller Schwierigkeiten beim Eintritt in die Partei — erscheint die Kommunistische Partei, die ein Muster für das Gesamtproletariat sein

[16]) Sinowjew, Stenogr. Bericht des XI. Kommun. Kongresses, S. 352.
[17]) Lenin, Werke, VII., S. 122.
[18]) Iswestija, 11. April 1929.
[19]) Prawda, 10. Mai 1929.

[20]) Siehe bei dem Sozialdemokraten W. Woitinsky, „Die Jahre der Niederlagen und der Siege", Band 2.
[21]) Zeitschrift „Der Bolschewik", 1928, Nr. 23—24.
[22]) St. Iwanowitsch, WKP., S. 189 (russ.).

sollte, bei weitem nicht auf der Höhe ihrer angeblichen Berufung. Die Sowjetpresse strotzt von Vorwürfen gegen die Parteimitglieder, denen sie die verschiedensten Vergehen und Verirrungen auf allen möglichen Gebieten vorwirft. „Die Parteimitglieder trinken mehr als die Parteilosen."[23]) „Die Kommunisten, deren Zahl auf der Siasski-Fabrik 35 Prozent der Gesamtarbeiter ausmacht, benehmen sich schlechter als die übrigen. Betrunken schlafen sie an den Maschinen, sie rauchen während der Arbeitszeit, verstümmeln sich Finger und Beine."[24]) Auf der Fabrik „Lenta" z. B. hat sich die kommunistische Zelle vollkommen zersetzt. Die Leute tranken, nahmen in die Partei nur Vorgesetzte und überhaupt nur „nötige" Elemente auf. Der Fabrikdirektor, ein Kommunist, zwang die hübscheren Arbeiterinnen zum Geschlechtsverkehr mit ihm, verfolgte die Arbeiter wegen der sogenannten „Selbstkritik" usw.[25]) Auf der „Textilfabrik namens Lenin" wurden mehrere Mitglieder der kommunistischen Zelle zu Gefängnisstrafen wegen organisierten, systematischen Diebstahles von Wolle verurteilt.[26]) Im Mai dieses Jahres wurden in Astrachan 45 Parteimitglieder, von denen die überragende Mehrzahl seit dem Jahre 1917 der Kommunistischen Partei angehörte, wegen Trunksucht, Orgien, Unzucht, Bestechung, Veruntreuungen, Vergewaltigung von Frauen usw. dem Gericht übergeben.[27]) Derartige Beispiele könnte man bis ins Unendliche fortsetzen. Die Sowjetpresse stellt einfach fest, daß Parteimitglieder die übrigen demoralisieren, indem sie bei ihnen die Ueberzeugung wecken, einem Kommunisten wäre alles erlaubt, ihm ginge alles von der Hand usw.

Die Kommunisten als regierende Partei

Als neue, regierende Klasse haben sich die Kommunisten ebenfalls kaum bewährt. Lenin, der anfangs den Standpunkt vertrat, daß jede Köchin einen sozialistischen Staat regieren könne, ist binnen kurzer Zeit durch die Erfahrung eines Besseren belehrt worden. Bereits im fünften Jahre des Bestehens der bolschewistischen Regierung erklärte er auf dem XI. Kongreß: „Die Kommunisten verstehen es ganz vorzüglich, über den revolutionären Kampf zu sprechen; um jedoch aus unserer Lage, unserer Armut und unserem Betteltum einen Ausweg zu finden, brauchen wir bedachte, kultivierte, zuverlässige Leute; über solche aber verfügen wir nicht. Niemand ist daran schuld; es herrscht überall Getümmel, Wirrwarr, Unsinn. Zu wirtschaften verstehen wir nicht. Wir haben vollkommen klar bewiesen, daß wir so wie die Kapitalisten nicht zu wirtschaften verstehen. Man muß es begreifen und

[23]) Komsom, Prawda, 1929, Nr. 53.
[24]) Projektor, 14. April 1929.
[25]) Komsom, Prawda, 1929, Nr. 33.
[26]) Trud, 1928, Nr. 220.
[27]) Komsom, Prawda, 1929, Nr. 120.

sich vor dem Bekenntnis nicht fürchten, daß die verantwortlichen Kommunisten in 99 Fällen von 100 nicht diejenigen Posten bekleiden, zu welchen sie sich eignen könnten."[28])

Der verstorbene Krassin, einer der nächsten Mitarbeiter Lenins, äußerte sich über seine Parteigenossen noch schärfer. In seinen unlängst in London veröffentlichten Briefen an seine Frau schreibt er: „Es ist schwer, sich von der in Moskau herrschenden Unordnung einen Begriff zu machen. Die Ignoranz in den höheren Instanzen Moskaus ist so groß, die Geschäfte werden so schlecht geführt, daß ich persönlich jede Hoffnung verliere. Meine Parteigenossen waren Schwätzer und sind Schwätzer geblieben. Wieder ist meine ganze Arbeit und Anstrengung verloren gegangen. Eine Gruppe von Idioten hat meine ganze Arbeit zu nichte gemacht, etwa so, wie ein Knabe das Spinngewebe zerreißt."[29]) An einer anderen Stelle schildert Krassin seine Parteigenossen in folgender Weise: „Unter uns befinden sich 10 Prozent Idealisten, die bereit sind, für ihre Ueberzeugungen zu sterben, die aber unfähig sind, sie zu verwirklichen; und 90 Prozent Gauner und Karrieristen (Streber), die sich uns zugesellt haben zu ihrem eigenen Nutzen und Vorteil."

Es erscheint unmöglich, den Worten solcher Kenner ihrer Umgebung, wie Lenin und Krassin, noch etwas hinzuzufügen. Besonders häufig klagte Lenin über den Mangel an Kultur und Bildung unter den Kommunisten. Er ging sogar bis zu derartigen Vergleichen und Voraussetzungen: „Wenn das siegende Volk auf einer höheren Kulturstufe steht als das besiegte, so drängt es dem letzteren seine Kultur auf. Es kommen aber auch umgekehrte Fälle vor. Ist nicht etwa Aehnliches in der Residenz der USSR. geschehen, und sind nicht die Kommunisten von einer fremden Kultur geknechtet?"[30])

Der Bildungszensus der Kommunisten

Die Berechtigung der Klagen Lenins über die Unbildung der Kommunisten wird durch die Angaben über ihren Bildungsgrad bestätigt. Nach den Feststellungen der Parteizählung im Jahre 1927 hatten von den Parteimitgliedern zu verzeichnen:

Höhere Bildung	9 614	d. h.	0,8 %
Mittlere Bildung	104 707	d. h.	9,1 %
Volksschulbildung	720 203	d. h.	63,0 %
Häusliche Bildung	283 512	d. h.	21,8 %
Analphabeten gab es	26 100	d. h.	5,3 %[31])

[28]) Stenogr. Bericht des XI. Kongresses, S. 37—38.
[29]) Krassin, Briefe an seine Frau. Briefe vom 25. September und 8. Oktober 1922.
[30]) Lenin meint damit die „bürgerliche" Kultur des vorrevolutionären Rußlands. Stenogr. Bericht des XI. Kommun. Kongresses, S. 37—38.
[31]) Kommunistitscheskij Kalendar, 1928 (russ.).

Auf diese Weise verfügten von der Gesamtzahl der Kommunisten, die im Jahre 1927 1 143 150 betrug, nur 114 231, d. h. 9,9 Prozent über höhere und mittlere Bildung. Zu gleicher Zeit betrug die Zahl derjenigen Kommunisten, die sich im Staatsdienste befanden, verschiedene Aemter bekleideten und das Land regierten, 438 832. Wenn man sogar annehmen würde, daß alle 114 331 Kommunisten mit höherer und mittlerer Bildung in dieser Zahl der Angestellten mit einbegriffen waren, so hätten demnach doch noch 324 500 Angestellte mit Haus- und Volksschulbildung als Regierungsvertreter fungiert. Deswegen wohl klagte z. B. der Kommunist Bumashny auf dem XII. Parteikongreß über das häufige Analphabetentum im Partei- und Staatsapparat. In letzter Zeit hat der Prozentsatz der Analphabeten abgenommen, und am 1. April 1930 waren im ganzen nur 1,6 Prozent der gesamten kommunistischen Partei, und 3,5 Prozent der Kommunisten in den bäuerlichen Zellen Analphabeten.[32]) Wie niedrig der Bildungsgrad der Parteimitglieder ist, kann daraus ersehen werden, daß von 1184 leitenden Angestellten eines Bezirks am 1. April 1930 nur 34, d. h. 3,5 Prozent Hochschulbildung zu verzeichnen hatten, daneben 16,2 Prozent mittlere und 80,3 Prozent Volksschulbildung aufwiesen.[33])

Das innere Leben der Partei

Es dürfte klar sein, daß das innere Leben einer Partei, die aus den geschilderten Elementen besteht, kein geistig hohes Niveau aufweisen kann. Die ehemals kleine Kommunistische Partei mit ungefähr 40 bis 50 000 Mitgliedern, die sich hauptsächlich aus Intellektuellen und aus den „klassenbewußten" Arbeitern rekrutierte, von einem revolutionären Pathos durchdrungen war, durch langjährige gemeinsame, „unterirdische" (geheime) Arbeit zusammengeschweißt dastand und vor 12 Jahren die Macht an sich riß, hat sich also im Laufe dieser Zeit vollkommen verändert. Sie ist zu einer schwerfälligen, von fremden Elementen überfüllten Regierungspartei geworden, die über das Monopol der Macht und Legalität verfügt. Außerhalb der Partei ist es fast unmöglich, sich im politischen oder auch im wirtschaftlichen Leben zu betätigen. Die Partei hat keine Rivalen, sie hat niemanden zu bekämpfen. Ihre Theorie und ihre Lebensanschauung sind verknöchert. In den Werken Lenins ist „alles" ein für alle Mal geklärt und gelöst. Hier gibt es Antworten auf alle Fragen der Theorie und der Praxis. Zur Zeit verfügt die Partei nicht einmal über einen Führer, der ihre Ideologie und zugleich ihren Willen personifizieren könnte. Stalin stellt den Willen, jedoch nicht das Denken der

---

[32]) „Prawda", 20. Mai 1930.

[33]) Ebendaselbst.

Partei dar. Das Parteileben als solches stagniert. Für ein Durchschnittsmitglied besteht es lediglich im Besuche der obligatorischen Versammlungen und Demonstrationen, die meist nur aus Furcht vor der Parteikontrolle besucht werden. „Die Versammlungen sind unendlich langweilig. Man muß Vorträge anhören, deren Beschlüsse schon längst vorher angefertigt sind. Das Durchschnittsmitglied zieht es vor, über alle Fragen sich auszuschweigen, um nur nicht in irgendeine „Abirrung" zu geraten. Die Richtschnur für das Benehmen besteht darin, keine Irrtümer zu begehen. Und da nur derjenige nicht irrt, der nichts tut, so zieht das Mitglied vor, nach Möglichkeit nicht das Geringste zu unternehmen, um nur keine Fehler zu machen. Es besteht nur das eine Interesse, auf irgendeine Weise zu erfahren, für wen oder wofür die Mehrheit abstimmen wird, um mit ihr abzustimmen."[34]) „Die Partei lebt in zwei Stockwerken. Im oberen Stockwerke wird alles entschieden, im unteren erfährt man nur die Entscheidungen."[35]) „Die obere Schicht entscheidet alles, ohne die Partei zu befragen; die Partei ist hierbei nur anwesend, sie ‚arbeitet' die gefaßten Beschlüsse durch und stimmt ihnen zu."[36]) Die Parteimitglieder kommen davon ab, Fragen durchzudenken. Es wird zur Gewohnheit, „nicht zu denken, sondern nur auszulegen und zu kommentieren".[37])

Die Parteimitglieder des „unteren Stockwerkes" hören die Parteivorträge an, die nach ein und demselben Schema gemacht werden. Das Interesse an den Versammlungen fällt. Ebenso geht auch in katastrophaler Weise der Besuch dieser Versammlungen zurück. Die kommunistische Presse berichtet über verschiedene Maßnahmen, die dazu dienen sollen, die Besucherzahl zu heben. So werden in einigen Städten nach den Versammlungen Kinovorstellungen gratis geboten, wobei jedoch nur diejenigen die Vorstellung mit ansehen dürfen, die den Vortrag wirklich mit angehört haben. An anderen Orten werden die Kinovorstellungen durch Blasorchester oder Tanzvergnügen ersetzt. Jedoch scheinen alle diese Maßnahmen nur wenig zu helfen, da die Presse sich ständig und eifrig mit der Frage beschäftigt, wie das Interesse an den Versammlungen zu heben wäre. ...

Die innerparteilichen Zwistigkeiten

Während „im unteren Stockwerk" der Partei das Leben einschläft, geht im „oberen Stock" ein heftiger innerer Kampf vor sich. Dieser Kampf nahm seinen Anfang bereits zu Lebzeiten Lenins. Nach seinem Tode und mit der Zunahme der

---

[34]) „Komsomolskaja Prawda", 1929, Nr. 137.

[35]) Stenogr. Bericht des XIII. Kommun. Kongresses, S. 264.

[36]) „Prawda", 24. Juni 1930.

[37]) Ebendaselbst.

Schwierigkeiten des Staatslebens nahm er einen immer heftigeren Charakter an. Das war nicht nur ein Kampf um die Macht, sondern auch eine heftige Kollision verschiedener Gesinnungen, verschiedener Strömungen im Kommunismus, und auch ein Kampf der unterschiedlichen Elemente innerhalb der Partei selbst. Die kommunistischen Theoretiker führen diese Zwistigkeiten auf den ständigen Zufluß kleinbürgerlicher Elemente in die Partei und auf deren Wunsch, die Gewalt an sich zu reißen, zurück. Es würde zu weit führen, alle diese taktischen und prinzipiellen Fragen zu erörtern, durch deren Auftauchen die seinerzeit einheitliche Partei in mehrere Teile zerspalten wurde, um so mehr, als viele von diesen Zwistigkeiten jetzt nur noch historisches Interesse haben. Es ist aber notwendig, auf eine der Folgen dieser Zwistigkeiten hinzuweisen, da sie eine überaus große Bedeutung hat.

Lenins alte Garde

Die Führer der kommunistischen Partei, ihre „Elite", sind die alten Bolschewiken, die sogenannten „Unterirdischen", die sich in der Vorkriegszeit an dem Kampfe um die revolutionäre Umwälzung illegaler Weise („unterirdisch") betätigten, und die schon zu der Zeit der Partei angehörten, als die Mitgliedschaft keine Privilegien und Vorteile bot, sondern mit Gefahren und Entbehrungen verbunden war. Lenin, auf den man bei jeder Fragestellung eigentlich zurückgreifen muß, sagte: „Der Charakter unserer Partei wird nicht durch ihren gegenwärtigen Bestand bestimmt, sondern durch die kolossale, unbegrenzte Autorität derjenigen äußerst dünnen Schicht, welche man als alte Parteigarde ansehen kann."[38])

Nun sind die Reihen dieser alten Garde z. Z. sehr gelichtet. Nach der Parteizählung vom Jahre 1927 gab es nur noch 10 728 solcher Genossen, d. h. weniger als 1 Prozent sämtlicher Parteimitglieder. „Die Hälfte von ihnen sind Invaliden, die ein für alle Mal aus der Front ausgeschieden sind."[39])

Zur Pflege dieses aussterbenden Restes, dieser „Männer des Rates und der Tat", hat die Kommunistische Partei eine ganze Reihe von Maßnahmen getroffen. Es wurden unzählige Vorschriften ausgearbeitet, nach welchen diese alten Parteimitglieder ihr Leben auf die Minute regeln sollen, um möglichst lange der Partei und der Kommunistischen Internationale dienen zu können. Jedoch bleiben diese Maßnahmen zwecklos, und die Gruppe der alten Garde ist im Aussterben begriffen. „Wir begraben täglich unsere besten Genossen" —

[38]) Siehe das Zitat im Stenogr. Bericht des XIV. Kommun. Kongresses, S. 285.

[39]) Partija w zifrach, Moskau, 1928, S. 93 (russ.).

wurde auf dem XIV. Kongreß erklärt.[40]) Durch die inneren Zerwürfnisse in der Partei wird gerade diese dünne Schicht der alten Garde gespalten und zersplittert. Einer nach dem anderen scheiden diese nächsten Mitarbeiter Lenins aus. Es vollzieht sich jetzt ein allen Revolutionen eigener Prozeß des Aussterbens der „orthodoxen" Revolutionsführer. Aus unbestimmbaren Gründen hat dieser Prozeß bis jetzt noch nicht die Form gegenseitiger Hinrichtungen angenommen, wie dies zur Zeit der französischen Revolution der Fall war. „Die französischen Revolutionäre ertränkten einander im Blut", schreibt ein deutscher Journalist, „die russischen Revolutionäre ertränken einander im Sumpf. Jedoch ist das Resultat dasselbe: — Ausscheidung der aktiven Revolutionäre und ihr erzwungenes Nichtstun." Und wirklich sehen wir in Sowjetrußland eine tatsächliche Ausschaltung dieser aktiven Revolutionäre der alten Garde. Ununterbrochen werden alte, aktive Parteimitglieder ihrer führenden Stellungen enthoben, eventuell auch aus den Reihen der Partei ausgestoßen und dadurch zu politischem Tode verurteilt. Der physische Tod und der Eintritt der Invalidität werden, in ihrer vernichtenden Arbeit, noch durch dieses „Absägen" und durch die Verbannung unterstützt. „Die Politik des ‚Absägens' ist für die Partei voller Gefahren. Diese Methode ist gefährlich und ansteckend. Heute kommt einer, morgen ein anderer, übermorgen ein dritter an die Reihe. Was wird nun in der Partei übrig bleiben, und was wird aus der Partei werden?" So äußerte sich Stalin im Dezember 1925. Heute ist derselbe Stalin der eifrigste Führer und Vollstrecker der von ihm ehedem verurteilten Politik. Er verbannt die bekanntesten Führer in kleine Städte, stößt sie aus der Partei aus, entbindet sie ihrer Aemter. Nach der Entfernung von Tomsky, Bucharin und Lunatscharsky ist außer Rykoff[41]) kein einziger Mitarbeiter Lenins in der Umgebung Stalins geblieben. Sie sind alle durch neue Personen ersetzt worden, welche zu Zeiten Lenins nur untergeordnete Rollen spielten. In seinem Kampfe mit der alten Garde sucht Stalin sich auf jüngere, nachrevolutionäre Elemente zu stützen. Vor der Hand bleibt er Sieger; es ist aber eine Frage, wie lange und wie weit ihm diese Elemente folgen werden.

Der innere Kampf

So sieht im ganzen das Bild der Kommunistischen Partei am Ende des 13. Jahres ihrer Herrschaft aus. Aus der Erfahrung dieser Jahre sehen wir, daß die kommunistische Partei eine riesige Parteibürokratie geschaffen hat, welche die ihr zugewiesene Arbeit nur schlecht bewältigt, weil sie schlecht geschult und wenig gebildet ist, die aber die warmen

[40]) Stenogr. Bericht des XIV. Kommun. Kongresses, S. 825.

[41]) Auch Rykoff ist neuerdings „kaltgestellt" (Nov. 1930).

Plätze in der Verwaltung fest besetzt hält und vornehmlich daran interessiert ist, diesen Zustand aufrecht zu erhalten. Die Kommunistische Partei hat ihr revolutionäres Pathos verloren. Sie ist von neuen, häufig fremdstämmigen Elementen durchsetzt worden, welche sich ihr nicht aus idealen Gründen, sondern nur des persönlichen Vorteils wegen angeschlossen haben, der mit der Zugehörigkeit zu einer regierenden Partei stets verbunden ist. Diese Elemente beginnen immer mehr und mehr den Ton in der Partei anzugeben. Die alte Generation der Kommunisten ist geschwächt und ermüdet; sie harrt ihrer Ablösung, und vom Charakter dieser Ablösung hängt viel für das fernere Schicksal der Revolution ab.

Die Organisation der Diktatur

Von Prof. N. Timaschew

Das Studium der Organisation einer Diktatur gehört zu den schwierigsten Aufgaben. Nur selten haben die Diktaturen den Mut, so offen aufzutreten, wie es die Mussolinische tut. Gewöhnlich verhüllen die Diktatoren den Aufbau ihrer Macht, und dies nicht ohne Grund: die Verhüllung erschwert einerseits die Bekämpfung der wirklichen Organisation, und schafft andererseits naive Menschen, die den Kern nach der Hülle beurteilen und sich mit der gegebenen Lage der Dinge zufrieden geben.

Die Verfassung

Die gegenwärtige Diktatur in Rußland ist eine besonders verschleierte. Daß es eine Diktatur gibt, wird zwar offen zugegeben. Als eine Diktatur der Werktätigen, der Arbeiter und der Bauern, wird der Sowjetstaat von seinen Freunden verherrlicht. Wäre der Sowjetstaat, so wie er in den Verfassungen auftritt, verwirklicht, dann wäre von einer Diktatur eigentlich kaum eine Rede. Denn die außerhalb des politischen Lebens stehenden „Nichtwerktätigen" bilden nach all den Spoliationen nur einen Bruchteil der Bevölkerung, und die in der Verfassung niedergelegte Organisation ist zwar recht eigenartig, doch sicherlich als demokratisch zu bezeichnen. Es wählen bekanntermaßen die Arbeiter, nach Betriebseinheiten zusammengefaßt, und die Bauern in den Landgemeinden ihre „Vertrauensmänner", deren Zusammentritt den lokalen Sowjet bildet. Dieser Sowjet wählt einerseits sein ausführendes Organ und andererseits eine Delegation zum Sowjet höherer Stufe, der technisch „Kongreß der Sowjets" genannt wird. Dasselbe geschieht auf jeder anderen Stufe, so daß der Unionkongreß der Sowjets, dem verfassungsmäßig die höchste Gewalt im Staate zusteht, als eine, wenn auch indirekte Vertretung der werktätigen Massen auftritt, und die von ihm gewählten höchsten ausführenden Organe — der Rat der Volkskommissare und der Unionshauptvollzugsausschuß — nur als Vollzieher des durch den genannten Kongreß vertretenen Volkswillens erscheinen. Die Entscheidung gehört also der Masse der aktiven Bürger, was insbesondere dadurch offenbar wird, daß sämtliche vertretenden und vollziehenden Organe auf recht kurze Fristen gewählt werden.

Der verfassungsmäßige Sowjetstaat hat aber keinen Augenblick existiert. Der Umsturz vom 7. November 1917, der ihm offiziell das Leben gegeben hat, ist durch die Spitze der kommunistischen Partei durchgeführt worden, die

Wo der Kommunismus den Sieg davontragen wird, da wird er auch das System der Terrors einführen und verwirklichen; und überall, wo dies geschehen wird, werden etwa dieselben Folgen ins Leben treten: Verelendung und Aussterben der antikommunistischen Elemente im Lande, Zerknirschung und verbissener Ingrimm in den Seelen der terrorisierten und geknechteten Menschen; eine eigenartige Anabyose des unterdrückten und verstümmelten politischen Lebens; eine wirtschaftliche Erlahmung der gesunden wirtschaftlichen Elemente. — Und alle diese Folgen sind in soziologischer Hinsicht gesetzmäßig und unumgänglich.

Kommunismus als Beamtenherrschaft

Von Prof. I. Iljin

Panpolitismus

Das Wesen der kommunistischen Doktrin besteht vor allem darin, daß die Privatinitiative und das mit ihr zusammenhängende Privateigentum — das Prinzip des Schädlichen und des „Uebels" im menschlichen Sozialleben ausmachen:[1] dieses Prinzip müsse dementsprechend unterdrückt und abgeschafft werden. An seine Stelle würde dann das heilbringende Prinzip des planmäßigen Regulierens treten, das Prinzip des willenskräftigen, zentralisierenden, politischen Verordnens — ein wirtschaftlicher und kultureller *Panpolitismus.*

Alles das, was der Mensch aus der „anarchischen" Selbsttätigkeit seines Selbsterhaltungstriebes tut und leistet, würde dann auf der „höheren Stufe" des menschlichen Voraussehens, Wollens und Entscheidens — höchst rationell, kraftsparend und zweckmäßig — geschehen. Dann erst könnte die Wissenschaft — eine neue Lebenstechnik, und der Staat — eine neue Lebensordnung schaffen; die Klassenpolitik des Proletariats würde aber für die „Gerechtigkeit" der neuen Daseinsweise bürgen.

Die Idee der Sowjetbürokratie

Die Grundidee dieses Systems besteht also darin — die *Natur* im menschlichen Sozialleben durch *Gutdünken* und *Willkür* zu ersetzen; die *spontane Initiative* des Privatmenschen auszuschalten und den entstandenen Riß mit *Staatsverordnungen* auszufüllen; an die Stelle des *irrational-zweckmäßigen Instinktes* den *Zwang* und den *Terror* einzusetzen; das Prinzip der *wetteifernden Vielheit* zu unterdrücken und das *Prinzip der zentralistischen Einheit* ausschlaggebend zu machen; das *Organische* des gesellschaftlichen Wesens zu *mechanisieren* und die kulturelle Schicht der Klassenfeinde durch die frischen und richtig eingestellten Kräfte des kommunistischen Proletariats zu verdrängen.

Diese Grundidee ist schon seit 12 Jahren nicht nur als Idee führend, sondern zum reellen Schema der Wirklichkeit in Sowjetrußland geworden. Die Kommunisten haben ihre Idee realisiert und dementsprechend ein merkwürdiges Bild geschaffen, nämlich ein nie dagewesenes System der *revolutionären* und *kommunistischen Bürokratie,* einer Beamtenschaft, welche aus der *ungebildetsten* und *politisch allerunerfahrensten* sozialen Schicht

[1] Vgl. bei Trotzky z. B. „Der Satan des Marktes", Stenogr. Bericht des II. Kommun. Kongresses, S. 306.

rekrutiert wird. Diese Bürokratie sucht in Sowjetrußland nicht nur als primum movens, sondern als solum movens aufzutreten und zu fungieren: die sozialen Kräfte, die von ihr noch nicht unterjocht und verschlungen sind, werden systematisch einer Zersetzung und einer Neugestaltung entgegengetrieben; sie sucht nicht die Einheitlichkeit im sozialen Leben, sondern eine systematische Einzigkeit und Ausschließlichkeit zu erreichen. Sie will, ihrer Idee nach — „alles in allem" werden. Und es wäre vielleicht von großem Interesse zu verfolgen, ob und inwiefern es ihr gelingt. Ich versuche im folgenden, ausgiebiges authentisches Material zusammenzustellen und die Kommunisten selbst über die Resultate ihres bürokratischen Experimentes sprechen zu lassen. Man kann sicher sein, daß in der kommunistischen Presse durchaus nicht alles gesagt und erzählt wird, was den Tatsachen entspricht, wohl aber, daß die Tatsachen nicht besser aussehen können, als sie von den Kommunisten selbst in ihrer erzwungenen „Selbstkritik" geschildert werden.

ie Vollmacht

In ihrem riesigen, bürokratischen Experimente werden die Kommunisten durch nichts gestört oder behindert: sie können und machen nach ihrem freien Gutdünken, alles was sie wollen. „Worin besteht unsere Kraft und was fehlt uns? Politische Macht haben wir vollauf genügend. Die wirtschaftliche Grundmacht — ist auch gänzlich in unseren Händen."[2]) „Was die Macht anbetrifft, so hat jeder von uns, um es aufrichtig zu sagen, zu viel davon und niemand sehnt sich nach Macht";[3]) auch könnten „wir" darum „ohne weiteres mit einem Federstrich den Privathändlern Feuer und Wasser verbieten" . . . usw. Kurz, der Mißerfolg der ganzen Bürokratisierung ist nicht auf eine politische Unmöglichkeit im Sinne eines „Nichtdürfens" oder eines „Gestörtwerdens" zurückzuführen, sondern auf ein sachliches — wirtschaftliches und geistiges — Scheitern.

e ehemaligen
amten

Die Kommunisten haben mehrmals versucht, die Mißleistungen ihrer Bürokratie durch „Sabotage" und Ränke der noch nicht abgebauten, vorrevolutionären Beamtenschaft zu erklären.[4]) An allem wäre das „jämmerliche Erbe des Zarismus schuld".[5]) Daneben sehen sie sich aber gezwungen, ohne weiteres festzustellen, daß der Prozentsatz der alten Beamten-

---

[2]) Lenin, Werke, Bd. XVIII, T. 2, S. 39; Rede vom 27. März 1922.

[3]) Sinowjew, Stenogr. Ber. des XII. Kommun. Kongresses, S. 202.

[4]) Das findet man noch bei Lenin, Werke, Bd. XVIII, T. 1, S. 277, T. 2, S. 45.

[5]) Stenogr. Bericht des XV. Kommun. Kongresses, S. 424.

schaft im Verhältnis zum neuen Personal überaus gering ist: im Durchschnitt nicht über 4,2 v.H.; daß diese „alten Beamten" aus dem „zaristischen Apparate" fast ausschließlich die niedrigsten Dienststellen innehaben (Wächter, Pförtner, Aufräumer u. a.); und daß sie im übrigen pflichttreu und loyal arbeiten.[6]) Dementsprechend müssen wir feststellen, daß das kommunistisch-bürokratische System von einer neuen, nachrevolutionären Beamtenschaft geschaffen ist und verwirklicht wird: wir haben vor uns die sogenannten „Hervorgeschobenen", eine neue aus den Betrieben herangezogene Arbeiter-Elite — die allerbeste Auslese der revolutionären Schichten, was die Kommunisten selbst offen zugeben und gerne unterstreichen: „Wir wissen, daß die Auslese für die wirtschaftlichen Organe und für die Sowjetbehörden keine schlechte gewesen ist: es ist das Beste, was in unserer Partei und in unseren Organisationen zu finden war."[7]) Oder noch entschiedener: „die besten Vertreter des Proletariats regieren jetzt in Rußland".[8])

Was hat nun in Wirklichkeit diese neue kommunistische Beamtenschaft aus ihrer ganzen diktatorialen Vollmacht geschaffen und geleistet?

Bürokratismus als Wunde

Alle stenographischen Berichte, alle Reden, alle Zeitungen der Kommunisten wimmeln von Klagen über die „Bürokratie" und den „Bürokratismus". Schon Lenin ärgerte sich fortwährend über das, was er „bürokratische Perversität"[9]) oder „das Uebel des Bürokratismus"[10]) nannte. „In unserer Staatsordnung ist der Bürokratismus zu so einer Wunde geworden, daß unser Parteiprogramm sich darüber ausspricht."[11]) „In der Menge unserer Kongresse übertreffen wir alle Staaten der Welt."[12]) „Was sind aber alle unsere Sitzungen und Ausschüsse? Sehr oft nur ein Spiel."[13]) „Es sind schon 5 Jahre, daß wir uns an der Ausbesserung unseres Staatsapparates abmühen"; es ist „aber nur ein Anschein der Arbeit"; wir stecken noch immer in einem „Getümmel"; wir „backen" zahlreiche Behörden, und im Grunde genommen sieht die Sache

---

[6]) Selbstverständlich ist dieser Prozentsatz höher: in Banken (17 %), in Finanzbehörden (16,2 %), aber auch im Kontrollamt (9,5 %), im Gerichtswesen (8,3 %). Dieselben Schlüsse werden auch aus den statistischen Angaben über die Altersstufen der Sowjetbeamtenschaft gezogen. Vgl. Stenogr. Bericht des XV. Kommun. Kongresses, S. 468/69; Iswestija vom 14. April 1929.

[7]) Stenogr. Bericht des XV. Kommun. Kongresses, S. 447.

[8]) Lenin, Werke, Bd. XVIII, T. 1, S. 356.

[9]) Lenin, Bd. XVIII, T. 1, S. 12, 33, 135.

[10]) Ebendaselbst, S. 226.

[11]) Ebendaselbst, S. 122.

[12]) Ebendaselbst, S. 379.

[13]) Ebendaselbst, XVIII, T. 2, S. 15; vgl. XVIII, T. 1, S. 87.

nicht nur „traurig", sondern „abscheulich" aus.[14]) Einmal ging er in seinem hilflosen Aerger so weit, daß er vorschlug, die ganze Beamtenschaft aus den Moskauer Behörden „in das allerschlechteste Moskauer Gefängnis für sechs Stunden einzusperren", und die Genossen aus dem Kommissariate des Außenhandels — „für 36 Stunden".[15])

Drei Jahre verstrichen nach Lenins Tod, und Dsershinsky, der damals auch schon vor dem Ende stand, klagte und zürnte über die gleichen Erscheinungen. „In unserer bürokratischen Verwaltungsorganen und Kanzleien wird sehr viel Energie verbraucht, aber Nutzen, das muß ich offen gestehen, Nutzen haben wir davon abscheulich wenig."[16]) „Wir leiden an einem Organisations-Fetischismus";[17]) und „wenn ich mir unseren ganzen Apparat, unser ganzes Verwaltungssystem, unseren unerhörten Bürokratismus vergegenwärtige, so ergreift mich davor direkt ein Grauen".[18]) Diese „unendlichen kollegialen Sitzungen, Ausschüsse, Beratungen usw." müssen unbedingt auf ein Minimum zurückgeschraubt werden, sonst „wird die Arbeit unmöglich"[19]) usw.

Es geschieht immerfort ein und dasselbe: „Der Bürokratismus füllt unvermeidlich unsere Parteiapparate" und „die Sowjetorgane aus";[20]) „wir müssen einen lebendigen Apparat aus ehrlichen Menschen schaffen";[21]) und in Wirklichkeit „taugt unser Apparat, hol ihn der Teufel, gar nichts";[22]) wir haben überall entweder Bürokratismus oder Chaos.[23]) Dadurch wird die Partei von den Massen getrennt und ihnen gegenübergestellt;[24]) und für die „kolossale Menge" der von uns begangenen „Fehler, Dummheiten und Widrigkeiten" werden wir kräftig von den Bauern gescholten.[25]) Der obere und der untere Staatsapparat sind in dieser Hinsicht gleich: auch „in unseren untersten Behörden gibt es einen Bürokratismus, in der verkehrtesten, in der häßlichsten Form

---

[14]) Ebendaselbst, T. 2, S. 118, 120, 116, 60.
[15]) Lenin, Bd. XVIII, T. 2, S. 44.
[16]) Dsershinsky, Die drei letzten Reden, 1926, S. 19 (russ.).
[17]) Ebendaselbst, S. 32.
[18]) Ebendaselbst, S. 54.
[19]) Ebendaselbst, S. 33.
[20]) Trotzky, Stenogr. Bericht des XI. Kommun. Kongresses, S. 119; vgl. bei Maharadze, Stenogr. Bericht des XV. Kommun. Kongresses, S. 223.
[21]) Kamenef, Stenogr. Bericht des XII. Kommun. Kongresses, S. 411; vgl. die Beschlüsse des Kongresses, S. 619/20.
[22]) Bumashny, Stenogr. Bericht des XII. Kommun. Kongresses, S. 98.
[23]) Nogin, Stenogr. Bericht des XII. Kommun. Kongresses, S. 67.
[24]) Trotzky, Stenogr. Bericht des XIII. Kommun. Kongresses, S. 154.
[25]) Molotof, Stenogr. Bericht des XV. Kommun. Kongresses, S. 1065.

— wie viel sie wollen".[26]) Statistisch wäre festzustellen, daß z. B. im Jahre 1924 51 Gouvernements 17 000 Privatklagen zu verzeichnen hatten, darunter 61 Prozent, also rund 10 370 Klagen über den Bürokratismus der Sowjetbehörden.[27]) Und nur in einem Punkte sind die Kommunisten uneinig, nämlich ob der bürokratische Apparat in den bürgerlichen Staaten besser oder schlechter arbeitet als im Sowjetstaate . . .[28])

Man darf durchaus nicht denken, daß die Kommunisten den Bankrott ihres Apparates nur feststellen und nicht zu bekämpfen suchen. Nein! Fast jedes Jahr werden großartig angelegte „Säuberungen" des Apparates durchgeführt. Aber dieser Kampf wird von ihnen geführt als V e r z w e i f l u n g s k a m p f. Nach 12 Jahren sieht man in den führenden Zeitungen der Kommunisten den Aufruf fett gedruckt: „Hetzt die Bürokraten!"[29]) Die Kontrolle wird plötzlich und konvulsiv vorgenommen; sie wird gewöhnlich „Ueberfall" genannt,[30]) und ihre Resultate kommen oft in die Zeitungen.

Das, was diese Kontrolle feststellt, ist, wie ein führender Kommunist (Kujbyschef) gesteht, „nicht zu erzählen". Es wäre unendlich viel",[31]) aber das Hauptsächlichste ist doch herauszugreifen.

Die Zahl der Angestellten

Erstens — die Zahl der Angestellten. Sie ist nicht nur unverhältnismäßig groß, sondern zeigt noch eine beständige Tendenz zum Steigen. Dies ist leicht zu verstehen und zu erklären: denn nie hat es noch einen Staat gegeben, der es versucht hätte, das ganze private und halbprivate Leben seiner Bürger in die öffentliche Hand zu nehmen; die Zahl der Angestellten, der Behörden, der Staatsorgane m u ß i m m e r z u n e h m e n, je nachdem neue Seiten und Funktionen des Lebens „sozialisiert", „munizipalisiert", „kollektiviert" werden. . . . . D i e h e r a u s d i f f e r e n z i e r t e F u n k t i o n m u ß d o c h v o n j e m a n d e m b e s o r g t — r e g i s t r i e r t, o r g a n i s i e r t, i n G a n g g e s e t z t w e r d e n usw.

Per 1. Oktober 1922 zählten die Kommunisten 1 320 000 Sowjetbeamte.[32]) Nach anderthalb Jahren, also am 1. Mai 1924, stellten sie fest, daß die Zahl der Angestellten rund 1 500 000

---

[26]) Ordschonikidze, Stenogr. Bericht des XV. Kommun. Kongresses, S. 555; vgl. bei Jakowlef, ebendaselbst, S. 514.
[27]) Kujbyschef, Stenogr. Bericht des XIV. Kommun. Kongresses, S. 538.
[28]) Stalin meint — schlechter, Stenogr. Bericht des XIV. Kommun. Kongresses, S. 32; Ordschonikidze meint aber, der Sowjetapparat tauge nichts, wäre aber doch besser als in Deutschland, Frankreich usw., Stenogr. Bericht des XIV. Kommun. Kongresses, S. 395.
[29]) Z. B. Iswestija, 16. Mai 1929.
[30]) Russisch „nalöt", ein terminus technicus aus dem Argot der Räuberbanden. Siehe z. B. Iswestija, 1929, 24. April, 17. Mai usw.
[31]) Stenogr. Bericht des XIII. Kommun. Kongresses, S. 303.
[32]) Stenogr. Bericht des XII. Kommun. Kongresses, S. 207.

Menschen erreicht hat.[33]) Etwa im Dezember 1925 berichtete man über 1 850 000 Beamte des Staatsapparats;[34]) diese Zahl wurde aber bestritten: es wäre richtiger mit rund 2 500 000 Angestellten zu rechnen.[35]) Aber schon in den nächsten Jahren (1926/27) mußten die Kommunisten feststellen, daß der Staatsapparat in Sowjetrußland aus 3 722 000 Menschen besteht, worunter rund 2 000 000 rein administrative Posten bekleiden.[36]) Seitdem ist der sogenannte „sozialistische Sektor" weiter gewachsen, und die Zahl der Angestellten hat weiter zunehmen müssen, allein schon in den so stark wachsenden Kollektivwirtschaften. Am 27. Juni 1930 berichtete Stalin dem XVI. Kommunistischen Kongresse, daß der Sowjetstaat über 4 596 000 Angestellte verfügt, die in Lohndienst stehen und eine nicht-körperliche Arbeit leisten (Prawda, 29. Juni). Die Sozialisierung war aber noch lange nicht zu Ende. . . .

r
stematische
bau

Es ist recht interessant hervorzuheben, daß die Sowjetmacht jahraus jahrein an dem Abbau ihres Apparates systematisch arbeitet;[37]) jedoch ohne Erfolg. Es wurde daran im Zentrum schon in den Jahren 1918—1922 gearbeitet; die Zahl der Beamten wuchs aber immerfort.[38]) Fast jede Parteikonferenz und jeder Parteikongreß beschließen einen harten Abbau durchzuführen;[39]) er wird auch immer von neuem vorgenommen.[40]) Es hilft nichts; kaum hat man hier abgebaut, siehe da, in einem Monate oder in einem halben Jahr ist die Zahl der Angestellten wieder angeschwollen.[41]) Wie kommt es dazu? Es wird viel zu viel „leere, unnütze Arbeit" gemacht, die von „gänzlich unnützen Menschen" emsig verrichtet wird — versucht ein führender Kommunist zu erklären.[42]) Der Staats-

e Ueber-
mpliziertheit
s Apparates

apparat der Kommunisten ist eben überkompliziert und ungefügig: der Zentralapparat, die Parteibehörden, die Sowjetbehörden, die wirtschaftlichen Organe, die GPU.-Agentur; und alles dies in den erkünstelten „National-Republiken"

---

[33]) Stalin, Stenogr. Bericht des XIII. Kommun. Kongresses, S. 120.
[34]) Molotof, Stenogr. Bericht des XIV. Kommun. Kongresses, S. 73; vgl. auch bei Kujbyschef, S. 541.
[35]) Sinowjef, ebendaselbst, S. 120.
[36]) Ordschonikidze, Stenogr. Bericht des XV. Kommun. Kongresses, S. 399; vgl. bei Stalin, ebendaselbst, S. 61.
[37]) Teilweise „auf dem Papier", Stenogr. Bericht des XI. Kommun. Kongresses, S. 319.
[38]) Lenin, Bd. XVIII, T. 2, S. 77; siehe Prawda, 1930. VIII. 13 — nach dem Abbau wächst der Bestand weiter.
[39]) Z. B. Stenogr. Bericht des XIII. Kommun. Kongresses, S. 274, 637.
[40]) Vgl. den grundlegenden Bericht des Kommunisten Ordshonikidze in den Sitzungen des XVI. Kommun. Kongresses, Prawda, 5. 7. 1930.
[41]) Festgestellt von Ordshonikidze, Kotoff, Satonsky; Stenogr. Bericht des XV. Kommun. Kongresses, S. 551, 433, 425.
[42]) Satonsky, Ebendaselbst, S. 425; vgl. Lenin, Bd. XVIII, T. 4, S. 249.

und „Provinzial-Staaten" getreu abgespiegelt und wiederholt.[43]) Alles verzweigt sich ins Unendliche: so stellte man z. B. fest, daß nur eine einzige Kommission des Sownarkoms[44]) (genannt „Sto") 120 untergeordnete Ausschüsse bei sich führte;[45]) oder noch: die Geschäftsführung im sogen. „Prombüro"[46]) wurde so verwickelt, daß Woroschilof vorschlug, einen besonderen „Verwaltungsapparat für die Verwaltung dieses Verwaltungsapparats" zu schaffen.[47]) Jeder neue Entwurf hat bis 16, ja bis 20 behördliche Instanzen zu durchwandern.[48]) Der Etat einer „föderativen Republik" muß aber mit 63 Instanzen rechnen.[49]) Und jede Instanz hat schwere, unendliche, tagelange Sitzungen abzuhalten.[50]) Im Moskauer Zollamt hat z. B. jedes Zollaktenstück 110 verschiedene Operationen durchzumachen, an denen sich 33 Menschen beteiligen müssen[51]) usw. Es überwiegt überall zahlenmäßig das Kanzleipersonal (im Durchschnitt 60 %); das operative Personal tritt aber bedeutend zurück (im Durchschnitt nur 40 %).[52]) Und so kommt es dazu, daß der ganze „vielstöckige Apparat"[53]) gewissermaßen zu einem „Selbstzweck" wird,[54]) der sich selbst ohne weiteres genügt.

Die riesigen
Unkosten

Es ist ohne weiteres klar, daß dieser ganze Apparat ungeheuer kostspielig wird und einen riesigen Aufwand an Geldmitteln erfordert. Die Kommunisten sehen sich genötigt, immerfort von einer Verbilligung ihres Apparates zu sprechen,[55]) können aber auch in dieser Hinsicht keinen Erfolg buchen. Im Dezember 1927 berichtete ein führender Kommunist in den Sitzungen des XV. Kongresses, daß die 2 000 000 Beamte des rein administrativen Apparates dem Sowjetstaate rund 2 Milliarden Rubel kosten.[56]) Das macht rund 1000 Ru-

---

[43]) Stenogr. Bericht des XV. Kommun. Kongresses, S. 413/14.
[44]) Sownarkom entspricht etwa einem Ministerrat.
[45]) Lenin, Bd. XVIII, T. 2, S. 53.
[46]) Eine Behörde für die Industrie des Südostens.
[47]) Erzählt von Stalin; Stenogr. Bericht des XII. Kommun. Kongresses, S. 55. Stalin fügt hinzu: „Solcher Tatsachen gibt es eine Unmasse, mehr als bei mir Haare auf dem Kopfe".
[48]) Vgl. „Torgowo-Promyschlennaja Gaseta" vom 19. Nov. 1926; Stenogr. Bericht des XV. Kommun. Kongresses, S. 508.
[49]) Stenogr. Bericht des XV. Kommun. Kongresses, S. 508.
[50]) Siehe z. B. Iswestija vom 18. April 1929.
[51]) Ordschonikidze, Stenogr. Bericht des XV. Kommun. Kongresses, S. 408.
[52]) Stenogr. Bericht des XIV. Kommun. Kongresses, S. 610. In Westeuropa steht es umgekehrt.
[53]) Karajef, Stenogr. Bericht des XV. Kommun. Kongresses, S. 507.
[54]) Stalin, Stenogr. Bericht des XII. Kommun. Kongresses, S. 55.
[55]) Siehe z. B. in den Beschlüssen des XII. Kommun. Kongresses, S. 212, 619.
[56]) Ordschonikidze als Berichterstatter; Stenogr. Bericht des XV. Kommun. Kongresses, S. 399.

bel jährlich pro Kopf. Daraus wäre zu schließen, daß der gesamte Apparat (4 596 000 Menschen) im Jahresbudget einen Satz von mehr als 4½ Milliarden ausmacht . . . Das Steigen der Indexe muß aber ein entsprechendes Steigen der Gehälter nach sich ziehen; im Jahre 1924 machte diese Steigerung gegen das Vorjahr 72 % aus.[57]) Auch relativ ist der Sowjetapparat ungeheuer kostspielig: die sogenannten „allgemeinen Verwaltungsausgaben" der Industrie machen durchschnittlich 20 % des geleisteten Arbeitswertes und bis 100 % der Auslagen für den Arbeitslohn aus.[58])

Nun drängt sich von selbst die Frage auf: Was leistet eigentlich dieser ungeheure, überkomplizierte und kostspielige Verwaltungsapparat? Wie arbeitet er? Was gelingt ihm? Wer sind die Menschen, die seine Reihen füllen? Bei der Beantwortung dieser Fragen benutze ich wieder nur authentisches Material aus kommunistischen Quellen.

malismus Die ganze Arbeit des Sowjetapparates verläuft formalistisch und mechanisch. „Es wird nicht das Wesen der Sache behandelt, sondern die Form ihrer amtlichen Behandlung"; und „alle Entscheidungen werden in summarischer Weise getroffen."[59]) „Trocken" und „formalistisch" verläuft die ganze Arbeit;[60]) jeder „kennt nur seine eigene Stellung, seine amtlichen Angelegenheiten; wir besitzen weder Verbindung noch Zusammenhang; es fehlt uns die Perspektive" . . .[61]) So arbeitet man überall, oben und unten: im Rate der Volkskommissare, wo jeder nur sein Amt, nur seine Behörde im Auge hat, — „alles übrige ist gleichgültig";[62]) und in der allerletzten „kooperativen" Staatsbude: „offiziell", „verächtlich" (besonders den „ärmer gekleideten" Käufern gegenüber), „beamtenmäßig", ohne jegliches Interesse.[63]) Dieser Bürokratismus „verwischt die lebenden Menschen"; und dadurch wird die ganze „Leitungs- und Verwaltungsarbeit mechanisiert".[64]) Schließlich „nimmt der Bürokratismus eine Form an, die eigentlich nicht anzukritteln ist: der Form nach

[57]) Kujbyschef, Stenogr. Bericht des XIII. Kommun. Kongresses, S. 297.
[58]) Stenogr. Bericht des XV. Kommun. Kongresses, S. 412; vgl. S. 438.
[59]) Trotzky, Stenogr Bericht des XI. Kommun. Kongresses, S. 119.
[60]) Kulikoff, Stenogr. Bericht des XV. Kommun. Kongresses, S. 229.
[61]) Ossinsky, Stenogr. Bericht des XII. Kommun. Kongresses, S. 121.
[62]) Ossinsky, Stenogr. Bericht des XI. Kommun. Kongresses, S. 77.
[63]) Vgl. Andrejef, Stenogr. Bericht des XIII. Kommun. Kongresses, S. 446; und Lebed, Stenogr. Bericht des XV. Kommun. Kongresses, S. 1046. Der Passus von den „ärmer gekleideten" wurde in der Plenarsitzung von Zwischenrufen „richtig" begleitet.
[64]) Dsershinsky, Die drei letzten Reden, S. 33.

ist alles richtig, aber dem Wesen nach ist es Spott und Hohn".[65])

Papierflut Dementsprechend arbeitet die kommunistische Bürokratie vorwiegend auf dem Papier und mit Worten; der Lebenserfolg aber läßt auf sich warten. „Uns liegen Papierberge vor . . . ., aber praktisch . . . können wir nichts erreichen", seufzte schon Lenin.[66]) Es wird etwa so gearbeitet: „man schreibt einen Papierfetzen" und läßt „ihn immer weiter herumspazieren";[67]) oder, man hat über etwas zu berichten: da läßt man sich von einem dienstfertigen Spezialisten „einen ganzen Band schreiben", von dem „neun Zehntel überflüssig sind"; einen Band, den niemand lesen kann und wird.[68]) „Ich bin gezwungen", seufzte Dsershinsky, als Leiter des „Höchsten Volkswirtschaftsrates", „auf Papierstößen zu sitzen"; „ich bin gar nicht im Stande", „alle mir zugesandten Papiere" „durchzusehen"; „auch hätte ich sie auf Schritt und Tritt gar nicht verstanden" . . .[69]) „Nehmen wir die Berichte, die ich formell unterschreibe; es könnte scheinen, daß es in der Welt keinen klügeren und allwissenderen Menschen gibt, wie Dsershinsky. Er schreibt Berichte über Zündhölzchen, über Gold, über Erdschätze, er schreibt absolut über alles . . ."[70]) Und in Wirklichkeit „wissen wir nicht, was wir machen,—es wissen andere Menschen und die Papiere in unseren Mappen".[71]) „Was für einen Sinn haben solche Folianten? Mit ihnen kann man die Sache nur verwirren";[72]) sie „könnten etwa tausendfach abgekürzt werden".[73]) „Das Papier verschlingt uns".[74]) „Wir verderben nur Papier, Tinte und Luft", indem wir „uns selbst und untereinander Papierfetzen schreiben".[75]) Und noch eins: „unsere Führer reden viel, und alles, was sie gesprochen haben, wird aufgeschrieben".[76])

Statistisch sieht dieses Papiermeer etwa so aus. Zwischen dem IX. und X. Parteikongreß bekam das Zentralkomitee der Partei aus der Provinz 35 000 „schriftliche Materialien" zu-

[65]) Lenins Worte zitiert von Kujbyschew, Stenogr. Bericht des XIV. Kommun. Kongresses, S. 539.
[66]) Lenin, Werke, Bd. XVIII, T. 2, S. 15.
[67]) Dsershinsky, Die drei letzten Reden, S. 20, 34.
[68]) Dsershinsky, Die drei letzten Reden, S. 23, 34.
[69]) Ebendaselbst, S. 33.
[70]) Ebendaselbst, S. 21.
[71]) Ebendaselbst, S. 34.
[72]) Ebendaselbst, S. 41.
[73]) Ebendaselbst, S. 42.
[74]) Ordshonikidze, Stenogr. Bericht des XV. Kommun. Kongresses, S. 401; vgl. Prawda, 1930, V. 22 „Papier anstatt wirkliche Leitung".
[75]) Satonsky, Stenogr. Bericht des XV. Kommun. Kongresses, S. 423.
[76]) Mikojan, Stenogr. Bericht des XIV. Kommun. Kongresses, S. 190.

gesandt; zum XI. Parteikongreß waren es schon 120 000 Berichte.[77]) Im Jahre 1927 hat jedes Mitglied des Politbüros rund 6000 Seiten Material und 73 Protokolle zugesandt bekommen.[78]) Das Verkehrskommissariat verbrauchte jährlich 6 888 000 kg Papier, d. h. ein Viertel der ganzen Landesproduktion;[79]) usw. Aufrichtig und naiv berichtet darüber Kalinin, die personifizierte Spitze des Staates: „Soeben war ich drei Wochen abwesend. Als ich zurückkam, brachte man mir aus dem Zentralkomitee solch einen Haufen von allerhand Instruktionen und Beschlüssen, daß ich bei seinem Anblick erschrak, und, ohne zu lesen, ihn in meinen Schrank hinlegte."[80])

Kurz, man schreibt, um nicht zu lesen; man unterschreibt, ohne gelesen zu haben; man schreibt viel, um wenig zu denken;[81]) man liest nicht, um überhaupt leben zu können.[82])

Worte ohne Ende

Aehnlich steht es mit Worten und Reden. Die Revolution hat von Anfang an mit einem wüsten, allgemeinen Herumreden begonnen: „sie konnte sich nicht anders entwickeln, als eben durch die Periode eines allgemeinen, universellen Meetingierens, hinsichtlich aller Fragen";[83]) nun gilt es aber daneben noch „ohne geringste Unentschlossenheit die Verwaltung zu führen".[84]) Diese entschlossene, selbstsichere Verwaltung äußert sich aber in Reden und Worten, deren Unzulänglichkeit durch harten Zwang ausgefüllt und ausgebessert wird. Die kommunistische Bürokratie versteht nur zu schreiben, zu reden und zu zwingen; das große Geheimnis der schaffenden Arbeit bleibt ihr verschlossen. „Praktisch verrichtet niemand das Geschäft, alle erwägen nur".[85]) „Hauptschwätzer" nennt sie das Volk.[86]) Ganze Behörden arten in ein „leeres Geschwätz" aus;[87]) und

[77]) Molotof, Stenogr. Bericht des XI. Kommun. Kongresses, S. 46.
[78]) Kursky, Stenogr. Bericht des XV. Kommun. Kongresses, S. 108.
[79]) Ordschonikidze, Stenogr. Bericht des XV. Kommun. Kongresses, S. 407, 410. In russ. Gewicht 420 000 Pud. 1 Pud macht 16,4 kg aus.
[80]) Stenogr. Bericht des XI. Kommun. Kongresses, S. 396.
[81]) Vgl. bei Dsershinsky, „Einer kennt gar nicht die Frage, darum macht er sich eben ans Papierbeschreiben". Die drei letzten Reden, S. 21.
[82]) Vgl. bei Lenin, Bd. XVIII, Teil 1, S. 131, 135: „Müßte ich an allem, was ich unterschreibe, mich mit der Hand oder telephonisch beteiligen, wäre ich schon längst wahnsinnig geworden". Hier und da spielt man sich auch witzige Possen, so z. B. kommt es vor, daß jemand, ohne zu lesen, eine Selbstdenunziation unterschreibt. Vgl. Iswestija, 11. 5. 1929.
[83]) Lenin, Werke, Bd. XVIII, Teil 1, S. 378.
[84]) Ebendaselbst, S. 379.
[85]) Lenin, XVIII, Teil 2, S. 36.
[86]) Ebendaselbst, S. 37.
[87]) Tomsky, Stenogr. Bericht des XIV. Kommun. Kongresses, S. 732.

„wichtige Kongreßbeschlüsse" werden „nur zu einem geringen Teil erfüllt".[88]) Im Dorfe aber hat der Kommunismus nur „eine schlechte Gewohnheit zu dilettantischen Gesprächen und Beschlüssen" ins Leben gerufen.[89]) Die Sowjetbürokratie leidet an einer wahren Sitzungspsychose;[90]) an einer enormen Ueberschätzung des Wortes; an einer unersättlichen Geschwätzigkeit. Man spricht ohne Ende, um die eigene Hilflosigkeit zu verhehlen und um den Ernst der Tat zu verschieben.

Der Unfug der Projekte

Das äußert sich auch in mancher anderen Hinsicht, z. B. in der Neigung, immerfort neue Projekte zu machen, zu kalkulieren und sich mit den weitschweifigsten Plänen herumzutragen, ohne jedoch ernste und ausgearbeitete, reelle Entwürfe zu Grunde zu legen.[91]) Dabei werden aber die Unmöglichkeiten und die Mißerfolge übersehen oder weggeheuchelt. „Man sucht etwas Besonderes und Weises zu erfinden", klagte Lenin, „und man rechtfertigt sich damit, daß eine neue ökonomische Politik eingeführt ist, und daß man deswegen etwas Neues ersinnen muß".[92]) Man schafft Entwürfe, die ganze Zentner wiegen;[93]) und nimmt sie ernst, als wären sie lebensfähig und an die Realität angepaßt. Es ist merkwürdig, wie z. B. Lenin selbst den Elektrifikationsplan einer extra geschaffenen Behörde, „Goelro" genannt, als „eine vortreffliche, wissenschaftliche Arbeit" pries, und die „genauen Berechnungen der Spezialisten" (wie Rußland in 10 Jahren zu elektrifizieren wäre) ernst nahm; daneben aber unmittelbar die „Projektenmacherei der Intellektuellen und der Bürokraten" verhöhnte[94]) . . .

Die Kalkulation

Der kommunistische Bürokrat „kalkuliert". Was bringt er zustande? „Etwa bis zu 80 % ist unsere Kalkulation willkürlich und für die übrigen 20 % ist sie vollständig unbefriedigend", schilderte Trotzky die Angelegenheit im Jahre 1923.[95]) „Ich behaupte", rief Dsershinsky im Jahre 1926 aus, „daß die Zahlen, die uns die Kartelle liefern, aufgeblasen, daß sie phantastisch sind"[96]) . . . „Bei uns gibt es keine Verant-

[88]) Andrejew, Stenogr. Bericht des XIII. Kommun. Kongresses, S. 452.
[89]) Lebed, Stenogr. Bericht des XIV. Kommun. Kongresses, S. 609.
[90]) Vgl. den Aufsatz „Mikrobus" in der Prawda, 27. 5. 1930, wo ein führender kommunistischer Schriftsteller die Ausdrücke „Sitzungs-Mikrobe" und „Sitzungskrankheit" prägt.
[91]) Siehe z. B. für die letzte Zeit Prawda, 11. 5. 1930. Aufsatz von Beljawsky; Prawda, 14. 5. 1930. Aufsatz: „Man baut ohne Projekte".
[92]) Lenin, Bd. XVIII, Teil 2, S. 16.
[93]) Dsershinsky, Die drei letzten Reden, S. 41.
[94]) Lenin, Bd. XVIII, Teil 1, S. 83—86.
[95]) Russisch „hinkt auf beiden Beinen". Stenogr. Bericht des XII. Kommun. Kongresses, S. 300.
[96]) Alle sogenannten „Kartelle" in Sowjetrußland sind nur kommunistische Behörden.

wortlichkeit für die Zahlen". „Unser System ist so beschaffen, daß es diese Phantasterei fördert"; es ist nämlich ein System von Behörden, welche die gegebenen Kalkulationen gegenseitig immerfort ändern und „ausbessern".[97]) Und so kommt es dahin, daß „du soviel flunkern kannst, wie du willst";[98]) und jeder weiß „von Anfang an", daß der andere einen Quatsch vorbringt.[99]) Genau so ist es auch jetzt geblieben (1929), wo das zweite kommunistische Experiment, geführt von Stalin, in vollem Gange ist. Nur eines hat sich geändert: ein offizieller Optimismus diesen Kalkulationen gegenüber ist zum Merkmal der Parteiloyalität geworden; Pessimisten werden nicht geduldet, sie werden kaltgestellt oder abgebaut.[100]) Lenin wußte, was dieser „Optimismus" wert ist; er nannte ihn: „das süßliche kommunistische Gelüge des Alltags, von dem es einem übel wird, zuweilen bis in den Tod".[101]) Der weniger gebildete Stalin „kalkuliert" entschlossen, mit einem rücksichtslosen „Optimismus".

Die Unwirtschaftlichkeit

Die Unwirtschaftlichkeit,[102]) die daraus entsteht, will ich hier nur ganz kurz vermerken.[103]) Diese Unwirtschaftlichkeit wird als „äußerste" bezeichnet[104]) und bringt „kolossale Verluste".[105]) Der riesige, überkomplizierte Apparat schafft solche Absatzunkosten, daß der Privathandel, sowie er nur ein bißchen Freiheit bekommt, sofort über den kommunistischen Handel den Sieg davonträgt.[105a]) „Erdrosseln müssen wir den Keim des Privatkapitals, weil sein Apparat billiger ist, als der unsrige, weil er bequemer und rascher zirkuliert", forderte ein rechts stehender Kommunist.[106]) So ist nun ein-

[97]) Siehe z. B. Prawda, 1930, 11. V., für das Gebiet der Chemie.

[98]) Dsershinsky, Die drei letzten Reden, S. 40.

[99]) Im Original heißt es „lügt" (russisch: „ty wrösch"). Dsershinsky, ebendaselbst, S. 40.

[100]) Dieses Schicksal traf am 23. 1. 1930 die statistische Zentralbehörde; im August 1930 eine ganze Reihe von Fachleuten und Professoren, die abgesetzt und verhaftet wurden.

[101]) Lenin, Bd. XVIII, Teil 2, S. 38.

[102]) Authentische Bezeichnung der Kommunisten. Siehe z. B. Stenogr. Bericht des XI. Kommun. Kongresses, S. 499, Beschlüsse; des XIII. Kommun. Kongresses, S. 303 u. a.; fürs letzte Jahr siehe z. B. Prawda. 1930. V. 8, kurzer Bericht „isklütschitelnoje golowotjapstwo"; Prawda. 1930. V. 10 „Palki w koljossa"; 1930. V. 14 „umerte swoj pyll"; Prawda. V. 16 über den Bau der Staatsküche in Lugansk; Prawda. 1930. V. 18 über die Säuberung des Gewerkschaftsapparats; Prawda. 1930. VII. 5. über Aufbewahrung von Gemüse usw.

[103]) Siehe die Aufsätze von Dr. Hoeffding und Dr. Melkich.

[104]) Kujbyschef, Stenogr. Bericht des XIV. Kommun. Kongresses, S. 544.

[105]) Ebendaselbst, S. 545.

[105a]) Vgl. Stenogr. Bericht des XII. Kommun. Kongresses, S. 315 und 316, 297; des XIV. Kommun. Kongresses, S. 540.

[106]) Preobrashensky, Stenogr. Bericht des XII. Kommun. Kongresses, S. 130.

mal „der Babelturm des bürokratischen Wirtschaftsapparats beschaffen"[107]) mit „seiner Vielstöckigkeit",[108]) mit seiner riesigen Behördentreppe:[109]) die Preise wachsen wie eine Schneelawine, und wir sind gezwungen, „im Winter in einem Hemde herumzugehen, und im Sommer Pelze anzuziehen."[110]) „Wenn wir die Post verpachten würden, wäre sofort ein Einkommen zu verzeichnen; uns bringt sie einen Verlust"[111]) usw. Man muß feststellen: es ist eine selbstbewußte Unwirtschaftlichkeit, die zu einem System geworden ist.

Die Schlepperei

Im innigsten Zusammenhang mit dieser Unwirtschaftlichkeit steht die sogen. „bürokratische Schlepperei" des Sowjetapparates.[112]) Aeußerlich sieht es so aus, als ob der ganze Apparat „in ewiger Hast und Eile[113]) angestrengt arbeitet": jeden Augenblick wird nach der Armbanduhr geguckt; es wird rasch gelaufen, viel und nervös gesprochen; atemlos verbringt man den Tag, erschöpft ist man abends . . . Aber innerlich und sachlich wird alles ungeheuer geschleppt und „unglaublich"[114]) verschleppt. Noch im Jahre 1923 wurde beschlossen, „dieser, jeder Beschreibung spottenden, Schlepperei ein Ende zu machen".[115]) Jahre verstrichen und alles blieb wie früher. Die Beantwortung einer amtlichen Anfrage erfordert 200 bis 240 Tage.[116]) Um einen Schacht vor dem drohenden Versaufen zu retten, muß eine Pumpe bestellt werden; erst nach 8 Monaten geht die Bestellung an die betreffende Fabrik ab.[117]) Um zu einer Prothese zu gelangen, muß ein Invalide 7 Jahre hintereinander sich abplacken.[118]) Eine ungeheure Verschleppung herrscht auch in den Sowjetgerichten:[119]) ein Prozeß um die Brandstätte eines Hühnerhäuschens dauert

[107]) Trotzky, Stenogr. Bericht des XII. Kommun. Kongresses, S. 297.

[108]) Karajew, Stenogr. Bericht des XV. Kommun. Kongresses, S. 507.

[109]) Andrejew, Stenogr. Bericht des XIII. Kommun. Kongresses, S. 444.

[110]) Karajew, Stenogr. Bericht des XV. Kommun. Kongresses, S. 507.

[111]) Kisselew, Stenogr. Bericht des XI. Kommun. Kongresses, S. 292.

[112]) Russisch „wolokita". Siehe noch bei Lenin, Bd. XVIII, Teil 1, S. 383, Teil 2, S. 15 u. a.; vgl. die Karikatur in der Prawda. 1930. V. 28.

[113]) Trotzky, Stenogr. Bericht des XI. Kommun. Kongresses, S. 119.

[114]) Ordshonikidze, Stenogr. Bericht des XV. Kommun. Kongresses, S. 401.

[115]) Rykof, Stenogr. Bericht des XII. Kommun. Kongresses, S. 438.

[116]) Kujbyschew, Stenogr. Bericht des XIV. Kommun. Kongresses, S. 539.

[117]) Ebendaselbst, S. 539/40.

[118]) Ebendaselbst, S. 160.

[119]) Ebendaselbst, S. 407, 553.

mehr als 3 Jahre[120]) usw. Für die Rechtzeitigkeit des amtlichen Verfahrens ist niemand verantwortlich.[121]) Es herrscht überall „eine verbrecherische Nachlässigkeit" — im Gericht, in der Verwaltung, im Versicherungswesen, in der Sowjetkooperation usw.;[122]) ein „ungeheuer langsames Tempo in der Entfaltung der Arbeit".[123]) „Wir können dem Leben nicht nachkommen, wir verlieren das Tempo";[124]) wir handeln — gesetzmäßig — und bringen die widerlichste Schlepperei zustande".[125]) Und für diese Schlepperei „werden wir kräftig, kernig, aufs Gemeinste von den Arbeitern und Bauern niedergeschimpft, und zwar mit Fug und Recht".[126])

e
ntralisation

Es ist ohne weiteres anzunehmen, daß die Ursache dieser Eigenschaften und Mißleistungen des Sowjetapparats auch in seiner grundlegenden Struktur zu suchen ist. In dieser Hinsicht unterstreichen die Kommunisten folgendes: Erstens die allgemeine, alles überwältigende Zentralisation. Es ist ohne weiteres klar, daß diese Eigentümlichkeit des Sowjetapparats durch die Grundidee des Kommunismus ins Leben gerufen ist und zur straffen, politischen und wirtschaftlichen Diktatur notwendigerweise gehört.[127]) Der Kommunismus, als solcher, muß entweder alles zentralisieren, oder zusammenbrechen. An der Spitze der Verwaltung steht das Politbüro, „dieses allmächtige Institut"[128]) oder, noch richtiger — der Partei- und Staatsdiktator in Person. Vor diesem Zentrum bebt das ganze Land; ängstlich schielen nach ihm alle Behörden. Vergebens haben Trotzky[129]) und Rykof[130]) diesen „bürokratischen Zentralismus" als „Utopie", als „Chimäre" und als „Unmöglichkeit" bezeichnet und verurteilt; alles bleibt beim alten und wird beim alten bleiben müssen. Man hat es wohl versucht, eine sogenannte „Rayonierung", eine „differenzierte Distriktverwaltung" in

[120]) Satonsky, Stenogr. Bericht des XV. Kommun. Kongresses, S. 425.

[121]) Lebed, Stenogr. Bericht des XIV. Kommun. Kongresses, S. 610.

[122]) Stalin, Stenogr. Bericht des XV. Kommun. Kongresses, S. 65.

[123]) Ordschonikidze, Stenogr. Bericht des XV. Kommun. Kongresses, S. 412.

[124]) Dsershinsky, Die drei letzten Reden, S. 22.

[125]) Satonsky, Stenogr. Bericht des XV. Kommun. Kongresses, S. 426.

[126]) Ebendaselbst. Russisch „krepkij, jadrenij, raboče-krestjansky mat", „wissit nad nami", S. 426.

[127]) Siehe den Aufsatz von Prof. Timaschew.

[128]) Rjasanof, Stenogr. Bericht des XI. Kommun. Kongresses, S. 69; vgl. S. 75, 78, 100, 112. Lenin, Bd. XVIII, Teil 2, S. 44; Kamenef, Stenogr. Bericht des XII. Kommun. Kongresses, S. 141.

[129]) Trotzky, Stenogr. Bericht des XI. Kommun. Kongresses, S. 243; des XII. Kommun. Kongresses, S. 306, 376.

[130]) Rykof, Stenogr. Bericht des XII. Kommun. Kongresses, S. 429.

der Wirtschaft herzustellen;[131]) aber sie galt nur provisorisch, nur als Vorbereitung zu einer neuen Zentralisation:[132]) der einheitliche Wirtschaftsplan und die ihm entsprechende Zentralisierung des ganzen Lebens im Lande — bleibt als Hauptzweck bestehen.[133])

Daneben lamentieren aber die Kommunisten unaufhörlich: „Unser Apparat ist zu sehr zentralisiert; über jede Kleinigkeit muß im Zentrum angefragt werden".[134]) „Es hat sich bei uns ein hoffnungsloser Zentralismus entwickelt; wenn aber alles im Zentrum beschlossen werden muß, so muß ja das Zentrum auch alles bis in die Kleinigkeiten wissen".[135]) „Wir beobachten eine bestimmte Tendenz zu einer außerordentlichen Zentralisation, die bei uns immer zunimmt . . ."; man sucht alle Schwierigkeiten „durch eine Konzentration" in einer bestimmten Behörde zu überwinden[136]) usw. Auch „ist es sehr schwer, diese übermäßige Zentralisation zu bekämpfen, weil hier der Bürokratismus am meisten maskiert erscheint".[137]) Oder, wie Lenin sich einmal ausdrückte: „Das Uebel des Bürokratismus konzentriert sich natürlich im Zentrum".[138])

Die ungenügende Differenzierung

Es wäre kaum möglich, in diesem zentralisierten Babelturm der Sowjetbürokratie eine richtige Gliederung der Aemter und eine richtige Kompetenzdifferenzierung der Behörden herzustellen. Selbstverständlich fehlt in Wirklichkeit diese Gliederung auch. Der Sowjetapparat ist „undifferenziert, ungegliedert, ohne Spezialisierung".[139]) Hier „kümmern sich alle um alles", und daraus entstehen immerfort Parallelismus in der Arbeit und „fortlaufende Konflikte".[140]) „Die Funktionen und die Befugnisse verschiedener Behörden sind nicht genügend fest und klar geschieden";[141]) und es ist nicht schwer sich vorzustellen, was daraus entsteht. Einerseits hat jedes Amt das Interesse, sich zu erweitern, sich „aufzu-

[131]) Ruchimowitsch, Stenogr. Bericht des XII. Kommun. Kongresses, S. 335; auch Rykoff, S. 435.

[132]) Stenogr. Bericht des XIV. Kommun. Kongresses, S. 184.

[133]) Siehe den Beschluß des XII. Kommun. Kongresses, S. 619.

[134]) Ordshonikidze, Stenogr. Bericht des XV. Kommun. Kongresses, S. 401.

[135]) Satonsky, ebendaselbst, S. 424.

[136]) Kondratjew, Iswestija vom 1929, 12. V. Aus seiner Rede in der Sitzung der XIV. Sowjettagung.

[137]) Stenogr. Bericht des XV. Kommun. Kongresses, S. 435; siehe bei Dsershinsky, Drei Reden, S. 22, 40.

[138]) Lenin, Bd. XVIII, Teil 1, S. 226.

[139]) Trotzky, Stenogr. Bericht des XI. Kommun. Kongresses, S. 119.

[140]) Sinowjef, ebendaselbst, S. 358; vgl. z. B. in der Prawda 1930. V. 4: „Parallelismus in der Verwaltung der Holzindustrie"; vgl. das neue Reformprojekt in der Prawda. 1930. V. 22; auch VII. 17; VII. 30 usw.

[141]) Iswestija, 1929. 18. IV. Aufsatz von Bykoff.

blasen";[142]) daraus entstehen unzählige Reibungen und Strittigkeiten zwischen Amt und Amt, zwischen Behörde und Behörde.[143]) Die Staatsbank führt z. B. einen Prozeß gegen das Kommissariat für Landwirtschaft wegen 43 Kopeken[144]) . . . Andererseits kommt es zu einer ewigen Desorganisation in Verwaltung und Wirtschaft. Alle „Krisen" der kommunistischen Wirtschaft entstehen aus einer „Hilflosigkeit im Organisieren";[145]) „wir haben es nicht verstanden, die Provinzialgegenden zu organisieren";[146]) „auf dem Gebiete des Arbeitslohnes herrschen an vielen Orten eine Systemlosigkeit, ein Chaos, eine Desorganisation, die es gar nicht gestatten, die Arbeit des Staatsapparates richtig in Gang zu bringen";[147]) und „die verfluchte Post ist bei uns, wie alles übrige, unorganisiert".[148]) Immerfort stellt es sich heraus, daß verschiedene Behörden dieselbe Arbeit verrichten — ein eigentümlicher Parallelismus, eine Verdoppelung und sogar eine Konkurrenz in Wirtschaft und Verwaltung.[149]) Es gelingt dem Sowjetstaate nicht, die Einheitlichkeit des diktatorialen Willens in ein einheitliches System der Aemter und der Behörden zu gestalten. Noch im Jahre 1927 schilderte ein führender Kommunist die ganze Sachlage mit folgenden Worten: „man kommt in ein Amt, und niemand weiß genau, was seine Pflicht ist, wozu er befugt ist, und was er nicht machen darf";[150]) und etwa dieselben Schilderungen finden sich in der Sowjetpresse auch im Jahre 1929.[151])

esorganisa-
ion

ie Verantwort-
chkeit

Besonders schlimm steht es aber mit dem Problem der amtlichen Verantwortlichkeit. Dies ist leicht zu erklären: die riesigen Schwierigkeiten des allgemeinen Wirrwarrs sieht jeder ein; an die Möglichkeit, diese Schwierigkeiten nach einem einheitlichen Plane kommunistisch und bürokratisch zu bewältigen — glauben nur ganz verbissene oder ganz naive Kommunisten; alle werden aber genötigt, eifrig und entschlossen zu verwalten, und sind sich dabei vollständig bewußt, daß ein Mißerfolg — für sie einen Abbau, eine Kaltstellung[152]) oder (für den Nichtkommunisten) eine Verhaftung, einen Prozeß und sogar eine Hinrichtung bedeuten kann. Hieraus entsteht das allgemeine krampfhafte Bestreben, die Verantwortlichkeit zu verlegen und zu verschieben. Da aber keiner sie übernehmen will, so entsteht daraus ein bürokratisches System der Zerstäubung der Verantwortlichkeit.

[142]) Lenin, Bd. XVIII, Teil 2, S. 106.
[143]) Kotof, Stenogr. Bericht des XV. Kommun. Kongresses, S. 430.
[144]) Moroß, Stenogr. Bericht des XV. Kommun. Kongresses, S. 500. In deutscher Währung bei al pari 86 Reichspfennige.
[145]) Trotzky, Stenogr. Bericht des XII. Kommun. Kongresses, S. 308.
[146]) Rykof, Stenogr. Bericht des XII. Kommun. Kongresses, S. 437.
[147]) Kujbyschew, Stenogr. Bericht des XIII. Kommun. Kongresses, S. 297.
[148]) Kassior, Stenogr. Bericht des XI. Kommun. Kongresses, S. 117.
[149]) Vgl. bei Kursky und Ordschonikidze, Stenogr. Bericht des XV. Kommun. Kongresses, S. 110, 406—407, 412 u. a.
[150]) Satonsky, Stenogr. Bericht des XV. Kommun. Kongresses, S. 424.
[151]) Z. B. Iswestija, 1929. 18. IV.

Schon Lenin ärgerte sich darüber (1922): „In den Ausschüssen wird sich der Teufel das Bein brechen, niemand kann feststellen, wer da die Verantwortung trägt: alles ist verworren, und schließlich wird ein Beschluß gefaßt, nach dem alle verantwortlich sind".[153]) „Es gibt keine Schuldigen, es gibt nur Getümmel, Herumrennen und Unsinn".[154]) So stand es im Zentrum und auch im Sownarkom[155]). „Niemand . . . hält sich für verantwortlich"; im Gegenteil, viele versuchen noch in die höhere Behörde „hineinzuschlüpfen, um die Verantwortung von sich abzuschütteln".[156]) Die ungenügende Differenzierung der Funktionen und ein „unkompetentes Eingreifen" verschiedener Behörden machen die Verantwortung der einzelnen Beamten ganz verschwommen,[157]) unbestimmt,[158]) zerstäubt[159]) und nichtig.[160])

Drastisch schilderte dieses System Dsershinsky (1926): „Das ist eben der Ausdruck unseres bürokratischen, unseres nichtsnutzigen Systems, daß derjenige, der da tatsächlich arbeitet, der die Fragen durcharbeitet, nirgends zu sehen ist; er bleibt verborgen."[161]) Der eine schreibt, ohne zu unterschreiben, der andere unterschreibt, ohne geschrieben zu haben, mehrere stimmen ab, ohne gelesen zu haben; wer trägt die Schuld?[162]) „Wir haben kein genügendes gegenseitiges Vertrauen";[163]) wer wird da die Verantwortung übernehmen wollen? Im Gegenteil, alle suchen den Entschluß und die Ver-

[152]) Dsershinsky nannte das „vertreiben" („gnatj won"). Drei Reden, S. 42.
[153]) Lenin, Bd. XVIII, Teil 2. S. 15, 53.
[154]) Ebendaselbst, S. 45. Russisch: „sutoloka, sumatocha i jerunda".
[155]) Ossinsky, Stenogr. Bericht des XI. Kommun. Kongresses, S. 78.
[156]) Trotzky, ebendaselbst, S. 119, Sinowjef, S. 358.
[157]) Siehe in den Beschlüssen des XI. Kommun. Kongresses, Stenogr. Bericht, S. 509.
[158]) Stenogr. Bericht des XV. Kommun. Kongresses, S. 412.
[159]) Kujbyschew und Trotzky, Stenogr. Bericht des XII. Kommun. Kongresses, S. 318.
[160]) Ordschonikidze, Stenogr. Bericht des XV. Kommun. Kongresses, S. 401.
[161]) Dsershinsky, Drei Reden, S. 21.
[162]) Ebendaselbst, S. 21, 33, 34, 35, 39.
[163]) Ebendaselbst, S. 42.

antwortung nach oben zu verlegen, um sich selbst dadurch zu sichern und gewissermaßen zu verschanzen.[164])

ie
echenschaften

Daraus erwächst auch ein entsprechendes System der Rechenschaftsablegung, nämlich ein „zu viel", welches einem „zu wenig" gleichbedeutend ist.

Schon Lenin klagte über eine „allzu große Menge der Rechenschaften";[165]) daneben lautete ein Beschluß des XI. kommunistischen Kongresses auf Bekämpfung der „Rechenschaftslosigkeit".[166]) Im Jahre 1923 berichtete Trotzky: „Wir besitzen eine Bude,[167]) welche den sechsten Teil der Erdoberfläche einnimmt, haben aber bis jetzt keine Rechenschaftsablegung eingerichtet; kein Wunder, wenn wir schlechte Geschäfte machen werden"; . . . „das ist aber eine direkte Provokation zum Stehlen, eine Schule der Sittenverderbnis"[168]) usw. Ihm erwiderte sofort Lomof: „Nein, wir haben zuviel Rechenschaften und darin besteht unsere Not"; „wir klügeln zuviel", „wir sind zu aberwitzig"; die Buchhalterei ist „bei uns" übermäßig und zu verwickelt — „keine einzige von ihren Formeln kann ohne die Anwendung der höheren Mathematik gelöst werden"[169]) . . .

Merkwürdig ist, daß beide Gegner damals recht hatten und auch jetzt recht behalten. Die Rechenschaftsberichte der Sowjetbehörden sind wirklich riesig. Z. B. kostete die Drucklegung des Berichts der Kiewschen Abteilung des kommunistischen Zuckerkartells für das Jahr 1925 rund 300 000 Rubel.[170]) Es gibt Berichte einzelner Behörden, welche 20—27 000 Fragen zu beantworten suchen.[171]) Berichte, die 100—300 Kilo wiegen, werden nicht notiert; man entsetzt sich nur über Berichte im Gewicht von 600 kg und 2000 kg. . . . Das Zentrum erläßt statistische Formulare mit 19 000 auszufüllenden Quadratstellen.[172]) In den Sitzungen des XV. Parteikongresses gab es ein unaufhörliches Wehklagen über diese Rechenschaften; und inmitten dieser Wehklagen erzählte man, daß das Finanzamt

---

[164]) Dies vom Jahre 1929. Iswestija, 18. April. Aufsatz von Bykoff; siehe für das letzte Jahr Prawda. 1930. V. 22 den Aufsatz „Wir müssen die Arbeit des Staatsapparates umbauen". Dieser Aufsatz bringt gleichsam einen synthetischen Ueberblick über alles, was wir hier festgestellt haben. Siehe auch den Aufsatz „Ohne Verantwortung und Strafe". Prawda. 1930. VII. 25.

[165]) Lenin, Bd. XVIII, Teil 1, S. 283.

[166]) Stenogr. Bericht, S. 499.

[167]) Russisch „lawotschka" — eine Bezeichnung für das russische Reich.

[168]) Stenogr. Bericht des XII. Kommun. Kongresses, S. 300.

[169]) Ebendaselbst, S. 345.

[170]) Ekonomitscheskaja Shisn, 1926. 30. IV.

[171]) Stenogr. Bericht des XV. Kommun. Kongresses, S. 407.

[172]) Laritschew, Stenogr. Bericht des XV. Kommun. Kongresses, S. 452.

eine „parallele Rechenschaftsablegung" einführt, wodurch die schon vorhandene Arbeit und Mühe um 36 % wird zunehmen müssen.[173]) Es wird überall alles berechnet, und über alles wird dem Zentrum berichtet. Wenn eine Dürre entsteht, so kommt eine Anfrage aus dem Zentrum, wieviel Gottesdienste von den Bauern bestellt wurden;[174]) oder es wird im ganzen Lande angefragt, wieviel Wildschweine es in der Gegend gibt, und wie zahlreich die zu erwartende Brut wäre[175]) usw. Dann schreiben die Sowjetzeitungen von einem „statistischen Bacchanal", von einer „Rechenschaftsepidemie"; und — alles bleibt beim alten.

Im Ganzen ist es eine „leere, unnütze Arbeit";[176]) und das, was sie herstellt, ist nach Dsershinskys Ausdruck „ein qualifiziertes Gelüge".[177]) Man hat mehrmals versucht, diesem Unfug ein Ende zu machen, aber es hilft nichts. Und im Jahre 1929 lesen wir: „Der Staatsapparat ist nach wie vor von Rechenschaftsberichten überladen, welche unnütz und lästig sind — und oft gar nicht gebraucht werden"[178]) usw.

Es bleibt nur noch übrig, den Personalbestand der Sowjetbürokratie und sein intellektuelles, politisches und moralisches Niveau kurz zu schildern.

Der Personalbestand

Wie gesagt, gehört die Hauptmasse der Sowjetbeamten (bis 96 %) zu der neuen, revolutionären Elite; es sind die sogenannten „Hervorgeschobenen",[179]) deren Anzahl, absolut genommen und verhältnismäßig, immer zunimmt.[180]) Lenin hat es schon verstanden, daß alles darauf ankommt, „Menschen auszusuchen", da ja die Revolution gezeigt hat, wieviel von der schaffenden Person und von ihren Leistungen abhängt.[181]) Hieraus das sogenannte „Kadre-Problem",[182]) die unermüdlichen „Säuberungen" des Staatsapparates[183]) und die unlängst formulierte Forderung: „wir müssen uns das Ziel setzen — an die Stelle einiger Zehner von Weggesäuberten mehrere

---

[173]) Ebendaselbst, S. 440.

[174]) Satonsky, Stenogr. Bericht des XV. Kommun. Kongresses, S. 424.

[175]) Ebendaselbst, S. 424; vgl. die Schilderungen von Ordschonikidze, ebendaselbst, S. 414, 415; Moroß, S. 500.

[176]) Satonsky, ebendaselbst, S. 425.

[177]) Dsershinsky, Drei Reden, S. 40. Vgl. bei Trotzky, Stenogr. Bericht des XII. Kommun. Kongresses, S. 300.

[178]) Iswestija, 1929. IV. 18. Aufsatz von Bykoff.

[179]) Russisch: „wydwyshenzi"; man bezeichnet diesen Prozeß als „orabotschenije", d. h. als das Durchsetzen des Staatsapparates mit Arbeitern, mit industriellem Proletariate, Prawda. 1930. V. 18.

[180]) Siehe meine Aufsätze „Die Ziele und die Hoffnungen" und „Die Arbeitsmethoden".

[181]) Lenin, Bd. XVIII, Teil 2, S. 50.

[182]) Z. B. Prawda. 1930. V. 18; VII. 7.

[183]) Vgl. z. B. Iswestija, 1929, IV. 19, Prawda, 1930. V. 6. Siehe den Aufsatz von A. v. Bunge „Die Kommunistische Partei".

Zehntausende von Proletariern anzustellen"[184]) (Sic!). „Das Hervorschieben (scilicet — neuer proletarischer Beamter) kann und soll zum allerwirksamsten Mittel im Kampf gegen den Bürokratismus werden"[185]) (Sic!). Wie sieht das aber in Wirklichkeit aus?

Bildung und Kultur

Was an erster Stelle den Sowjetbeamten fehlt, ist Bildung und Kultur.[186]) „Was fehlt uns?", fragte Lenin, und antwortete: „der verwaltenden Schicht der Kommunisten fehlt es an Kultur".[187]) „Um aus der hoffnungslosen Not und Bettelei herauszukriechen, muß man wohlbedacht, kulturell und ordentlich sein — das verstehen die Kommunisten nicht".[188]) „Wir müssen zu allererst lernen — lesen, schreiben, und das Gelesene verstehen".[189]) Die Sozialisierung der Wirtschaft ist uns nicht gelungen, warum? „Es hat sich nämlich herausgestellt, daß wir nicht genügend vorbereitet" und „kulturell" sind;[190]) „wir sind gezwungen, bei den Bourgeois zu lernen".[191]) Dies alles erklärt z. B. „den katastrophalen Mangel der qualifizierten, kommunistischen Kräfte auf den ideologischen Kommandoposten".[192]) Jahraus, jahrein wächst die Partei zahlenmäßig; entsprechend „fällt das theoretische Bildungsniveau der Partei ungeheuer".[193]) „99% unserer Genossen haben vor der Revolution nie gelernt, wie man den Staat verwaltet".[194]) Jetzt werden fast alle wirtschaftlichen Behörden von Kommunisten geführt: „sie besitzen meist weder technische Bildung, noch genügend technische Kenntnisse"; und dennoch versuchen sie, technische Probleme zu lösen und die Verantwortung auf sich zu nehmen.[195]) „Gebt uns Menschen, Menschen, Menschen."[196]) „Wir haben aber nicht die Möglichkeit, die neu Hervorgeschobenen auszubilden" . . .[197])

[184]) Jakowlew, Iswestija, 1929. 28. IV.
[185]) Bogdassarof, Iswestija, 1929. 11. V.; vgl. Iswestija, 18. und 23. IV. 1929; siehe auch in Stalins maßgebender Rede in den Sitzungen des XVI. Kommun. Kongresses. Prawda. 1930. VI. 29. S. 4. Abschn. 9 a.
[186]) Siehe den Aufsatz von A. v. Bunge über „Die Kommunistische Partei".
[187]) Lenin, Bd. XVIII, Teil 2, S. 39—40; vgl. S. 17.
[188]) Ebendaselbst, S. 45.
[189]) Ebendaselbst, S. 93.
[190]) Trotzky, Stenogr. Bericht des XI. Kommun. Kongresses, S. 240.
[191]) Trotzky, ebendaselbst, S. 243—44, vgl. Lenin Bd. XVIII, Teil 1, S. 87.
[192]) Beschluß des XIII. Kommun. Kongresses, Stenogr. Bericht, S. 715.
[193]) Rjasanof, Stenogr. Bericht des XIV. Kommun. Kongresses, S. 691.
[194]) Ordshonikidze, Stenogr. Bericht des XV. Kommun. Kongresses, S. 396. Vgl. bei Lenin, Bd. XVIII, Teil 1, S. 401—8.
[195]) Rykof, Stenogr. Bericht des XV. Kommun. Kongresses, S. 1043.
[196]) Sinowjef, Stenogr. Bericht des XIII. Kommun. Kongresses, S. 98.
[197]) Stenogr. Bericht des XIV. Kommun. Kongresses, S. 606.

Daraus ist schon das allgemeine Niveau der Sowjetbeamten ersichtlich; denn wahrlich, wenn die leitende Schicht der Partei solche Qualifikation verdient, was ist da von den unteren Schichten des Neubeamtentums zu erwarten? „Unsere verfluchte Grundkrankheit ist — die Windbeutelei, der Dilettantismus."[198]) Dem Sowjetbeamten fehlt von oben bis unten die sachliche Kompetenz,[199]) die Urteilsfähigkeit. „In 99 Fällen von 100 sind die verantwortlichen Kommunisten nicht bei der Sache angestellt, zu der sie angeblich taugen, sie verstehen ihre Sache nicht zu führen, sie müssen jetzt lernen."[200]) Man hat aber keine Zeit zu lernen, man herrscht und verwaltet, ohne das politische und technische „Wie" sich angeeignet zu haben. Ein unfähiger, unkompetenter Parteibeamter, der mit seiner Aufgabe nicht fertig wird, wird auf einen anderen Posten geschoben, als bekäme er dadurch sofort „eine geweihte Salbung".[201]) Und so geht es weiter.

Der Dünkel

Diese sachliche Unkompetenz, dieser Mangel an Urteilsfähigkeit und Lebenserfolg, machen dem Sowjetbeamten, ganz besonders dem Kommunisten, wenig Sorge: weder Mäßigung noch Bescheidenheit zieren seinen Charakter. Im Gegenteil, er bleibt immer eingebildet, dünkelhaft[202]) und aufgeblasen; äußerst selbstsicher und selbstzufrieden. Schon Lenin hielt es für nötig, den „kommunistischen Hochmut", daß Großtun der Kommunisten zu rügen.[203]) Und dieser Hochmut und Dünkel gehen Hand in Hand mit einem fortwährenden Mißbrauch der Gewalt, mit Willkür und Ausschreitung.[204]) Und alles artet immerfort in ein unendliches Gezänk aus, welches von den Kommunisten selbst mit einem häßlichen Wort, mit „Beißerei" bezeichnet wird.[205])

Allgemeines Rechtsverletzen

Als die entsetzlichste Frucht dieser Sowjetbürokratie erscheint aber doch das ewige Rechtsverletzen,[206]) die

[198]) Trotzky, Stenogr. Bericht des XI. Kommun. Kongresses, S. 118.
[199]) Vgl. Kossior, Stenogr. Bericht des XI. Kommun. Kongresses, S. 116; Preobrashensky, Stenogr. Bericht des XII. Kommun. Kongresses, S. 132.
[200]) Lenin, Bd. XVIII, Teil 2, S. 53.
[201]) Trotzky, Stenogr. Bericht des XI. Kommun. Kongresses, S. 119; vgl. Lenin, Bd. XVIII, Teil 2, S. 14; vgl. in der Prawda. 1930. V. 12 — den typischen Fall mit dem „Akademiker" Joseph Franz, der in Wirklichkeit nur Autodidakt war.
[202]) Lenin, Bd. XVIII, Teil 1, S. 82.
[203]) Ebendaselbst, S. 23, 384, Teil 2, S. 37.
[204]) Russisch: „samodurstwo". Lenin, Bd. XVIII, Teil 1, S. 30.
[205]) Russisch: „Skloka". Eigentlich für Hunde gebraucht.
[206]) In den Sitzungen des XVI. Kommun. Kongresses hat Krylenko soeben festgestellt, daß es Kommunisten gibt, die auch jetzt der Ansicht sind, daß die Gesetze ohne weiteres zu vernachlässigen und zu verletzen sind. Prawda. 1930. VII. 6.

vollständige Zertretung jeder Rechtmäßigkeit und Rechtsordnung,[207]) und, ganz besonders, die Bestechlichkeit, das Bestehlen der Staatskasse und die Notzucht der Frauen.

Man kann weder Zeit noch Raum finden, um diese Laster des Sowjetbeamtentums ausreichend zu schildern und zu belegen. Wer aber die Sowjetzeitungen aufmerksam liest, der hat Schilderungen und Belege die Fülle.

schlichkeit

„Drei Hauptfeinde" hat der Kommunismus, schrieb Lenin: „den kommunistischen Dünkel, das Analphabetentum und die Bestechlichkeit"; wo aber „Bestechlichkeit herrscht, da kann man an die Politik gar nicht herantreten".[208]) Seitdem hören die Klagen über die Bestechlichkeit, und das Eruieren der entsprechenden Bekämpfungsmöglichkeiten gar nicht auf.[209]) Von Zeit zu Zeit werden „ganze Nester" von bestechlichen Sowjetbeamten ausgehoben; und dennoch bleibt alles beim alten.

gungen

Veruntreuungen und Unterschlagungen sind zu einer verbreiteten Form der Selbstbereicherung im Sowjetstaate geworden; wer als Schieber[210]) oder als Wucherer keine Erfolge zu haben hofft, der wählt den sog. Weg „der kriminellen Kapitalanhäufung". Dies „Stehlen und Rauben"[211]) wird sehr verschiedenartig gehandhabt: zuerst hieß es: „er requiriert"; dann kam die Epoche, wo man sagte: „er spekuliert"; endlich hieß es: „er hat sich etwas zusammenkalkuliert".[212]) Nur wegen Mangel an Zeit verzichten die Kommunisten darauf, diese verschiedenen Schleichwege zu

---

[207]) Vgl. in der Prawda 1930. V. 28 die Schilderung eines nächtlichen Ueberfalls („Naljot") auf die Kaufleute in Sewero-Dwinsk, der von einem „Stoßtrupp der Staatsanwaltschaft" (sic!) vorgenommen und durchgeführt wurde. Den Ueberfallenen wurde einfach „alles enteignet" — bis zu den Kopfkissen und dem Küchengerät — und dann verkauft. Der Ueberfall zog nur kleine Disziplinarstrafen nach sich.

[208]) Lenin, Bd. XVIII, Teil 1, S. 384—85.

[209]) Vgl. z. B. Stenogr. Bericht des XI. Kommun. Kongresses, S. 180, 181, 184, 397; des XII., S. 339; des XIII, S. 174 usw.

[210]) Ueber die Spekulation und die Schieberei der Sowjetbehörden siehe z. B. Torgowo-Promyschlennaja Gaseta 1925 Nr. 247. Ekonomitscheskaja Shisn 1925 Nr. 246 usw.

[211]) Trotzky, Stenogr. Bericht des XII. Kommun. Kongresses, S. 301—02; vgl. Stalin, XIV. Kommun. Kongreß, S. 32; Prawda. 1930. V. 12 über die Zustände in den Genossenschaftsläden Moskaus: „Die Unterschlagungen dauern fort; das Rauben hört nicht auf"; Prawda. 1930. V. 15 Gerichtsverhandlungen über Unterschlagungen in der Moskauer Branntweinbrennerei; siehe im selben Blatte den Jammerruf über die Mißbräuche in den Moskauer Genossenschaftsbehörden. 1930. V. 15 usw.

[212]) Trotzky, ebendaselbst.

schildern.[213]) Von Zeit zu Zeit türmen sich Wellen von Unterschlagungen auf und rollen durch das ganze Land;[214]) wenn es einem Arbeiter passiert, so ist die Strafe recht milde;[215]) die Unterschlagungen in den „roten Banken", in der „roten Kooperation" und in „anderen Behörden"[216]) werden natürlich unendlich härter bestraft. Die führende kommunistische Zeitung „Prawda" formulierte diesen traurigen Tatbestand folgendermaßen: „Nimm, wen du willst — es stehlen ja alle." „Die Angestellten kommen und gehen, die Unterschlagungen dauern fort."[217])

Die Notzucht der Frauen

Ein Kapitel für sich bildet die Behandlung der Frauen. Bei den Sowjetbeamten ist die Unsitte entstanden, die unterstellten Frauen durch Drohungen, durch Peinigungen, durch Betrug und Vergewaltigung zum sexuellen Verkehr zu zwingen; das wird überall beobachtet: in den Städten, auf den Fabriken, in Krankenhäusern, in Schulen, auf dem Dorfe.[218]) „Ein administrativer Sadismus und eine Jagd nach lebenden Menschen kommt bei uns nicht selten vor", liest man in der Zeitschrift „Der Volkslehrer".[219])

Die äußerst verbreitete Trunksucht der Sowjetbeamten sei hier nur nebenbei notiert.

Zusammenfassung

Ein führender Kommunist, Jaroslawsky, versucht das ganze Bild so zusammenzufassen: „Die Feinde werden triumphieren, sie werden sagen: seht, was die Kommunistische Partei und ihre Mitarbeiter vorstellen, was die Sowjetmacht eigentlich ist: Trunkenbolde, Wüstlinge, Vergewaltiger, Unterschlager, Diebe; Menschen, die jeglichen Zusammenhang mit der Masse, das Gefühl der Klassensolidarität mit der Arbeiterklasse verloren haben; Menschen, welche ihre ganze Arbeit auf einem Nepotismus, auf der Unterstützung der eigenen Clique,[220]) auf einem prinzipienlosen Eigennutz aufbauen. . . . Dadurch wird die Organisation durch untaugliche Menschen

---

[213]) Kujbyschew, Stenogr. Bericht des XIII. Kommun. Kongresses, S. 303, vgl. S. 175.

[214]) Tomsky, Stenogr. Bericht des XIV. Kommun. Kongresses, S. 726.

[215]) Abbau und Rückkehr in die Fabrik. Tomsky, Stenogr. Bericht des XIV. Kommun. Kongresses, S. 729.

[216]) Rjasanof, ebendaselbst, S. 783.

[217]) Prawda, 1928. 31. V. Dies auf dem Gebiete der kommun. „Arbeiterkooperation".

[218]) Siehe z. B. für das Jahr 1928: „Bednota", 10. Juli, 22. Juli, 2. August; „Trud", 19. Juni; „Prawda", 9. Juni, 17. Juni, 23. Juni, 8. August, 30. Dezember; Iswestija, 13., 24., 28. Juni, 24., 31. Juli, 2., 21. September usw.

[219]) „Narodnij Utschitel". 1928. Nr. 8 und 9.

[220]) Diese Gegenseitigkeit der Sowjetbeamten in der Verhehlung der Verbrechen schildert auch Stalin, Stenogr. Bericht des XV. Kommunistischen Kongresses, S. 70, 72.

ausgefüllt und verunreinigt, durch zermürbte, lasterhafte Menschen, die durch Macht und Straflosigkeit verdorben sind".[221])

Zu diesen Worten wäre nichts mehr hinzuzufügen. Nur eines vielleicht, nämlich, daß man am Folterbette eines großen Volkes nicht „triumphieren" kann. Aber lernen muß man auch hier.

Ein anderer Kommunist versucht auch noch einen lehrreichen Schluß zu ziehen: „Die Arbeiterklasse wird sich in allen Ländern (auch da, wo sie viel kultureller ist) überzeugen müssen, daß die Fertigkeiten und Qualitäten, die notwendig und genügend waren, um die Bourgeoisie auf den Boden zu werfen, noch nicht ausreichen, um sofort am folgenden Tage sich das ganze Erbe der Bourgeoisie anzueignen."[222])

Kommunismus ist nicht nur eine Beamtenherrschaft; er hat ein neues Staatswesen und ein neues Beamtentum geschaffen; und dieses neue Beamtentum wird augenscheinlich nicht nur von unten gehaßt und beschimpft, sondern auch von oben, von kompetenter Seite disqualifiziert.[223])

---

[221]) Wetschernjaja Moskwa, 1928. VI. 18.

[222]) Kossior, Stenogr. Bericht des XI. Kommun. Kongresses, S. 116.

[223]) Siehe in Stalins maßgebender Rede, gehalten in den Sitzungen des XVI. Kommun. Kongresses: „Die Gefahr kommt nicht nur und nicht so sehr von den alten Bürokraten, die in unsern Behörden stecken geblieben sind, sondern ganz besonders von den neuen Bürokraten, von den Sowjetbürokraten, unter denen die ‚kommunistischen' Bürokraten durchaus nicht die letzte Rolle spielen. Ich meine diejenigen ‚Kommunisten', die sich Mühe geben mit Kanzlei-Verordnungen und mit Dekreten, an deren Kraft sie wie an einen Fetisch glauben, die schöpferische Initiative und Selbsttätigkeit der Millionenmassen der Arbeiterklasse und des Bauerntums zu ersetzen." Diesen Bürokratismus gedenkt Stalin, nach wie vor, mit seinen traditionellen Mitteln zu bekämpfen: Selbstkritik, nachträgliche Kontrolle, Säuberung des Apparates und „Hervorschieben" neuer Arbeiter aus den Betrieben. Prawda, 1930. VI. 29. S. 4. Das bedeutet, daß alles beim Alten bleibt und bleiben wird.

Die Nationalitätenpolitik in Sowjetrußland

von A. P. Demidoff

Lenins Grundidee

Wer sich die Mühe geben würde, Lenins Schriften und Reden aufmerksam zu lesen, der würde feststellen müssen, daß Lenin noch vor der Revolution und vor dem Kriege der Ansicht war, die nationale Befreiung der Völker fördere mächtig die wirtschaftliche Differenzierung der Massen, das Aussondern des Proletariates, die Radikalisierung und Revolutionierung der befreiten nationalen Minderheiten.[1]) Diesem Standpunkt blieb er treu bis zu seinem Tode,[2]) und von diesen Gesichtspunkten aus baute er daher die Nationalitätenpolitik in Sowjetrußland auf. Eine nationale Minderheit muß die Möglichkeit bekommen, ihre Sprache frei zu reden; dann erst werden ihre sozialen Widersprüche sich ausspielen und austoben können. Die Volkspsyche, befreit von der sprachlichen Hemmung, verfällt dem Gesetze des Klassenkampfes, der geschickt seitens der Kommunisten genährt und angefacht werden muß; das Proletariat, geführt von den Kommunisten, rafft sich dann zusammen, enteignet die Bourgeoisie der nationalen Minderheit, streift die nationalen „Vorurteile" ab, denationalisiert die von ihm geführte Nation und schließt sich dem großen internationalen Mischmasch der Weltrevolution an. Kurz: die nationale Unterdrückung hemmt die kommunistische Revolutionierung der nationalen Minderheiten. Befreien ist hier so viel wie revolutionieren, proletarisieren, zermürben und denationalisieren. Das war Lenins Grundgedanke.

Der Verfasser dieser Abhandlung, Herr A. Demidoff, hat zehn Jahre lang in Sowjetrußland gelebt und befindet sich augenblicklich im Ausland. Er verbrachte viele Jahre im Kaukasus und in Mittel-Asien und beherrscht eine ganze Reihe von Orientsprachen. Er ist ein guter Kenner der nationalen Frage in Rußland und der wirtschaftlichen Verhältnisse in der Sowjetunion. Im übrigen spricht die Abhandlung des Herrn Demidoff für sich selbst.

Die Redaktion.

[1]) Siehe z. B. seinen großen Aufsatz „Kritičeskije Sametki po nationalnomu woprosu" vom Jahre 1913. Werke B. XIX, insbesondere S. 53, 54, 55, 59.

[2]) Siehe z. B. seine Rede auf dem VIII. Kongreß der Kommun. Partei, März 1919. Werke B. XIX, S. 230, 232 u. a.

Die nationale Kultur als solche wollte und konnte er nie anerkennen.

„Marxismus und Nationalismus sind unversöhnlich" . . . „Jeglichen Nationalismus sucht der Marxismus durch einen Internationalismus, durch das Verschmelzen aller Nationen in einer höheren Einheit zu ersetzen" . . . „Der Kampf gegen jegliche nationale Bedrückung — wird unbedingt anerkannt, bejaht. Der Kampf um jegliche nationale Entwicklung, für die ‚nationale Kultur' überhaupt — wird unbedingt abgelehnt, verneint" . . . „Nicht nur verspricht das Proletariat nicht — die nationale Entwicklung jeder Nation zu schützen, . . . sondern es begrüßt jede Assimilierung der Nationen."[3]) Dementsprechend führte ein angesehener Kommunist, Tomsky, in den Sitzungen des VIII. Kommunistischen Kongresses aus:[4]) „Ich setze voraus, daß in diesem Saal kein einziger Mensch zu finden wäre, der gesagt hätte — die Selbstbestimmung der Nationen, die nationale Bewegung wäre etwas Normales und Wünschenswertes. Zu solchen Sachen verhalten wir uns wie zu einem unvermeidlichen Uebel."

Die Kommunisten sehen sich aber genötigt, die nationalen Minderheiten — nicht nur in Rußland, sondern nach und nach überall — für sich zu gewinnen. „Eine richtige Lösung der nationalen Frage — bedeutet zu 50 % die erfolgreiche Lösung der Aufgaben der Revolution",[5]) denn „es gibt nichts Schlimmeres, als das Mißtrauen einer Nation".[6]) Die „*richtige Lösung*" ist also diejenige, welche *das Vertrauen der nationalen Minderheiten gewinnt, um sie dann der revolutionären Zermürbung und der internationalistischen Auflösung entgegenzuführen.*

Die nationale Politik der Kommunisten besteht also darin, daß sie die eigentliche *nationale* Frage (Sprache, Kultur, Selbstverwaltung) durch eine national-*soziale* ersetzen, um sie dann im *kommunistischen, internationalistischen und antinationalistischen* Sinne zu lösen. Die nationale Politik muß mit einem „Klasseninhalt" erfüllt werden.[7]) Es handelt sich hier nicht um die „Freiheit" und „Gleichheit" der nationalen Gruppen, sondern um die „Freiheit" und „Gleichheit" der *werktätigen Klassen*[8]) verschiedener Nationen. „Frei" und „gleich" muß nicht die nationale Minder-

---

[3]) Lenin, Werke, B. XIX, S. 52—53. Aufsatz vom Jahre 1913.
[4]) März 1919. Siehe den Stenogr. Bericht.
[5]) Sinowjew, Stenogr. Bericht des XIII. Kommun. Kongresses, S. 46.
[6]) Lenin, Werke, B. XIX, S. 232.
[7]) Siehe den entsprechenden Aufsatz von Ischan-Chodshajef in der Prawda 1930, 2. Juli: „Der Klasseninhalt der Nationalpolitik".
[8]) Siehe z. B. in der Prawda 1930, 26. Juni, Aufsatz von Tabolof.

heit als solche werden, sondern *das Proletariat* der nationalen Minderheit ihrer eigenen „Bourgeoise" gegenüber. Das heißt, daß jede kommunistisch „befreite", nationale Minderheit vor allem *revolutioniert* und durch allgemeine Enteignung *proletarisiert* werden muß; was auch entsprechend durchgeführt wird.[9]) Die *proletarisierten Minderheiten werden dann nach und nach als kommunistisches Proletariat in Staatsbetrieben untergebracht werden.*

Autonomie oder Diktatur

Vorläufig gilt es aber, sie *für die Sowjetregierung zu gewinnen.* Um dies zu erreichen, fingen die Kommunisten mit einer besonders auffälligen Lockerung der politischen und sprachlichen Zentralisation an; es wurde deklariert, daß „die Macht an die Lokal-Sowjets überwiesen wird", d. h., daß auch die nationalen Minderheiten Selbstverwaltung erhalten, und daß die Revolution einen weitgehenden und folgerichtigen Förderalismus mit sich bringe.

Gleichzeitig aber suchten die Kommunisten in Rußland eine konsequente und strenge Diktatur zu schaffen; sie waren sich dessen vollauf bewußt, daß der Kommunismus einen *wirtschaftlichen und kulturellen Zentralismus* bedeutet, und daß ein *wirtschaftlicher* und *kultureller* Zentralismus nur unter der Bedingung einer *politischen* Zentralisation denkbar ist.

Aus diesem Grunde suchten sie den angeblichen *Föderalismus* mit verkapptem *Zentralismus* zu durchtränken, und *entfesselten die zentrifugalen Kräfte des Landes nur, um den zentripetalen Knoten auf eine neue Weise zu schlingen.* Den kleinen Nationalitäten gaben sie „die Freiheit", nur um sie zu bestechen und zu unterwerfen; sie suchten die nationalen Minderheiten *zu revolutionieren,* um sie dann *klein zu kriegen.* Sie wollten die Illusion einer Selbständigkeit und einer Selbstbestimmung erwecken, um ihrer Diktatur im Auslande das Aussehen eines neuen, von revolutionär-triumphierenden russischen Völkern frei geschaffenen Gebildes zu geben; auf diese Weise sollten die nationalen Minderheiten *der ganzen Welt* für den Kommunismus gewonnen werden. Ihre ganze Taktik bestand darin, die Idee „des einheitlichen, ungeteilten Rußlands" zu verspotten und an deren Stelle unauffällig *die Idee „der einheitlichen, ungeteilten kommunistischen Partei"*

---

[9]) Siehe im selben Aufsatz: „Die russische Bourgeoisie bremste mit allen Mitteln den Prozeß der Bildung des nationalen Minderheits-Proletariates"; dagegen schafft die nationale Politik der Kommunisten „eine feste Grundlage für die Bildung des nationalen Proletariates". Prawda, 1930, 26. Juni.

zu setzen; die allrussisch-nationale Großmacht durch eine kommunistisch - internationale Großmacht zu ersetzen. Darin sind die Kommunisten konsequent: so bedeutet bei ihnen „Glaubensfreiheit" ein gewaltsames Aufoktroieren der Religionslosigkeit, eine Liquidation des Glaubens überhaupt; „gerechte Neuverteilung des Eigentums" bedeutet ihnen Abschaffung des Privateigentums; die „Befreiung der nationalen Minderheiten" bedeutet überhaupt Zersetzung und Liquidation des nationalen Prinzips.

Die Sprachenfreiheit

Die Kommunisten sind aggressive Internationalisten und Antinationalisten. Das Einführen „der Sprachenfreiheit" ist für sie nur eine Methode, das nationale Prinzip anzugreifen, es zu untergraben und aufzulösen. Durch das Gewähren der Sprachenfreiheit suchen sie:

1. die nationalen Minderheiten in Rußland zu bestechen und für sich zu gewinnen;

2. den Zugang zu den nationalen Seelen der Minderheiten für ihre Propaganda zu finden und die Völker in ihrer eigenen Sprache zu bearbeiten;

3. in jeder nationalen Minderheit eine neue Zelle von einheimischen kommunistischen Agitatoren und Führern zu schaffen,[10]) diese Zelle der einheitlichen unteilbaren kommunistischen Partei auf Grund einer strengen Disziplin einzuverleiben und der jeweiligen Zelle eine entsprechende nationale Minderheit zur weiteren Bearbeitung unterzuordnen;[11])

4. die Aufmerksamkeit aller zur Enteignung, also zur Verelendung und zur Internationalisierung, verdammten Völker von der bevorstehenden Zersetzung aller religiösen, patriarchalisch-volkstümlichen und privatwirtschaftlichen Grundlagen ihrer nationalen Kultur abzulenken und jeder auf diese Weise „beglückten" nationalen Minderheit gleichsam während des Schlafes Gift ins Ohr hineinzuträufeln.[12])

---

[10]) Siehe ausführliche Berichte über diese Arbeit in den kommunistischen Zeitungen und Zeitschriften. Z. B. für die Republik Aserbeidschan. Prawda, 1930, 10. Mai.

[11]) Siehe z. B. die Erklärung von Stalin im Jahre 1923: „Die Kommunistische Partei Georgiens enthält die Säfte, die besten Elemente des georgischen Volkes, ohne die es unmöglich ist, Georgien zu beherrschen". Stenogr. Bericht des XII. Kommun. Kongresses, S. 186. Stalin ist selbst Georgier und heißt Dshugaschwili.

[12]) Es ist sehr bezeichnend, daß die Kommunisten jetzt fast alle nationalen Minderheiten des Sowjetstaates wegen „Chauvinismus" anklagen. So z. B. tritt in der Weißrussischen Republik angeblich ein jüdischer und ein weißrussischer „Groß-Macht-Chauvinismus" zutage. In Wirklichkeit steht es so, daß die nationalen Minderheiten dort ihre bürgerlich-nationale Kultur und Lebensweise zu behaupten und zu verteidigen suchen: ein „aktiver Widerstand" gegen

Man kann diese Methode auch folgendermaßen veranschaulichen: Die Freiheit der Muttersprache — diese Anfangsstufe einer nationalen Kultur — wird gewährt, damit dem Volke die nationale Seele und somit auch die nationale Sprache sicher und endgültig genommen werde. Grundsätzlich führte Stalin in den Sitzungen des XVI. Kongresses dazu aus: „Was aber die späteren Aussichten der nationalen Kulturen und der nationalen Sprachen betrifft, so war ich immer und bleibe auch jetzt der Leninschen Meinung, daß zu der Zeit, wo der Sozialismus im Weltmaßstabe siegen wird, wo der Sozialismus erstarken und die Daseinsweise durchdringen wird, — die nationalen Sprachen unbedingt zu einer gemeinsamen Sprache werden verschmelzen müssen; allerdings wird diese Sprache weder die großrussische, noch die deutsche sein, sondern etwas Neues." . . .[13])

So ist die in Sowjetrußland gewährte „Sprachenfreiheit" — was in Europa und zum Teil auch in Asien vollständig mißverstanden und überschätzt wird — nichts anderes, als der Anfang eines tiefdurchdachten und meisterhaft durchgeführten Zermürbungs- und Denationalisierungsprozesses der kleinen Völker, also der Anfang ihrer Auflösung in dem national-indifferenten, proletarischen Massiv der Kommunistischen Partei und der zu revolutionierenden Welt.

Die siegreiche Diktatur

Es ist nun selbstverständlich, daß im weiteren Verlauf der Revolution an Stelle des zentrifugalen Scheins die zentripetale Realität getreten ist. Immer mehr und mehr wurde die Staatsmacht wieder vom Zentrum aufgenommen, und die Peripherie wurde zum schweigenden Gehorsam gebracht; die führenden Schichten der nationalen Minderheiten wurden immer stärker durch „Genossen aus dem Zentrum" durchsetzt und teilweise ersetzt;[14]) der Eigen-

---

die „sozialistische Rekonstruktion der Wirtschaft" geht vor sich und wird ständig schärfer. „Die Synagoge ist zum Zentrum der chauvinistischen Aktivität bei den jüdischen Werktätigen geworden". Siehe Prawda, 1930, 21. Mai. Aufsatz von A. Senkewitsch; Prawda, 1930, 27. Juli. Aufsatz von Tabolof; ganz besonders die Berichte in der Prawda, 1930, 27. Juli, von Klevakin, Le und anderen.

[13]) Stalins Schlußwort. Prawda, 1930, 3. Juli.

[14]) Es sei hier einer markanten Formel des Kommunisten Schochin gedacht: „Es macht nichts, es ist kein Unglück, wenn der betreffende Genosse — Petroff aus Moskau oder aus Leningrad heißen wird: in einem halben Jahre werden wir aus ihm einen Petrenko" (für die Ukraine) „und im Kaukasus einen Petroschwili gemacht haben". Stenogr. Bericht des XII. Kommun. Kongresses, S. 497. Das bedeutet, daß ein aus dem Zentrum zugeschickter Kommunist — an Ort und Stelle bei den nationalen Minderheiten systematisch für einen einheimischen Kommunisten ausgegeben wird. Die Sowjetbürokratie in der türkischen Republik Aserbeidschan wies z. B. im Jahre 1930 nur 28,8 Prozent Türken durchschnittlich auf, in

wille der kleinen Nationalitäten wurde mit Feuer und Schwert bekämpft;[15]) und sogar lokale Parteiorganisationen der Kommunisten, die aus Naivität den Föderalismus ernst nahmen, wurden aufgelöst oder einer allgemeinen Versetzung unterworfen, jedenfalls aber des Besseren belehrt und vom Zentrum unschädlich gemacht.[16])

Dadurch werden nun die auf einem kommunistischen Kongreß laut gewordenen Klagen verständlich, daß nämlich in der Nationalitätenpolitik der Kommunisten kein einheitliches System herrsche; man hätte immer Schwankungen und Aenderungen zu verzeichnen: zuerst wird ein Staatenbund auf wirtschaftlicher und nicht auf administrativer Grundlage angestrebt; dann ein Bundesstaat in der Art einer ziemlich lockeren Föderation; und schließlich ein Zentralismus, überhaupt keine Föderation, sondern nur eine Autonomie. . . . „Laßt doch diese ewig schwankende Politik", rief einst ein naiver und nicht genügend einsichtiger und unterrichteter Kommunist, Mdivani, aus, „und sagt uns, welche Nationalitätenpolitik führt ihr denn eigentlich?!"[17])

In Wirklichkeit waren diese „Schwankungen" durchaus nicht zufällig: es war ein verkapptes, aber systematisches Durchführen der kommunistischen Staatszentralisation. „Gestern traf ich einen Genossen", erzählt auf demselben Kongreß Bucharin, „der vor kurzem aus einem Grenzgebiet gekommen war. ‚Na, habt ihr was Neues?', frage ich ihn. ‚Ach was, nichts Neues; wir würgen die Minderheits - Nationalisten ab!' (Lachen im Saal)"[18]) Dieses Wort „würgen" sprechen die Kommunisten

---

den Trust-Verwaltungen sogar nur 9 Prozent. Siehe den oben zitierten Bericht in der Prawda vom 10. Mai 1930. Dieser Prozentsatz ist, wie aus dem Bericht folgt, weiter im Fallen begriffen.

[15]) Z. B. in Georgien; auch in der Ukraine; man gedenke auch der entsprechenden Versuche in Finnland, Lettland und Estland.

[16]) Vgl. die interessanten Stellen in der Rede des Kommunisten Medwedjew auf dem XIV. Kommun. Kongreß (Dez. 1925): „In der Ukraine gab es bis zur letzten Zeit ‚Ukapisten'" (d. h. Anhänger einer selbständigen ukrainischen Kommunistischen Partei mit chauvinistisch-ukrainischem Anstrich), „welche dem Schein nach unsere Parteitendenzen, in Wirklichkeit aber ihren eigenen nationalistischen Standpunkt durchführten. . . . Jetzt hat das Zentralkomitee diese Frage gelöst: die Ukapisten sind nun mit unserer Partei verschmolzen und arbeiten im Einvernehmen mit uns". Stenogr. Bericht des XIV. Kommun. Kongresses, S. 177.

[17]) Stenogr. Bericht des XII. Kommun. Kongresses, S. 152.

[18]) Ebendaselbst, S. 169; russisch: „wot, nazionalow duschym". Die Kommunisten Ordshonikidse und Maharadse bezeichnen diese Behandlung der nationalen Minderheiten seitens der Kommunisten mit anderen Worten: „ja, wir unterdrücken" (russisch: „da, prishimajem"). Ebendaselbst, S. 474.

nie in den Wind aus, und alle vertrauensseligen Nationalitäten werden es vielleicht einmal am eigenen Leibe verspüren müssen.

Obwohl die Kommunisten ihre Macht immer mehr festigten und die Grenzen der USSR. so fixierten, wie wir sie augenblicklich sehen, so wurde doch die nationale Frage nicht endgültig gelöst; der Prozeß der Aufteilung und Wiederverteilung der unzähligen Republiken auf dem Territorium des ehemaligen Russischen Reiches, ebenso wie auch der Prozeß der Zentralisierung ist noch immer nicht zum Abschluß gekommen.[19]) Fast jedes Jahr bringt etwas Neues, sowohl in der nationalen Frage, als auch in der Nationalitäten-Politik. Es ist selbstverständlich, daß die Politik der langsamen kommunistischen Zersetzung und zentralistischen Knechtung der nationalen Minderheiten von einer andauernden und energischen kommunistischen Propaganda inmitten der „ärmsten" Schichten derselben[20]) und von demagogisch-bestechenden Maßnahmen begleitet wird. Es ist auch zu verstehen, daß im Auslande die Kommunisten in ihrer Parteipresse ebenso wie in der übrigen Weltpresse ausschließlich die „Befreiungspolitik", die Politik der „Selbstbestimmung", die „Sprachen- und Kulturfreiheit", die ökonomischen Erleichterungen und die wirtschaftliche Hebung der Grenzgebiete hervorzuheben verstehen.

Die Kommunistische Partei weiß ausgezeichnet die schwachen Seiten und die Nachgiebigkeit der Volksmassen auszunutzen, und zwar stets für ihre eigenen, internationalen, kommunistischen Zwecke. Den Prosaikern und Fanatikern des kommunistischen Programms, den Anhängern der III. Internationale, waren stets alle Mittel recht, vorausgesetzt, daß sie zum Ziele führten. Die Leichtigkeit, mit welcher die Bolschewiken zur Gründung einer föderativen Staatsverfassung — oder zur sogenannten „schwarzen Neuverteilung" des Grund und Bodens schritten, ist dadurch zu erklären, daß sie darin die Möglichkeit erblickten, die passenden, die populären Losungen anderer Parteien für sich politisch auszunutzen. In gleicher Weise versuchten sie auch in der Nationalitäten-Frage die verschiedenen Losungen und Programme auszunutzen, die von dem radikal und nationalistisch eingestellten Teil einzelner Nationalitäten ausgingen und seitens der demokratischen Parteien überhaupt anerkannt und befürwortet wurden.

---

[19]) So wurde z. B. noch vor einem Jahre, als die Kollektivierung der Landwirtschaft beschlossen wurde, — die landwirtschaftliche Verwaltung im ganzen Lande zentralisiert und vereinheitlicht.

[20]) Siehe Stenogr. Bericht des XII. Kommun. Kongresses, S. 465 bis 466.

Die Mitläufer

Dementsprechend wurde auch die Politik der Kommunisten in der Nationalitäten-Frage in Uebereinstimmung mit den lokalen Eigenheiten und mit den jeweiligen Forderungen der nationalistisch eingestellten, gebildeten Kreise aufgebaut. Die Kommunistische Partei suchte immer, die Arbeitsmöglichkeit für alle Andersgesinnten auf das Aeußerste zu erschweren und auf jede Weise die führenden Persönlichkeiten der nationalen Minderheiten heranzuziehen, ohne Rücksicht darauf, ob die letzteren mit der Kommunistischen Partei zusammenfühlten und -dachten oder nicht. In den Minderheitsgebieten, wo es fast gänzlich an erforderlichen Trägern der kommunistischen Idee fehlte, sahen sich die Bolschewiken genötigt, um neue, arbeitsfähige, sei es auch halbintelligente Menschen zu werben. Die dunklen Massentriebe wurden angefacht und ausgespielt, und dadurch wurden Mitläufer gewonnen, die nach bestem „Wissen und Gewissen" der Kommunistischen Partei unschätzbare Dienste in den Kreisen der nationalen Minderheiten leisteten, also da, wo der kommunistische Einfluß nicht durchdringen konnte, oder wenigstens sehr gering war.

In solchen Gebieten wurde das politische Leben oft durch Feindseligkeiten zwischen den einzelnen nationalen Minderheiten erschwert und vergiftet. Dieses gegenseitige Anfeinden, dieser Haß und Kampf, erschöpfte die Kräfte der in Fehde stehenden kleinen Nationalitäten, legte ihren Widerstand gegen die Kommunisten lahm und verstärkte auf diese Weise die Kräfte der erobernden Sowjetmacht. Der Hauptzweck der Kommunisten war die Festigung ihrer eigenen Position; dementsprechend wurden von ihnen alle nationalen Minderheiten ausschließlich als Werkzeug ihrer Politik betrachtet, ohne Rücksicht auf die von diesen Minderheiten getragenen Opfer und Leiden.

Eroberung

Wenn die Minderheitsgebiete ohne Kampf in bolschewistische Hände gerieten, wandten die Kommunisten zum Heranziehen der nationalen Kräfte verhältnismäßig friedliche Mittel an, wie z. B. in den Hauptgebieten des Turkestan. In anderen Fällen wiederum eroberten sie das Land mit Waffengewalt, so z. B. Georgien; und dann flossen Ströme von Blut. Sie sparten schließlich nicht mit Mitteln für die Durchführung ihrer groß angelegten Provokation, um in geschickter Weise einen bewaffneten Aufstand anzuzetteln.

Das Jahr 1920 ist in dieser Hinsicht besonders bemerkenswert. Kurz vor ihrem Angriff auf Buchara statteten zwei Mitglieder der „Türkenkommission", die führenden Kommunisten Frunse und Eliawa, dem Emir einen freundschaftlichen Besuch ab, wobei sie ihm die Erhaltung seiner Souveränität zusicherten. Dabei beabsichtigten sie, in wenigen Tagen die

Buchara zu überfallen, zu welchem Zwecke Truppen aus dem zentralen Rußland schon herbeigeschafft waren, die sofort einen bewaffneten Aufstand des „revolutionären" bucharischen Volkes gegen den Emir zu inszenieren hatten. Ungefähr das gleiche Los traf auch die Republik von Aserbeidschan und namentlich die von Georgien. Nachdem ein Uebereinkommen bezüglich der Achtung und Nichtverletzung der gemeinsamen Staatsgrenzen in Georgien getroffen worden war, drangen die in georgische Nationaltracht verkleideten kommunistischen Truppen in Georgien ein, inszenierten einen Aufstand der „georgischen Kommunisten", bemächtigten sich der Städte und stürzten die sozialistische Regierung des Landes.

Aus dem oben Gesagten tritt die Aufgabe, die sich die Kommunisten in der Nationalitätenfrage nach der Oktoberrevolution gestellt hatten, deutlich hervor; aber auch die Wege, die sie zur Durchführung ihrer Politik einschlugen, sind damit schon angedeutet.

Die Propaganda nach außen

Da aber die Kommunisten davon ausgehen, daß das Bestehen der Sowjetunion nur unter der Voraussetzung einer sozialen Weltrevolution möglich sei, so versuchen sie auf die kolonialen und halbkolonialen Länder einzuwirken und sie zu einer nationalen Befreiungsrevolution aufzumuntern. Jede revolutionäre Bewegung, als solche, ist ihnen erwünscht, sei es auch eine politische oder nationale Bewegung: das „Soziale" und „Kommunistische", hoffen sie, wird dann von selbst auflodern. Wenn nun die wirtschaftlichen Experimente in Zentralrußland den fortschrittlich eingestellten Staaten die Verwirklichung des sozialen Ideals vor Augen führen sollen, so will die in extremen Losungen gehaltene Nationalitätenpolitik den kolonialen und halbkolonialen Ländern der Welt als Musterbeispiel gelten. Das Prinzip, nach dem die USSR. aus den zahlreichen „selbständigen" Gebieten, „autonomen" Republiken und „Freistaaten" aufgebaut wird, müßte also der ganzen Welt zeigen, in welchem Maße es den einzelnen Völkern Rußlands möglich geworden ist, eine politische Selbständigkeit zu erreichen und zu verwirklichen.

Das alltägliche Leben und die materielle Lage, in welcher sich die einzelnen Völker der Grenzgebiete befinden, zeigen jedoch, wie wenig diese Losungen und diese Prinzipien der wahren Sachlage entsprechen.

Wenn wir z. B. Mittelasien nehmen, so werden wir etwa folgendes feststellen müssen. Auf dem Territorium Turkestans wurden zwei neue Sowjetrepubliken errichtet: „Usbekistan" und „Turkmenistan". Noch vor kurzem gehörte der „Tadschikistan", als autonome Republik, der Republik „Usbekistan" an; jetzt ist er aber zu einer selbständigen Staatseinheit ge-

worden und von Usbekistan vollkommen unabhängig. Außerdem gibt es noch „autonome Gebiete", z. B. das Kara-Kirgisische, welches zu der RSFSR. (Innerrußland) gehört, und das autonome Gebiet der Karakalpaken, welches einen Teil der Kasakschen Republik ausmacht, wobei die letztere einen Teil des Turkestan, des südwestlichen Sibirien und des europäischen Rußland einnimmt und ebenfalls der RSFSR. angehört.

Die internationale Bedeutung dieser überaus komplizierten Kombination wurde sehr treffend auf einem Kongreß in Moskau anläßlich der Jahresfeier des Bestehens der Turkmenischen Republik von Trotzky charakterisiert: die USSR. will nämlich der ganzen Welt zeigen, wie weit sie in ihrer Nationalitäten-Politik gegangen ist, indem sie den einheimischen Völkern die volle Freiheit gegeben hat, indem sie dieselben zur politischen Selbständigkeit anregt und nun ihre seit Jahrhunderten gehegten Hoffnungen erfüllt hat. Doch die Aufgabe beschränkt sich nicht nur darauf. Die Nationalitäten-Politik der Kommunisten, ihre höchste fortschrittliche Leistung in dieser Hinsicht, soll eine ungeheure agitatorische Wirkung ausüben, die anderen kolonialen und halbkolonialen Länder zur Bekämpfung der „imperialistischen und kapitalistischen Ausbeuter" anspornen und sie gleichzeitig zur „nationalen Selbständigkeit" anregen. Dies alles führte Trotzky öffentlich aus.

Dieses Geständnis erlaubt uns, wieder einen Blick in die wirklichen Absichten der Dritten Internationale zu werfen, indem es uns *noch einen* bestätigenden *Beweis* dafür bringt, daß die Sowjetmacht die nationalen Minderheiten *wohl ernst nimmt, aber es durchaus nicht gut mit ihnen meint.* Die Interessen dieser Völker, ihre Wünsche und Hoffnungen werden nur als ein Uebel in Betracht gezogen, das nun einmal berücksichtigt werden muß. Die radikalen Formeln und auch die radikalen Aenderungen der politischen Karte der Grenzgebiete Rußlands sind ihrem Wesen nach nur äußere Erscheinungsformen, nur *ein Agitationsmittel, welches in der internationalen Politik ausgespielt wird,* um auf die anderen Völker einzuwirken, die noch als Mitläufer für die Kommunisten in Betracht kommen.

territoriale
...erenzierung

Indem die Kommunisten diese Politik folgerichtig durchführten, wußten sie genau, daß die auf einer politischen Karte deutlich aufgezeichnete *geographische Abgrenzung* und „*Selbständigkeit*" der einzelnen Völker am ehesten und am anschaulichsten der ganzen Welt bekannt werden kann und wird, daß also solche Karten ein überaus wirksames Agitationsmittel unter den kleinen und

unterdrückten Völkern abgeben, denen dadurch Vertrauen zur kommunistischen Partei eingeflößt wird, und die infolgedessen, früher oder später den Weg der geistigen und nationalen *Selbstzermürbung* zu beschreiten, gewillt sein werden. Darum suchten die Kommunisten eine *möglichst vollständige territoriale Absonderung der einzelnen Völker auf ethnographischer Basis* herzustellen. In dieser Beziehung sind sie tatsächlich sehr weit gegangen: sie haben die Zersplitterung des Landes bis ins Aeußerste durchgeführt. Man könnte annehmen, daß es auf diese Weise wirklich gelingen könnte, die einzelnen Nationalitäten von einander abzugrenzen; doch das Leben hat gerade das Gegenteil erwiesen. Man hat sich überzeugen müssen, daß selbst die größte Zersplitterung des Landes es nicht ermöglicht, solche Gebiete zu schaffen, die *nur von einem Volke* bewohnt werden. Die Erfahrung hat gezeigt, daß z. B. in Mittelasien oder im Kaukasus die allergrößte Differenziertheit der geographisch-politischen Neubildungen, der sogenannten „Republiken" und „autonomen Gebiete" noch lange nicht der faktischen Ansiedlung und den angeblichen Interessen der einzelnen Nationalitäten gerecht wird. Die Bevölkerung eines beliebigen autonomen Gebietes ist *nie vollkommen einheitlich,* sondern besteht immer zu einem gewissen Prozentsatz aus fremden Völkerschaften. Um nun eine noch weitergehende Zersplitterung zu verhüten, mußten die Kommunisten zu ganz *willkürlichen Entscheidungen,* zu *Zwangsmaßnahmen,* greifen und von der Berücksichtigung aller kleineren nationalen Interessen absehen. Diese Inkonsequenz bedeutet ein vollkommenes Mißglücken des Versuchs, die Nationalitäten-Frage auf eine radikal folgerichtige und doktrinäre Weise zu lösen.

Es wäre zu erwarten gewesen, daß die Gründung unzähliger einzelner Republiken und verschiedener autonomer Gebiete endlich die Streitigkeiten und die Feindschaft zwischen den nationalen Minderheiten beilegt und zu einem friedlichen Zusammenarbeiten der Völker führt. Wir sehen jedoch das Gegenteil.

Ihre
Unmöglichkeit

Noch lange vor der Aufteilung des Turkestan in selbständige Republiken und autonome Gebiete entbrannte zwischen den einzelnen Nationalitäten der Streit, wem wohl die verschiedenen Gebiete und Wertobjekte zufallen sollten. Man scheute in dessen Verlauf vor keinen Mitteln zurück, auch nicht vor der Fälschung statistischer Angaben. Nach der Aufteilung erwies es sich, daß die einzelnen Republiken doch eine ganze Reihe *fremdstämmiger Nationalitäten in sich einschließen.* In den Gebirgsgegenden von Usbekistan waren erhebliche Gruppen von Tadschiken und

Kasak-Kirgisen, in Turkmenistan eine ganze usbekische Stadt, Tschardshuj, und große usbekische Ansiedlungen am Flusse Amu-Darja sowie in Kasakstan wichtige Punkte und Städte mit überwiegend usbekischer Bevölkerung eingeschlossen.

Dasselbe sehen wir auch in Transkaukasien, wo armenische Bevölkerung in die Gebiete Georgiens und Asarbeidschans eingegliedert wurde, und wiederum andere Nationalitäten zu den benachbarten Republiken gezählt wurden. Die Schwierigkeit bestand jedoch nicht allein in der Undurchführbarkeit einer auf ethnographischer Basis vorgenommenen Abgrenzung. Auch das Stromsystem und die Bewässerungsanlagen mußten so geteilt werden, daß von Gerechtigkeit gar nicht zu sprechen war, und ein Grund zu ewigen Streitigkeiten und gegenseitiger Feindschaft geschaffen wurde. Die Bauten des Ausgangspunktes der Bewässerungskanäle und die Oberläufe der Flüsse im Ferganschen Gebiet befinden sich z. B. auf dem Territorium der Kara-Kirgisischen Republik, dagegen die mittleren Teile und die Schlußteile dieser Kanäle in der Usbekischen Republik. In kritischen Zeiten, wo das Wasser aus diesen Anlagen dringend benötigt wird, kommt es oft zwischen beiden Republiken zu erbitterten und blutigen Kämpfen, da die Kasak-Kirgisen die nötigen Wassermengen an die Usbeken nicht abgeben wollen. Im Gebiet des unteren Laufes des Amu-Darja trägt der Kampf ums Wasser zwischen den Usbeken und den Turkmenen traditionell einen blutigen Charakter, ein Zustand, welcher dank den von der Sowjetregierung getroffenen Maßnahmen, statt behoben zu werden, sich noch verschlimmert hat. Für Turkestan wäre es möglich, noch mehr solcher Beispiele anzuführen. — In Transkaukasien hat die Bewässerungsfrage diesen akuten Charakter noch nicht angenommen, doch wird sie sich unvermeidlich zuspitzen müssen, sobald man zu den im großen Maßstabe geplanten Bewässerungsarbeiten schreiten wird. Hier durchqueren nämlich die wasserreichsten Hauptströme die Staatsgebiete von verschiedenen Republiken, und schon das Besprechen dieser Bewässerungsprojekte allein hat unlängst zu erbitterten Kämpfen zwischen den kommunistischen Vertretern der einzelnen Republiken geführt. Sobald eine Nationalität überhaupt eine Möglichkeit oder Veranlassung bekommt chauvinistisch aufzutreten, legt sie denkbar hartnäckigen Chauvinismus an den Tag. Wenn dann noch ein Streit zwischen verschiedenen Nationalitäten historische Grundlagen und Quellen hat, so nimmt er kaum jemals ein Ende, und nur unter dem Einfluß von äußeren Faktoren können die Feindseligkeiten eine verkappte Form annehmen.

[D]ie nationalen [K]ämpfe

Erst dadurch, daß der Turkestan dem Russischen Reiche angegliedert wurde, hörte der Kampf zwischen den nomadi-

sierenden Kasak-Kirgisen und den ansässigen Usbeken vollständig auf. Durch Autorität und Strenge gelang es der russischen Staatsmacht, den seit Jahrhunderten andauernden Streit der Nomaden mit dem kokandischen Chanenreich beizulegen. Die Revolution und namentlich die Sowjetpolitik entfachten die nationalen Feindseligkeiten aufs neue. Wohl ist es noch nicht zum offenen Kampf gekommen, doch ist schon wieder ein allmähliches Anwachsen kriegerischer Gelüste zu verzeichnen. Die Beziehungen zwischen den Usbeken und den Turkmenen im Gebiet des unteren Laufes der Amu-Darja tragen den Charakter eines noch nicht beendeten Krieges. Beide Völker warten nur auf den günstigen Augenblick, um in offenen Kampf treten zu könen, da ja der Streit um das Recht, auf den bewässerten Gebieten leben zu dürfen, für beide Seiten eine Existenzfrage ausmacht und kein befriedigendes Ende gefunden hat.

Auch der nationale Kampf zwischen Armeniern und Tataren ist durchaus nicht beigelegt. Nur die Anwesenheit der Sowjettruppen vermag beide Völker von einem offenen Kriege zurückzuhalten. Ein einziger Blick auf die Karte genügt, um einzusehen, inwiefern die territoriale Einteilung und Abgrenzung der Armenischen und Asarbeidschanschen Republiken ihr „friedliches Zusammenleben" gewährleistet. Das Autonome Gebiet der Asarbeidschanschen Republik: Nachitschewan — ist von ihr durch ein der Armenischen Republik gehörendes, ziemlich großes Gelände getrennt. Dieses Gelände wird von einer gemischten Bevölkerung — Armeniern und Tataren — bewohnt, wobei beide nationalen Bestandteile sich gegenseitig hassen und befeinden. Asarbeidschan und Nachitschewan haben große Neigung zu einem einheitlichen Staatsgebilde zusammenzuschmelzen, was jedoch durch das Dazwischenliegen der Armenischen Republik verhindert wird. Zur Asarbeidschanschen Republik gehört dagegen das autonome Hochland von Karabach, welches zum größten Teil von Armeniern bewohnt ist. Hier bleiben die Armenier und die Tataren in einen feindlichen Knoten geschlungen, da wieder ein Teil der Bevölkerung territorial von dem anderen getrennt ist. Das gleiche beobachten wir bei den Armeniern und Georgiern. Das Verhältnis dieser Völker zueinander spitzt sich ganz besonders in der Hauptstadt Georgiens zu einem Problem von außerordentlicher Wichtigkeit zu, da hier die Einwohnerzahl der beiden Nationalitäten fast die gleiche ist, und außerdem die Armenier die wirtschaftliche Uebermacht besitzen.

Durch die bis zur äußersten Gefühlsgrenze gesteigerte und getriebene nationale Politik trat noch so manches zutage,

was bis dahin unbekannt war, oder kaum zum Vorschein kam. Es bedurfte nur eines Anlasses, und den bot, wie wir sehen, die Nationalitätenpolitik des Sowjetstaates.

Bei Erörterung vieler, wichtiger, die Kasak-Kirgisen betreffender Fragen, stellte es sich z. B. heraus, daß dieses Volk im eigentlichen und üblichen Sinne des Wortes noch nicht existiert. Bei der Auswahl einer geeigneten Hauptstadt konnte lange Zeit keine Einigung erzielt werden, da jeder kasak-kirgisische Volksstamm seinen eigenen Ort durchsetzen wollte; hier trat auf einmal das Gefühl der Stammeszugehörigkeit in den Vordergrund und es stellte sich heraus, daß diese nationale Minderheit der vereinheitlichenden und zusammenschweißenden Macht des gemeinsamen Zweckes und Willens und damit der prinzipiellen Grundlage eines einheitlichen Volkes entbehrt. Der ausschlaggebende Einfluß dieser Stammeszugehörigkeit macht sich auch in der eigentümlichen Organisation der kasakschen Sowjetregierung, nämlich des Zentralkomitees (ZIK.) und des Rates der Volkskommissare (Sownarkom), bemerkbar: beide Behörden werden nach dem Prinzip der Stammeszugehörigkeit aufgebaut.

Etwa das gleiche sehen wir auch bei den Türkmenen, wo sich aber die einzelnen Stämme noch mehr von einander unterscheiden, und dementsprechend auch die Feindseligkeiten noch ausgesprochener sind. Die gleichen Stammesinteressen können auch bei den Usbeken verzeichnet werden. So ist z. B. Faidsulla-Chodschajew, der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare, — ein Buchare; Achun-Babajew — der Vorsitzende des Zentralkomitees — ein Fergane; — der erste Vertreter des Vorsitzenden des Zentralkomitees — ein Taschkenter usw. So haben auch die gespannten Beziehungen zwischen den einzelnen georgischen Volksstämmen zur Bildung der Georgischen Republik, der Adscharischen und der Abchasischen autonomen Republiken geführt.[21])

Der Chauvinismus

Noch vor kurzem gehörte Tadschikistan als besondere autonome Republik der Usbekischen Republik an. Diese Zeit wird durch das Vorherrschen eines überaus typischen und nackten Chauvinismus gekennzeichnet. Die Usbeken, die in alle maßgebenden republikanischen Behörden eingedrungen waren, versuchten, sich überall zu behaupten, und auf jede Weise die Kultur und Selbständigkeit des armenischen, von den alten Persern abstammenden und persisch sprechenden tadschikischen Volkes, nicht aufkommen zu lassen. Die Leiter des usbekischen Volkes, eines türkischen

[21]) Eigentlich muß noch eine „autonome Republik" dabei aufgezählt werden — das sogenannte „Jugo-Osetinische autonome Gebiet".

Stammes, suchten ihre Stellung auszunutzen, und führten gegen die Tadschiken einen harten Kampf, hauptsächlich auf der „kulturellen Front". Schullehrer tadschikischer Nationalität wurden aus den Schulen vertrieben und Verfolgungen jeder Art ausgesetzt. Das usbekische Kommissariat für Volksaufklärung versuchte auf jede Weise, den Bücherdruck in tadschikischer Sprache zu verhindern, und ging so weit, daß die Bücher in einem vollständig verdorbenen, unverwendbaren Zustande verlegt wurden.[22])

Ein so markanter Chauvinismus wurde auch von der Sowjetregierung schließlich bemerkt und gebrandmarkt.[23]) Der Vorsitzende des Usbeker Rates der Volkskommissare, F. Chodschajew, hat darauf folgendes zugeben müssen: „So wie die Usbeken den Russen nicht trauen, so ist es auch möglich, daß in Usbekistan die Kirgisen und die Tadschiken kein Vertrauen zu den Usbeken haben; denn in ihren Augen sind die letzteren eine unterdrückende Nation."[24])

So sprach der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare auf dem II. Kongreß der usbekistanschen Kommunistischen Partei. Es genügt, von der vorsichtigen Redeweise des offiziellen Vertreters der Regierung Kenntnis zu nehmen, um deutlich zu sehen, daß die Völker in Wirklichkeit sich gegenseitig hart bekämpfen.

Beim Entstehen der Turkestanschen Republiken hat sich des weiteren ein ganz sonderbarer Vorfall ereignet. Wir meinen nämlich das plötzliche „Verschwinden" der Tadschiken von einem erheblichen Teil des von ihnen früher bewohnten Gebietes. Die ganze Umgegend der Stadt Buchara, sowie der Norden des Chanen-Reiches und der westliche Teil des Gebietes von Samarkand, waren seit jeher von Tadschiken bewohnt; doch nun, nachdem die Grenzen gezogen und festgesetzt worden waren, waren die Tadschiken von diesem ganzen Gebiete spurlos „verschwunden". Wie konnte so etwas geschehen? Um der Usbekischen Republik eine Einheitlichkeit und eine Homogenität zu geben, wurden ihr ganze Gebiete mit einer durchweg tadschikischen Bevölkerung, die der Usbekischen Republik vollkommen fremd gegenüber standen, einfach angegliedert. Hätte man dies nicht getan, so würde die Usbekische Republik die höchst sonderbare Form eines „Inselreiches" angenommen haben; denn die

[22]) Dies alles wurde genau in der Sowjetpresse geschildert; siehe die entsprechenden Aufsätze in der „Wahrheit des Ostens".

[23]) Auch noch unlängst z. B. Prawda, 1930, 10. und 21. Mai usw.

[24]) Siehe die in französischer Sprache erschienene, überaus interessante und lehrreiche Broschüre von M. Tschokajef „Chez les Soviets en Asie Centrale", Paris 1928. Die angeführten Worte F. Chodschajews sind der einheimischen Zeitung „Ksyl Usbekstan" entnommen. 1927, 29. März.

Republik würde sich aus kleinen, isoliert liegenden Teilen zusammensetzen. Solche Maßnahmen können natürlich nicht spurlos an den gegenseitigen Beziehungen der nationalen Minderheiten vorbeigehen, und die Völker werden die Folgen dieser extremistischen Lösung des nationalen Problems bis ans Ende auskosten müssen.

Die wirtschaftlichen Probleme

Der Zwist und die Kämpfe zwischen den einzelnen Nationalitäten beschränken sich jedoch nicht auf die territorialen Ansprüche oder auf die nationalen Kultur-Probleme. Der Kampf um die Vorrechte, sowie das Verlangen, immer mehr zu haben, dringt besonders stark in der Sphäre des wirtschaftlichen Aufbaues durch.

Eine gute Wirtschaftspolitik setzt immer die höhere Zweckmäßigkeit voraus, bei der man nach dem Prinzip des minimalen Kraftaufwandes und des maximalen Gewinnes handelt, oder wenigstens versucht, es annähernd zu erreichen. Nun gibt es tatsächlich in den nationalen Republiken Sowjetrußlands keine einzige Wirtschaftsfrage, um die nicht heftig gestritten worden wäre. Infolgedessen entstehen immerfort völlig unnötige und nicht gerechtfertigte Ausgaben, welche die breiten Volksmassen und auch das Budget der Republiken schwer belasten.

So wird z. B. der seit langem gehegte Wunsch der Usbeken, eine eigene Baumwollspinnerei und Weberei zu besitzen, erfüllt. Sofort erhebt den gleichen Anspruch Turkmenistan. Diesem Wunsche muß auch entsprochen werden, denn eine Ablehnung würde als nationale Beleidigung und größte Ungerechtigkeit aufgefaßt werden. Nun aber muß darauf aufmerksam gemacht werden, daß eine Baumwollfabrik im Ferganschen Gebiete fast gar keine Lebensmöglichkeit hat; das gilt auch ganz besonders für den Turkmenistan, der in einem kontinentalen Klima liegt. So werden Millionen verschwendet werden, ohne jegliche Aussicht auf Erfolg.

Noch ein Beispiel aus Transkaukasien. Asarbeidschan — der Hauptproduzent von Baumwolle — erhält die Genehmigung, eine Fabrik zur Bearbeitung von Baumwolle zu bauen. Das genügt, damit auch Armenien dieselben Forderungen stellt; Armeniens Forderung wird auch befriedigt, obwohl das Land einer derartigen Fabrik gar nicht bedarf. Sei es nun eine Bewässerungsangelegenheit oder irgend ein anderes Wirtschaftsproblem, das gelöst werden muß, — es werden sofort „nationale Forderungen" gestellt, und die anfangs benötigten bescheidenen Summen wachsen ins Ungeheure.

Der wirtschaftliche Rückgang

Hier könnte vielleicht eine durchaus gerechtfertigte Frage von denen gestellt werden, die das Prinzip einer gerechten, wenn auch unzweckmäßigen Verteilung der Gaben trotz alle-

dem befürworten möchten: sie könnten sagen, es käme gar nicht auf die unnütz verschleuderten Millionen Volksvermögen, sondern lediglich auf das Maß an, in welchem die freien nationalen Republiken wirtschaftlich gedeihen und aufblühen; es handle sich nur darum, ob in dieser Hinsicht der Stand der Vorkriegsjahre überholt sei oder nicht?

In dieser Hinsicht gibt es in der Literatur eine überaus lehrreiche Zusammenstellung, ich meine das obengenannte und zitierte Buch Tschokajefs, welches so gut und treffend das wahre Wesen der kommunistischen Nationalitätenpolitik in Turkestan, und zwar auf Grund authentischer Quellen, aufdeckt. Auf der letzten Seite dieser Broschüre ist eine Tabelle angeführt, welche die wirtschaftlichen „Errungenschaften" der Sowjetepoche auf Grund eines offiziellen Berichtes der Kasakschen Sowjetregierung an den Rat der Volkskommissare der USSR. zeigt.

In Kasakstan wurde nach den damals letzten Angaben (1927) im Vergleich zu den Vorkriegsjahren hergestellt und ausgebeutet:[25])

an	Gold	48,79 %
„	Kupfer	12,82 %
„	Steinkohle	16,52 %
„	Sulfat	43,90 %
„	Fischen	24,85 %
„	Lederverarbeitung	45,80 %
„	Salz	97,56 %
„	Naphta	96,06 %

Nach Angaben des Baumwollausschusses der USSR. nimmt die Saatfläche, alle Kulturen einberechnet, im Jahre 1927 in Turkestan, in einem Lande der Landwirtschaft und Kleinproduktion, nur ⁴/₅ der Vorkriegsfläche ein; die Gesamtproduktion, nach dem Preise berechnet (? Red.), beträgt 90 % des Vorkriegsquantums; Vieh aller Art — weniger als 90 %. Die Baumwollproduktion in ganz Zentral-Asien und Transkaukasien erreicht überhaupt nur 65—70 %.[26]) Nur in der Naphtaausbeute ist ein bedeutender Erfolg zu verzeichnen: im Jahre 1913 wurden 572,5 Mill. Pud ausgebeutet und im Jahre 1926/27[27]) stieg dieselbe auf 612 Mill. Pud. Doch dieser Erfolg verliert bedeutend an Effekt, wenn man die Gesamtlänge der Bohrungen in Betracht zieht. Im Zeitraum derselben Jahre (1913—1927) ist die Länge der Bohrungen von rund 101 tausend Sashen[28]) auf rund 183 tausend Sashen ge-

[25]) M. Tschokajef „Chez les Sowiets en Asie Centrale". Paris 1928.
[26]) Nach Angaben der kommunistischen Universität.
[27]) Dieselbe Quelle.
[28]) Ein russischer Sashen ist nicht ganz 2 Meter.

stiegen, d. h. um 80 Prozent, wogegen der Ertrag bedeutend weniger zunahm.[29]) Aber auch dieses letzte bißchen Effekt schwindet dahin, wenn man in Betracht zieht, daß die Naphtagewinnung (zwecks möglichst schneller Erlangung von ausländischer Valuta) als Raubwirtschaft betrieben wurde, indem nur die oberen Horizonte ausgebeutet wurden.

Die schwierige Lage der Manganerzindustrie in Georgien ist allgemein bekannt, namentlich nach dem Zusammenbruch der Konzession von Hariman. Es ist auch unmöglich, als „positive Errungenschaft" die vor kurzem erbauten hydroelektrischen Werke in Semo-Awtschal (Transkaukasien) und auf dem Bochu (Mittelasien) anzuführen, da ja die Energie nicht ausgenützt werden kann — aus Mangel an Verbrauchern! Wahrlich — ein Kuriosum der Unwirtschaftlichkeit und Kapitalverschwendung.

Auch die Bewässerungspläne können unmöglich als reelle Leistung gelten: oft wird hierbei mit geradezu astronomischen Zahlen gerechnet, und die Leiter der Irrigations-Anlagen kommen auf die Anklagebank (der Prozeß der Mittelasiatischen Wasserwirtschaft in Taschkent und die Unterschlagungen in Transkaukasien); — oder aber es werden für etliche Millionen Rubel Kanäle von ein paar Werst Länge gebaut. Die schwere wirtschaftliche Lage dieser einst blühenden Grenzgebiete ließe sich noch durch weitere Beispiele und Zahlen erläutern, doch genügt das bereits Gesagte wohl vollkommen, um zu demselben Ergebnis zu gelangen, wie der Korrespondent einer deutschen Zeitung, der nach einer Reise durch den Kaukasus von der schweren Lage dort, wie auch im übrigen Rußland berichtete.

Das kommunistische Verwaltungssystem hat dahin geführt, daß infolge der allgemeinen Verarmung Rußlands auch die Grenzgebiete stark in Mitleidenschaft gezogen werden. Und so kommt es, daß die Länder der nationalen Minderheiten, statt den progressiven Aufstieg der Vorrevolutionsjahre fortzusetzen, jetzt einen schweren landwirtschaftlich-kulturellen Rückschritt erleben; dies gilt besonders von der Produktion der hochwertigen, sogenannten technischen Kulturen, wie z. B. des Baumwoll-Anbaues, welcher den zur Ernährung dienenden Saaten, wie Weizen, Gerste usw., Platz machen muß.

Die unbedingte wirtschaftliche Zusammengehörigkeit der einzelnen Gebiete Rußlands kann selbst nach Jahren der schwersten Erschütterungen des Landes durch das kommunistische System nicht weggeleugnet werden. Dies ist eine

[29]) Dieselbe Quelle.

Erkenntnis von größter Wichtigkeit und Tragweite, die alle zu objektivem Nachdenken zwingen müßte: diejenigen, die ihre eigenen engen nationalen Interessen über alles stellen, und auch solche, die nicht nur glauben, sondern mit Bestimmtheit wissen, daß aus dem schweren Leiden des russischen Volkes ein neues Rußland, das wahre Vaterland aller in Rußland ansässigen Völker, geboren wird.

Vielleicht sind aber in den zwölf Jahren der Revolution Fortschritte auf anderen Gebieten zu verzeichnen, welche die wirtschaftlichen Niederlagen doch ausgleichen könnten?

Die Freiheit

Die nationalen Minderheiten in Sowjetrußland genießen keine Freiheit: sie sehnen sich erst nach ihr. Und diese Sehnsucht ist groß. Dies hat ein führender usbekischer Kommunist, K. Alimof, ohne es jedoch zu wollen, treffend in folgenden Worten ausgedrückt (1927): „Es wird von einigen das Gerücht verbreitet, daß es mit unserer Sache in China schlecht steht, daß die englische Regierung die Beziehungen mit uns abgebrochen hat, und daß, wenn mit Gottes Hilfe (sic!) ein Krieg ausbricht, die Möglichkeit für das usbekische Volk entstehen kann — nationale Freiheit zu erlangen . . . Die Verbreiter solcher Gerüchte befinden sich in den Schulen und auch in unserer eigenen Mitte (d. h. in der Kommunistischen Partei)."[30])

Diese Aeußerung ist übrigens keine Ausnahme, kein einzelner Fall, sondern eine Erscheinung, die überall in den Grenzgebieten vorkommt, weil nämlich unter der kommunistischen „nationalen Freiheit" alle nationalen Minderheiten zu leiden haben.

Die Kultur

Fortschritte in der Volksaufklärung sind nicht zu verzeichnen, im Gegenteil, sie ist im Vergleich mit den Vorkriegsjahren stark zurückgegangen. Zwar rühmen sich die Kommunisten, daß nun die Zahl der Schulen bedeutend größer als in den Vorkriegsjahren ist. Bei näherer Betrachtung jedoch stellt es sich heraus, daß die Sowjetstatistik bei weitem den Tatsachen nicht entspricht. So betrage z. B. in Kasakstan die Zahl der Schulen jetzt 1600, in den Vorrevolutionsjahren aber nur 360. Nun erweist es sich aber, daß nur 40 von diesen Schulen wirkliche Schulgebäude besitzen. Weiter: die für Aufklärungszwecke bestimmten Geldmittel sind bedeutend geringer als in der Vorkriegszeit. Alle diese Angaben sind der Sowjetpresse entnommen.[31]) „Wir Baschkiren", so führte eine baschkirische Kommunistin in den Sitzungen des XV. Kommunistischen Kongresses aus, „haben

[30]) Siehe bei Mustafa Tschokajef, S. 32.
[31]) Siehe bei Mustafa Tschokajef, S. 32. Vgl. Prawda, 1930, 2. Juni.

über 2000 Schulen; wenn wir aber die qualitative Seite dieser Schulen in Betracht ziehen, so kommen wir zu sehr traurigen Schlüssen;" wir besitzen „sehr wenig Schulgebäude, Möbel, Bücher und Lehrmittel"; und „35—90% der baschkirischen Bevölkerung, je nach der Gegend, leidet an Trachom, an Krätze und allen möglichen Geschlechtskrankheiten."[32])

Wie überall, so auch hier, kann der statistische Optimismus der Kommunisten nicht ernst genommen werden.[33]) Uebrigens hat unlängst ein Vertreter des Kommissariats für Volksaufklärung in einer Tagung berichtet, daß „bis 50 Prozent der Schulen der nationalen Minderheiten in RSFSR. den gesamten Unterricht in russischer Sprache führen",[33a]) ein wahrlich bescheidener Erfolg der kommunistischen „Befreiungs-Politik".

Man muß auch ganz objektiv feststellen, daß der Kampf der Kommunisten gegen die mohamedanische Weltanschauung und Lebensordnung zu den allertraurigsten Resultaten führt und vollkommen fehlschlägt. Die „Enthüllung" der Frau (die Abschaffung des Schleiers) führte zu blutigen Zusammenstößen zwischen den Getreuen und denen, die dieser Aufforderung Folge leisteten. Die meisten kehrten wieder zum Tragen des Schleiers (Tschadra oder Parandscha) zurück. Das Eindringen der europäischen Kultur zeigte sich in der alten Buchara, nachdem das Land von den Kommunisten erobert war, darin, daß Bier- und Weinstuben mit allen ihren demoralisierenden Folgen sich in den zentralen Stadtteilen auftaten, wo niemand früher auch nur den Geruch von Bier und Wein kannte. . . .

Der Sittenverfall

Die schlechtesten Seiten der europäischen Zivilisation dringen in die Abgeschlossenheit der mohamedanischen Welt, um sie zu zermürben. Das russische Reichsgericht war von der Revolutionswelle weggeschwemmt worden, und wurde nun von dem proletarischen, alles niederreißenden und nichts als Klassenrache kennenden Klassengericht ersetzt. Der Verfall der Sitten und des allgemeinen moralischen Niveaus — ist jetzt eine allgemeine Erscheinung, von der weder die Städte, noch die Dörfer und die kleinsten Flecken verschont geblieben sind. Die schlimmen Zeiten kehren zurück: — das ehemalige Räuberunwesen nimmt zu, in den Steppen blüht wieder die „baranta", d. h. das Stehlen und Wegtreiben von Vieh. Die kasakische Bevölkerung, welche unter dieser Plage schwer zu leiden hat, denkt mit Wehmut an die alten ruhigen Zeiten zurück, als Eigentum und Vieh gut geschützt wurden und Sicherheit genossen.

Am schwersten jedoch wurde die Religion und die mit ihr verwachsene mohamedanische Lebensweise getroffen. Die mohamedanische Religion, welche jahrhundertelang die breiten Volksschichten im Geiste der mohamedanischen Moral erzog, hatte in den Grenzgebieten Rußlands eine selbständige, eigenartige Kultur geschaffen.

Vor dem Kriege erfreute sich die mohamedanische Religion und die mohamedanische geistige Bildung einer vollständigen Freiheit. Die in den Geschlechtsbeziehungen herrschende große Reinheit war bis zur Revolution erhalten geblieben. — Das Entstehen des Komsomol, die Entwicklung des kommunistischen Parteiwesens und das fortwährende Bekämpfen der mohamedanischen Lebensweise[34]) — zerrütteten in erheblichem Maße die althergebrachten Grundlagen der moralischen Weltanschauung und drückten das sittliche Niveau stark herunter.

Die Kommunisten versuchten ihre zermürbende Politik so vorsichtig wie möglich durchzuführen, da ihnen der Fanatismus der mohamedanischen Bevölkerung wohl bekannt war; und gerade dadurch hatten ihre Bemühungen Erfolg.

Zusammenfassung

Diese bitteren Erfahrungen haben nun die nationalen Minderheiten in den Grenzgebieten davon überzeugt, daß die nationale Politik der Kommunisten nichts als verlockende Worte, vielversprechende Losungen und Formeln bringt, die mit den Tatsachen und Folgen durchaus nicht übereinstimmen.

---

[32]) Frau Schafiewa. Stenogr. Bericht des XV. Kommun. Kongresses, S. 154—155.

[33]) So z. B. wenn die kommunistische Presse, laut über den Mangel an Schulen, Lehrern, Lehrbüchern klagend, daneben berichtet, daß in der Tatarischen Republik die Zahl der lernenden Analphabeten im Laufe eines Jahres von 20 000 auf 249 000 gestiegen sei, also um 1245 Prozent zugenommen hätte . . . Prawda, 1930, 2. Juni.

[33a]) Siehe „Sozialistitscheskoje Semledelije", 1930, 15. November.

[34]) Es ist z. B. überaus lehrreich, festzustellen, daß die Gesetzgebung und die Politik der Kommunisten in den christlichen Sowjetrepubliken die monogamische Ehe und Familie aufzulockern und zu zermürben sucht, in den mohamedanischen Sowjetrepubliken dagegen das Prinzip der Harem-Ehe verbietet und bekämpft. Siehe darüber „Sbornik statej i materialow po bratschnomu i semejnomu prawu", redigiert vom Volkskommissar Kursky, Moskau 1926. Besonders die beigelegten stenographischen Protokolle der Sitzungen. „Die Vielweiberei zu bestrafen, ist Unsinn". „Wohl bekämpfen wir die Polygamie durch Repressivmaßregeln in der Republik des Kasakstan; in der Baschkiren-Republik, da haben wir ein Gesetz, welches die Polygamie bestraft. Ebenso in Aserbeidschan, in Armenien, aber da drüben ist es eine Frage der Politik, der Befreiung der Frau, die aus dem Haremzustand noch nicht ausgetreten ist." Aufsatz von Krylenko. Ebendaselbst, S. 67 u. a. Die Idee ist klar: „befreien" ist so viel, wie die vorhandenen festen Formen der Sittlichkeit und des Familienlebens zerstören und eine geschlechtliche Promiscuität einleiten. Vgl. bei der Kommunistin Lilina (Sinowjews Frau) „Von der kommunistischen Familie zur kommunistischen Gesellschaft". Leningrad, 1924, S. 10, 14 u. a., wo das Leben „gleich Affen" als „kommunistische Form der Familie" geschildert wird.

Es gibt etwas, eine bestimmte Grenze, die nicht überschritten werden darf; wenn dies dennoch geschieht, so hört jede weitere Entwicklung und Vervollkommnung auf, und es tritt eine Zerstörung und Zuspitzung der nationalen Beziehungen ein, die in einen schweren und langwierigen Kampf überleitet. — Als diese Grenze kann die national-kulturelle Autonomie bezeichnet werden. Die Kommunisten überschreiten diese Grenze indes absichtlich, planmäßig und systematisch; sie lockern und zermürben die lebendigen Bande des Volksorganismus. Daraus entsteht bei den Nationalisten der betroffenen Gebiete ein Separatismus, ein maßloser Chauvinismus, eine übertriebene und aggressive Einstellung den Nachbarvölkern gegenüber. Die Erfahrung lehrt, daß eine derartige Politik aus einer ganzen Reihe von äußeren und inneren Gründen nicht lebensfähig ist, und nur eine materielle und geistige Degradierung nach sich zieht.

Das Militärwesen der USSR.

Von × × ×

Krieg und Wehrmacht

Die prinzipielle Verneinung des Pazifismus und die scharfe Unterscheidung zwischen dem Kriegs- und Rüstungsrecht der Bourgeoisie einerseits und dem des Proletariats andererseits — bilden die Grundsätze der kommunistischen Militär-Doktrin. Die Kommunisten erkennen die Notwendigkeit der Rüstungen an, aber nur für sich allein. Gewisse Kriege betrachten sie nicht nur als gesetz- und zweckmäßig, sondern sogar als erwünscht. „Die Geschichte weist Kriege auf, die ungeachtet der mit jedem Kriege unvermeidlich verbundenen Schrecken, des Elends und der Qualen fortschrittlich, d. h. für die Entwicklung der Menschheit von Nutzen waren“.[1]) So sind z. B. die Napoleonischen Kriege nützlich gewesen; wenn sie auch „Plünderung und Eroberung fremder Länder durch die Franzosen mit sich brachten, so ändert das an der historischen Bedeutung dieser Kriege nichts, weil sie den Feudalismus und Absolutismus zerrütteten und erschütterten“.[2]) Gleichfalls halten die Kommunisten alle Bürgerkriege für nützlich und notwendig, ebenso wie Kriege eines proletarischen Staates gegen die bürgerlichen. Selbstverständlich gilt dabei als proletarisch nur ein von Kommunisten regierter Staat.

Bei einem Kriege zwischen zwei bürgerlichen Staaten ist das Proletariat dazu berufen, alles daranzusetzen, um diesen „imperialistischen Krieg in einen Bürgerkrieg zu verwandeln“.

Von diesem Standpunkt aus ist jeder Krieg zwischen „Imperialisten“ erwünscht, denn „während die Kommunisten den imperialistischen Krieg von ganzer Seele hassen, müssen sie sich doch freuen, daß dieser Krieg Millionen und aber Millionen die Waffe in die Hand drückt“.[3])

Indem also die Kommunisten die Losung: „Verwandlung des imperialistischen Krieges in einen Bürgerkrieg“ in den Vordergrund rücken, müssen sie auch den Defaitismus dem Proletariate der bürgerlichen Staaten auf die Fahne schreiben. Dieser wurde zu einem der Grundprinzipien ihrer Kriegslehre. Allerdings halten es die Kommunisten für notwendig zu unterstreichen, daß sie, indem sie den Defaitismus

---

[1]) Entnommen dem Aufsatz „Wojna i Leninism“ (Krieg und Leninismus) in der Zeitschrift „Woennij Westnik“, Nr. 28, 1924.

[2]) Ebendaselbst.

[3]) Zeitschrift „Kommunistitscheskij international“, Nr. 50, 1927.

im bürgerlichen Staate predigen, damit keinesfalls eine Vaterlandsverteidigung verneinen, sobald dies Vaterland „sozialistisch, proletarisch wird".[4])

Das sind die wichtigsten Grundzüge der kommunistischen Doktrin auf dem Gebiete des Wehrproblems. Dementsprechend ist auch ihre Ansicht über das Rüstungsrecht zwiefach. Die Rüstungen der „proletarischen" Staaten sind nützlich und fortschrittlich. „Im bürgerlichen Staate dagegen ist jede Armee, ob Berufs- oder Volkswehr, als ein Unterdrückungsapparat" anzusehen, und deshalb „sind die Kommunisten grundsätzliche Gegner einer jeglichen militärischen Organisation im kapitalistischen Staat".[5])

Dabei werden als proletarische Staaten, wie gesagt, nur solche betrachtet, in denen die Herrschaft den Kommunisten gehört. In dieser Hinsicht ist das Verhalten der Kommunisten zur Oesterreichischen Bundeswehr durchaus charakteristisch. Sie stellen fest, daß diese Armee „ihrer Zusammenstellung nach keineswegs reaktionär ist, denn maßgebend für die Aufnahme in diese Armee ist nicht eine reaktionäre, sondern eine republikanische Gesinnung. Die überwiegende Mehrzahl bilden in dieser Armee die Sozialdemokraten. Diese Armee ist von der großen Masse verhältnismäßig wenig isoliert, ihr steht das politische Wahlrecht frei, und folglich kann sie sich am politischen Leben beteiligen; sie ist berufsmäßig organisiert, und sogar die Kommunisten können in ihr verhältnismäßig ungehindert arbeiten".[6]) Trotz alledem gilt diese Armee nicht als „proletarisch". Die Kommunisten betrachten sie als eine negative Erscheinung und behaupten sogar, sie wäre „als ein Söldnerheer dem Proletariate viel gefährlicher als eine auf der allgemeinen Wehrpflicht aufgebaute Armee",[7]) wie z. B. die italienische oder die französische.

Als einzige daseinsberechtigte Armee gilt den Kommunisten letzten Endes nur die Rote Armee, die Wehrmacht der Sowjetunion; doch auch nur solange, als die kommunistische Partei in ihr die Oberhand behält. „Wenn die Sowjets ohne Kommunisten einer Konterrevolution gleichzustellen sind, so ist die Rote Armee ohne Kommunisten gleichfalls Konterrevolution".[8]) Alle anderen Armeen müssen folglich abgeschafft, entwaffnet oder durch kommunistische Propaganda zersetzt werden. „Unsere Losung" — erklärt die „Kommunistische Internationale" —

[4]) Ebendaselbst.
[5]) Ebendaselbst.
[6]) Ebendaselbst.
[7]) Ebendaselbst.
[8]) „Wojna i revoluzia", 1927, Nr. 2.

„muß lauten: Ausrüstung des Proletariats, damit es die Bourgeoisie besiegen, enteignen und entwaffnen kann." Erst nachdem dies geschehen sein wird, darf das Proletariat, „ohne seiner historischen Mission untreu zu werden, jegliche Munition zum alten Eisen werfen". Und das wird zweifellos geschehen, doch auf keinen Fall eher, als das Proletariat den endgültigen Sieg davongetragen hat.[9])

Die Zersetzungsstrategie des Kommunismus

Bei künftigen bewaffneten Zusammenstößen kapitalistischer Staaten beabsichtigen die Kommunisten neben den üblichen Kampfmitteln auch politische Maßnahmen zu ergreifen: zersetzende Propaganda ihrer Agenten und der besonders zu diesem Zweck geschaffenen Organisationen. Zu der „Zertrümmerungsstrategie" Napoleons und der „Erschöpfungsstrategie" Fochs gesellt sich als dritte die kommunistische „Zersetzungsstrategie" (Lenin).

Die „Prawda"[10]) brachte einst die Mythe vom Medusenhaupt, das Perseus auf seinem Schild trug, und das so schrecklich aussah, daß seine Feinde zu Stein erstarrten und schutzlos seinen Schwertstreichen ausgeliefert waren. Zu einem solchen Medusenhaupt soll, den Kommunisten zufolge, künftighin die politische Propaganda werden: diese soll die Bourgeoisie lähmen und die militärischen Operationen der „proletarischen" Kräfte etwa zu einer Vergnügungstour in der Richtung auf Berlin, Warschau oder Kalkutta gestalten.

Die politische Kriegspropaganda der Kommunisten hatte einen Höhepunkt während des russischen Bürgerkrieges erreicht. Sie gestaltete sich damals zur mächtigsten Waffe der Roten Armeen und führte den Sieg derselben herbei. Der Versuch, die Propaganda auch 1920 zur Zersetzung der polnischen Armee anzuwenden, ergab keinen vollen Erfolg. Der bürgerliche Patriotismus des soeben wiederaufgerichteten Polen war stärker als das Revolutionsgespenst des Medusenhauptes. Die Kommunisten selbst erklärten diesen Mißerfolg durch ungenügende Vorbereitung der politischen Basis in Polen. Das veranlaßte sie, ihre militärischen und politischen Organisationen in sämtlichen kapitalistischen Ländern zu verstärken und auszubauen.

Zur Zeit verfügt der Kommunismus in allen Ländern über einen großen und gut organisierten Apparat, der von Moskau aus geleitet wird, und jede Anweisung von dort in blindem Gehorsam ausführt. Dieser Apparat besteht: 1. aus den kommunistischen Parteien und deren Jugendbünden; 2. aus besonderen militärisch-kommunistischen Organisationen, wie z. B. dem Rotfront-Bund (Deutschland und Oesterreich), dem

[9]) „Kommunistitscheskij International", 1928, Nr. 15, S. 7.
[10]) „Prawda' vom 1. V. 1927.

Arbeiterschutz (Schweiz), der Arbeiterlegion (England) usw.; 3. aus verschiedenen halbkommunistischen Hilfsorganisationen, die die Möglichkeit bieten, zugunsten des Kommunismus auch solche Schichten und Kreise auszunützen, die zu Differenzierung und Zersetzung neigen. Hierher gehören: „Bund der Freunde Sowjet-Rußlands", „Liga zum Kampfe gegen den Imperialismus" u. a. m. Ganz besonders bemühen sich die Kommunisten, in alle politisch linksgestimmten Organisationen und Gruppen einzudringen, um sie einer Radikalisierung zu unterziehen.

Die kommunistischen Parteien, denen in dieser Hinsicht die führende Rolle zufällt, sind keineswegs nur politische Organisation, wie das oft angenommen wird. Ihnen liegen auch rein militärische Aufgaben ob. Das geht z. B. klar aus den Geständnissen der Zeitschrift „Kommunistische Internationale" hervor.[11]) „Eine der Hauptaufgaben der kommunistischen Partei in jedem Lande" — behauptet diese Zeitschrift — „besteht in kriegspolitischer Hinsicht in der politischen Eroberung der bewaffneten Kräfte des Klassengegners, in der politischen und organisatorischen Arbeit in der Armee, Polizei und Marine. Die Erfahrung zeigt, daß, wenn die Armee und die Polizei, militärisch gut durchgebildet, zeitgemäß für Offensive und Defensive ausgerüstet, mit einem vorzüglichen Offizierskorps versehen, durch die in jedem Staate vorhandenen faszistischen Truppenteile verstärkt, tatsächlich gegen die Revolution kämpfen, — sie imstande sind, diese niederzuwerfen, sogar wenn andere für die Revolution durchaus günstige Vorbedingungen vorhanden sind." Die Zeitschrift verlangt von den kommunistischen Parteien die „Zersetzung und Liquidierung" der bewaffneten feindlichen Kräfte, und hebt gleichzeitig die „dringende Notwendigkeit" hervor, „rechtzeitig ausreichende bewaffnete Kräfte der Arbeiterklasse zu bilden, die imstande wären, mit den sich der Revolution ergebenden Armeeteilen zusammen die Wehrmacht der bürgerlichen Regierungen endgültig zu vernichten".[12])

Den Kern solcher „bewaffneter Kräfte der Arbeiterklasse" bilden in den bürgerlichen Staaten — der Rotfront-Bund und die anderen kommunistisch-militärischen Organisationen. Ihre Unterhaltung erfordert beträchtliche Mittel; ihre Leiter werden oft in besonderem Auftrage nach der USSR. geschickt, wo sie nicht nur einen bestimmten Lehrkursus absolvieren, sondern auch an den Manövern der Roten Armee teilnehmen.

Das einheitliche Ziel besteht in der Lahmlegung des gesamten, geordneten Lebens im Lande; es müssen Schwierigkeiten geschaffen werden, welche die revolutionäre Stimmung der Massen steigern und schließlich eine möglichst große innere Zersetzung im Lande herbeiführen: dann wird die Bourgeoisie mit einer leichten Bewegung des Perseus-Schwertes gestürzt werden können.

[11]) „Kommunistitscheskij International", 1928, Nr. 25/26, S. 75.
[12]) Ebendaselbst, S. 77.

Die politische Grundlage der Roten Armee

Als vollendete und im Sinne des Klassenkampfes streng erzogene kommunistische Militärmacht erscheint die sogenannte „Arbeiter- und Bauern-Rote-Armee", dieses „Werkzeug des ersten und einzigen Vaterlandes der Werktätigen" in der Welt, wie es im § 1 des Sowjet-Feldreglements heißt.

Die politische Ideologie dieser Armee ist nicht auf Patriotismus aufgebaut, sondern basiert lediglich auf dem Klassenbewußtsein. Die Aufgabe der Armee besteht nicht nur in der Verteidigung ihres nationalen Vaterlandes, sondern auch in der dem Weltproletariat zu leistenden Hilfe bei der Stürzung des kapitalistischen Regimes in verschiedenen, eventuell auch in allen Ländern.

„Die Rote Armee ist ein bewaffneter Truppenteil der Weltrevolution" — so lautet ein Propagandaaufruf zum Tage des elfjährigen Bestehens der Roten Armee.[13]) „Sie — die Rote Armee — muß nicht nur ein Verteidigungswerkzeug des sozialistischen Gemeinwesens gegen etwaige Ueberfälle der noch vorhandenen imperialistischen Staaten sein, sondern sie muß dem Proletariate dieser Länder nötigenfalls in seinem Kampf gegen den Imperialismus eine entscheidende Unterstützung erweisen", heißt es im Beschluß des VIII. Kommunistischen Kongresses.[14])

Die ganze Erziehung der Roten Armee ist durchaus international. Den Rotarmisten wird in den sogenannten „politischen Stunden" beigebracht, daß sie berufen sind, mit ihren Bajonetten die Weltrevolution durchzusetzen, daß die Reserven der Roten Armee hinter der Front ihrer Feinde stehen und daß die bourgeoisen Armeen im Laufe des Krieges „ihre Waffen gegen die Könige, die Bankiers, die Fabrikbesitzer und die Generäle richten werden".[15])

Das Sowjet-Feldreglement stellt der operierenden Armee zur Aufgabe, „die Arbeiter und Bauern des feindlichen Heeres wie auch die werktätige Bevölkerung des Kriegsschauplatzes für die proletarische Revolution zu gewinnen".[16]) Während des Vormarsches der Roten Armee gegen Warschau im Jahre 1920 führte der Oberbefehlshaber, Tuhatschewskij, eine schon fertige „polnische Räteregierung" mit sich, die im eroberten Lande die Macht in ihre Hände nehmen und die Angliederung

[13]) „Krasnaja Swesda" vom 21. II. 1929.
[14]) „Krasnaja Swesda", 1926, I. 31.
[15]) Ebendaselbst, 1926, V. 1.
[16]) Feldreglement RKKA., 1929, § 4 (russisch).

Polens an die Sowjet-Union ausrufen sollte. Der rote Ansturm gegen Warschau scheint damals doch einen erschütternden Eindruck auf die Polen gemacht zu haben. Frohlockend zitiert nämlich Larin in den Sitzungen des XV. Kommunistischen Kongresses (Dezember 1927) die Schilderung des Feldmarschalls Pilsudsky (Memoiren): Es war der Eindruck „einer herannahenden, schaurigen Gewitterwolke; der Staat taumelte, die Charaktere gerieten ins Wanken, die Herzen der Soldaten wurden mürbe"; das war ein Prozeß, der „unseren Willen einem Bruch aussetzte" . . . und „immer klarer und eindrucksvoller trat neben der äußeren Front die innere Front hervor." . . .[17])

Somit stellt sich die Rote Armee im Falle eines Krieges gegen einen bürgerlichen Staat auch die Aufgabe — die proletarische Revolution in diesem Staate zu beschleunigen, diesen zu sowjetisieren und ihm durch eine gewaltsame Angliederung an das „erste und einzige Vaterland der Werktätigen" die politische Selbständigkeit zu nehmen.

Es ist das also gänzlich unverhüllter roter Imperialismus, der sich vom Imperialismus des mittelalterlichen Ottomanischen Reiches oder vom Imperialismus Napoleons nur dadurch unterscheidet, daß er dem Besiegten eine kommunistische Enteignung, Verelendung und Knechtung bringt. Das Endziel dieses Imperialismus ist die Schaffung eines Sowjet-Weltreiches, das von der Dritten Internationale geleitet werden soll.

Die geschichtliche Entwicklung der Roten Armee

Als Gründungstag der Roten Armee gilt der 28. Januar 1918, an dem ein diesbezügliches Dekret von der Sowjetregierung erlassen wurde.[18]) Ursprünglich entstand die Armee aus Freiwilligen; denn sie wurde aus Teilen der „Roten Garde" zusammengesetzt, d. h. aus bewaffneten Arbeitertrupps, die mit den Kommunisten sympathisierten. Sehr bald aber wurde das Prinzip der Freiwilligkeit abgelegt, weil die Sowjetregierung, überall von Feinden umgeben, eines starken Massenheeres bedurfte. Der Zustrom Freiwilliger war bei weitem nicht ausreichend (bis April 1918 hatten sich insgesamt 106 000 Freiwillige eingetragen). Am 8. April 1918 faßte die Sowjetregierung daher den Beschluß, alle zum Kriegsdienst taugenden „Werktätigen" einzuberufen. Trotzky führte energisch die Organisierung der Armee nach neuen Grundsätzen durch. Als Muster dienten die Armeen der großen europäischen Staaten. Es wurden folgende Grundsätze bei dem Aufbau der Armee befolgt: allgemeine Wehrpflicht für sämtliche Werk-

[17]) Stenogr. Bericht des XV. Kommun. Kongresses, S. 708.
[18]) Man findet geschichtliches Material im sogenannten „Woennij sprawotschnik", Moskau, 1925, S. 178—183 (russisch).

tätigen im Alter von 18 bis 40 Jahren; strenge Zentralisierung der Heeresleitung; Wiederherstellung der militärischen Hierarchie sowie einer strengen Disziplin; Heranziehung von Fachleuten aus dem Offizierkorps der ehemaligen kaiserlichen Armee; Bildung eines Instituts der politischen Kommissare, die als unmittelbare Vertreter der Kommunistischen Partei in der Armee auftreten.

Diese Kommissare, ausschließlich Kommunisten, wurden zu Vermittlern der neuen kommunistischen Ideologie in der Armee. Ihnen wurde zur Aufgabe gestellt: „enge und ständige Fühlung der Roten Armee mit dem Arbeiter- und Bauern-Regime aufrecht zu erhalten". Die Fachleute aus den Reihen der früheren kaiserlichen Offiziere standen unter ständiger und strenger Aufsicht dieser Kommissare.

Die nach diesen Grundsätzen geschaffene Armee wurde unverzüglich in das Feuer der Bürgerkriege von 1918—1920 geworfen. Nach Beendigung der Kriegsoperationen und der Demobilmachung wurde die Organisation der Armee einer Revision unterzogen. Man stellte bestimmte Qualitäts- und Bestandsnormen auf. Die Organisation der einzelnen Truppengattungen nahm einen geregelteren und zweckmäßigeren Charakter an.

Im Jahre 1923 wurde eine Neuerung eingeführt: nämlich das Territorial-Miliz-System. Nach Einführung dieser Neuordnung bestanden die Divisionen der Roten Armee in den Agrargegenden (Zentralrußland, Wolgagebiet, der größte Teil der Ukraine) zu 90—95 Proz. aus Bauern. Dabei waren die Bauern den kommunistischen Ideen im großen und ganzen höchst selten zugänglich und konnten daher keinesfalls die Diktatur des Proletariats richtig unterstützen. Dessen ungeachtet brachte das Territorial-Miliz-System seinen Schöpfern keine besondere Enttäuschungen, weil die Sowjetregierung in den darauffolgenden Jahren eine den Bauern gegenüber nicht allzu feindliche Politik führte (nach der Losung: „Mit dem Gesicht zum Dorf"). Das System wurde erweitert. 1925 gab der Volkskommissar für Kriegsangelegenheiten, Frunse, bekannt, daß die Territorial-Miliz-Formationen den Grundstein der Roten Armee bilden, und daß die Kaderformationen nur eine nebensächliche Bedeutung hätten. 1926 war die Zahl der Territorial-Miliz-Divisionen bereits höher als die der Kaderdivisionen. Dieses Anwachsen der Truppenbildungen mit einem Bauernübergewicht wurde zu einem bedeutenden Faktor von dem Augenblick an, als die Bauernpolitik der Sowjetregierung eine scharfe Wendung erfuhr, d. h. als 1927 der Feldzug gegen die wohlhabenden Bauern, die sogenannten „Kulaki", einsetzte, und die Idee der Kollektivierung

der Landwirtschaft in den Vordergrund rückte. Die politische Zuverlässigkeit der militärischen Formationen aus vorherrschend ländlichen Elementen kam ins Wanken; diese Heeresteile wurden zum Sorgenkind der Sowjetregierung und der Kommunistischen Partei. Davon wird noch die Rede sein.

Die Organisation der obersten Leitung der Roten Armee

Die oberste Leitung der Roten Armee trägt den Charakter einer grundsätzlichen Zentralisation. Diese geht soweit, daß die militärische Befehlsgewalt in die Hände eines einzigen Menschen gelegt ist, während die „selbständigen" Sowjetrepubliken (Ukraine, Transkaukasien usw.) nicht einmal das Recht haben, über die in ihrem Gebiet befindlichen Truppenformationen zu verfügen, geschweige denn ihnen Befehle zu erteilen. Der Volkskommissar für Kriegsangelegenheiten ist zugleich auch Oberbefehlshaber der Armee, der Marine und der Luftflotte. Eine derartig auf die Spitze getriebene Zentralisation besteht sonst nirgends; denn die übrigen Staaten der Welt haben gewöhnlich zwei, zuweilen aber auch drei für die Wehrmacht zuständige Ministerien (Heer, Marine und Luftflotte).

Zweifellos kann ein solches System in mancher Hinsicht auch Vorteile aufweisen: z. B. Einheitlichkeit der Operationen verschiedener Truppenteile, sowie Vermeidung unnützer Reibungen zwischen einzelnen Aemtern; doch schafft es wiederum einen äußerst ungefügen Apparat, der die Initiative der Ausführenden lähmt und Saumseligkeiten verursacht.

Die wichtigsten Instanzen des Volkskommissariats für Militärwesen sind: der Revolutions-Kriegsrat (Abkürzung „Rewwojensowjet") und die Politische Armeeleitung (Abkürzung PUR). Diese Organe sind für die Rote Armee spezifisch und kommen in keinem anderen Staate vor.

Dem Revolutions-Kriegsrat obliegt die oberste Leitung des Heeres, der Marine und der Luftflotte, die Leitung der militärischen Verwaltungsbehörden, sowie die Oberkontrolle über sämtliche Instanzen der Militärleitung. Zur Zeit besteht der Revolutions-Kriegsrat aus folgenden 12 Mitgliedern: Woroschilof, Volkskommissar für Heer und Marine; seine 3 Stellvertreter: Kamenew, Uborewitsch und Gamarnik, von denen Uborewitsch die gesamte Kriegsrüstung leitet und Gamarnik die politische Leitung der Armee innehat; Muklewitsch, Leiter der Kriegsmarine; Baranoff, Leiter der Luftflotte; Budennij, Kavallerie-Inspektor; Tuhatschewsky, Oberbefehlshaber des Leningrader Wehrkreises; Jegoroff, Befehlshaber der Weißrussischen Armee; Jakir, Befehlshaber der Ukrainischen Armee; Kork, Befehlshaber des Moskauer Wehrkreises; Ordschonikidse, Kommissar der „Arbeiter- und Bauern-Inspektion".

Von diesen Leitern der Roten Armee sind nur Kamenef und Kork als wirkliche Fachleute anzusehen: Kamenef ist Generalstabsoberst und Kork — Generalstabskapitän bei der russischen kaiserlichen Armee gewesen. Alle anderen haben ihre militärische Laufbahn erst während des Bürgerkrieges begonnen, und oft ist ihr früherer Beruf dem jetzigen hohen und verantwortungsvollen Posten vollständig fremd gewesen. So ist z. B. Jakir — ein gewesener Volksschullehrer; Ordshonikidse ist Feldscher von Beruf; Budjennij — Kavalleriewachtmeister. Ueber Woroschilof selbst teilen die kommunistischen Militärzeitschriften nicht ohne Stolz mit, daß „er zwei Winter hintereinander eine Landschule besuchte" . . . Es muß jedoch gesagt werden, daß sämtliche Mitglieder des Revolutions-Kriegsrates die harte Schule des Bürgerkrieges durchgemacht haben, und zum größten Teil willensstarke Menschen sind.

Die Politische Armeeleitung ist ein Bindeglied zwischen der Obersten Heeresleitung einerseits und der Kommunistischen Partei sowie der Komintern andererseits. Sie führt die parteipolitische Erziehung und das Bildungswesen in der Armee, sowie die militärpolitische Vorbereitung der Bevölkerung im Lande durch. Während des Krieges wird dieser Instanz eine sehr wichtige Rolle zukommen, denn sie wird die politische Bearbeitung der Kriegsschauplatzbevölkerung zu leiten haben, um diese „für die proletarische Revolution zu gewinnen".[19]) Zum Vorsteher der Politischen Armeeleitung wurde vor einem Jahre (1. X. 1929) Jan Hamarnik ernannt, ein angesehenes Mitglied der Kommunistischen Partei.

Die anderen höheren Behörden der Roten Armee unterscheiden sich im wesentlichen nicht von solchen in den bürgerlichen Staaten. Es sei nur erwähnt, daß die Rote Armee keinen Generalstab besitzt. Dieser wurde durch Frunse 1924 aufgelöst.

Es ist nicht leicht zu begreifen, aus welchen Gründen die Abschaffung dieser Organisation, die in allen Ländern (mit Ausnahme Deutschlands, wo sie durch den Versailler Vertrag verboten wurde) besteht, vorgenommen worden ist. Die Fachzeitschriften Sowjet-Rußlands behaupten, daß von nun an die Kriegsvorbereitungen und die Kriegsführung selbst nicht nur durch Fachleute, sondern auch durch Politiker und Wirtschaftler geleitet werden müssen, denn der Begriff Strategie umfaßt nicht nur operative, sondern auch politische und wirtschaftliche Probleme. Das ist durchaus richtig. Doch müßte dieser Erweiterung des Begriffes „Strategie" logischerweise

---

[19]) Feldreglement d. RKKA. 1929, § 4.

eher eine gleichzeitige Erweiterung des Gesichtskreises der Generalstabsoffiziere folgen, als die Auflösung dieser bei der Vielgestaltigkeit des modernen Kriegswesens unbedingt notwendigen Korporation. Diesen Weg haben jedenfalls alle anderen Armeen eingeschlagen.

Die innere Struktur der Roten Armee

Die Sowjet-Militärgesetzgebung unterstreicht beständig, daß die Rote Armee eine Klassenarmee sei. Das Tragen der Waffe gilt als ein Ehrenrecht und ein Privileg der „Werktätigen Klasse". Den sogenannten „nicht arbeitenden Elementen" wird dieses Recht nicht gewährt. Die Militärpflicht wird für sie durch eine besondere Steuer ersetzt; während des Krieges werden aus ihnen besondere „Bedienungsformationen" gebildet, die hinter der Front Hilfsarbeiten zu leisten haben.

Bürger, denen weder ein passives noch ein aktives Wahlrecht zusteht, unterliegen der Wehrpflicht nicht. In verschiedenen Jahren bewegte sich die Zahl solcher Entrechteten zwischen 3—10 Prozent der Gesamtbevölkerung. Die übrige große Masse der Jugend gilt als militärpflichtig.

Doch auch diese einschränkende Auslegung des Begriffes der „allgemeinen Wehrpflicht" befriedigt die Kommunisten nicht, jedenfalls nicht jetzt, zu einer Zeit, wo eine Diktatur des Proletariats besteht. Die Kommunisten wollen aber das Prinzip der allgemeinen Wehrpflicht nicht abschaffen; denn das würde den Grundsatz des „Leninismus", nämlich die „Einstellung auf die Masse", untergraben. Andererseits können sie diesen Grundsatz auch nicht durchführen, denn dann würde die Stütze der Diktatur des Proletariates, die Rote Armee, zum überwiegenden Teil aus Bauern bestehen, deren Zahl im heutigen Rußland bis zu 83 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmacht. Hierin besteht eben der große Widerspruch, dem die Kommunisten bei der Organisation der Roten Armee zu begegnen suchen. Um diesen Widerspruch etwas zu mildern, wurde nämlich ein sehr kompliziertes und ausgeklügeltes System des partei-politischen Apparates eingegliedert. Dieser besteht aus folgenden Organisationen:[20]) 1. Politische Leitungen der Wehrkreise und politische Abteilungen bei den Stäben der Divisionen sowie einzelner Brigaden; 2. Politische Sekretariate der territorialen Kreise; 3. Parteiausschüsse bei allen höheren militärischen Einheiten einschließlich einzelner Brigaden; 4. Kriegskommissare und politische Kommandeurgehilfen in sämtlichen Armeeformationen vom Korps bis zur Kompagnie; 5. Parteizellen und kommunistische Jugendhilfsgruppen in denselben Formationen; 6. politische Leiter in kleinen Heeresgruppen; 7. Klubs und die

[20]) „Sputnik molodogo komandira" (Handbuch des jungen Kommandeurs), Moskau 1927, S. 492—503.

sogenannten Lenin-Ecken;[21]) 8. besondere GPU-Abteilungen in den Armeeformationen, angefangen von der Division abwärts. Sämtliche Organisationen dieser Art haben zur Aufgabe: politische Bearbeitung der Roten Armee im Geiste der Klassenideologie, Ueberwachung der Rotarmisten, eine unaufhörliche Bespitzelung und den politischen Nachrichtendienst.

Für so einen politischen Apparat sind selbstverständlich zuverlässige Kräfte erforderlich. Deshalb werden strenge Maßnahmen getroffen, um die Zahl der Kommunisten sowie der Jugendbündler innerhalb der Armee zu steigern. Den neuesten Nachrichten zufolge zählte man in der gesamten Armee im Jahre 1928 rund 82 000 Kommunisten,[22]) im Jahre 1929 rund 100 000 Kommunisten[23]) und im Jahre 1930 rund 129 000.[24]) Dazu kommen noch 130 000 Mitglieder des kommunistischen Jugendbundes (im Jahre 1930), was zusammen einen einheitlichen Kern, „eine Macht" bildet, „die selbstlos den Willen der kommunistischen Partei durchzusetzen bereit ist".[25]) Darauf legen die Kommunisten selbstverständlich einen sehr großen Wert: „Darf man", stellt Woroschiloff die Frage, „unter diesen Umständen mit dem Gedanken einer politischen Unzuverlässigkeit der Roten Armee rechnen? Darf man für möglich halten, daß sie jemals ablehnen wird, ihre Pflicht zu erfüllen?" . . .[26])

Selbstverständlich sind die Kommunisten und Jugendbündler besonders zahlreich auf den Kommandoposten, sowie unter den Soldaten derjenigen Abteilungen und Waffengattungen vertreten, deren Hauptaufgabe im politischen Schutz des kommunistischen Staates besteht, wie z. B. bei den Truppenteilen des GPU., bei den Panzerabteilungen, in der Kriegsflotte usw.

Was die Kommandoposten anbetrifft, so belief sich die Zahl der sie bekleidenden Kommunisten auf 51 Prozent im Jahre 1929[27]) und auf 51,1 Prozent im Jahre 1930.[28]) Im übrigen sind auf den höheren Kommandoposten der Infanterie und der Kavallerie 96—97 Prozent Teilnehmer des Bürgerkrieges; auf den niederen Kommandoposten dagegen nur bis 70 Prozent.[29])

[21]) Eine Art von Propaganda-Bude, gedacht als Lenin-Altar.
[22]) Prawda, 1930, 5. Juli.
[23]) Krasnaja Swesda, 1929, 23. Februar.
[24]) Siehe genaue Angaben in der großen Rede Woroschilofs, Prawda, 1930, 5. Juli. Bericht in der Sitzung des XVI. Kommun. Kongresses.
[25]) Woroschilof, Ebendaselbst.
[26]) Ebendaselbst.
[27]) Kalender des Kommunisten für 1929, S. 360.
[28]) Woroschilof, Prawda, 1930, 5. Juli.
[29]) Woroschilof, Ebendaselbst.

Nur 10,6 Prozent des gesamten Offizierkorps der Roten Armee diente ehemals in der Kaiserlich-Russischen Armee; die Mehrzahl von ihnen gehört jetzt zur Kommunistischen Partei.[30])

Ein anderes Mittel zur Hebung der Zuverlässigkeit der Armee ist die künstliche Steigerung der Zahl der einberufenen Arbeiter und eine gleichzeitige Niederdrückung der Zahl der einberufenen Bauern. Diese Klassensiebung, sozusagen, wird während der Einberufung durchgeführt, und ist deshalb möglich, weil das jährliche Kontingent der militärpflichtigen Jugend bei weitem die Anzahl der zur Einstellung Gelangenden übersteigt (von etwa 1 200 000 Wehrpflichtigen werden als wirklich tauglich nur 800 000 anerkannt, und von diesen 800 000 werden nur etwa 450 000 eingezogen.[31]) Doch kann auch diese Maßnahme (in Anbetracht der verhältnismäßig geringfügigen Arbeiterklasse Rußlands) die soziale Struktur der Roten Armee zugunsten der Diktatur des Proletariats nicht von Grund auf ändern. So erreichte z. B. im Jahre 1927 die Zahl der Arbeiter in der Roten Armee 23,8 Prozent des Gesamtbestandes, und die Zahl der Bauern 63,4 Prozent; jetzt (Januar 1930) ist das prozentuale Verhältnis auf 32,9 zu 57,9 Prozent verändert worden. Dementsprechend macht jetzt der Prozentsatz der Proletarier auf Kommandoposten 30 Prozent, in der politischen Abteilung der Armee — 46,7 Prozent, und unter den im Jahre 1929 neu Eingetragenen der Militärschulen 67,3 Prozent aus. Der soziale Bestand der kommunistischen Parteiorganisation der Roten Armee weist auch eine entsprechende Aenderung auf: im Jahre 1928 verzeichneten hier die Proletarier 41 Prozent, die Bauern 32 Prozent und die Schicht der Sowjetangestellten 25 Prozent; im Jahre 1930 verzeichneten die Proletarier schon 58,3 Prozent, die Bauern nur 29 Prozent und die Schicht der Angestellten nur noch 12 Prozent.[32])

Amtlich sind bestimmte sogenannte „Sättigungsnormen" festgesetzt, nach denen verschiedene Truppenteile mit Vertretern der Arbeiterklasse versehen werden müssen. So haben z. B. die Flotte, die Panzerabteilungen und die Truppen der GPU. nicht weniger als 50 Prozent, die Luftflotte 40 Prozent, die chemischen und Verbindungsabteilungen 30 Prozent, die Artillerie 15 Prozent und andere Waffengattungen 8—10 Prozent Arbeiter aufzuweisen. Was aber die Parteiorganisation in der Armee anbelangt, so muß der Prozentsatz der Arbeiter darin normalerweise auf 65 Prozent veranschlagt werden. Im

---

[30]) Woroschilof, Ebendaselbst.
[31]) Ibidem, S. 358.
[32]) Alle Angaben sind von Woroschilof selbst gebracht. Prawda, 1930, 3. Juli.

Jahre 1929 wurde diese Zahl überschritten: es kam eine sehr hohe „Sättigung" zustande (71 Prozent Arbeiter in der Armee und 83 Prozent Arbeiter in der Flotte). Augenscheinlich wurde das mit Rücksicht auf die angefangene großartige Kollektivierung der Landwirtschaft durchgeführt: man suchte die Armee dem Einflusse der leidenden und unzufriedenen Bauernschaft womöglich unzugänglicher zu machen. Diese „Uebersättigung" zeitigte aber negative Folgen, und die Kommunisten mußten mit Verdruß feststellen, daß im selben Jahre die übliche „Säuberung" des Parteiapparates in der Armee 41 Prozent ausgeschlossener Arbeiter und in der Flotte gar 65 Prozent ergab.

Aus dem Gesagten geht deutlich hervor, daß die kommunistische Regierung in Rußland trotz ihrer großen Geschicklichkeit nicht imstande ist, die Rote Armee zu einer ausgesprochenen Klassenarmee zu gestalten. Das Hindernis besteht in dem zahlenmäßigen Uebergewicht der Bauernschaft im Lande, die sich im großen und ganzen den Kommunisten gegenüber ganz ablehnend verhält. Gerade aus diesem Grunde mußten die kommunistischen Machthaber in der Roten Armee spezielle, in revolutionärer Hinsicht qualifizierte Teile als zuverlässige Stütze der proletarischen Diktatur schaffen.

Oft werden diese Teile als „Truppen für besondere Bestimmung" oder als „Truppen der O. G. P. U." (russisch gekürzt: „Osnas" oder „Tschon") bezeichnet.[33]) Es ist üblich, anzunehmen, daß sie die politische Polizei oder Gendarmerie der Sowjetunion darstellen. Jedoch weist in keinem einzigen Staate der Welt die Gendarmerie eine dermaßen entwickelte Organisation und dermaßen reichliche militärisch-technische Hilfsmittel auf wie die Truppenteile der OGPU. Es wäre vielleicht richtiger, diese daher als die Janytscharen oder als die Prätorianer des kommunistischen Regimes zu bezeichnen.

Wir haben bereits gesagt, daß die Truppen der OGPU auf Grund einer besonderen Auslese zusammengestellt werden. Außerdem werden Maßnahmen getroffen, um diese Teile technisch besser auszurüsten, ihnen eine bessere Verpflegung und Equipierung zukommen zu lassen als den anderen Einheiten. Sie befinden sich stets in Kriegsbereitschaft. Ihre Organisation ist so durchdacht, daß sie Teile beliebiger Größe aussondern können, die aus verschiedenen Waffengattungen bestehen und selbständig wirken können.

---

[33]) Dies sind ganz sinnlose und durchaus nicht russisch klingende Wörter, wie alle aus Abkürzungen künstlich zusammengesetzten Sprachneubildungen der Sowjetepoche. Die Redaktion.

In Moskau befindet sich der Kern dieser Truppen der OGPU.: „Dsershinskys Sonderdivision OSNAS beim OGPU-Kollegium" und „Stalins besondere Kavallerie-Brigade".

In allen Großstädten der U. S. S. R. sind einzelne OGPU-Regimenter stationiert: ihre Gesamtzahl beläuft sich auf 30. In den Mittelstädten bestehen besondere Abteilungen der OGPU-Truppen. In Gegenden, in denen sich die Bevölkerung den Machthabern gegenüber besonders feindlich verhält, werden „Manövergruppen" dieser Truppen postiert, denen zur Aufgabe gestellt wird, Repressalien durchzuführen und Strafexpeditionen gegen die Bevölkerung zu entsenden.

Zu Kriegszeiten verbleiben die OGPU-Truppen an Ort und Stelle, um die Regierung vor jeglichen Unwillensbezeugungen der sie hassenden Bevölkerung zu schützen.

Die Stimmung in der Roten Armee

Für das innere Leben der Roten Armee und für ihre politisch-moralische Stimmung bleibt ihr sozialer Bestand ausschlaggebend. Zahlenmäßig gehört die Uebermacht in der Armee — den Bauern; deswegen reagiert sie auf deren Stimmungen so feinfühlig.

Wie bekannt, führt die Sowjetregierung gegenwärtig eine den Interessen der Landbevölkerung durchaus widersprechende Politik. Dem „Kulak" ist der Krieg erklärt worden, und die Kollektivierung der Landwirtschaft ist zur Hauptaufgabe geworden.[34])

Natürlicherweise zeitigt diese Politik in der Armee Unzufriedenheit und ein Anwachsen der Mißstimmungen. Das offizielle Militärorgan „Krassnaja Swesda" äußerte sich darüber zur Zeit der besonders scharfen Kollektivierung folgendermaßen:[35]) „Die Zuspitzung des Klassenkampfes im Lande, der erbitterte Widerstand, den der Kulak dem sozialistischen Vormarsch der Arbeiterklasse entgegensetzt, findet seine Widerspiegelung auch in der Roten Armee" . . . „In die Kasernen sind bereits Kulakenstimmungen gedrungen; in einzelnen Soldatengruppen werden Gespräche über die Unrichtigkeit der politischen Generallinie der Partei geführt." Diese Gespräche nehmen zuweilen eine für die Herrschaft der Kommunisten beunruhigende und gefährliche Wendung.[36])

Im 4. Kavallerie-Regiment (Letitscheff) sammelten sich Rotarmisten gruppenweise und unterhielten sich darüber, „wie

---

[34]) Siehe den Aufsatz „Die Bauerndifferenzierung" im vorliegenden Sammelwerk.
[35]) „Krasnaja Swesda" vom 23. November 1929.
[36]) In der Prawda, 1930, 27. Juni, werden auch entsprechende Stimmungen geschildert, leider zu allgemein.

die Bauern geschunden werden, und daß sie deshalb, im Falle eines Krieges, die Sowjetunion nicht verteidigen werden".[37])

Im 14. Artillerie-Regiment zu Fuß (Kiew) führten die Rotarmisten darüber Klage, „daß der Arbeiter überall vorgezogen wird, daher müssen wir als Bauern nicht für den Arbeiter, sondern für die Bauern eintreten".[38])

Im 12. Artillerie-Regiment (Omsk) bildete sich eine große Gruppe der Jugendbündler-Rotarmisten (Komsomolzy), die ihre Mißstimmung darüber offen äußerte, daß „die Partei den Bauern gegenüber falsche Wege eingeschlagen habe; durch die Steuerpolitik und die gewaltsame Getreideeintreibung werden die Bauern ausgeraubt, so daß daraus Brotmangel und Ernährungsschwierigkeiten entstehen."[39])

In einem der ukrainischen Regimenter richtete ein politischer Instrukteur namens Predein an das Büro der Parteizelle folgende motivierte Erklärung: „Ich teile ihnen hierdurch mit, daß ich im Namen des Proletariats, im Interesse der proletarischen Revolution dafür kämpfen werde, daß die gegenwärtige Politik, die nicht nur zur Degradierung der Landwirtschaft, sondern auch zur Untergrabung des sozialistischen Aufbaues führt, unverzüglich geändert wird." Predein legte dieser Erklärung sein Programm bei, in dem es unter anderem hieß: Steuersenkung auf dem Lande, Rückkehr zur sogenannten „neuen Wirtschaftspolitik" (1921—1927), vollständige Liquidierung der Ueberreste des Kriegskommunismus, unbeschränkte Beteiligung sämtlicher Bauernschichten am Genossenschaftswesen, Förderung der bäuerlichen Hausindustrie.[40])

Es ist bezeichnend, daß die Unzufriedenheit mit der Regierungspolitik, die unter den Bauern weitverbreitet ist, sich auch auf die Arbeiterkreise der Roten Armee ausdehnt. So stellte sich im 45. Artillerie-Regiment (Kiew) heraus, daß „sogar in der Arbeiterklasse — diesem Vortrupp der proletarischen Diktatur — einzelne Gruppen vorhanden sind, die ihre Aufgabe nicht verstehen", und daß „es dort einzelne Personen gibt, die sich unter dem feindlichen Einfluß befinden".[41])

Man könnte ähnliche Zitate aus der offiziellen Militärpresse nach Belieben fortsetzen; sie alle legen Zeugnis davon ab, daß in der Roten Armee, wie auch in ganz Sowjetrußland, der Klassenkampf im Steigen begriffen ist. In der Armee

---

[37]) „Tscherwona Armija", Charkoff, 31. VIII. 1929.
[38]) Ebendaselbst, 22. X. 1929.
[39]) „Krassnaja Swesda" vom 22. XI. 1929.
[40]) „Krassnaja Swesda" vom 21. VII. 1929.
[41]) „Tscherwona Armija", Charkoff, vom 24. VIII. 1929.

gährt es tief und stark. Sie weist eine dem offiziellen Kurs der Regierungs- und Parteipolitik durchaus feindliche Richtung auf.[42])

Das alles entzieht sich der Kenntnis der Regierung keinesfalls. Während des russisch-chinesischen Konfliktes entsandte die Oberste Leitung der Roten Armee an die chinesische Grenze ausschließlich aktive Stammformationen. Sie wagte es nicht, irgendeine Territorial-Miliztruppe an die Front zu schicken. So wenig Vertrauen bringen die Befehlshaber den Bauernformationen entgegen.

Von Interesse sind auch andere, für die Verhältnisse der letzten Zeit bezeichnende Maßnahmen. So ging die Armeeleitung mit besonderer Strenge an die Durchsiebung der Herbstrekruten (1929) heran. Es wurden den Behörden neue Richtlinien eingeschärft: 1. die Arbeiter- und Parteischichten in der Armee zu verstärken und gleichmäßiger zu verteilen; 2. nicht nur die sogenannten „Entrechteten" ausscheiden zu lassen (was schon durch die geltenden Gesetze bestimmt ist), sondern auch solche Personen nicht zuzulassen, „die, wenn sie auch nicht entrechtet und auch nicht Kulaken-Kinder sind, so doch, nach ihrem Verhalten auf dem Lande, zu Vermittlern des Kulaken-Einflusses werden könnten"; 3. die Losziehung bei der Aushebung abzuschaffen und diese durch Klassen-Auslese zu ersetzen."[43]) Das letztere bedeutet, daß die allgemeine Wehrpflicht in Rußland jetzt tatsächlich abgeschafft ist. Die Soldaten werden durch den Beschluß der Aushebungskommissionen ernannt.

Aus dem Gesagten kann man den Schluß ziehen, daß die Armee, die offiziell als „Arbeiter- und Bauernarmee" bezeichnet wird, jetzt als Einheit kaum noch besteht. Sie wird durch scharfe innere Gegensätze zersetzt und löst sich langsam in ihre sozialen Bestandteile auf; in der Bauernschicht der Armee sammelt sich unter dem hermetischen Verschluß der proletarischen Diktatur Klassenhaß und eine ständig anwachsende Gährung an.

---

[42]) Es ist lehrreich, festzustellen, daß Woroschilof in seinem großen Berichte (XVI. Kommun. Kongreß, 1930, Juli) diese Tatsache ohne weiteres leugnet: „Ich wiederhole, daß im Laufe dieser ganzen Zeit" (1927—1930. Red.) „es in der Roten Armee keinen einzigen Fall gegeben hat, der geeignet wäre, eine gewisse Unruhe beim Zentral-Komitee oder bei den unmittelbaren Führern der Armee hervorzurufen: Unruhe wegen ihrer politischen Standhaftigkeit". Prawda, 1930, 5. Juli. Solche ostentative Leugnungen von allgemein bekannten Tatsachen wird man ohne weiteres auf eine bestimmte politische Abmachung zwischen Woroschilof und Stalin zurückführen wollen.

[43]) „Krassnaja Swesda" vom 29. VI. 1929 und 7. VII. 1929.

II. Teil:

Wirtschaft

samten Erfüllungsfrist nunmehr darstellen sollten), wie sie von der Sowjetpresse und den Sowjetwirtschaftlern festgestellt worden sind, nochmals kurz zusammenzufassen:

1. eine mengenmäßige Steigerung der industriellen Produktion, insbesondere derjenigen der Produktionsmittel, aber in der Hauptsache auf Kosten einer gleichzeitigen weiteren Verringerung der Qualität der hergestellten Ware;
2. eine nominelle Senkung der Produktionskosten, die um die Hälfte hinter dem vorgeschriebenen Maße zurückbleibt;
3. infolgedessen ein „Durchbruch" der finanziellen Grundlage des Planes und als weitere Folge die Verwandlung einer latenten und schleichenden Inflation in eine offene — mit allen ihren Nebenerscheinungen;
4. Verschärfung der Ernährungskrise als direkte Folge des teilweisen „Gelingens" der Sozialisierung der Landwirtschaft; Verschärfung der Transportkrise, ganz besonders auf den Eisenbahnen; die verschlechterte Versorgung der Industriearbeiter mit Lebensmitteln wirkt sich in einer verminderten Leistungsfähigkeit derselben sowie in der Abnahme der Produktion in einzelnen Industriezweigen (Kohle!) aus.

Dies wäre in großen Zügen das gesamte Bild der Ergebnisse der ersten zwei Jahre des Fünfjahresplanes.

Die Lage der Arbeiter

Von Professor I. Iljin

Die Diktatur des Proletariats

Wie bekannt, besteht in der Sowjetunion eine „Diktatur des Proletariats". Im Namen des letzteren wurde der Umsturz vorgenommen; in seinem Namen wurde die großartige Enteignung durchgeführt und wird jetzt die kommunistische Lebensordnung aufgebaut. Dementsprechend nennt sich auch die Regierung — „die Arbeiter- und Bauern-Regierung", womit aber in Wirklichkeit nicht alle Bauern, sondern nur „die Aermsten", das Landproletariat, gemeint ist. „Der Arbeiter ist der Diktator und der Herr im Lande der sozialistischen Sowjetrepubliken", schreibt Maxim Gorki.[1]) . . . Wohl „muß der Arbeiter in der Werkstatt sich den Vorschriften und der Disziplin fügen. Aber außerhalb der Werkstatt, nach verrichteter Arbeit, beginnt er seinen öffentlichen Beruf, als Herr der Wirtschaft, auszuüben", erklärte feierlich der bekannte Kommunist Ginsburg in der Sitzung des fünften Plenums des Gewerkschaftsrats.[2]) Augenscheinlich sind es die Arbeiter, die in Sowjetrußland „herrschen": ihre „Herrschaft" ist als Klassenherrschaft gedacht; ihre Partei soll eine Klassenpartei sein;[3]) ihr Staat ist ein Klassenstaat. Nimmt man aber an, daß in Sowjetrußland eine „Diktatur des Proletariats" wirklich besteht, so wird man doch feststellen müssen, daß diese Diktatur von einer kleinen Minderheit der Bevölkerung ausgeübt wird. Im Sowjetstaat „macht das Proletariat eine kleine Minderheit der Bevölkerung aus", behauptet Lenin; die Kommunisten selbst gleichen aber „einem Tropfen im Meere.[4]) . . . Daraus entsteht für die Kommunisten die „Hauptaufgabe" — „die Mehrheit des Proletariats auf ihre Seite zu bringen".[5]) Wenn man in Betracht zieht, daß die Mitgliederzahl der Kommunistischen Partei auf 1,2 Prozent, und die Zahl des angestellten Proletariats auf 8 Prozent der gesamten Bevölkerung erst jetzt gestiegen sein soll,[6]) so wird es leicht einzusehen sein, daß die Kommunisten auf das Proletariat, als ihr politisches Werkzeug und ihre politische Reserve, einfach angewiesen bleiben. Eine entschiedene Unzufriedenheit der Arbeiterklasse könnte auf die Dauer für die Herrschaft der Kommunisten gefährlich werden: die enteignete Mehrheit des Volkes könnte dann eine ganz verhäng-

---

[1]) Iswestija, 1929, 18. Juli.
[2]) Siehe Trud, 1928, 29. November, Nr. 227.
[3]) Lenin, Werke, XVIII, Teil I, S. 64 (russ.) u. a.
[4]) Lenin, Werke, XVIII, T. 1, 42, 118, 137, 221; T. 2, 51.
[5]) Lenin, XVIII, 1, S. 351.
[6]) Siehe die Berichte des XVI. Kommun. Kongresses vom Juni-Juli 1930.

nisvolle Unterstützung bei der enteignenden und sozialisierenden Arbeiterklasse bekommen, und die Lage wäre fatal.

Daraus ist schon leicht zu verstehen, warum die Kommunisten alle Probleme des Arbeiterwohlstandes so ostentativ besprechen und so feierlich behandeln; warum sie so nervös werden, wenn ihnen etwas wichtiges mißlingt, und warum sie dann die Schuld an diesem Mißlingen von sich abzuschütteln suchen, von „Verschwörung", „Sabotage" und dergleichen mehr zu reden anfangen und die angeblich „Schuldigen" hart bestrafen oder einfach hinrichten lassen.

Wie lebt nun aber die Arbeiterklasse des Sowjetstaates in Wirklichkeit?

Der Kriegskommunismus

In der ersten Periode des sogenannten „Kriegskommunismus" ging es ihr sehr schlecht. Es wäre genug festzustellen, daß zu Beginn des Jahres 1921 der reale Arbeiterlohn bis auf 10 Prozent des Vorkriegslohnes gefallen war und 3 Rubel 36 Kopeken monatlich betrug, von denen etwa 23 Kopeken in barem Geld und der Rest in „Ware" ausgezahlt wurde.[7]) . . . Die Sowjetindustrie produzierte damals nur 6 Prozent des Vorkriegsquantums.[8]) Die industrielle Stadt hatte der Landwirtschaft nichts zu geben, außer durch Inflation entwertetes Papiergeld; die Bauern konnten dafür nichts liefern, und die Kommunisten sahen sich genötigt, einen Proviantkrieg gegen die Bauernschaft zu führen; dieser Proviantkrieg brachte wenig ein; das Proletariat hungerte und floh ins Dorf, um sich irgendwie zu ernähren. In den Jahren 1918—1920 verlor Moskau bis 45 Prozent seiner Einwohner, Petersburg bis 71 Prozent, Jaroslawl 43 Prozent usw. Lenin selbst schilderte die ersten 4 Revolutionsjahre folgendermaßen: „Die Diktatur des Proletariats in Rußland hat der herrschenden Klasse, dem Proletariate — solche Opfer, solche Not und solche Entbehrungen auferlegt, wie sie die Geschichte noch nie gekannt hat; und es ist sehr wahrscheinlich, daß auch in jedem anderen Lande die Sache genau so vor sich gehen wird."[9]) „Im Bürgerkrieg der Jahre 1918—1920 hat am meisten doch das Proletariat geblutet."[10]) „Es hat mehr als alle andern Klassen gelitten, überstanden, sich abgequält, Not und Entbehrungen ertragen."[11]) „Vor Hunger liefen die Leute auseinander, die Arbeiter legten einfach die Betriebe still, sie sahen sich genötigt, sich auf dem Lande niederzulassen, und hörten auf, Arbeiter zu sein."[12]) Noch „nie hat die Arbeiterklasse so eine Unterernährung, so einen Hunger erlebt, wie in den ersten Jahren ihrer Diktatur".[13]) „Es besteht nun[14]) verzweifelte Not, Hunger und Bettelei",[15]) „eine niegesehene und unerhörte Verschärfung der Not und der Verzweiflung, die sich jetzt" der Massen „bemächtigt"[16]) usw.

Die Periode des folgerichtigen Kommunismus endete also mit einer Zerstäubung und Verelendung des Proletariats. Es ist bezeichnend, daß solche Verelendungserscheinungen, wie z. B. die Millionen verwahrloster Kinder,[17]) von denen rund 75—80 Prozent den „werktätigen" Klassen entstammen, — auf diese Epoche zurückzuführen sind; solche Erscheinungen geben der ganzen Revolution ihr Gepräge. Die Kommunisten hatten versucht, eine allgemeine Enteignung und Sozialisierung kurzer Hand durchzuführen, indem sie das Proletariat zu ihrem politischen Werkzeug machten; die Enteignung wurde wirklich durchgeführt, aber die Sozialisierung scheiterte an dem Widerstand der Bauern. Die grundlegenden Gesetze des sozialen und wirtschaftlichen Lebens wurden rücksichtslos zertreten, und das Proletariat selbst ging an diesem Versuch zugrunde.

Die Nöp-Periode

Die Periode der sogenannten „neuen ökonomischen Politik" (nach den ersten Buchstaben „NÖP" genannt) überkam dieses schlimme Erbe und also auch die Aufgabe — das Proletariat wieder zu sammeln, anzustellen und seine Lage nach Möglichkeit zu bessern. Die Periode dauerte etwa bis zum Jahre 1928, und ist jetzt von dem zweiten kommunistischen Versuche Stalins abgelöst worden (1929—1930 . . .). Es ist selbstverständlich, daß die Sowjetregierung während dieser Jahre alles mögliche machen mußte, um der Arbeiterklasse einen möglichst großen Wohlstand angedeihen zu lassen. Es ist aber auch von Anfang an festzustellen, daß die unentgeltliche kommunistische Versorgung und Verpflegung des Proletariats mit dem Zusammenbruch des folgerichtigen Kommunismus grundsätzlich gescheitert war, und daß die NÖP-Periode den Arbeiter in den ursprünglichen Zustand eines Lohnarbeiters versetzte, welcher, als richtiger Proletarier, ohne Produktionswerkzeuge dastehend und an sich wirtschaftlich lahmgelegt, sich einen Arbeitgeber zu suchen

[7]) Siehe in der Sowjetliteratur bei Strumilin. Der Arbeitslohn und die Produktivität der Arbeit in der russischen Industrie, Moskau 1923 (russ.).

[8]) Lenin, XVIII, 1, S. 444; von Bucharin und anderen führenden Kommunisten mehrmals wiederholt.

[9]) Lenin, XVIII, 1, S. 329.

[10]) Lenin, XVIII, 1, S. 212.

[11]) Ebendaselbst, S. 174. Diese Berechnungen „mehr" und „am meisten" wird die objektive Geschichte vielleicht auch nicht bestätigen können.

[12]) Ebendaselbst, S. 128.

[13]) Ebendaselbst, S. 191; siehe auch S. 175.

[14]) Dies galt für den Winter 1921—1922.

[15]) Lenin, XVIII, 1, S, 159.

[16]) Ebendaselbst, S. 167.

[17]) Siehe den Aufsatz von Dr. Axenof im vorliegenden Sammelwerke.

und seine Arbeitskraft und Leistungsfähigkeit zu „entäußern“ oder zu „verkaufen“ hat. In den ersten Jahren der NÖP-Periode hatte der Proletarier noch die Möglichkeit gehabt, sich eine private Anstellung hier und da zu verschaffen und das Prinzip der Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkte zu seinen Gunsten und gegen den Sowjetstaat auszunützen (jedoch in ganz beschränktem Umfang). Nach und nach wurde aber das der privaten Initiative wiedergewährte Freifeld beschränkt und das Monopol im Arbeitgeben immer mehr dem Staate zugesichert. Der Arbeiter wurde zum Lohnknecht des kommunistischen Parteistaates. Die Bedingungen der Arbeit und des Lohnes werden ihm nun diktatorisch und monopolistisch vorgeschrieben. Schutz- und hoffnungslos steht er nun da. Es gibt keine freien Gewerkschaften mehr, denn die roten „Gewerkschaften“ sind nur Zweige des kommunistisch-bürokratischen Staatsapparats. Die sozialdemokratische Arbeiterpartei ist vollständig unterdrückt und führt ein illegales Dasein. Das Parteimonopol der Presse und die Unterdrückung des Privathandels vervollständigen das gesamte Bild. Der Arbeiter ist dem Gutdünken, den Fehlern und der Unfähigkeit der Sowjetbürokratie preisgegeben.[18]) Jedoch hat er jetzt mit einer für ihn „bestmöglichen“ Regierung zu tun; mit seiner Regierung. . . . Deswegen hat er die ihm auferlegten Opfer und Lasten schweigend oder gar mit „revolutionärem Pathos“ zu tragen und zu ertragen. Jetzt ist es grundsätzlich aus mit „Forderungen“, mit „Arbeitseinstellungen“ und dergleichen mehr. Es darf nur „Selbstkritik“ geübt werden, indem aber die Spitze dieser „Selbstkritik“ nicht gegen die Leitung der Kommunistischen Partei gewendet werden darf: denn dann wird sie sofort als „Opposition“ oder „Opportunismus“ gebrandmarkt, niedergeschimpft und niedergekämpft. Das „herrschende“ Proletariat hat nach einem vorgeschriebenen Muster zu leben, zu denken und zu fühlen; es darf weder einer vaterländischen, noch einer sozialdemokratischen, noch einer „kommunistisch-oppositionellen“ Einstellung huldigen. Der Arbeiter hat alles hinzunehmen, was verordnet wird: die Auflösung der Familie, die Abschaffung der religiösen Feiertage, die Schließung der Kirchen, die Liquidation der Arbeitslosenunterstützung, die Nachtarbeit in den Betrieben, die sogenannte „freiwillige“ Zeichnung der Staatsanleihen, eventuell auch die Enteignung und Verbannung der eigenen Eltern, die vielleicht als hartnäckige „Kulaken“ in ihrem „bäuerlichen Blödsinn“ an der Privatscholle noch festzuhalten suchen und jetzt das Schicksal der

Das Monopol im Arbeitgeben und die Lohnknechte des Staates

[18]) Siehe den Aufsatz „Kommunismus als Beamtenherrschaft“ im vorliegenden Sammelwerke.

auszurottenden Klasse teilen. Auch dies kommt gar nicht so selten vor, denn es wurde noch unlängst von den Kommunisten festgestellt, daß im Jahre 1928 rund 25 Prozent der Textil- und Metallarbeiter entweder selbst Land besitzen, oder als Mitglieder von bäuerlichen Familien in den industriellen Betrieben arbeiten. . .[19]) Lehrreich und bezeichnend ist es auch zu verfolgen, wie z. B. einfache Bauern und Arbeiter, ganz besonders Arbeiterinnen, in den Sitzungen des Zentral-Exekutiv-Ausschusses der USSR. gegen die Auflösung der Familie und gegen den entsprechenden neuen Gesetzentwurf auftraten und flehentlich baten, die Ehe und die Familie aufrecht zu erhalten und zu schützen; man lies sie reden und nach Hause fahren; dann wurde das Gesetz doch eingeführt.[20]) Kurz — die Arbeiterklasse des Sowjetstaates dient der Kommunistischen Partei als politisches Werkzeug und als Reserve für die Sowjetbürokratie; sie verfügt aber unter dem Arbeitgebermonopol und der Diktatur der Kommunistischen Partei über keine äußere und innere Freiheit und genießt dafür die Vorteile und die Nachteile der immer weiter und tiefer durchgreifenden kommunistischen Lebensordnung.

Diese Vorteile und Nachteile sehen etwa folgendermaßen aus.

Nominallohn und Reallohn

Vor allem der Arbeiterlohn. Der Nominallohn (in Tscherwonetz-Rubel berechnet) stieg im Laufe der NÖP-Periode regelmäßig in die Höhe. Er erreichte im Jahre 1928—1929 durchschnittlich bei den Eisenbahnern 75,40 Rubel, bei den Arbeitern des Wassertransports 82,04 Rubel und blieb durchschnittlich unter diesem Niveau in der Industrie.[21]) In einer der bestbezahlten Branchen (Maschinenbau in Moskau) machte der Tagelohn eines qualifizierten Arbeiters im Jahre 1929 durchschnittlich 4,75 Sowjetrubel und eines nichtqualifizierten Arbeiters 3,17 Sowjetrubel aus.[22]) Im ganzen kann man mit Sicherheit annehmen, daß der Nominallohn der Sowjetproletarier jetzt rund das Doppelte der Vorkriegssätze ausmacht (wobei man bedingungsweise die in-

[19]) Siehe „Bulletenj Statistiki Truda“, 1930, Nr. 4.

[20]) Vgl. den stenographischen Bericht der Sitzungen in dem „Sbornik statej i materialow po bratschnomu i semejnomu prawu“, redigirt vom Volkskommissar Kursky (russ.), Moskau, 1926; siehe auch den geltenden „Kodex der Gesetze für Ehe, Familie und Vormundschaft“, 1927.

[21]) Siehe das Organ des Arbeitskommissariats „Woprossy Truda“, 1930, Nr. 5.

[22]) Siehe „Bulletenj Statistiki Truda“, 1930, Nr. 4.

kommensurablen Geldeinheiten des Vorkriegsrubels und des Tscherwonezrubels gleichsetzen müßte).

Diesen Betrag seines Nominallohnes bekommt aber der Arbeiter nie voll ausgezahlt, denn es gibt immer „freiwillig" zugestandene Abzüge bei der Auszahlung — bald für eine unter dem Drucke der kommunistischen Parteizelle „einstimmig" bewilligte Staatsanleihe,[23]) bald für die streikenden Bergarbeiter in England, bald für den Aufbau der Kriegsluftflotte, bald für die Revolution in China usw. Diese Abzüge verschlingen zeitweilig bis 10 Prozent des Nominallohnes. Auch werden die Löhne oft mit Stockungen und Verschleppungen ausgezahlt, was bei der Knappheit an Verbrauchsartikeln und Lebensmitteln und bei steigenden Preisen lästige Folgen zeitigt[24]) usw.

Wenn wir nun den Index der Kleinhandelspreise den Berechnungen des Sowjetinstituts für Konjunktur entnehmen,[25]) um uns eine annähernde Vorstellung über den bestehenden Reallohn zu bilden, so stellen wir fest, daß die Kaufkraft eines Tscherwonez-Rubels schon im Oktober 1927 rund 51,8 Prozent seines Nominalwertes ausmachte, um im September 1928 auf 50,2 Prozent und im September 1929 auf 45,9 Prozent herabzusinken. Dies gilt jedoch nur für den sogenannten „allgemeinen" Kleinhandelsindex. Das Bild ändert sich, wenn wir den Kleinhandelsindex des „sozialisierten" Handels und des Privathandels gesondert betrachten. Im sozialisierten Handel stand der Kleinhandelsindex auf 183 im Oktober 1927, auf 185 im September 1928 und auf 195 im August 1929 (193 für Industrieprodukte und 200 für Produkte der Landwirtschaft). Im Privathandel haben wir ein schlimmeres Bild zu verzeichnen, nämlich: 226 im Oktober 1927, 262 im September 1928 und 344 im August 1929 (287 für Industrieprodukte und 434 für Produkte der Landwirtschaft) . . .

Die Preise

Das bedeutet also, daß der Arbeiter, insofern er die für ihn notwendigen Produkte in einem Staatsladen[26]) einkaufen durfte und konnte, wo es nur feste Preise gibt, — fast das Doppelte oder genau das Doppelte im Vergleich zu der Vorkriegszeit auslegen mußte. Insofern er aber auf den Privathandel angewiesen blieb, galt sein Tscherwonezrubel (schon

[23]) Siehe den Aufsatz „Staatsfinanzen, Währung und Kredit" im vorliegenden Sammelwerk. In der Sowjetpresse werden nur die seltenen Fälle des Nicht-Zeichnens notiert und scharf verurteilt, z. B. Trud, 1930, 7. Juli.

[24]) Z. B. in den letzten Monaten Prawda, 1930, 18. August; „Ukrainskij Proletarij", 1930, VI, 27, und VII, 5, usw.

[25]) Siehe „Ekonomitscheskoje Obosrenije", 1929, Nr. 8.

[26]) Die Läden der sogenannten „Potreb-Kooperazija" (Konsum-Genossenschaften) sind auch Staatsläden.

vor einem Jahre, August 1929) in seiner Kaufkraft nur 33 bis 23 Kopeken, also rund ein Drittel bis ein Viertel im Vergleich zur Vorkriegszeit. Die Nachrichten des lezten Jahres (Oktober 1929 bis Oktober 1930) geben keine weitere Steigerung des Nominallohnes an; im Gegenteil, man liest hier und da über Versuche, den Nominallohn im Kampfe für die Senkung der Selbstkosten der Sowjetindustrie sogar etwas herabzudrücken. Wenn die „finanzielle Lage der Industrie" schon im Jahre 1928 „sehr gespannt" war, so ist diese Spannung im Jahre 1929—1930 noch größer geworden, und es bestehen kaum Hoffnungen oder Aussichten, daß eine weitere Steigerung des Nominallohnes wird durchgeführt werden können. Würde sie aber doch erfolgen, so könnte sie nur die Bedeutung einer Inflations-Lohnsteigerung für sich beanspruchen, die, wie bekannt, der Kaufkraft des Geldes nachzukommen nicht imstande ist, und dem beglückten Arbeiter nur einen enttäuschenden Trost bringt. Die Arbeiter haben schon jetzt mit einer weiter fortschreitenden Preiserhöhung im Privathandel zu rechnen und zu kämpfen: im August/September 1930 werden Preise für Butter, Fleisch, Eier und sogar Brot und Aepfel gemeldet, die hie und da bis auf das 8-, 10- und 20fache der Vorkriegspreise aufgestiegen sind.

Die Lebensmittelkrise

Die Lebensmittelkrise, die vor einem Jahre die Regierung veranlaßte, eine Rationierung der Hauptprodukte in den Städten einzuführen, hat sich seitdem bedeutend verschärft. Im Juli 1930 wurden in Moskau folgende Lebensmittel rationiert: Mehl, Fleisch, Butter, Heringe, Zucker, Reis, Grieß, Sonnenblumenöl, Seife und dergleichen mehr.[28]) Alles — nach festen Preisen. In den Sowjetzeitungen wimmelt es von Nachrichten über die Schwierigkeiten bei der Versorgung, von alarmierenden Aufsätzen über die Herstellung von verschiedenen Surrogaten und über die Ausnützung von Abfällen usw. Die „Liquidation" der produktiven Kulaken-Wirtschaft und die „Kollektivierung" der Landwirtschaft zeitigten ihre Folgen. Das Land steht inmitten einer akuten Lebensmittelkrise und einer neuen Inflation, die dem Arbeiterstande wenig Gutes zu versprechen haben: die Not der ersten Revolutionsjahre pocht schon an seine Tür.

Es muß noch festgestellt werden, daß nach den sehr bescheidenen und optimistischen Berechnungen der führenden Kommunisten die Arbeiter nicht weniger als 15—16 Prozent ihrer gesamten Lebensmittel,[29]) oder nach anderen Zusammenstellungen bis 25 Prozent der von ihnen zu verbrauchenden landwirtschaftlichen Produkte[30]) im Privathandel einkaufen

[28]) Siehe Iswestija, 1930, 3. Juli.

[29]) So Gubermann in der Prawda, 1930, 17. Mai.

[30]) Prawda, 1930, 24. Juli, Leitartikel.

(dies ist öffentlich auch von Stalin anerkannt).[31]) Das heißt, daß der sozialisierte Handel mit der Aufgabe der Staatsversorgung der „herrschenden" Klasse nicht fertig wird.[32]) Im sozialisierten Handel herrscht entweder der Geist eines schlappen Bürokratismus, oder aber der Geist eines auf Gewinn eingestellten Spekulantentums.[33]) Er beherrscht das Land fast monopolistisch; aber oft „schadet dieses Monopol den Verbrauchern".[34]) Diesen Schaden hat aber der Arbeiter zu tragen: sein Reallohn bleibt weit hinter dem notwendigen Niveau zurück. Oder mit anderen Worten: die *untauglichen Ergebnisse der Leistungen des sozialistischen Handelsapparats, die Mißerfolge der Staatsversorgung, die vorschreitende Inflation und die steigenden Lebensmittelindexe drücken den Reallohn der Arbeiter bedeutend unter das Vorkriegsniveau herab.*

Dieser Rückgang des Reallohnes wurde noch am Ende des Jahres 1928 konstatiert;[35]) seitdem sind die Kommunisten immer besorgt, sich selbst und den Arbeitern zu beweisen, daß der Reallohn doch weiter steigt und sicher noch steigen wird. Nur hie und da liest man in der Sowjetpresse nüchternere Zusammenstellungen, z. B.: „Die Steigerung des realen Arbeiterlohnes hat in den Jahren 1928/1929 und 1929/1930 *tatsächlich aufgehört*, für das Jahr 1930 aber *ist der Reallohn gefallen*, hauptsächlich deswegen, weil die Preise der landwirtschaftlichen Produkte im Privathandel gestiegen sind (Fleisch, Milch, Butter, Kartoffel, Gemüse). Die Konsumgenossenschaften aber versorgen die Mittelpunkte des Arbeiterlebens mit diesen Produkten, — besonders diejenigen, wo zehn-, zwanzigtausend Arbeiter zu verzeichnen sind, — *äußerst schlecht und in vollständig ungenügender Quantität.*" . . . Die entsprechenden „klaren Richtlinien der XVI. Parteikonferenz" „wurden von

[31]) Große Führerrede in den Sitzungen des XVI. Kommun. Kongresses. Siehe Prawda, 1930, 29. Juni. „Die Arbeiter sind genötigt, etwa 25 Prozent ihres Bedürfnisses an landwirtschaftlichen Produkten durch den Privatmarkt zu decken und Ueberpreise zu bezahlen."

[32]) Vgl. Prawda, 1930, V, 17; V, 19; V, 20; VII, 24; VII, 30; Mikojans Rede VI, 2; Kossiors Rede usw.

[33]) Stalin, ebendaselbst: „Der sozialistische Sektor . . . ist von einem nepmännischen Geist vergiftet"; „er meidet es — die Arbeiter mit der weniger einträglichen, obwohl für die Arbeiter notwendigeren Ware zu versorgen." Prawda, 1930, 29. Juni. Vgl. „Trud", 1930, 18. November.

[34]) Stalin, ebendaselbst. Der Staatshandel verfügt über 99 Prozent des Großhandels und über 89 Prozent des Kleinhandels (Stalin).

[35]) Siehe die Konjunkturübersicht des Gosplan für das Jahr 1928.

uns bisher nicht durchgeführt" und „*werden augenscheinlich im Jahre 1929/1930 auch nicht durchgeführt werden.*[36]) . . .

Statistik und Wirklichkeit

Dies alles hindert aber die Kommunisten nicht, in ihren Reden und Aufsätzen auch etwas ganz anderes zu behaupten. Noch im Jahre 1928 berechnete ein führender Kommunist, Ginsburg, daß der reale Arbeiterlohn für dieses Jahr auf 127 Prozent des Vorkriegslohnes gestiegen wäre.[37]) In den Sitzungen des XVI. kommunistischen Kongresses (Juni-Juli 1930) berichtete der neue Leiter des Gewerkschaftsverbandes, Genosse Schwernik, daß der reale Arbeiterlohn im Laufe der letzten 5 Jahre (1925—1930) um mehr als 79 Prozent gestiegen wäre und jetzt 139 Prozent des Vorkriegslohnes ausmache.[38]) Diese Angabe findet man auch in den Reden Kalinins[39]) und in anderen maßgebenden Artikeln.[40])

Mit der *Unglaubwürdigkeit* dieser Zusammenstellungen rechnen übrigens die Kommunisten selbst. So führt Kalinin z. B. folgendes aus: „Diese Zahlen können vielen nicht überzeugend erscheinen, wenn man den allgemeinen Mangel an Bedarfsartikeln und besonders an Lebensmitteln in Betracht zieht. Inwiefern werden denn die Bedürfnisse der Arbeiterklasse befriedigt, wenn Zucker, Weizenmehl, Fette, Butter, Milch usw. — nicht ausreichen? Bei uns gibt es ja kein einziges Produkt in genügendem Maße. Wie ist denn das zu erklären?" . . . „Wie entsteht dieser augenscheinliche Unterschied zwischen dem zahlenmäßigen Ausdruck der Höhe des Arbeiterlohnes und dem offenbaren Bilde der wirklichen materiellen Versorgung? Das kommt daher, daß wir das Maß der Versorgung der Arbeiter *hauptsächlich nach der Versorgung der oberen Arbeiterschicht berechnen.*"[41]) . . .

Die Differenzierung der Arbeiterlöhne

Dieses wertvolle Geständnis verdient beachtet zu werden, da ja eine Differenzierung der Arbeiterlöhne im Sowjetstaate wirklich besteht. In der Zeit des folgerichtigen Kommunismus, wo alles der sozialen Gleichheit huldigen mußte, suchten die Kommunisten eine vollständige Nivellierung des Arbeitslohnes für alle Kategorien der Arbeiter und der Angestellten, vom Nachtwächter bis zum Fabrikdirektor, durchzusetzen. Aus diesem Versuch wurde aber nichts; und die NÖP-Periode brachte eine scharfe Dif-

[36]) Prawda, 1930. 18. Juni, Aufsatz von Cholopof.

[37]) Siehe Trud, 1928, 24. Oktober.

[38]) Siehe Prawda, 1930, VII, 14. Einstimmig angenommener Beschluß des XVI. Kongresses.

[39]) Prawda, 1930, 19. Juni. Rede in den Sitzungen der Parteikonferenz des unteren Wolga-Gebietes.

[40]) Z. B. Prawda, 1930, VII, 24, Leitartikel.

[41]) Prawda, 1930, 19. Juni, Sperrung vom Verfasser.

ferenzierung der Arbeitslöhne zustande. Es ergaben sich krasse Unterschiede zwischen den Löhnen der qualifizierten und unqualifizierten Arbeiterschaft. Nach Angaben des früheren langjährigen Vorsitzenden des Gewerkschaftsverbandes, Tomsky, verschärfte sich dieser Unterschied bis auf 1 : 8 und sogar auf 1 10; in seinem Berichte erwähnte Tomsky, daß dieser große Unterschied in den Löhnen eine Befremdung bei verschiedenen ausländischen Arbeiterdelegationen, die Sowjetrußland besuchten, hervorrief. Nur in den letzten Jahren suchten die Kommunisten, diesen Unterschied bis zu einem gewissen Grade auszugleichen, erreichten aber nicht viel. In den Hauptstädten und in den großen Industriezentren beziehen die Arbeiter einen weit höheren Lohn als die Arbeiter in der Provinz.[42]) So erhielten z. B. die Arbeiter im Donezbecken im Jahre 1928 nur 79,4 Prozent des Vorkriegslohnes;[43]) im selben Jahre erhielten die Metallarbeiter in der Provinz nur 86,5 Prozent des Vorkriegslohnes; die Metallarbeiter des Uralgebietes nur 54,7 Prozent.[44]) Bedeutend ist auch der Unterschied im Lohne bei den qualifizierten und nichtqualifizierten Arbeitern, sogar in Moskau[45]) usw. Die obere Arbeiterschicht ist also bedeutend besser gestellt, und die Berechnungen des Reallohnes richten sich nach *ihren* Sätzen.

Eine aufmerksame Analyse der kommuistischen Berechnungen des Reallohnes ergibt aber noch folgendes. Das sowjetstatistische Büro geht von der rein theoretischen Annahme aus, daß der Sowjetarbeiter die Möglichkeit hat, alle Produkte in den Genossenschaftsläden zu festen Preisen einzukaufen; es wird also grundsätzlich der „*sozialistische*“ *Kleinhandelsindex* zum Maßstab genommen. Die daraus entstehende Differenz ist ohne weiteres klar. Des weiteren wird jede *Besserung auf dem Arbeitsmarkt* auch dem Reallohn gutgeschrieben. Kaum ist die Nachfrage gestiegen und die Arbeitslosigkeit entsprechend gefallen, so wird gesagt, daß damit „der Haushalt einer Arbeiterfamilie im Durchschnitt um 10—11 Rubel zugenommen hat“.[46]) Die national-ökonomische Richtigkeit solcher Erwägungen kann ohne weiteres dahingestellt bleiben.

Wirtschaft und Sozialpolitik

Dazu kommen noch alle *Vergünstigungen*, die der Arbeiterklasse, als der einzig anerkannten und privilegierten Klasse, in sozialer Hinsicht „gewährt“ werden. So z. B. werden die verauslagten Summen der *Sozialversicherung* (Auszahlungen an Mitglieder der Gewerkschaften im Falle der Arbeitslosigkeit, der Krankheit, der Invalidität usw.) pro Kopf geteilt (das macht etwa 10 Rubel monatlich) und dem Reallohn gutgeschrieben, ohne darauf zu achten, daß der Arbeitende diese „10 Rubel monatlich“ nicht bekommt, und der Arbeitslose seinen Grundgehalt einbüßt.[47]) Das gleiche geschieht mit den Auslagen des Staates für den Wohnungsbau, für die Verpflegung kranker Arbeiter in Kurorten und Sanatorien, für die Errichtung öffentlicher Speisehäuser, für den „Mutterschutz“, für Kinderasyle usw.[48]) Wenn diese Auslagen zusammengerechnet und dem Reallohne (pro Kopf geteilt) gutgeschrieben werden, so ergibt sich, daß der letztere sogar auf 167 Prozent der Vorkriegssätze gestiegen ist,[49]) was zahlenmäßig berauschend klingt. . . .

Um dieses statistische Operieren richtig einzuschätzen, müßte man aber folgendes berücksichtigen. Es ist grundsätzlich falsch, die im Haushaltplane des Staates für sozialpolitische Zwecke gewährten Summen pro Kopf der Arbeiterschaft zahlenmäßig zu berechnen und dem Reallohne gut zu schreiben: diese in Tscherwonetz-Rubeln berechneten Sätze bleiben nämlich *Nominalsummen*, und ihre *reale Auswirkung im Leben* ist ganz problematisch; aber auch dieser problematische Lebenseffekt bleibt für jeden einzelnen Arbeiter nur als eine Eventualität bestehen — es gibt einzelne Gegenden, Arbeiterschichten und Arbeiter, denen *etwas* zugute kommt, es gibt aber auch breite Massen, die von dieser sozialen Politik *gar nicht erfaßt werden*. In Wirklichkeit werden für die gewährten Summen zahlreiche Behörden und Kanzleien geschaffen, die auf das folgerichtige *Sozialisieren* eingestellt bleiben und das *sachliche Fördern und Bedienen* vernachlässigen. So werden z. B. immer neue öffentliche Speisehäuser errichtet, um die Privatküche nach und nach ganz auszuschalten und abzuschaffen; daneben wimmelt es in den Sowjetzeitungen von Klagen über den Schmutz und die Mißstände in diesen Speisehäusern. Die Benutzung der Erholungsheime und der Sowjetkurorte wird immer mehr zum Monopol der „Arbeiterklasse“; die Anstalten selbst aber sind auf das niedrigste Niveau herabgesunken:

---

[42]) Siehe z. B. Prawda, 1927, Nr. 263.

[43]) Trud, 1928, 20. April.

[44]) Trud, 1928, 12. Januar.

[45]) Im Tagelohn bei Maschinenarbeitern bekam ein nichtqualifizierter Arbeiter im Jahre 1928 nur 59 Prozent, im Jahre 1929 nur 66 Prozent des qualifizierten Durchschnittslohnes. Siehe Bülletenj Statistiki Truda, 1930, Nr. 4.

[46]) Leonofs Bericht in der zweiten Parteikonferenz des Moskauer Gebietes. Prawda, 1930, VI, 20.

[47]) Vgl. Leonofs Bericht. Prawda, 1930, VI, 20; Schwerniks Bericht und den Beschluß des XVI. Kommun. Kongresses. Prawda, 1930, VII, 14; auch in Stalins maßgebender Rede, Prawda, 1930. 29. Juni.

[48]) Siehe bei Stalin, Prawda, 1930, 29. Juni; bei Leonof, Prawda, 1930, 20. Juni; bei Kalinin, Prawda, 1930, 19. Juni; bei Schwernik, Prawda, 1930, 14. Juli usw.

[49]) Stalin, Leonof, Kalinin, Schwernik.

Schmutz, Gestank, Wanzen, karge Verpflegung, Diebstähle, Gewinnsucht und unerschwinglich hohe Preise.[50]) . . . In den Kinderasylen sieht es so aus, daß nur vom Lesen der diesbezüglichen amtlichen Berichte einem prominenten Kommunisten die Haare zu Berge aufgestanden sind[51]) . . . usw.

Es besteht aber auch kein Zweifel, daß diese *Sozialpolitik*, die so demonstrativ geführt wird und so geringe Erfolge zeitigt, berufen bleibt, die Lücken der *Wirtschaftspolitik* auf dem Gebiete des Reallohnes zu flicken und zu schmücken. Die sozialen „Privilegien" der „herrschenden" Klasse werden wirtschaftlich verrechnet und müssen als „wirtschaftliche Eroberungen" der Arbeiterklasse gelten und angenommen werden. Und dann bleibt den kommunistischen Berichterstattern nur noch eine Aufgabe zu lösen, nämlich den Arbeitern klarzumachen, *warum es ihnen doch so schlecht geht* . . .

Wechsel in den Belegschaften

Nur wenn man sich das *ganze* Bild vergegenwärtigt, — besonders die Lebensmittelkrise, die Mißerfolge des sozialisierten Handels und die Differenzierung der Löhne, — wird man die Möglichkeit haben, den ständig steigenden *Wechsel in den Belegschaften* der Betriebe und die letzten Maßregeln der Kommunistischen Partei gegen diese „Fluktuation" zu erklären. Einmal angestellt, bleiben die Sowjetproletarier nicht ruhig wohnen und bei der Arbeit; es besteht ein andauerndes, und zwar ständig zunehmendes, unruhiges und unzufriedenes Wandern, Irren und Suchen. Diese Erscheinung wird schon in den Hauptstädten beobachtet, steigt aber ganz besonders in der Provinz. So betrug z. B. in Moskau der Prozentsatz der neu besetzten Stellen im ersten Halbjahr 1928/1929 rund 12 Proz., dagegen im ersten Halbjahr 1929/1930 rund 27 Prozent.[52]) In der Provinz ist dieser Prozeß viel schärfer: so z. B. wurden im Laufe des ersten Halbjahres 1929/1930 im Donezbecken 195 000 neue Arbeiter angestellt, und 167 000 waren abgewandert.[53]) „Die Abwanderungssucht", führt eine leitende kommunistische Zeitschrift aus, „ist jetzt nicht mehr bloß eine Krankheit einzelner Fabriken oder Bezirke, sondern der gesamten Industrie und Wirtschaft."[54]) . . . Im Uralgebiet werden Fälle verzeichnet, in denen die Anzahl der abgewanderten Arbeiter im Laufe von 7 Monaten 80 Proz. der gesamten Arbeiterschaft beträgt, oder im Laufe von 3 Monaten 44 Prozent.[55]) Die Sowjetpresse sucht natürlich die

[50]) Siehe z. B. „Komsomolskaja Prawda", 1930, 29. August.
[51]) Bucharin, Stenogr. Bericht des XIII. Kommun. Kongresses, S. 545—546.
[52]) Siehe Bulletenj Statistiki Truda, 1930, Nr. 4.
[53]) Siehe die Zeitschrift „Sa industrialisaziu", 1930, VII, 29.
[54]) „Sa industrialisaziu", 1930, VIII, 2.
[55]) Iswestija, 1930, VIII, 18.

richtigen Ursachen dieser Erscheinung, die nur eine *allgemeine Disqualifizierung der Belegschaft, der Produktivität der Betriebe und der Qualität der Erzeugnisse* zeitigen kann, festzustellen, und kommt etwa zu folgenden Schlüssen: es hätten nämlich Schuld — „die günstige Konjunktur auf dem Arbeitsmarkt infolge des starken Rückganges der Arbeitslosigkeit; verschiedene Lohnhöhe bei Arbeitern der gleichen Berufe und der gleichen Qualifikation in verschiedenen Betrieben; schlechte Wohnungsverhältnisse, unbefriedigender Stand des Arbeitsschutzes in einzelnen Betrieben, Schwierigkeiten der Lebensmittelversorgung" und dergleichen mehr.[56]) Kurz: die überspannte Industrialisierung des Fünfjahresplans *steigert die Nachfrage auf dem Arbeitsmarkte, bietet aber solchen Reallohn, daß die Arbeiter genötigt sind, sich immer wieder nach besseren Lebensbedingungen umzusehen.* Noch mehr: die Lebensmittelkrise wird so akut, daß die Arbeiter immer mehr zu einer spontanen aber halblegalen Selbstversorgung greifen müssen, und das „Kleinschiebertum" der sich selbst versorgenden „Metschotschiniki", aus den ersten Revolutionsjahren zur Genüge bekannt, taucht in Sowjetrußland wieder auf.[56a]) . . .

Die Arbeiter lassen sich in einem beliebigen Betriebe anstellen, versuchen sich anzupassen, finden aber die Arbeitsforderungen schwer und die Versorgung schlecht, sehen sich nach besseren Bedingungen um und lassen sich beurlauben oder verschwinden ohne weiteres. Dafür werden sie von den Sowjetbehörden als „Ausreißer" und „Lotterbuben" bezeichnet,[57]) wobei sie in Wirklichkeit nur *die letzte bürgerliche Freiheit — die Freiheit des Arbeitssuchens* — für sich in Anspruch nehmen. Sie versuchen, einen Ersatz für die durch den Kommunismus abgeschaffte Konkurrenz im Arbeitgeben herzustellen und die Staatsbetriebe, als Arbeitgeber, gleichsam gegeneinander auszuspielen. Am 3. September 1930 ist nun ein Erlaß des kommunistischen Zentral-Komitees erschienen, demzufolge im Oktober eine Reihe von Verordnungen diese letzte Freiheit auszuschalten oder wenigstens zu unterdrücken sucht. Es handelt sich darum, „die Arbeiter an die Betriebe zu fesseln".[58])

Die Unterstützung der Arbeitslosen

Diese letzte Maßregel steht übrigens im nächsten Zusammenhang mit der sogenannten „Liquidation der Arbeits-

[56]) „Sa industrialisaziu", 1930, VII, 29.
[56a]) Siehe z. B. „Ekon. Shisn", 1930, 22. August.
[57]) Siehe z. B. Iswestija, 1930, 12. Oktober, „Dowolno poddershiwatj letunow i lodyrej".
[58]) Siehe die Zeitung „Sa industrialisaziju", 1930, 22. Oktober.

losigkeit", die zur selben Zeit (Oktober 1930) „dekretiert" wurde.

Die wirkliche Zahl der Arbeitslosen im Sowjetstaate ist unbekannt. Auch die „registrierenden" Sowjetbehörden wissen hier nicht bescheid: weder die Arbeitsbörsen, noch die Gewerkschaften, noch die Unterstützungskassen. Diese Unwissenheit ist auf mehrere Gründe zurückzuführen: erstens darauf, daß die registrierenden Behörden durchaus nicht das ganze Land umfassen; zweitens darauf, daß durchaus nicht jeder tatsächlich Arbeitslose und Arbeitsuchende registriert wird; drittens darauf, daß die registrierenden Behörden das Bedürfnis des arbeitgebenden Staates und nicht des arbeitsuchenden Proletariers im Auge behalten; viertens darauf, daß diese Behörden eine parallele Arbeit und zwar immer nach verschiedenen Prinzipien und Grundsätzen ausrichten. Im Sowjetstaat besteht ein subjektives öffentliches Recht auf Registriertwerden:[59]) wem dieses Recht nicht gewährt wird, der wird als Arbeitsloser nicht registriert, obwohl er tatsächlich als Arbeitsloser und Arbeitsuchender dasteht. Braucht der Staat neue Arbeiter, so wird der Umfang der zu registrierenden Arbeitslosen erweitert: es werden neue Kategorien eingetragen; braucht er keine Arbeiter mehr, so wird die Registrierung wieder begrenzt oder gesperrt.[60]) Demzufolge bleiben unzählige Arbeitslose im Lande, ohne eingetragen und gezählt zu werden. Es ist z. B. bezeichnend, daß im Jahre 1928 rund 3,9 Millionen Menschen als Arbeitsuchende vom Lande in die Städte gekommen sind, und im Jahre 1929 rund 4,2 Millionen;[61]) man kann sich leicht vorstellen, wie groß diese Menschenzahl im Jahre 1930, nach der großen Bauernenteignung und Zerrüttung der Landwirtschaft, geworden ist.[62]) Die Zahl der angestellten Lohnarbeiter (in körperlicher Arbeit beschäftigt) belief sich im Jahre 1927—1928 auf 7 404 000, im Jahre 1928—1929 auf 7 758 000, im Jahre 1929—1930 auf 8 533 000 Menschen;[63]) d. h. daß sogar die überspannte Industrialisierung den Betrieben nicht mehr als eine halbe Million Menschen jährlich neu aufzunehmen gestattet; die übrige Masse bleibt auf dem Arbeitsmarkte, teilweise als Saison-Arbeiter, teilweise als ständige Arbeitsuchende. Zum 1. Mai 1930 zählten aber die registrierenden Sowjetbehörden nur 639 500 Arbeitslose,[64]) darunter 297 100, die zum ersten Mal als Arbeitsuchende auftraten. Stalin hat im Juni 1930 im ganzen rund 1 Million Arbeitslose angegeben, bezeichnete aber die Zustände und die Berechnungen auf diesem Gebiete als einen „großen Wirrwarr", aus dem man gar nicht klug werden kann . . .[65]) Auf Grund weiterer authentischer Angaben[66]) dürfte man mit Professor Prokopowitsch[67]) feststellen, daß die Zahl der registrierten Arbeitslosen in den Jahren 1927—1929 durchschnittlich über ein Fünftel der Gesamtzahl der angestellten Arbeiter ausmachte; daß die Reserve der unregistrierten Erwerbslosen die Zahl der Registrierten weit übertraf; und daß nur 25—30 Prozent der registrierten Arbeitslosen eine Erwerbslosen-Unterstützung beziehen konnten.[68]) Und noch eins, nämlich, daß die Hauptmasse der Erwerbslosen der nichtqualifizierten Arbeiterschaft angehört, dagegen der Mangel an qualifizierten Arbeitern groß ist und die Nachfrage nicht gedeckt werden kann.[69])

Um so unerwarteter erscheint es, daß im Oktober 1930 ein Parteierlaß[70]) und eine Verordnung des Arbeitskommissariats[71]) erschienen sind, in denen eine „vollständige Liquidation der Arbeitslosigkeit" dekretiert wurde, die Auszahlungen an Erwerbslose ohne weiteres eingestellt und breit angelegte Maßregeln getroffen wurden, um die Arbeiter an ihre Betriebe zu fesseln.

Die ganze Arbeit des Arbeitskommissariats und der registrierenden Behörden wurde als „ungewandt, bürokratisch, schlapp und opportunistisch"[72]) verurteilt und verworfen. Die Listen der Arbeitslosen wurden grundsätzlich revidiert, und es wurde festgestellt, daß bis jetzt unzählige „vermeintlich Ar-

[59]) Vgl. z. B. den Erlaß des Zentralkomitees der Kommun. Partei vom 20. Oktober 1930 Punkt 2 über „Die Kategorien der Werktätigen, denen bisher ein Recht auf Registriertwerden zustand . . ." „Sa Industrialisaziu", 1930, 22. Oktober. Die geschichtliche Entwicklung dieses Rechtes müßte in einer speziellen Untersuchung erörtert werden, wovon wir hier leider absehen müssen.

[60]) Vgl. z. B. über die verhältnismäßige Erweiterung des zu registrierenden Kreises in der „Prawda", 1930, 11. Mai; „Sa Industrialisaziu", 1930, 22. Oktober. Dies nur für die letzten Monate.

[61]) Iswestija, 1930, 15. Juni.

[62]) Dieser Zuzug der proletarisierten und halbproletarisierten Landbevölkerung wurde von den Kommunisten zuerst in den Jahren 1926—1927 festgestellt und dauert seitdem weiter fort.

[63]) Stalin, Prawda, 1930, 29. Juni.

[64]) Diese Zahl gilt für 26 professionelle Gruppen. Statistitscheskoje Obosrenije, 1930, Juni.

[65]) „Poprobujte ka rasobratsa w etoj nerasberiche . . ." Prawda. 1930, 29. Juni.

[66]) Statistitscheskoje Obosrenije, 1929, Nr. 6 und Nr. 12.

[67]) Bulletenj Ekonomitscheskago Kabineta, 1930, April, Nr. 78, S. 22—26 (russ.)

[68]) Im Jahre 1928—1929 nur 875 000 von 2 912 800. Statistitscheskoje Obosrenije, 1929, Nr. 12, S. 13, 16, 17.

[69]) Stalin, Prawda, 1930, 29. Juni; Leonof, Prawda, 1930, 20. Juni, u. a.

[70]) „Sa Industrialisaziju", 1930, 22. Oktober.

[71]) Iswestija, 1930, 11. Oktober.

[72]) Iswestija, 1930, 20. Oktober.

beitslose",[73]) „Schinder",[74]) „Ausreißer",[75]) „Lotterbuben"[76]) und „Simulanten"[77]) die Erwerbslosen-Unterstützung bezogen hätten; solcher hätte es mehrere hunderttausend Menschen gegeben.[78]) Damit wäre die registrierte Arbeitslosigkeit wie ein Eisklumpen zusammengeschmolzen und verschwunden. Die Erwerbslosen-Unterstützung hat seit Oktober 1930 aufgehört. Die Arbeitsbehörden sind verpflichtet, allen Arbeitslosen, zu allererst denjenigen, die bis jetzt ein Recht auf Unterstützung hatten, eine Arbeit zuzuweisen, ohne die Berufsspezialität zu berücksichtigen. Der Arbeitslose darf sich nicht weigern; er ist verpflichtet, jede ihm zugewiesene Arbeit ohne weiteres anzunehmen; auf eine Unterstützung darf er nur noch wegen einer, durch strenge Untersuchung erwiesenen Krankheit Anspruch erheben.[79])

Es handelt sich jetzt darum, den Arbeitsmarkt gebieterisch zu beherrschen und „die Betriebe planmäßig mit Arbeitskraft zu versorgen".[80]) Das Recht, registriert zu werden, wird etwas erweitert; die zugewiesene Arbeit gilt aber als obligatorisch; der Arbeitslose, der sich weigert, die Arbeit anzunehmen, verliert sein Registrationsrecht. Jeder Betrieb bekommt eine ihm zugesicherte Belegschaft; die fleißigen und ansässigen Arbeiter werden privilegiert — ihnen werden von nun an alle sozialpolitischen Vergünstigungen in Aussicht gestellt; die „Ausreißer" werden sofort aus ihren Wohnräumen hinausgesetzt. Das Arbeitskommissariat ist nun befugt, die Arbeiter in Massen aus einer Gegend und Branche in die andere zu versetzen. Daneben wird eine große sozial-politische Säuberung der angestellten Arbeitermasse angeordnet und Revision der Lohnstufen in verschiedenen Betrieben durchgeführt.[81])

Diese Verordnungen entsprechen vollkommen der Idee einer kommunistischen Planwirtschaft: das führende wirtschaftliche Zentrum kann nur soweit die Produktion des Landes organisieren und leiten, als es den vorhandenen Vorrat der Arbeitskräfte beherrscht. „Eine Planwirtschaft ist

---

[73]) Iswestija, 1930, 12. Oktober.
[74]) russ. „rwatsch", Iswestija, 1930, 20. Oktober.
[75]) russ. „letun", Sa Industrialisaziju, 1930, 22. Oktober; Iswestija, 1930, 20. Oktober.
[76]) russ. „lodyrj". Iswestija, 1930, 12. Oktober.
[77]) Sa Industrialisaziju, 1930, 22. Oktober. Erlaß des Zentralkomitees der Kommun. Partei.
[78]) Ebendaselbst.
[79]) Dekret des Arbeitskommissariats, auf telegraphischem Wege eingeführt. Iswestija, 1930, 11. Oktober.
[80]) Iswestija, 1930, 20. Oktober.
[81]) Parteierlaß vom 20. Oktober 1930; Erlaß des Wirtschaftsrates vom 18. Oktober 1930.

ohne Arbeitspflicht undenkbar", führte Trotzky aus: „die Fiktion der Arbeitsfreiheit" muß „beseitigt" werden, und die Pflicht wird „durch die Realität des Zwanges unterstützt"; „die Arbeit wird militarisiert."[82]) Auch Lenin hat bestimmt, daß „die Müßiggänger durch Gefängnisstrafe zur Pflichterfüllung erzogen werden müssen", und daß die Verteilung der Produkte als Anspornung zum Mehrleisten benutzt werden darf.[83]) Die Kommunisten handeln nur folgerichtig, wenn sie den Arbeitsmarkt zwangsmäßig zu organisieren suchen. Uebrigens versuchen sie auch hier, wie überall, durch ihre Parteizellen eine „freiwillige Selbstbefestigung" der Arbeiter an die Betriebe vorzuführen.[84]) Was aber diese ganze Reform den Arbeitern verspricht, ist ohne weiteres klar.

Was die übrigen Revolutionseroberungen der Arbeiterklasse anbetrifft, so sehen sie etwa folgendermaßen aus.

Der Arbeitstag

Von Anfang an, noch in den ersten Revolutionstagen, veröffentlichte die Sowjetregierung ein Dekret, demzufolge der Achtstundentag für alle Arbeiter und Angestellten prinzipiell festgesetzt wurde. In lebensgefährlichen Betrieben, für Minderjährige (16—17 Jahre) und für unterirdische Arbeiten wurde ein Sechsstundentag vorgeschrieben. Der Achtstundentag wurde offiziell „durchgeführt", obwohl diese Maßregel in wirtschaftlicher Hinsicht vollständig unbegründet blieb: denn, wirtschaftlich genommen, erscheint die Kürzung des Arbeitstages nur insofern begründet, als die produktive Arbeit des Betriebes im allgemeinen daran nicht verliert, die Intensität der Arbeit aber vielleicht noch gewinnt. Die Arbeiterpolitik der Kommunisten geht aber einen eigenartigen Weg: zuerst werden wirtschaftlich unbegründete aber psychologisch effektvolle Maßnahmen durchgeführt, die also als „revolutionäre" Eroberungen" gelten; und dann werden neue Maßregeln ersonnen und erfunden die das Unwirtschaftliche und Unrentable der ersteren auszubessern und irgendwie zu begleichen berufen sind. So ging es auch hier. Der Achtstundentag wurde nominell durchgeführt, und dann wurden Ueberstunden zugelassen und alle möglichen Mittel angewandt, um die Arbeiter den daraus entstehenden wirtschaftlichen Verlust irgendwie nachholen zu lassen. Nach Mitteilungen des Direktors des Staatsinstituts für Arbeiterschutz, M. Kaplun, haben z. B. im Jahre 1926 rund 30 Prozent aller Arbeiter der

---

[82]) Trotzky, Terrorismus und Kommunismus, S. 133 u. a. (russ.). Siehe den Aufsatz „Ziele und Hoffnungen" im vorliegenden Sammelwerk.
[83]) Lenin, Werke, Band XVIII, T. 1, S. 249, 253, 293.
[84]) Parteierlaß vom 20. Oktober 1930, Punkt 10.

Ukraine Ueberstunden gemacht, wobei auf jeden Arbeiter 28 Stunden monatlich entfielen. In der Metallindustrie machten im Jahre 1928 17 Prozent aller Arbeiter Ueberstunden, wobei auf den einzelnen Arbeiter 40 Ueberstunden monatlich kamen. Nach Angaben des Zentralrats der Sowjetunion betrug die Zahl der Ueberstunden 2,4 Prozent der ganzen Arbeitszeit. Die Untersuchungen der „Arbeiter- und Bauern-Inspektion" haben festgestellt, daß die zugelassene Norm der Ueberstunden nicht eingehalten wird und zwar in einem Ausmaße, welches um 5—6 mal die gesetzliche Norm übertrifft.[84a]) Umsonst behaupten die Sowjetbehörden, daß der Mißbrauch der Ueberstunden — der Vergangenheit angehört und jetzt nicht mehr vorkommt. Noch im April 1928 erklärte ein führender Kommunist, Limarew, in der Plenarsitzung des Ukrainischen Ausschusses des Bergarbeiterverbandes, daß auf jeden Bergarbeiter Südrußlands im Durchschnitt nicht weniger als 85 Ueberstunden monatlich entfallen, was bei rund 25 Arbeitstagen im Monat etwa 3,5 Ueberstunden pro Tag ausmacht.[85]) Nach einem Jahre stellte eine führende kommunistische Wirtschaftszeitung fest, daß z. B. auf dem Betriebe „Iljtsch" (Röhrenwerk) die Zahl der Ueberstunden im ersten Halbjahr 1928 rund 373 900 Stunden ausmachte und im ersten Halbjahr 1929 auf rund 648 900 Stunden, also um 73,5 Prozent gestiegen ist.[86]) Eine andere kommunistische Zeitschrift berichtete im Jahre 1928, daß es auf den „Stalinschen" Eisenwerken im Donbecken über 1000 Arbeiter gibt, die eine schwere Verladearbeit leisten und jahraus jahrein 12 Stunden täglich arbeiten. Anschließend klagte die Zeitung darüber, daß eine der „Hauptermngenschaften der Oktoberrevolution", — der Achtstundentag, — schon sieben Jahre lang „zertreten wird".[87]) Uebrigens ist es leicht zu verstehen, w a s die Arbeiter dazu bewegt, diese Ueber-über-Stunden zu leisten: es ist nämlich der u n b e f r i e d i g e n d e R e a l l o h n.

Auch der angekündigte Sechsstundentag wurde nicht eingehalten. Wir lesen z. B. im Jahre 1929: „Der Sechs-Stunden-Arbeitstag wird in den Bergwerken nicht durchgeführt. Die Arbeiter müssen ein bis zwei Stunden länger, manchmal noch mehr, in den Bergwerken verbleiben. Die Ursachen hierfür sind organisatorische Mängel.[88]) In den Sitzungen der 7. Tagung der Bahnarbeiter wurde berichtet: „Es gibt keine einzige Bahnlinie, auf der die Vorschriften über die Arbeitszeit eingehalten würden. D i e T r a n s p o r t a r b e i t e r w e r d e n

[84a]) Siehe „Trud". 1926. 10. Juni.
[85]) Siehe Trud 1928, 14. April.
[86]) Ekonomitscheskaja Shisn, 1929, 21. Juni.
[87]) Komsomolskaja Prawda, 1928, 5. Januar.
[88]) Iswestija, 1929, 20. Juni.

d e r a r t a u s g e b e u t e t, a l s o b e s ü b e r h a u p t k e i n e A r b e i t e r g e s e t z g e b u n g g ä b e." . . . Auch der Achtstundentag, der für die Minderjährigen in der Landwirtschaft dekretiert wurde, wird nicht eingehalten: nach Angaben der „Komsomolskaja Prawda" arbeiten in der Landwirtschaft ungefähr 600 000 Jünglinge im Alter von 14—17 Jahren; von diesen arbeiten täglich 8 Stunden nur 0,8 Prozent; 1 Prozent arbeitet 10 Stunden, 17 Prozent arbeiten 12 Stunden, 36 Prozent — über 12 Stunden. . . .[89])

Sieben Stunden Arbeit

In diesen Grenzen wurde die erste Kürzung des Arbeitstages durchgeführt. Am 15. Oktober 1927 wurde zu Ehren des zehnjährigen Jubiläums der Sowjetrepublik eine weitere Kürzung feierlich angekündigt, nämlich die Reduktion des Arbeitstages auf 7 Stunden. Diesem Dekret zufolge wurden noch im Wirtschaftsjahre 1927—1928 zwanzig Textilbetriebe und vier Wollfabriken, mit 115 000 Arbeitern im ganzen, auf einen Siebenstundentag umgestellt. Zum 1. Januar 1930 wurden von dieser Umstellung 25 Prozent,[90]) und gegen Ende Mai — rund 32 Prozent der gesamten Arbeiterschaft erfaßt.[91]) Im August 1930 hat man mit der Einführung des Siebenstunden-Arbeitstages auf der Südwestbahn begonnen.[92])

Es stellte sich übrigens sehr bald heraus, daß diese Maßnahme den Arbeitern wenig Nutzen bringt, die produktive Arbeit der Betriebe aber nicht fördert. „Es hat sich erwiesen, daß die Betriebe auf diese Umstellung nicht vorbereitet sind. Die Betriebe, die den ganzen Tag arbeiten, können nicht gelüftet und abgekühlt werden, wie es früher der Fall war. Infolgedessen verzeichnete man eine erhöhte Temperatur während der Nachtschicht, die in einigen Betrieben sogar bis zu 40° C. stieg. Die Säuberung und die Instandsetzung der Räume und der Maschinen wurde ebenfalls sehr erschwert, da dieselbe oft während der Arbeitszeit durchgeführt werden mußte."[93]) Daneben sehen sich viele Textilarbeiter infolge der schwierigen Wohnungsverhältnisse genötigt, in den Fabrikbaracken zu wohnen; daher können die Nachtschichten während des Tages nicht schlafen; denn im selben Raume leben oft Arbeiter verschiedener Schichten zusammen, so daß in den Baracken den ganzen Tag über ein Wirrwarr herrscht.[94]) Diese und ähnliche Schwierigkeiten be-

[89]) Die Angaben sind leider nicht erschöpfend. Komsomolskaja Prawda, 1929, 27. Mai.
[90]) Prawda, 1930, V, 1. Aufsatz von Karlik.
[91]) Siehe Prawda, 1930, V, 24.
[92]) Iswestija, 1930, VIII, 13.
[93]) Aufsatz von Rabinowitsch, „Ekonomitscheskoje Obosrenije", 1928, Nr. 5, S. 45.
[94]) Markus im „Bolschewik", 1928, Nr. 8, S. 48.

stehen in den Betrieben auch jetzt, im Jahre 1930 so, wie früher: die „organisatorisch-technische Vorbereitung" der Betriebe zum Siebenstundentag ist „vollständig unzulänglich"; eine entsprechende Rationalisierung wurde auch nicht vorgenommen; qualifizierte Arbeiter fehlen; die neuen Arbeiter werden nicht genügend unterrichtet; der Verwaltungsapparat wird nicht umgestellt; die Arbeiter verlieren oft noch bis 1½—2 Stunden wegen verschiedener Organisationsmängel usw.[95]) Es ist bemerkenswert, daß die Sowjetzeitungen noch im Jahre 1928 schilderten, wie die Einführung des Siebenstundentages die Gesundheit der Arbeiter ungünstig beeinflußt.[96]) In den Plenarsitzungen des zentralen Gewerkschaftsrates stellte der Volkskommissar für Arbeit, Schmidt, fest, daß die Arbeiter der Einführung des Siebenstundentages gegenüber „sich passiv verhalten"; und die Gewerkschaftszeitung „Trud" berichtete offen über die Unzufriedenheit der Arbeiter und über eine passive Resistenz derselben.[97])

Der ununterbrochene Produktionstag

Die Unwirtschaftlichkeit dieser, in Wirklichkeit rein demagogischen Maßnahmen muß aber, wie gesagt, auf anderen Wegen nachgeholt und beglichen werden. Der organisatorische und technische Wirrwarr, die verlorenen Arbeitsstunden usw. können die Produktivität der Betriebe nicht fördern; im Gegenteil: sie bedeuten neue Hindernisse für die Durchführung des „Fünfjahresplans". So entstand der Beschluß — einen ununterbrochenen Produktionstag und eine Fünftagewoche in den Betrieben durchzuführen. Der Betrieb hat Tag und Nacht ohne Unterbrechung zu arbeiten, der Arbeiter aber wird jeden sechsten Tag frei, so daß jeden Tag ein Sechstel der im Betriebe angestellten Arbeiter zu Ruhe kommt. Die Schädlichkeit der Nachtarbeit wurde als „Vorurteil" bezeichnet, und die arbeitsfreie Nacht wurde grundsätzlich abgeschafft. Es gilt, die Produktion ohne neue Kapitalinvestierungen zu steigern und den Arbeiter zu weiteren bedeutenden Anstrengungen und zu einer intensiveren Arbeit zu veranlassen; daneben auch die religiöse Heiligung eines festen und gemeinsamen Sonntags grundsätzlich auszuschalten. Diese Maßnahme wird von den Kommunisten selbst als ein „zertrümmernder Schlag gegen die Trägheit, gegen die religiösen Vorurteile und gegen die Traditionen des sonntäglichen Saufens und des zu verbummelnden Montags" geschildert.[98])

Schon zum 1. März 1930 waren 60 Prozent der gesamten Sowjetarbeiterklasse in einem ununterbrochenen Produktionstag beschäftigt;[99]) in der Schwerindustrie sogar 71 Prozent. Die großen organisatorischen und technischen Schwierigkeiten dieser Umstellung beiseitelassend, können wir jedoch feststellen, daß erstens diese Neuerung die Lage der Arbeiter bedeutend verschlimmert und erschwert hat; daß zweitens in dem größeren Teil der bisher untersuchten Betriebe die Arbeiterschaft diese Umstellung mit einer riesigen Steigerung der Zahl der Bummeltage beantwortet hat (bis 170—200 Prozent); und drittens, daß es nur in den besteingerichteten Betrieben gelingt, die Produktivität auf diesem Wege zu steigern.[100]) Im ganzen verliert der Arbeiter dadurch wenigstens so viel, wie er durch die Kürzung des Arbeitstages zu gewinnen imstande ist. . . . Geschichtlich ist noch hinzuzufügen, daß die russische Arbeiterschaft in der Vorkriegszeit 278 Arbeitstage und 87 freie Tage hatte; nach der von den Kommunisten vorgenommenen Streichung vieler religiöser Feiertage verzeichnete sie 300 Werktage und 65 Feiertage; die letzte Umstellung wird ihr nur noch 61 freie Tage im Jahre belassen.

Die Betriebsunfälle

Das ganze Bild ist nichts anderes als ein hoffnungsloser Versuch, eine großartige, intensiv produzierende Industrie zu schaffen ohne genügende Technik, ohne genügende Organisationsfähigkeit und ohne qualifizierte Arbeiterschaft. Ein Sachkenner hätte sofort vorausgesetzt, daß die Zahl der Betriebsunfälle unter diesen Bedingungen nicht gering sein kann. Dem ist auch in Wirklichkeit so. Die statistischen Angaben der Versicherungskassen stellen fest, daß im Jahre 1926 auf je 1000 Arbeiter durchschnittlich 69 Unglücksfälle kamen; im Jahre 1927 stieg diese Zahl auf 175, im Jahre 1928 auf 220,8 pro Tausend.[101]) Auf dem Gebiet der Metallurgie war die Zahl der Unglücksfälle noch höher — 323,6; und in der Kohlenindustrie sogar 369 pro Tausend.[101a]) Der „Trud" bemerkt dazu: „Jedes Jahr werden große Kredite bewilligt, jedoch sind wir noch weit von den erwünschten Resultaten auf diesem Gebiete entfernt." Uebrigens gibt eine andere führende Zeitschrift[102]) ohne weiteres zu, daß in den neu aufgebauten Betrieben, die anscheinend mit allen technischen Neuerungen ausgestattet sein müßten, zum Schutze der Arbeiter doch sehr wenig getan wird. Im Betriebe „Komintern" wurden z. B. im ersten Halbjahre 1929 mehr als tausend Unfälle registriert, womit die Zahl des vor-

[95]) Prawda, 1930, 24. Mai.
[96]) Trud, 1928, 19. Dezember.
[97]) Trud, 1928, 4. November.
[98]) Siehe Prawda, 1930, V, 1.

[99]) Prawda, 1930, V, 1; vgl. „Sa Industrialisaziu", 1930, V, 22.
[100]) „Sa Industrialisaziu", 1930, V, 22.
[101]) Trud, 1929, 25. August.
[101a]) Das Blatt „Sowjetskaja Sibirj" vom 27. August 1930 bringt über die Unglücksfälle in den Kohlengruben ganz ungeheuerliche Angaben.
[102]) Woprossy Truda, 1927, Dezember, S. 7.

angehenden Halbjahres um das Zehnfache überstiegen wurde.[103]) „Im sozialistischen Aufbau nimmt der Arbeiterschutz die allerletzte Stelle ein", behauptet die führende Parteizeitung im Jahre 1930; und schildert dann in einem langen Aufsatz die wirklich entsetzlichen Bedingungen der Arbeit in verschiedenen Betrieben: die bewilligten Geldmittel werden nämlich von der kommunistischen Bürokratie anderweitig verbraucht.[104])

Der Arbeiterschutz

Daneben wächst auch die Zahl der Berufskrankheiten. „Der Zustand der Arbeitstechnik ist in vielen Betrieben sehr schlimm", lesen wir im „Trud": „die Mehrzahl der Räume wird unglaublich schmutzig und unordentlich gehalten. Die Fenster und die Laternen sind von einer dichten Schicht Staub und Schmutz bedeckt, und lassen nur sehr wenig Licht durch. An vielen Stellen fehlt die Ventilation. Sägen, Messer, Treibriemen werden entweder gar nicht geschützt, oder die Schutzvorrichtungen sind bei Seite geschoben. In Sibirien steht es mit dem Arbeiterschutz besonders schlecht. Die Räume können gar nicht gelüftet werden. Die in der Luft schwebende Staubwolke ist so dicht, daß die Arbeiter einander im Abstand von zwei Schritten nicht erkennen können.[105]) Eine führende kommunistische Zeitung berichtete unlängst über einen Dialog zweier Arbeiter: „Es ist eine Schande, Genossen.. Der Schmutz liegt unter dem Werktische wie ein Bär . . . Wir pflegen die Maschinen schlechter, als man ein einäugiges Pferd pflegt!" — „Was ist da noch zu pflegen, die Maschine gehört dem Staate, sie wird es schon ertragen können. . . ."[106])

Vor ein paar Jahren, als das Problem der Nachtarbeit besprochen wurde, behauptete Genosse Kaplun, Direktor des Moskauer Staatsinstituts für Arbeiterschutz, die Nachtarbeit der Frauen (die Schwangeren und die Stillenden ausgenommen), wäre etwas durchaus zulässiges.[107]) Tomsky, der damalige Vorsitzende der Gewerkschaften, erhob laut seine Stimme auf der Tagung für Arbeiterschutz gegen „die Sentimentalität und Philantropie" der Arbeitergesetzgebung und behauptete, daß es bis jetzt noch niemanden gelungen ist, die Unzulässigkeit der Nachtarbeit der Frauen überzeugend zu beweisen.[108]) In einer Sitzung wurde dem führenden Kommunisten Kroll die Frage gestellt, warum die Kommunisten eigentlich die Nachtarbeit in den Bäckereien nicht abschaffen,

[103]) Trud, 1929, 20. September; vgl. Trud. 1930, 15. Juni.
[104]) Prawda, 1930, 30. Mai.
[105]) Ueber den giftigen Staub in den Betrieben siehe auch Prawda, 1930, 30. Mai.
[106]) Prawda, 1930, 11. Mai.
[107]) Trud, 1928, 3. April.
[108]) Trud, 1928, 11. Februar.

da sie doch in anderen Ländern die entsprechende Forderung aufstellen? Er antwortete: „Unsere Forderung — die Nachtarbeit im Auslande einzustellen, ist eine von unseren revolutionären Losungen, die eine Desorganisation der kapitalistischen Wirtschaft bezwecken. Wir aber arbeiten für die Interessen der gesamten Arbeiterschaft und müssen mit den realen Möglichkeiten rechnen."[109])

In den nächsten Jahren (1929—1930) wurde die Nachtarbeit allgemein eingeführt („ununterbrochener Arbeitstag").

Die Wohnungsfrage

Die Arbeiterwohnungsfrage ist ein Kapitel für sich, und kann hier leider nicht eingehend behandelt werden.[110]) Es sei nur folgendes festgestellt:

Der Prozeß der allgemeinen Proletarisierung wird in Sowjetrußland in einem solchen Tempo betrieben, daß die Zahl der zu versorgenden Proletarier gleich einer Schneelawine anwächst. Noch vor wenigen Jahren zählte die Sowjetregierung bis 6 Millionen organisierter Arbeiter, wogegen im Jahre 1930 ihre Zahl auf 11½ Millionen gestiegen ist (Gewerkschaften).[111]) Diese 11½ Millionen bilden augenblicklich den angestellten und registrierten Kern des Sowjetproletariates, hinter dem noch eine, nicht zu berechnende, proletarisierte „Reserve" der kommunistischen Industrie steht. Wie diese Reserve wohnt, lebt und durchkommt, ist nicht zu beschreiben; in Hunger und Not, gleich den verwahrlosten Kindern, hat sie sich selbst privatwirtschaftlich zu versorgen, und das in einem Lande, wo die gesamte Privatwirtschaft systematisch erdrosselt wird. So betrifft auch das kommunistische „Wohnungsproblem" nur den registrierten und angestellten Grundkern des Proletariats, dem allein auch der „sozialistische Wohnungsbau" der Sowjetregierung gilt.

Diesem „sozialistischen Wohnungsbau" wurden, laut Berichten maßgebender Kommunisten, im Laufe der letzten zwei Jahre 1330 Millionen Sowjetrubel zugewiesen.[112]) Bei der steigenden Menge des Proletariats und bei der hoffnungslosen Unwirtschaftlichkeit des Sowjetwohnungsbaues würde vielleicht nur das Dreifache dieser Summe ausreichen, und zwar nicht länger als für ein halbes Jahr: denn im Abstand von einigen Monaten würde sich wieder herausstellen, daß die Versorgungsfähigkeit des Sowjetstaates der

[109]) Siehe „Pischtewik", Nr. 1. S. 49.
[110]) Siehe den Aufsatz von Dr. Höffding im vorliegenden Sammelwerk.
[111]) Siehe Prawda, 1930, 29. Juni; Stalin rechnet sogar mit 13 129 000 Arbeitern. Prawda. 1930, 29. Juni.
[112]) Bericht von Schwernik in den Sitzungen des XVI. Kommun. Kongresses, Prawda, 1930, 14. Juli.

im rasenden Tempo betriebenen Proletarisierung des Landes nicht nachkommen kann.

Wohnungspolitik und Wohnfläche

Bei diesen Verhältnissen bleibt die Arbeiterwohnungsfrage unlösbar. Es muß aber noch beachtet werden, daß im Laufe der ersten 6 Revolutionsjahre in den Städten gar nicht gebaut wurde (es wurden nur gut bewohnbare Häuser aus Holz niedergerissen, aus Anlaß der Brennstoffkrise),[112a] und daß in den Jahren 1923—1926 für Neubauten nur 475 Millionen Rubel im ganzen ausgegeben wurden.[113] Die Wohnungskrise war schon im Jahre 1922 so groß, daß die massenhaft durchgeführten Versetzungen der Arbeiter in die beschlagnahmten Häuser und Wohnungen des hinausgesetzten Bürgertums auch nicht helfen konnten. Seitdem fällt in den Städten die Wohnfläche (pro Kopf gezählt). Für das Jahr 1929 machte sie durchschnittlich 5,86 qm pro Person aus (in manchen Städten viel weniger). Nun wurde aber für das Jahr 1930 ausgerechnet, daß von allen sozialen Gruppen der Sowjetunion (Arbeiter, Angestellte, Unternehmer und sonstige Gruppen) — die Arbeiter am schlechtesten mit Wohnfläche versorgt sind (durchschnittlich 4,91 pro Kopf gegen 6,96 pro Kopf der Angestellten-Gruppe).[114] Diese durchschnittliche Zahl bedeutet natürlich, daß viele Arbeiter (vielleicht die meisten) sich mit einer niedrigeren Quote begnügen müssen. So steht es auch in Wirklichkeit. Im Donezbecken ist diese Durchschnittsquote im Jahre 1929 auf 4,75 qm gesunken. Im einzelnen findet man oft solche Schilderungen: „Eine lange schmale Baracke. Die Bettstellen stehen in mehreren Reihen. Auf einigen liegen Haufen schmutziger Wäsche, auf anderen sind nur von Kohlenstaub schwarze Bretter zu sehen. Trotz des starken Frostes sind keine Doppelfenster vorhanden. Die Bettstellen sind nie leer. Sie sind für zwei Schichten bestimmt: auf jede Bettstelle kommen zwei Personen. . . . — Wie lebt ihr denn hier? — fragen die Neuangekommenen voller Entsetzen, denen so ein freies Bett zugewiesen wird. — Dies scheint nur anfangs schwer zu sein, später gewöhnt man sich an alles — antworten die Altansässigen.“[115] Dieses Bild, das an die Verhältnisse eines Nachtasyls für Bettler erinnert, ist durchaus keine Ausnahme im Lande, und schildert nicht die schlimmsten Arbeiterwohnungen. „In Beschetzk auf der Fabrik Wiltschensk wohnen in einem Raume von 3 qm . . . 18 Personen . . .“[116] „Das Hauptübel des Arbeiterlebens ist die Wohnungsfrage“, führt ein einflußreicher Kommunist, Solz, aus, „in Koltschugino wohnen bis 70 Arbeiter in einem Raume, und deshalb betrinken sie sich, treiben Unfug und sind allen kulturellen Einflüssen unzugänglich“[117] usw. usw. Es sei nur noch hinzugefügt, daß der Versuch der ersten Jahre, den Arbeitern Wohnraum unentgeltlich zu überlassen, schon längst in wirtschaftlicher Hinsicht gescheitert ist, und daß, wie ein sozialistischer Schriftsteller (Jugoff)[118] berechnet hat, die Auslagen des Sowjetarbeiters für seine elende Wohnung jetzt durchschnittlich 12 Prozent seines Lohnes in Anspruch nehmen (beim deutschen Arbeiter 15—16 Prozent).

Gesundheitspflege

Man kann sich ohne weiteres vorstellen, wie die Gesundheit der Sowjetarbeiter in diesen Verhältnissen leidet,[119] und wie stark dieses allgemeine Unwohl die Stimmung der Arbeiter beeinflußt. In dieser Hinsicht wird seitens der Sowjetregierung manches getan, um der Gefahr vorzubeugen. Es wäre genügend, darauf hinzuweisen, daß die Benutzung der Kurorte und der Sanatorien Rußlands immer mehr zum Privilegium des Proletariats wird. Wenn z. B. im Jahre 1928 rund 23 Prozent der Kurgäste zum Arbeiterstande zählten, so ist dieser Satz im Jahre 1930 auf 80 Prozent gestiegen:[120] es heißt, daß die Angestellten, die Ingenieure usw. das „Klassenrecht des Proletariats“ nicht mehr für sich in Anspruch nehmen dürfen, und daß das „Klassengefühl“ des Gesundheitskommissariates diesen Mißbrauch nicht mehr dulden darf.[121] Dasselbe gilt auch für die Sanatorien und Erholungshäuser.[122] Es ist möglich, daß ein scharfsinniger Ausländer doch nicht ganz unrecht hatte, als er sagte, daß die Sowjetregierung die Arbeiter etwa so behandelt, wie die Arbeiter selbst ihre Maschinen: man läßt sie in Schmutz und Ueberanstrengung zusammenbrechen, um dann an eine kaum mehr mögliche Reparatur zu denken.[123]

Arbeitsdisziplin

Daß es dem Sowjetarbeiter nicht gut geht, kann auch an dem Sinken der Arbeitsdisziplin erkannt werden. Nachdem die Arbeitsdisziplin in den Jahren 1922—1927 gewissermaßen hergestellt wurde, begann sie im Jahre 1928 wieder zu sinken. Die Sowjetzeitungen fingen an, wieder über Nachlässigkeit, unbegründete Versäumnisse, Zusammenhocken in den Rauchzimmern usw. zu klagen. Im Jahre 1928 erreichte in der Leningrader vertrusteten Industrie die versäumte Zeit 8,2 Proz.

112a) In „Woprossy Truda“, 1930, Nr. 5 offen zugegeben.
113) Woprossy Truda, 1930, Nr. 5.
114) Woprossy Truda, 1930, Nr. 5.
115) Komsomolskaja Prawda, 1929, 14. April, Nr. 86.
116) Trud, 1928, 13. Juni, Nr. 136.

117) Trud, 1928. 2. August, Nr. 178.
118) Jugow, Die Volkswirtschaft der U. S. S. R., 1928.
119) In einzelnen Kohlengruben sind bis 10 Prozent der Arbeiter krank. „Sowjetskaja Sibirj“, 1930, 27. August.
120) Prawda, 1930, V, 10.
121) Komsomolskaja Prawda, 1930, 4. August.
122) Prawda, 1930, 10. Mai.
123) Der tatsächliche Zustand der Sowjetsanatorien wurde von mir schon geschildert.

der gesamten Arbeitszeit.[124]) Im selben Jahre wurden in der gesamten Industrie der R. S. F. S. R. 18 Millionen versäumte Tage registriert. Auf den Werken der Jugostal wurden in der ersten Hälfte des Jahres 1929 rund 100 000 Vergehen gegen die Arbeitsdisziplin zusammengezählt. Das erste Quartal 1928 brachte auf den Makejewschen Werken 394 solche Vergehen, wogegen das erste Quartal 1929 schon 820 Verletzungen brachte.[124a]) Schon in den Jahren 1928—1929 klagten die Zeitungen (z. B. der „Trud") fortwährend über freiwillige Arbeitsverlassungen, über Krankheitsvortäuschung, Beleidigungen der Aufsichtsbeamten, Schlägereien, Beschädigung der Maschinen usw. Die Sowjetregierung muß immerfort neue Maßregeln erfinden um die Arbeiter zu disziplinieren: bald heißt es — freiwilliger „sozialistischer Wetteifer" einzelner Betriebe miteinander und gegeneinander;[125]) bald — Organisation von „Stoßtrupps" oder „Arbeiterbrigaden", welche berufen sind, einzelne Betriebe zu kontrollieren und ihre Leistung zu fördern;[126]) dann liest man wieder, wie Kinderorganisationen („die roten Pioniere") ganze Betriebe „überfallen",[127]) in den Papieren der Verwaltungen herumwühlen, die Arbeit „kontrollieren", die Arbeiter überführen, „beschämen" und denunzieren; in der letzten Zeit werden noch „Bataillone der Enthusiasten des sozialistischen Fünfjahresplanes" formiert[128]) usw.

Arbeitsversäumnis

Diese und ähnliche Maßnahmen haben bestimmt einen gewissen Einfluß auf die Arbeiter ausgeübt: die äußerlich kontrollierbare „unbegründete Arbeitsversäumnis" hat etwas nachgelassen.[129]) Der Arbeiter sieht sich gezwungen, öfter im Betriebe zu erscheinen und länger zu bleiben. Dies auch nicht überall: noch im November 1929 klagte ein führendes Wirtschaftsblatt über das andauernde Sinken der Disziplin im Moskauer Bezirk; wird die „unbegründete" Arbeitsversäumnis seltener, so kommt dagegen eine „b e g r ü n d e t e" Versäumnis immer öfter vor; und die allgemeine Zermürbung erfaßt auch die „ältere Arbeitergeneration".[130]) Ueber „schlechte Arbeitsdisziplin" wird auch weiter immerfort geklagt;[131]) sie wird „immer bedrohlicher", es gibt Betriebe, wo die Arbeitsversäumnis jeden Monat um 2 Prozent durchschnittlich zunimmt

[124]) Komsomolskaja Prawda, 1929, 26. Februar.
[124a]) „Trud", 1929. 14. April.
[125]) Vgl.: „nach der durchgeführten Selbstkontrolle ist der Wetteifer abgestorben". Prawda, 1930, 5. Juli.
[126]) Z. B. Prawda, 1930, 31. Mai.
[127]) russ. „Naljot". Siehe eine genaue Beschreibung in der Prawda, 1930, 31. Mai.
[128]) Trud, 1930, 22. August.
[129]) „Bülletenj statistiki Truda", 1930, Nr. 4.
[130]) Ekonomitscheskaja Shisn, 1929, 15. November.
[131]) Prawda, 1930, 17. Mai, Aufsatz von Gubermann; Prawda 1930, 10. Juli.

(Juni-August 1930).[132]) Neuerdings wurde festgestellt, daß dieses Sinken der Disziplin sich auch auf den Sowjeteisenbahnen verbreitet[133]) usw. Es ist ohne weiteres klar, wie die Quantität und die Qualität der gesamten Produktion des Sowjetstaates dadurch leiden.

Die herrschende Stimmung der Arbeiterklasse des Sowjetstaates wäre dadurch zur Genüge geschildert.

Die Hervorgeschobenen

Der Arbeiter fühlt sich mit dem über ihn herrschenden kommunistischen Staate durchaus nicht identisch. Diese „Identität" erlebt er gar nicht; er hat keine guten Gründe, an sie zu glauben. Umsonst ist alles Zureden; umsonst bemüht sich die Kommunistische Partei, immer neue Tausende von Arbeitern „hervorzuschieben"[134]) und sie zu bürokratisieren: die „Hervorgeschobenen" werden in den Behörden unfreundlich aufgenommen — weil sie nichts verstehen, sehr wenig können und anspruchsvoll auftreten; bei den Arbeitern stehen sie in schlechtem Rufe wegen ihrer Liebedienerei. Die Arbeitermasse des Sowjetstaates bleibt „kleinbürgerlich" eingestellt, schon deswegen, weil sie in einer sehr engen Beziehung zum Bauernstande steht.[135]) Die Kommunisten selbst schildern diese „Ideologie" folgendermaßen: „Das Haus ist mir heimisch, der Betrieb ist fremd, — Einnahmequelle, und nichts weiter";[136]) oder noch: „Der Hausherr (russisch: Chosjain), sieht sofort, wenn er in sein Haus kommt, wo und was fehlt, wo gefegt, wo geräumt werden muß, wer von den Angestellten zu ersetzen wäre. Ein angestellter Söldner dagegen ist eben nur ein Söldner; ist er mit seinen Arbeitsstunden fertig — so ist er schon zufrieden, und das übrige ist ihm Wurst. Er empfindet keine Verantwortung der Arbeiterklasse gegenüber."[137]) Kurz — die gesamte sozialistisch-kommunistische Einstellung bleibt den Arbeitern grundsätzlich fremd. Zur Wirtschaft und zum Eigentum gehört ein Eigentümer, der Hausherr in eigener Person (Chosjain); wo der letztere fehlt

[132]) Iswestija, 1930, 10. September.
[133]) Prawda, 1930, 9. September.
[134]) Siehe den Aufsatz „Kommunismus als Beamtenherrschaft" im vorliegenden Sammelwerke.
[135]) In verschiedenen Industriezweigen zählen die sogenannten „Erbproletarier" nur 30—70 Prozent des gesamten Bestandes. Vgl. Raschin, „Sostaw fabritschno-sawodskago proletariata SSSR"; Prawda, 1930, V, 11; 1930, VII, 13 usw. In einem interessanten Aufsatz von Karlik lesen wir: „Die Arbeiterklasse wird aus der Bauernschaft und aus dem städtischen Kleinbürgertum komplettiert, und diese Schichten bringen ihr die eigenen, nicht abgelebten, mit dem Privateigentum zusammenhängenden Vorurteile; sie unterstützen damit das Alte." Prawda, 1930, V, 1.
[136]) russ.: „dom rodnoj, sawod postoronnij" etc. Prawda, 1930, 11. Mai. Aufsatz von Kuschner.
[137]) Prawda, 1930, 26. Mai. Aufsatz von Strogowa.

(z. B. im Kollektiveigentum), da gehört die Sache niemandem und allen; da sind auch weder Wirtschaft, noch Arbeit ernst zu nehmen.

Die Diebstähle

Hieraus sind die zahlreichen Diebstähle in den Betrieben zu erklären. „Die Arbeiter bestehlen ihren eigenen Arbeiterstaat", seufzt eine führende kommunistische Zeitung: „viele Millionen sind auf dem Gesamtterritorium der Sowjetunion in diesem Jahre (1929) gestohlen worden. Die Arbeiter schweigen hierüber und boykottieren die Denunzianten, obwohl die Diebe die schlimmsten Feinde ihrer eigenen Klasse sind. Gestohlen wird alles: Schlüssel, Schlösser, Maschinenteile, Erzeugnisse des Betriebes" usw.[138]) Ein Arbeiter wurde ertappt, als er einen Kommutator stehlen wollte; um sich zu verteidigen, führte er aus: „Ich arbeite bereits zwei Jahre in diesem Betriebe; also bin ich doch berechtigt, mir etwas anzueignen."[139]) . . . Die Bekämpfung dieser Diebstähle fällt den Kommunisten „recht schwer: den geltenden Gesetzen zufolge darf man einen Arbeiter nicht vors Gericht stellen, wenn der Wert des gestohlenen Gegenstandes 15 Rubel nicht übersteigt. Aus diesem Grunde gestatten sich die Arbeiter, solche Erzeugnisse und Halbprodukte aus den Betrieben mitzunehmen, die nach der Taxe des Betriebes nicht so viel kosten, auf dem Markte aber sehr hoch bewertet werden".[140]) Diese Schilderung gewährt einen guten Einblick in das Rechtsbewußtsein der Arbeiter, in die Höhe des Reallohnes, in die Zustände des inneren Marktes und in die Rechnung, welche die Kommunisten der „öffentlichen Meinung" der Arbeiter tragen müssen.

Die Enttäuschung

Der Arbeiterstand in Sowjetrußland erlebt im großen und ganzen eine tiefe Enttäuschung. Was er gelitten hat, noch leidet und weiter noch leiden wird — liegt auf der Hand. Was er aber eingebüßt hat, bringt er sich nur langsam zum Bewußtsein. Er sieht sich in Not und weiß sich nicht zu helfen. Die „Stoßbrigaden" verachtet er, als „Schulen für Lotterbuben".[141]) Die „Kulturarbeit" der Kommunisten imponiert ihm durchaus nicht.[142]) Seine leidende Unzufriedenheit findet keinen Ausgang. Er fühlt sich unglücklich — und trinkt. Darüber klagt die Sowjetpresse unaufhörlich. Es wurde z. B. berechnet, daß die Arbeiter der Textilfabrik „Kowrowo" im Jahre 1928 rund 1,5 Millionen Rubel vertrunken haben (90 Rubel pro Kopf). In „Gussj Chrustalnij"

[138]) Komsomolskaja Prawda, 1929, 20. Juni.
[139]) Ekonom. Shisn, 1929, 24. Juli.
[140]) Ekonom. Shisn, 1929, 15. November.
[141]) Prawda, 1930, 11. Mai, Kuschner.
[142]) „Unsere Kulturfront hat keine Autorität weder für die Arbeiter, noch für andere Organisationen"; ein „wirkliches Interesse bringt uns der Arbeiter in unserer Kulturarbeit nicht entgegen". Rede der Kommunistin Nikitina. Prawda, 1930, 4. Mai.

(Gouvernement Wladimir) wurden im Jahre 20 Prozent des Arbeitslohnes vertrunken. „Häufig stehen Mädchen den Männern hierin nicht nach", berichtet eine führende Zeitung.[143])

Im Laufe der letzten zwei Jahre hat diese Unzufriedenheit der Arbeiter auch andere Formen angenommen. Die berüchtigten Arbeiterversammlungen werden schlecht besucht; es wird immer schwerer, das notwendige Quorum in diesen Versammlungen zusammenzubringen. Die Versammlungen werden zwei- dreimal einberufen, und dennoch erscheinen nur 10—15 Prozent der eingeladenen Mitglieder. Es werden Fälle verzeichnet, wo zu den Wahlen des „Fabrik-Komitees" von 550 Mann nur 75, von 800 Mann nur 70 erscheinen.[144]) Auch die Arbeiterklubs werden sehr schlecht besucht; warum? — „Dort ist es langweilig, da hat man nichts zu tun, es ist alles langweilig geworden."[145]) „Es ist eine große Mühe, die Leute in die Klubs zu schleppen. Wenn Sie beim Eingang in einen Klub gelangweilte Gesichter, schlendernde Gestalten und unterdrücktes Gähnen erblicken, so können Sie sicher sein, daß hier ein politischer Vortrag gehalten wird."[146]) Daneben bringen die Sowjetzeitungen, besonders für das Jahr 1929/1930, immer häufiger Nachrichten von Staatsanleihen, die von den Arbeitern nicht gezeichnet wurden; von Beschlüssen, einen bestimmten revolutionären Feiertag (1. Mai) nicht zu feiern; von Geldsammlungen für den Bau einer neuen Kirche usw.

Im Juli 1929 wurde eine Rundfrage unter den Arbeitern der „Gluchowskaja"-Manufaktur über die Hebung der Qualität der Arbeit durchgeführt. Es wurden viele bemerkenswerte Antworten verzeichnet. Eine lautete z. B.: „Fort mit den Arbeiterorganisationen und mit den Betriebsausschüssen! Wer den Mittelbauer und den Kulak erfunden hat — ist ein Dummkopf und versteht nichts vom Leben. Wir halten es für richtig — die Fabriken den früheren Besitzern und überhaupt erfahrenen Menschen zurückzugeben, damit die Arbeiter sich in die Betriebsangelegenheiten nicht zu mischen hätten!" Eine andere Antwort war noch ausdrücklicher: „Schert euch zum Teufel! Wir wollen einen echten Chosjain, den Arsenij Morosof, haben! Ihr habt uns zu Grunde gerichtet! Schwanzloses Vieh! Zweibeinige Stuten!"[147]) . . .

[143]) Komsomolskaja Prawda, 1929. 6. Juli.
[144]) Trud, 1929, 29. März.
[145]) Komsomolskaja Prawda, 1929. 16. Januar.
[146]) Leningradskaja Krasnaja Gaseta, 1928, 8. Oktober. Diese Klubs haben sich einfach überlebt und werden von den kommunistischen Behörden selbst geschlossen. Siehe „Trud", 1930, 21. November.
[147]) Komsomolskaja Prawda, 1929, 27. Juli.

Im Frühjahr 1930 brachte ein sozialdemokratisches Blatt den Brief eines Sozialdemokraten aus Sowjetrußland. Stöhnend und fluchend schildert der Brief die Lage des Proletariats im kommunistischen Staate und bezeichnet dann die Einstellung der Kommunisten mit folgenden Worten: „Aber was geht sie das alles an? Sie krepieren ja nicht — sie beaufsichtigen nur die Krepierenden. . . . Und das ist ja bedeutend leichter.“ . . .

Als im Jahre 1926, zur Zeit einer verhältnismäßigen Besserung der Lage der russischen Arbeiter, der schweizerische Sozialist Fritz Schneider Sowjetrußland besuchte, stellten ihm mehrere kommunistisch gesinnte Arbeiter die Frage: „Wann werdet ihr endlich eine Revolution in der Schweiz machen?“ Er antwortete: „Sobald die schweizerischen Arbeiter ebenso schuften und leben müssen wie ihr.“[148]) Damit wollte er das Leben des Proletariats in Sowjetrußland als unerträglich bezeichnen. Das Leiden und Dulden eines Entrechteten besitzt aber keine festen, im voraus zu bestimmenden Grenzen; und die Geschichte ist hart. —

Dies wäre im Gesamtüberblick die Lage der Arbeiter im kommunistischen Staate.

[148]) F. Schneider: „Von Leningrad nach Kiew“, Basel, 1926.

Die Wohnungsfrage in Sowjetrußland

Von Dr. W. Hoeffding

Die Enteignung

In dem gewaltigen Enteignungsexperiment, welches die letzten zwölf Jahre in der Geschichte Rußlands darstellen, nimmt das Kapitel Wohnungsfrage einen besonderen Platz ein, und zwar nicht nur wegen der Folgen, welche die „Nationalisierung“ des gesamten Hausbesitzes von Anfang an für die Bevölkerung der russischen Städte hatte, sondern auch wegen der Lehren, die dieser Teil des Riesenexperiments für andere Länder hatte. Diese Lehren traten unter anderem deswegen besonders stark in Erscheinung, weil die kommunistischen Machthaber es hier mit einem Gebiet zu tun hatten, welches sich für die Enteignung — so schien es wenigstens auf den ersten Blick — besonders gut „eignete“. Die Häuser waren da, die Bewirtschaftung erschien verhältnismäßig einfach — jedenfalls viel einfacher als etwa die Betriebsführung einer Fabrik —, und die Erneuerung und Erweiterung des Hausfonds erschien damals noch als eine cura posterior. Man brauchte also nur den „kapitalistischen Ausbeuter“, in diesem Fall den Hausbesitzer, zu entfernen und die Häuser für Eigentum des Staates oder der Gemeinde („Munizipalisierung“) zu erklären.

Für die neuen Machthaber lag außerdem noch ein besonderer, psychologisch-taktischer Anlaß vor, das große volksbeglückende Experiment von dieser Seite in Angriff zu nehmen: nirgends trat die „kapitalistische Ausbeutung“ in den Augen der aufgewühlten Massen deutlicher in Erscheinung, als in dem immer „wiederkehrenden Muß“ des an den Hausbesitzer zu zahlenden Mietzinses. Dieser „Tribut“ reizte die Masse bei ihrem primitiven Verstand weit mehr, als der noch theoretisch zu begründende, im Warenpreise steckende „Mehrwert“.

Von den ersten Tagen des bolschewistischen Umsturzes an gingen die Kommunisten daran, „die Wohnungsfrage zu lösen“. Diese Lösung sollte erstens darin bestehen, daß die Hausbesitzer ihres „Amtes“ enthoben wurden, indem ihnen jedes Verfügungsrecht über ihren Besitz genommen wurde, und zweitens darin, daß nunmehr zu einer radikalen Umteilung der vorhandenen Wohnfläche geschritten wurde. Die „Bourgeoisie“ — ein Begriff, der sich als sehr dehnbar erwies, — wurde auf die Straße gesetzt und mußte die Wohnungen oft innerhalb 24 Stunden räumen, wobei es als Selbstverständlichkeit galt, daß von den Wohnungseinrichtungen gar nichts und von den Kleidungsstücken nur ein Minimum mitgenommen werden durfte. Im günstigsten Falle wurde das Nutzungs-

recht der „bourgeoisen" Wohnungsinhaber auf ein oder zwei Zimmer in ihrer eigenen Wohnung beschränkt.

In die auf diese Weise freigewordenen Wohnungen und Zimmer wurden die, die unmittelbare Gefolgschaft der Bolschewiken bildenden, deklassierten Elemente wie Matrosen und Soldaten, dann auch Arbeiter mit ihren Familien zwangseinquartiert. Was diese letzteren anbelangt, so wehrten sie sich bezeichnenderweise oft gegen die ihnen in dieser Form gewährte „Vergünstigung". Denn in den meisten Fällen entsprach es weder den Interessen, noch den Wünschen der betreffenden Arbeiterfamilie, ihre noch so bescheidene, aber für sie bequeme 1- oder 2-Zimmerwohnung gegen eine theoretisch nach Quadratmetern berechnete Fläche in der Ecke einer Prachtdiele der Villa eines früheren Fabrikinhabers oder Bankdirektors zu tauschen. Die Arbeiter hegten zudem noch Zweifel an der Dauerhaftigkeit des bolschewistischen Regimes.

Am 20. August 1918 erließ die Sowjetregierung ein Dekret über die restlose Aufhebung des Privateigentums an städtischem Grund- und Hausbesitz. Diesem Dekret folgten eine Reihe Verfügungen, durch die das Werk der kommunistischen Revolution auf diesem Gebiet „gekrönt" werden sollte, und welche die Mieter der nationalisierten Häuser von der Zahlung jeglicher Miete befreiten (Gesetzsammlung der Sowjetunion, derzeit U. R. S. F. S. R., 1920 Nr. 85, Art. 422 und 1921 Nr. 6, Art. 47).

So wurde also auf dem ganzen Gebiete des ehemaligen Russischen Reiches seit Anfang des Jahres 1921 die Zahlung des Mietzinses überhaupt aufgehoben.

Der Zusammenbruch

Nach mehreren Jahren, in denen verantwortungslose Menschen in fremden Häusern eine Mißwirtschaft trieben und die kommunistische Bürokratie ihre Unfähigkeit an den Tag legte, zeigten sich die gefährlichen Seiten der nach völliger Enteignung der Hausbesitzer und nach Aufhebung der Mietzahlung geschaffenen Lage. Die verwaisten Häuser mußten irgendwie unterhalten, der Müll mußte abgeführt, die zerstörte Wasserleitung repariert werden usw.

Und nun kam es wie eine Erleuchtung über die Kommunisten, die von den Häusern Besitz ergriffen hatten: wie es in einem aus dem Jahre 1924 stammenden Kommentar zum Wohnungsgesetz hieß, „gab es bei der neugeschaffenen Lage eigentlich niemanden, der ein wirkliches Interesse an der dauernden Erhaltung der nationalisierten Häuser hatte".[1])

[1]) Siehe I. Koblenz, Das Wohnungsrecht (Verlag des Instituts für Sowjetrecht), Moskau 1924. S. 40. (Russ.) Sperrdruck vom Verfasser.

Was aber den kommunistischen Kommentator besonders in Erstaunen versetzte, war die Tatsache, daß diese Interessenlosigkeit nicht nur für die enteignete Bourgeoisie, sondern auch für die angeblichen Nutznießer der neuen Ordnung — für das in die Wohnungen der Bourgeoisie einquartierte Proletariat — in gleichem Maße galt: „In den bürgerlichen Bevölkerungsschichten hatte die Ueberzeugung feste Wurzel geschlagen, daß jede Wohnung zugunsten einer anderen Person oder einer Behörde fortgenommen werden würde, sobald man sie einmal instandgesetzt hätte. Daher fürchteten sich die zur früheren Bourgeoisie gehörenden Bewohner davor, irgendwelche Instandsetzungsarbeiten vorzunehmen. Andererseits wurden derartige Arbeiten von den neuen Bewohnern aus der Arbeiter- oder der Sowjetbeamtenklasse auch nicht unternommen, weil ihnen der Besitz der Wohnung nicht sicher genug erschien; sie ließen vielmehr die Wohnungen verwahrlosen, entwendeten Einrichtungsgegenstände usw."[2])

Die Folgen dieser Einstellung der Bewohner der zum „Volkseigentum" gewordenen Häuser, wie sie in dem kommunistischen Kommentar zur Wohnungsgesetzgebung geschildert wird, ließen naturgemäß nicht lange auf sich warten und äußerten sich, wie es in häufigen Klagen der zuständigen Sowjetorgane und der Sowjetpresse hieß, in einer Verwahrlosung der Häuser und einer „Aufzehrung des Baufonds", die „einer Zerstörung der Häuser gleichkam". Die weitere Folge dieser Zustände war eine Wohnungsnot in den russischen Städten, wie sie die Geschichte ihresgleichen nicht kennt. Die Zustände selbst und ihre Folgen wurden in der Sowjetpresse und Literatur ausgiebig und offen geschildert.

So wurden Anfang 1928 hierüber folgende Angaben veröffentlicht: „Die Abnutzung der Häuser geht ganz anormal schnell vor sich. Nach Angaben der Hauptverwaltung der Kommunalwirtschaft erreichte der Verfall des munizipalisierten Wohnungsfonds gegen Anfang des Jahres 1927 im Durchschnitt 35 Proz. (im Werte der Häuser ausgedrückt, der Verf.), in einzelnen Städten war dieser Prozentsatz aber noch bedeutend höher. So erreichte zum Beispiel in Leningrad, wo die diesbezüglichen Ermittlungen mit besonderer Sorgfalt durchgeführt wurden, die Abnutzung der munizipalisierten Häuser 39,4 Prozent, in Kostroma 39,8 Prozent, in Nowgorod 40,3 Prozent usw."[3])

[2]) Daselbst, S. 42.

[3]) Siehe Koserenko, Wie bekämpft man die Raubwirtschaft im Wohnungswesen, Ekonomitscheskaja Shisn, 1928, Nr. 6 (russisch). Vgl. auch die Schilderung des gesamten Werdegangs in „Woprossy Truda". 1930. Nr. 5.

Da dieser Verfall der enteigneten Häuser immer größere Ausmaße annahm und sich die Wohnungsnot — über die wir noch sprechen werden — von Jahr zu Jahr steigerte, sah sich der kommunistische Staat gezwungen, den Rückzug in doppelter Hinsicht anzutreten.

Der „Rückzug"

Es wurden erstens die ganz kleinen Häuser (mit einer Wohnfläche von unter 125 Quadratmeter) den Eigentümern zurückgegeben, weil die Bewirtschaftung und Instandsetzung dieser Häuser für die Gemeinde, also den örtlichen Sowjet, unmöglich war (Dekret vom 28. Dezember 1921). Die Zahl dieser nunmehr entnationalisierten Häuser, die von Arbeitern, Handwerkern und anderen kleinen Leuten bewohnt wurden, war besonders groß in der Provinz. Gibt es doch hier Städte, die nach deutschen Begriffen eher Dörfer sind. Immerhin behielt der kommunistische Staat, wie wir noch sehen werden, über die Hälfte der gesamten städtischen Wohnfläche in seinen Händen.

Zweitens, äußerte sich dieser Rückzug darin, daß die Zahlung des Mietzinses wieder eingeführt wurde, um Mittel für die Instandsetzung der verfallenen Häuser zu beschaffen.

Gleichzeitig mußte die Sowjetregierung einsehen, daß der Staat nicht imstande ist, die nationalisierten Häuser unmittelbar durch die sogenannten „Kommunalwirtschaftlichen Abteilungen" der städtischen Sowjets zu bewirtschaften; es wurde vielmehr aus den Bewohnern eines jeden Hauses eine Art Zwangspachtgenossenschaft gebildet, die für die ordnungsmäßige Bewirtschaftung der Häuser und die Eintreibung der Mieten verantwortlich gemacht wurde.

Der Klassenmietzins

Der wieder eingeführte Mietzins war aber nicht für alle Gruppen der Bevölkerung gleich, sondern es war ein „Klassenmietzins", der sich nach der sozialen Schicht der Bewohner abstufte. Er wurde am niedrigsten gehalten für die neuen privilegierten Schichten der Bevölkerung — Arbeiter und Mitglieder der Partei. Dann kamen die zahlreichen Sowjetbeamten und Angestellten, und schließlich mit den höchsten Sätzen — die „Parias" der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung: Handel- und Gewerbetreibende, Mitglieder der sogenannten freien Berufe usw. Ferner wurde innerhalb dieser Gruppen die Miete noch nach dem Einkommen der betreffenden Personen gestaffelt.

Von ganz besonderem Interesse — vom praktischen wie vom allgemeinen Standpunkte aus — waren die Auswirkungen dieser neu eingeführten „Klassenmiete", die sehr bald in Erscheinung traten. Es stellte sich nämlich sehr bald heraus, wie die Sowjetpresse mit Erstaunen feststellte, daß es gerade die

Arbeiter, also — in der Theorie die Nutznießer des gegenwärtigen Regimes — waren, die unter dieser Neuordnung am meisten zu leiden hatten.

Um dieses zu begreifen, muß man berücksichtigen, daß bei der „klassenmäßigen" Berechnung des Mietzinses die Rentabilität eines jeden Hauses, für die nunmehr die Pachtgenossenschaften und Hausverwaltungen wohl oder übel Sorge tragen mußten, davon abhing, in welchem Verhältnis die einzelnen — verschieden zahlenden — sozialen Gruppen unter den Bewohnern desselben vertreten waren. Bestanden die Bewohner des Hauses aus einer mehr oder weniger „gleichmäßigen Mischung" von wenigzahlenden Proletariern mit anderen höherzahlenden Elementen, so konnte die Rentabilität des Hauses oder wenigstens die Deckung der laufenden Ausgaben einigermaßen sichergestellt werden. Dieses aber war ausgeschlossen, oder wenigstens sehr fraglich, sobald das Haus vorwiegend oder ausschließlich von Proletariern mit niedrigen Mietsätzen bewohnt war. Da nun die Hausverwaltungen, auch wenn sie ausschließlich aus Kommunisten bestanden, für die Deckung der Unkosten sorgen mußten und hierfür verantwortlich gemacht wurden, so mußten sie sich schließlich gegen das Einziehen allzu vieler Proletarier wehren. Die unausbleibliche, aber von den Kommunisten unbeabsichtigte und in ihrer Wirkung völlig unerwartete Folge dieser Verhältnisse war, daß die im Prinzip bevorzugten Proletarier nach und nach in die schlechteren Häuser verdrängt wurden. Dies aber erst in den allerletzten Jahren.

Und so kam es, daß es der Zentralverband der kommunistischen Gewerkschaften war, der in diesem Falle ausnahmsweise die Ansichten und Gefühle der breiten Arbeitermassen gegen den kommunistischen Doktrinarismus widerspiegelte, und gegen das Klassenprivileg einer niedrigeren Miete, die den Interessen der Arbeiter nachteilig wurde, Protest erhob. In einem Gutachten (vom März 1928) wies der Hauptausschuß der Gewerkschaften darauf hin, daß das gegenwärtige System zu einer ungleichmäßigen Rentabilität der einzelnen Häuser und zu einer schlechteren Instandhaltung gerade derjenigen Gebäude führt, die durch schlechter bezahlte Arbeiter bewohnt werden. „Außerdem" — heißt es weiter wörtlich in diesem Gutachten — „schützt das gegenwärtige System die Arbeiter sehr unzureichend dagegen, daß sie in die schlechteren Häuser verdrängt werden, weil die Hausverwaltungen unter den verschiedensten Vorwänden versuchen, diese unvorteilhaften Mieter loszuwerden. Das System der Mieterhebung muß so geregelt werden, daß alle Mieter eine Miete zahlen, die für

die Deckung der laufenden Ausgaben und für die Amortisation der Häuser ausreicht."[4])

So kommen die russischen Arbeiter, durch die kommunistischen Experimente eines besseren belehrt, dazu, daß sie recht „kapitalistisch" klingenden Grundsätzen zu huldigen anfangen und selbst um die Beseitigung ihrer „privilegierten" Stellung ersuchen.

Uebrigens reichte die neue „klassenmäßige" Miete auch in ihrer Gesamtheit nicht aus, um die laufenden Verwaltungs- und Instandsetzungskosten zu decken, und der Verfall der Häuser nahm seinen weiteren Gang. „Die Mieteinnahmen reichen bekanntlich nicht aus, um die laufenden Unkosten zu decken. Nach den Ermittlungen der Hauptverwaltung der Kommunalwirtschaft wird von diesen, auch nach der im Jahre 1926 vorgenommenen Erhöhung, nur etwa die Hälfte des erforderlichen Betrages aufgebracht."[5]) Der Verfasser des eben angeführten Aufsatzes kommt daher zu dem Schluß, daß kein Grund besteht anzunehmen, daß die Frage der „Aufzehrung" des Wohnungsfonds aus der Welt geschafft ist.

Die Wohnfläche

Wie gestalten sich nun unter dem Einfluß dieser Faktoren die Wohnungsverhältnisse der russischen Städte? Eine am 17. Dezember 1926 vorgenommene Wohnungszählung, die sich auf das gesamte Gebiet der Sowjetunion erstreckte, gibt hierüber interessante Aufschlüsse.[6])

Die Wohnungsgesetzgebung und Praxis in Sowjetrußland betrachten 8 Quadratmeter Wohnfläche pro Kopf als dasjenige „sanitäre" Minimum, welches der Bevölkerung der Städte auf alle Fälle garantiert werden sollte. Die Zahlen der letzten Wohnungsaufnahme zeigen, daß diese Norm für die Gegenwart und wohl auch für die absehbare Zukunft als unerreichbares Ideal anzusehen ist.

Es wurden im ganzen in den Städten der Sowjetunion 2 881 931 Wohngebäude mit einer Gesamtfläche von 187 770 100 Quadratmeter gezählt, wovon die bewohnte Fläche 153 839 300 Quadratmeter ausmachte. Von der gesamten städtischen Bevölkerung von 26 310 084 Menschen, die von der Zählung in den 1920 Städten der Sowjetunion erfaßt wurden, wohnten 119 652 Personen in Räumen, die für das Wohnen nicht bestimmt oder nicht dazu geeignet waren (Fabriken, Lagerhäuser usw.); vom übrigen Teil der städtischen Bevölkerung wohnten 24 488 631 in gewöhnlichen Wohnungen und 1 701 615 in Gemeinschaftswohnungen.

Die auf eine Person entfallende Wohnfläche betrug im Durchschnitt für ganz Rußland nach der Zählung vom Jahre 1926 — 5,9 Quadratmeter, also etwa d r e i V i e r t e l der von der Sowjetregierung als Minimalnorm angesehenen Fläche von 8 Quadratmetern. Dieser Durchschnitt war nur in denjenigen Städten höher, die infolge des bolschewistischen Umsturzes einen bedeutenden Teil ihrer Bevölkerung verloren hatten, und in denen das Wirtschaftsleben im allgemeinen zum Stillstand gekommen war. Zu dieser Gruppe gehörten St. Petersburg-Leningrad (die frühere Reichshauptstadt!) mit einem Durchschnitt von 8,7 Quadratmetern, Kiew (ehemals blühendes Handelszentrum) mit 7,1 Quadratmetern und Odessa (früher belebte Hafenstadt) mit 7,4 Quadratmetern. Auf der anderen Seite war die Wohnungsnot am schlimmsten in den Verwaltungszentren (Moskau und Charkow), die von der neuen Sowjetbürokratie überflutet wurden. Sehr schlecht schneiden auch die mittleren Industriestädte ab, wie Iwanowo-Wosnesensk, Sormowo und a. m., wo die Fläche etwa 4 Quadratmeter pro Person, also d i e H ä l f t e der vorgeschriebenen Norm, beträgt.

Es ist überhaupt für die gegenwärtigen sowjetrussischen Zustände auf dem Gebiete des Wohnungswesens bezeichnend, daß man bei der Berechnung der Wohnungsnot und bei der Erörterung der Maßnahmen, die Abhilfe schaffen sollen, nicht etwa mit Zahlen von Wohnungen und Zimmern, wie in anderen Ländern, operiert, sondern vorwiegend mit Quadratmetern. — Hat doch der Sowjetbürger auch in den Verordnungen und in der täglichen Praxis der Behörden ein — wenn auch nur theoretisches — Anrecht nicht auf eine Wohnung oder ein Zimmer, sondern eben auf eine n a c h Q u a d r a t m e t e r n bemessene Fläche.

Legt man aber den auch in Deutschland üblichen Maßstab für die Bemessung der Wohnungsnot an, — nämlich d i e A n z a h l d e r a u f e i n e W o h n u n g e n t f a l l e n d e n F a m i l i e n —, so erhält man erst eine richtige Vorstellung von der Wohnungsnot in den russischen Städten, die das Ergebnis der konsequenten Durchführung der kommunistischen Theorien auf dem Gebiete des Wohnungswesens darstellt.

Man spricht in Deutschland — und zwar mit Recht — von einer schweren Wohnungsnot, wobei nach den Angaben der letzten Wohnungsaufnahme im Deutschen Reich auf 100 ver-

[4]) „Der WZSPS (Zentralausschuß der Gewerkschaften) über die Wohnungsmiete", Trud vom 23. März 1928 (russisch).

[5]) Koserenko, Die nächsten Aufgaben auf dem Gebiete des Wohnungswesens, Ekonomitscheskaja Shisn vom 18. Januar 1928 (russ.).

[6]) Für eine zusammenfassende Darstellung der Ergebnisse der Wohnungszählung von 1926 s. A. Gibschmann, „Der Wohnungsfonds und die Wohnungsverhältnisse unserer Städte", in Statistitscheskoje Obosrenije (Statistische Rundschau). Moskau. Juli 1928, S. 76—84, sowie L. Wigodskij, „Die Wohnungsfrage im Spiegel der Wohnungszählung von 1926" in Ekonomitscheskoje Obosrenije (Wirtschaftliche Rundschau), Moskau, September 1928, S. 134—147 (beides in russischer Sprache).

fügbare Wohnungen im Durchschnitt 108 Familien entfielen.[7]) Das bedeutet mit anderen Worten, daß auf 100 Familien, die im Besitze einer eigenen Wohnung waren, 8 Familien kamen, die sich mit einer Unterkunft in einer fremden Wohnung zufrieden geben mußten. Will man aber diese Zustände mit den in Rußland herrschenden vergleichen, so erfährt man, daß in Moskau auf 100 Wohnungen etwa 300 Familien kamen. In St. Petersburg waren es 250, in Charkow 200 usw. Im Durchschnitt entfielen für ganz Rußland auf 100 Wohnungen 168 Familien.

Legt man ferner einen anderen, in europäischen Ländern üblichen Maßstab an die Verhältnisse in Sowjetrußland an, nämlich die Zahl der auf ein Zimmer entfallenden Personen, so ergeben sich folgende Vergleichszahlen: England 0,94, Deutschland 1,2, Schweden 1,3, Tschechoslowakei 1,6, Sowjetrußland 2,0. Nur in einem europäischen Staate wurde diese letzte Zahl — wenn man der sowjetrussischen Quelle, der diese Angaben entnommen sind, Glauben schenken darf — überboten, und zwar in Polen mit 2,1 Personen pro Zimmer.[8]) Nimmt man aber die kleinen Wohnungen von 1 und 2 Zimmern allein, so behält auch hier der kommunistische Staat mit 4,1 und 2,4 Personen pro Zimmer die Führung gegenüber allen „kapitalistischen“ Staaten Europas, Polen nicht ausgenommen.[9])

Die gegenwärtigen Besitzer

Von Interesse ist ferner die Frage, wie sich nach dem im Jahre 1921 vollzogenen teilweisen Rückzuge der Sowjetregierung in der Enteignung des städtischen Hausbesitzes die Zahl der Häuser und die Wohnfläche auf die einzelnen Gruppen des Besitzes — Staat, Genossenschaft und Private — verteilt. Hierüber geben die folgenden Zahlen Aufschluß:

Besitzer	Zahl der Gebäude		Bewohnte Fläche	
		in % der Gesamtzahl	in 1000 Quadratmetern	in % der Gesamtfläche
Staat	512 064	17,7	101 118,9	53,8
Genossenschaften	11 203	0,4	1 511,9	0,8
Private	2 358 664	81,9	85 139,3	45,4
Insgesamt	2 881 931	100,0	187 770,1	100,0

Auf den ersten Blick dürften diese Zahlen überraschen, insofern als 81,9 Proz. oder etwas über vier Fünftel sämtlicher bewohnten Gebäude sich in Privatbesitz befinden. Dieses findet aber, wie früher bereits angedeutet, in der großen Zahl kleiner, von Arbeitern bewohnter, meist hölzerner

[7]) Siehe Wirtschaft und Statistik, 1927, Nr. 16.
[8]) Siehe R. Siefmann, „Die Wohnungsverhältnisse im Westen und bei uns“, Statistitscheskoje Obosrenije (Statistische Rundschau), Moskau, 1927, Dezember, S. 88 (russisch).
[9]) Daselbst, S. 90.

Häuschen in der russischen Provinz seine Erklärung. Betrachtet man dagegen die Verteilung der Wohnfläche, ergibt sich ein wesentlich anderes Bild. Hier befindet sich schon über die Hälfte der Gesamtfläche in den Händen des Staates. Und in den Großstädten erreicht der Anteil des Staates über drei Viertel der Gesamtfläche.

Welche Bewandtnis es mit den über zwei Millionen „Privathäusern“ hat, geht schon daraus hervor, daß von diesen nicht weniger als 567 448 Gebäude „aus anderem Material als Ziegelsteinen und Holz erbaute Häuser“ sind, mit anderen Worten — elende Lehmhütten. Wie es in einem der bereits erwähnten Berichte über die Wohnungszählung von 1926 heißt, „wurden nicht nur die größten, sondern auch die besten Häuser nationalisiert“.[10]) Es waren somit nicht nur die kleineren, sondern auch die schlechteren Häuser, die in den Jahren 1921 bis 1923 wieder in die Hände der Besitzer zurückwanderten.

Diese Uebersicht wäre unvollständig, wenn man nicht einen weiteren Faktor der Wohnungsnot in den russischen Städten erwähnte, der gewissermaßen als Funktion der kommunistischen Staats- und Wirtschaftsordnung betrachtet werden muß. Es handelt sich darum, daß von der der unmittelbaren Verfügung des Sowjetstaates unterstehenden Wohnfläche ein für normale europäische Verhältnisse enormer Teil von den unzähligen und riesigen staatlichen Büros und Behörden belegt und infolgedessen Wohnzwecken entzogen wurde.

„Zur Zeit der Wohnungszählung von 1923“ — so lesen wir in einem amtlichen Bericht — „bestand folgende Lage: in der Sowjetunion waren im Durchschnitt 33,8 Prozent der gesamten Wohnfläche von staatlichen Behörden belegt.“ In Moskau waren von den Behörden 17 Prozent der Gesamtzahl der nationalisierten Häuser und 30 Prozent der Wohnfläche der allgemeinen Benutzung den Wohnzwecken entzogen. In einzelnen Provinzstädten stieg aber der Prozentsatz der für behördliche Zwecke benutzten, nationalisierten Häuser ins Uferlose. So betrug er in Woronesch 48,7 Prozent, in Orel 52,4 Prozent, in Wjatka 56,8 Prozent usw.

Der in den Jahren 1923 bis 1926 von der Sowjetregierung aus finanziellen Gründen vorgenommene Abbau der Behörden und deren Angestellten[10a]) hat, was die Interessen der wohnungsbedürftigen Bevölkerung anbelangt, keine durch-

[10]) Siehe Koserenko, „Was kann uns eine Verminderung des Verwaltungsapparates bringen?“, Ekonomitscheskaja Shisn vom 22. Januar 1928 (russisch).
[10a]) Siehe den Aufsatz „Kommunismus als Beamtenherrschaft“ im vorliegenden Sammelwerke.

greifende Aenderung gebracht. „Obwohl die Angaben der Wohnungszählungen von 1925 und 1926 mit denjenigen von 1923 schwer vergleichbar sind, so ergibt sich doch, daß *auch nach dem vorgenommenen Abbau im Jahre 1926 mehr als ein Drittel des nationalisierten Wohnfonds von den Behörden belegt* gehalten wird."[11])

Wie der Arbeiter wohnt

Besser als diese trockenen statistischen Durchschnittszahlen, unterrichten uns die in der Sowjetpresse in Menge erscheinenden anschaulichen Schilderungen von Arbeiterwohnungen über die menschenunwürdigen Verhältnisse, in denen besonders die Arbeitermassen leben müssen. Eine seltene Ausnahme bilden die Musterwohnungen, die in erster Linie ausländischen Delegationen gezeigt werden.

So teilt zum Beispiel das Organ der kommunistischen Gewerkschaften „Trud" („Die Arbeit") vom 19. Januar, mit, daß auf den Uralschen Fabriken in einer Arbeitersiedlung auf einem Flächenraum von 2 Quadrat-Sashenj (ca. 8 Quadratmeter) 17 bis 18 Arbeiter hausen! „Dieses Rätsel" — schreibt die Zeitung — „findet durch ein Drei-Schichten-System seine Lösung, d. h. ein und dasselbe Bett wird im Laufe von 24 Stunden von drei Arbeitern nacheinander zum Schlafen benutzt." Eine andere Schilderung findet sich in der gleichen Zeitung vom 20. Januar 1928. Es werden hier die grausigen Wohnungsverhältnisse auf der *von der Sowjetregierung selbst neulich erbauten*, großen Glasfabrik „Dagestanskije Ogni" im nördlichen Kaukasus geschildert. Im Hinblick darauf, daß als Entschuldigung für derartige Zustände die Bolschewiken — besonders in der ausländischen Pressepropaganda — mit Vorliebe den Hinweis ins Feld führen, daß die miserablen Wohnungen das „Erbe" der kapitalistischen Industrie darstellen, sind die Bemerkungen, welche die kommunistische Zeitung an die Schilderung der Wohnungsverhältnisse auf dem eben erwähnten Glaswerk knüpft, von besonderem Interesse. „In solchen grauenerregenden, unmenschlichen Verhältnissen leben die Arbeiter des Werkes „Dagestanskije Ogni", — einer Fabrik, die nach den neuesten Forderungen der Technik erbaut sein soll."

Es darf daher nicht wundernehmen, wenn in dem aus dem Prozeß der deutschen Ingenieure bekannten Schachty-Kohlenrevier Südrußlands die Arbeiter die ihnen von der Regierung zugewiesene Wohnfläche mit einem düsteren Galgenhumor mit dem Worte „die Sargnorm" bezeichnen.[12])

[11]) Daselbst.
[12]) Für weitere Schilderungen der Wohnungsverhältnisse russischer Arbeiter siehe W. Hoeffding, Der russische Arbeiter unter der kommunistischen Herrschaft. Berlin 1928 (in deutscher Sprache).

Eine nicht weniger erschütternde Schilderung der Wohnungsverhältnisse auf einer in der Nähe Moskaus gelegenen Textilfabrik schließt neuerdings der Berichterstatter der Moskauer „Komsomolskaja Prawda" (vom 6. März 1929) mit der melancholisch klingenden Bemerkung: „Man kann kaum glauben, daß derartige Verhältnisse unter der proletarischen Diktatur und in einer Entfernung von 30 Kilometern von Moskau möglich sein könnten. . . . Unter solchen Verhältnissen muß der Arbeiter in seinem eigenen Staate leben."

Im Jahre 1930 bringt eine führende kommunistische Zeitschrift noch eine lehrreiche Zusammenstellung.[12a]) Die durchschnittliche Wohnfläche pro Person, in Quadratmetern gerechnet, wird jetzt in den Städten für einzelne Bevölkerungsgruppen wie folgt angegeben:

Insgesamt in der Sowjetunion	5,86 qm
Arbeiter	4,91 „
Angestellte	6,96 „
Unternehmer	5,46 „
sonstige Gruppen	6,86 „

Daraus ist zu ersehen: erstens, daß seit der Zählung vom Jahre 1926 die allgemeine Durchschnittsnorm *nicht gestiegen*, sondern noch etwas *zurückgegangen* ist (damals 5,9 qm — jetzt 5,86 qm); zweitens, daß „die *Arbeiterschaft* in bezug auf den Wohnraum *sehr viel schlechter gestellt* ist als andere Gruppen der Bevölkerung" (4,91 qm); drittens, daß die *kommunistische Bürokratie* (Gruppe der Angestellten) sich *die größte Wohnfläche* zuzusichern verstanden hat (6,96 qm); viertens, daß es der am meisten sowjetamtlich mißhandelten Unternehmergruppe gelungen ist, sich auf privatwirtschaftlichem Wege eine größere Wohnfläche zu verschaffen, als die Wohnfläche der „privilegierten" Arbeiterklasse.

Was ist nun vom kommunistischen Staate in den letzten Jahren unternommen worden, um gegen diese erschütternden Zustände Abhilfe zu schaffen?

Der Wohnungbau

Es sind im Laufe der letzten Jahre von den Kommunalverwaltungen, vom Staat und von der nationalisierten Industrie hunderte von Millionen Rubel für Wohnungsneubauten ausgegeben worden. Diese Neubauten haben aber kaum vermocht, eine weitere Verminderung der auf den Kopf der Bevölkerung entfallenden Wohnfläche zu verhüten, geschweige denn eine merkliche Besserung der Wohnverhältnisse herbeizuführen. „Die Durchschnittsnorm der Wohnfläche pro Kopf der Bevölkerung" — heißt es in der letzten Fassung des berühmten „Fünfjahresplanes" — „ist im Laufe der letzten Jahre

[12a]) „Woprossy Truda", 1930, Nr. 5.

dauernd zurückgegangen, und erst im Jahre 1927/28 ist es gelungen, sie auf einem niedrigen Niveau zu stabilisieren. Obwohl die Umteilung der gesamten Wohnfläche in den Städten im Interesse der breiten Arbeitermassen die auf einen Arbeiter entfallende Fläche gehoben und sie dem Durchschnitt für die gesamte Bevölkerung nähergebracht hatte, so hat der nachdem eingetretene Rückgang auch die Arbeiter in Mitleidenschaft gezogen."[13])

Es offenbart sich in dieser Feststellung *eine der* vom allgemeinen Standpunkte aus *wichtigsten Lehren des gesamten russischen Enteignungsexperiments*, nämlich, *daß der Einzelne*, als Mitglied einer größeren wirtschaftlichen Gemeinschaft, *bei diesem Experiment immer viel mehr verliert, als er* auf irgendwelchem Teilgebiet *als unmittelbarer Nutznießer dieser Enteignung genießt oder auch nur scheinbar gewinnt*. Um es in Bezug auf das uns hier beschäftigende Gebiet konkret nochmals auszudrücken: Was nützt es dem Arbeiter, wenn er infolge einer allgemeinen „revolutionären" Umteilung der gesamten Wohnfläche aus seiner Kleinwohnung in die — der Fläche nach — größere Diele der Prachtwohnung eines früheren Bankdirektors oder Fabrikbesitzers einquartiert wird, um dann infolge des allgemeinen Verfalls des wirtschaftlichen Lebens und des Stockens der Bautätigkeit sich bald in dieser Diele mit einer Ecke, mit den ihm zufallenden wenigen Quadratmetern zufrieden geben zu müssen?

Die Schwierigkeiten

Die Gründe, aus denen die zahlenmäßig bedeutenden Investierungen der Sowjetregierung in den Neubau von Wohnungen nicht im Stande waren, die Verschlechterung der Wohnverhältnisse aufzuhalten, sind: 1. die außerordentlich *hohen Baukosten*; 2. der *Mangel an Baumaterialien*; 3. die ständige, große Bevölkerungszunahme, der die Bautätigkeit in keiner Weise entspricht, und schließlich 4. die in der Sowjetpresse und insbesondere in den Berichten der Arbeiter- und Bauerninspektion (der höchsten Kontrollinstanz der Sowjetunion) oft betonte *schlechte Qualität* der verwendeten Materialien und der Ausführung selber, infolge derer die neugebauten Arbeiterwohnungen *oft schon nach einem Jahre für das Wohnen unbrauchbar werden*. An diesem schnellen Verfall der neugebauten Wohnungen ist übrigens zu einem nicht unbedeutenden Teile auch die mangelhafte Sorgfalt schuld, mit der dieses „Volkseigentum" seitens der Bewohner behandelt wird.

[13]) Siehe „Der Fünfjahresplan des wirtschaftlichen Aufbaues der UdSSR." (russisch), Moskau 1929, Band II, Teil 2, S. 273 (russisch).

Die Höhe der Baukosten wird dadurch gekennzeichnet, daß der Preisindex für Baumaterialien gegenwärtig 2,65 (der Preisstand vor dem Kriege mit 1,0 angenommen) beträgt. Das bedeutet, wie die „Ekonomitscheskaja Shisn" es ausdrückt, daß, „wenn wir 300 Millionen Rubel in den Bau von neuen Wohnungen investieren, so vergrößern wir hierdurch unseren Wohnfonds nur um 100 Millionen".[14]) Mit anderen Worten, um den Realwert der in Neubauten investierten Beträge festzustellen, und ihn mit dem Wert des Gesamtbaufonds vergleichen zu können, muß man die entsprechenden Zahlen zuerst durch drei dividieren.

Einem schnellen Verfall und einer frühzeitigen Abnutzung unterliegen auch die Arbeiter-„Musterwohnungen", und zwar aus Gründen, über die ein Delegierter der Leningrader Gewerkschaften, Weinberg, in der Plenarversammlung des Zentralausschusses der Gewerkschaften folgendes ausführte:

„Es werden bei uns viele Zwei- und Drei-Zimmerwohnungen gebaut, während der Arbeiter nur ein Zimmer bewohnen kann. Das Ergebnis ist, daß Arbeiterfamilien des öfteren alle Zimmer vermieten und selbst in der Küche oder in einer kleinen Kammer hausen. Dieser Umstand trägt natürlich keineswegs zur Erhaltung der Häuser bei. In Leningrad befinden sich erst kürzlich erbaute Arbeiterwohnungen in einem äußerst verwahrlosten und verfallenen Zustande."[15])

Während auf dem Gebiete der industriellen Produktion der neue „Fünfjahresplan" sich das großartige Ziel setzt, die kapitalistischen Staaten — Amerika nicht ausgenommen — in diesem kurzen Zeitraum „nicht nur einzuholen, sondern auch zu überflügeln", sind die kommunistischen Verfasser dieses Planes auf dem Gebiete des Wohnungswesens viel bescheidener.

„In den kommenden 5 Jahren" — schreiben sie, — „werden wir auf dem Gebiete des Wohnungsbaues nicht in der Lage sein, die westeuropäischen Staaten einzuholen und eine Wohnfläche zu schaffen, bei der auf eine Person wenigstens ein Zimmer entfallen würde. . . . Ein solcher Umfang der Bautätigkeit würde einen Geldaufwand erfordern, den wir uns nicht leisten können; außerdem würde ein solches Programm an dem Mangel an Baumaterialien scheitern."[16]) Der Fünf-

[14]) Siehe Koserenko, „Die nächsten Aufgaben des Wohnungsbaues", Ekonomitscheskaja Shisn, 18. Januar 1928 (russisch). Seitdem hat sich die wirtschaftliche Lage des Landes bedeutend verschlechtert.

[15]) „Die Wohnungsfrage in der Plenarversammlung des Zentralausschusses der Gewerksaften", in der Zeitung „Trud" (Die Arbeit) vom 1. März 1928 (russisch).

[16]) Der Fünfjahresplan usw., Band II, Teil 2, S. 274 (russisch).

jahresplan sieht die Schaffung einer Wohnfläche vor, die es eventuell ermöglichen wird, für die Arbeiterbevölkerung die im Jahre 1927/28 angeblich vorhandene Norm von 4,8 Quadratmetern Wohnfläche pro Kopf bis zum Jahre 1932/33 auf 6,6 Quadratmeter zu bringen, was immer noch unter dem Niveau liegt, das die Kommunisten selbst als das hygienische Minimum bezeichnen.[17])

Zusammenfassung

Zehn Jahre kommunistischer Wirtschaft haben auf dem Gebiete des Wohnungswesens Verhältnisse geschaffen, wie sie kein zivilisiertes Land bisher gekannt hat. Nachdem aber das Fiasko dieser Politik keinem Zweifel mehr unterlag, begann die kommunistische Regierung in den letzten Jahren, an die „Selbsthilfe" der Bevölkerung zu appellieren. Die Bevölkerung, und insbesondere die unter den furchtbaren Wohnungsverhältnissen am meisten leidenden Industriearbeiter, warteten übrigens gar nicht auf diesen Appell, und begannen die Wohnungsfrage unabhängig vom kommunistischen Staate, der sie im Stich gelassen hatte, „zu lösen". Sie bauten in der Nähe der Fabriken und der Städte eigene kleine Häuser, meistens elende Lehmhütten, die ihnen immerhin eine notdürftige Unterkunft gewährten. Viele von diesen neuen, durch keine behördlichen „Pläne" vorgesehenen Arbeitersiedlungen brachten sogar in den ihnen von der Bevölkerung selbst gegebenen Namen und Bezeichnungen zum Ausdruck, daß sie eigenmächtig, ohne Genehmigung, ja sogar gegen den Willen der zuständigen Sowjetbehörden entstanden sind.[18])

Die Folge dieser Sachlage war die, daß in den Jahren 1924 bis 1927 der private Kleinbau im ganzen eine Wohnfläche von 7,8 Millionen Quadratmetern schuf, während der Staatsbau im gleichen Zeitraum und mit dem Aufwand von proportional viel größeren Geldmitteln nur 6,4 Millionen Quadratmeter herstellte.

Auch der Fünfjahresplan spricht davon, daß „die Beteiligung der Bevölkerung selbst mit sehr beträchtlichen Mitteln — die notwendige Voraussetzung für die Beseitigung der Wohnungskrise bleibe".[19])

Nicht nur an die eigene Bevölkerung, sondern auch an das ausländische Kapital mußte die kommunistische Regierung appellieren, als die durch ihre Politik verursachte Wohnungsnot immer schrecklichere Ausmaße annahm. Am 28. August 1928 erließ sie ein Dekret, das ganz außerordentliche — vom Standpunkt des geltenden Sowjetrechts — Begünstigungen für ausländisches Privatkapital vorsah, welches im Wohnungsbau investiert werden würde. Unter anderem sollten die Bauherren das Recht haben, die Wohnungen in den von ihnen erbauten Häusern freihändig zu vermieten und eine von ihnen selbst zu bestimmende Miete fordern zu dürfen.

Es sind seit der Veröffentlichung dieses Dekrets bereits über zwei Jahre verflossen, und trotzdem hat sich, soweit man nach der Sowjetpresse urteilen kann, noch kein ausländischer Kapitalist gefunden, den diese Begünstigungen verlockt hätten, sein Geld in den Wohnungsbau in der Sowjetunion langfristig zu investieren.

Und somit bleibt die Bevölkerung der russischen Städte, infolge des völligen Fehlschlagens des kommunistischen Experiments auf dem Gebiete des Wohnungswesens, darauf angewiesen, auf absehbare Zeit in den schwierigsten und geradezu menschenunwürdigen Wohnungsverhältnissen zu leben.

Zum Schluß sei noch besonders unterstrichen, daß diese Zustände nicht nur schwere materielle Entbehrungen mit sich bringen, sondern auch schlimmste Schäden viel ernsterer Art im Gefolge haben. Das Zusammenpferchen von einander fremden Leuten, ja von mehreren Familien, in einem kleinen Raum bewirkt eine allmähliche Zermürbung des gesunden Familienwesens, eine geistige Verrohung und ein Herabsinken des sittlichen Niveaus der heranwachsenden russischen Jugend.[20])

[17]) Daselbst, S. 277.

[18]) So weiß z. B. das Gewerkschaftsorgan „Trud" von einer solchen in der Nähe von Jekaterinburg „vorschriftswidrig" entstandenen Arbeitersiedlung zu berichten, welche der Volksmund mit dem schwer zu übersetzenden Namen „Nachalowka" (etwa „Frechdachs-Bau") benannte.

[19]) Der Fünfjahresplan usw., S. 275.

[20]) Siehe die Aufsätze „Die Ehe und die Lage der Frau" und „Die Jugend im Sowjetstaate" im vorliegenden Sammelwerk.

Die Verfolgung wird fortgesetzt

Nach dem etwas zurückschraubenden Auftreten Stalins (Anfang März 1930) und dem erwähnten Erlasse des W. Z. J. K. vom 15. März 1930 — ist eine gewisse Aenderung im Tempo und in der herausfordernden Offenheit dieses Ausrottungsverfahrens eingetreten. Der Kampf wird jedoch weiter fortgesetzt; nur nicht so hastig und nicht so ostentativ. Hier und da werden den Bauern auf dem Lande sogar die Kirchen zurückgegeben. Allein an vielen Orten gab es keine Priester mehr, da sie im Laufe des letzten Jahres hingerichtet oder verbannt wurden. . . . Der desorganisierende Stoß war einem Erdbeben gleich, und das Zerstörte läßt sich nicht so leicht aus einem gewährten „nudum jus" wiederherstellen; damit haben die Kommunisten auch von Anfang an, als sie den Stoß vornahmen, mit Sicherheit gerechnet.

Daneben werden aber immer neue Kirchen geschlossen oder gesprengt — wie z. B. die schöne Nikolai-Kathedrale in Charkow (Mitte Mai 1930). Bischöfe und Priester schmachten nach wie vor in Konzentrationslagern und Gefängnissen und verrichten Sklavenarbeit in dem jetzt weltbekannten Konzentrationslager Solowki; der Priesterstand bleibt entrechtet und der Verelendung ausgesetzt. In einem im „Observer" vom 17. August 1930 veröffentlichten Interview gab der gegenwärtige Sowjetkommissar für Volksbildung, Bubnoff, auf die Frage, ob in der Schule antireligiöse Propaganda gemacht werde, folgende Antwort: „Die Sowjetschule ruht auf einer wissenschaftlichen Basis und muß daher notwendigerweise antireligiös sein." Zehn neue „antireligiöse Universitäten" werden allein in Russisch-Zentralasien aus Staatsmitteln gegründet, und fangen demnächst ihre Arbeit an (siehe „Wetschernjaja Krasnaja Gaseta", 12. August 1930).

Im Einklang mit diesen Tatsachen steht auch das, was die kommunistische Presse über die Weiterführung des antireligiösen Kampfes schreibt. „Besboshnik" berichtet am 25. April 1930, daß „eine feste Linie ergriffen sei zur Verstärkung des weiteren Kampfes gegen die Religion." . . . Ein Leitartikel des „Besboshnik" vom 30. Mai 1930 behauptet, die Hauptaufgabe bestehe darin, „die Arbeit auf der antireligiösen Front zu stärken". Und im Leitartikel vom 25. Mai 1930 lesen wir, daß „die Linie der Kommunistischen Partei eine Linie des entschiedenen und schonungslosen Kampfes gegen die Religion ist. . . Die Weiterführung des Kampfes gegen die Religion ist eine der verantwortlichsten Aufgaben . . ."

Auf diesen Kampf gegen die Religion können und werden die Kommunisten, solange sie Kommunisten sind, nie verzichten. Und mitten im Leiden wird von den Getreuen aller Religionen und Konfessionen der Glaube an Gott und die Freiheit des menschlichen Geistes bis ans Ende behauptet werden.

Die Ehe und die Lage der Frau

Von A. von Bunge

Der Feldzug gegen die Familie

In ihrem zerstörenden Feldzuge gegen die ganze bürgerliche Welt hatten die Kommunisten von Anfang an ihr besonderes Augenmerk auf die Familie, „diesen besonders starken Ueberrest des verfluchten alten Regimes",[1]) gerichtet. „Die Revolution ist machtlos, solange der Begriff Familie und die Familienbeziehungen bestehen" — erklärte die Vollversammlung der Komintern vom 16. November 1924. Infolge dieser Einstellung begannen die Bolschewiken einen regelrechten Kampf gegen die Familie. Diesem Feldzug war der Weg gewissermaßen gebahnt. Das Wesen der Familie macht zurzeit eine schwere Krise in allen Ländern durch. Es ist allgemein bekannt, welchen zerrüttenden Einfluß der Krieg und die Revolution auf das Familienleben und seine äußerlichen Formen in ganz Europa ausgeübt hatte: mechanisch allein, schon durch die räumliche Trennung, durch die Wohnungsnot, die zurzeit herrschende Materialisierung und Industrialisierung des Lebens, durch die Verarmung des Mittelstandes und endlich durch die Zerrüttung aller sittlichen und moralischen Begriffe. Nun trat in Sowjetrußland zu all diesen Faktoren noch ein anderer, in anderen Ländern gänzlich unbekannter, dabei wohl der schwerwiegendste und in seinen unmittelbaren Folgen der schädlichste Faktor: das Streben der kommunistischen Regierung, die Ehe und die Familie gänzlich zu zerstören. „Die frühere Familie muß durch eine neue Familienordnung ersetzt werden", schreibt Trotzky in seinem Buche „Fragen des Alltagslebens". Wie sieht nun diese Ordnung aus?

Die Gesetzgebung über die Ehe

Zu Beginn ihrer Herrschaft hoben die Kommunisten die kirchliche Trauung auf und ersetzten sie durch die Eintragung im Standesamt. Von da an änderten sich fortwährend alle Bestimmungen über die Ehe, da die Gesetzgeber sich bemühten, das Familienverhältnis nach Möglichkeit zu lockern. Das Verhalten der Kommunisten zur Ehe wird durch folgende Definition des Ehebündnisses gekennzeichnet, welche ein bekannter Sachverständiger in dieser Frage, Professor Goichbarg, vorgeschlagen hatte: „Die Ehe ist ein Institut für bequemere und weniger gefährliche Befriedigung der sexuellen Bedürfnisse."[2])

---

[1]) Bucharin, Stenogr. Bericht des XIII. Kommun. Kongresses, S. 545.

[2]) Goichbarg, Materialien und Artikel über das Eherecht. Moskau. 1925. S. 33.

Nach dem am 1. Januar 1927 veröffentlichten Gesetze über Ehe und Familie, welches die früheren Novellen kodifiziert, ist zwischen einer amtlich „eingetragenen“ und einer „nicht eingetragenen“ (einer „tatsächlichen“) Ehe zu unterscheiden. Dieser Unterschied betrifft aber nicht den Rechtsschutz, den die Ehegatten und ihre Kinder genießen. Rechtlich geschützt wird auch die „tatsächliche Ehe“ (§ 11 und 16); sie muß aber von einem Sowjetrichter als „bestehend“ anerkannt werden. Das Gericht hat sich in dieser Frage „nach den Merkzeichen der tatsächlichen Lebensumgebung“ der betreffenden Person zu richten (§ 11): es genügt z. B. die Tatsache des einfachen Zusammenwohnens, der gemeinsam geführten Wirtschaft, der gegenseitigen pekuniären Unterstützung, der gemeinsamen Kindererziehung usw. Der Richter entscheidet die Frage nach seinem Gutdünken auch dann, wenn einer von den vermeintlichen Ehegatten die Ehe verneint.

Die Tatsache, daß eine nicht-eingetragene Ehe denselben Rechtsschutz genießt, wie eine eingetragene — hat große Bedeutung. Die Eintragung kann nur dann erfolgen, wenn „gegenseitige Uebereinstimmung“ vorhanden ist; wenn beiderseits Mündigkeit vorhanden ist (18 Jahre); wenn die nötigen Dokumente vorliegen; wenn beiderseits eine schriftliche Deklaration vorliegt — über die physische und geistige Gesundheit, über die Zahl der schon vorher eingegangenen Ehen und der gezeugten Kinder usw. Die Eintragung darf nicht erfolgen, wenn eine Ehe zwischen Geisteskranken, zwischen Blutsverwandten in Aszedenz und Deszendenz oder zwischen schon verehelichten und noch nicht geschiedenen Personen beantragt wird. Dagegen bleibt eine „tatsächliche Ehe“ ganz frei von jeglichen positiven und negativen Bedingungen. Hier bleibt alles erlaubt und nichts strafbar; Rechtsschutz wird auf jeden Fall gewährt. Oder wie ein Kommunist, Mitglied des W.Z.J.K. (Zentral-Exekutiv-Komitee) der U.S.S.R., sich ausdrückte: „alle Katzen sind grau, macht was ihr wollt“,[3]) „jede gegenseitige Annäherung ist zu fördern“;[4]) und „alles nicht verbotene ist eben erlaubt“.[5])

Demzufolge bleibt Bigamie, Polygamie und Polyandrie unbestrafbar, nicht verboten und somit erlaubt.[6]) Ebenso

[3]) Siehe „Sbornik statej i materialow po bratschnomu i semejnomu pravu“, redigiert vom Volkskommissar Kursky, Stenographischer Bericht der Plenarsitzungen, S. 127.

[4]) Ebendaselbst, S. 175.

[5]) Maßgebende Formel des Generalprokurors Krylenko. Stenographischer Bericht, S. 130.

[6]) Vgl. bei Goichbarg, „Die Bigamie an sich ist bei uns nicht strafbar“; „um so mehr“ ist auch ein Ehebruch nicht strafbar. „Srawnitelnoje semejnoje prawo“. Moskau 1925. S. 204. Bei Kry-

bleibt eine Inzestehe straffrei: sie darf nur nicht standesamtlich eingetragen werden.

Im Jahre 1926 beantragte ein Vater, seine Ehe mit der eigenen Tochter, von der er schon drei Kinder hatte, einzutragen. Seine Bitte wurde abgewiesen, und die Frage über die Strafbarkeit dieser Ehe aufgeworfen. Das Obergericht, an welches diese Frage überwiesen wurde, verlangte ein Gutachten der zuständigen medizinischen Behörden des „Narkomsdraw“ (Kommissariat für Gesundheitspflege). Die Antwort des Narkomsdraw lautete, daß, vom Gesichtspunkte der sozialen Hygiene aus, der Geschlechtsverkehr zwischen Vater und Tochter weniger gefährlich sei als der zwischen nichtverwandten Tuberkulösen. Auf Grund dieser Erwägungen wurde von einer Bestrafung des Inzestes Abstand genommen, „da es“, wie der Oberstaatsanwalt Krylenko erklärte, „uns nicht zukommt, in der Arriergarde des bürgerlichen Aberglaubens und Vorurteils zu marschieren.“[7])

In einer vor einiger Zeit veröffentlichten Entscheidung des Obersten Gerichtshofes der R. S. F. S. R. wurde für Recht erkannt, daß eine „tatsächliche Frau“ nach dem Tode ihres „tatsächlichen Ehegatten“ als Witwe und Erbin zu betrachten sei, auch dann, wenn der Verstorbene früher mit einer anderen Frau verheiratet war, und diese erste Ehe nicht geschieden wurde. In diesem Falle wohnte die erste Frau sogar mit ihrem Manne bis zu seinem Tode in derselben Wohnung; allerdings teilte die zweite mit ihm ein Zimmer. Die „tatsächliche“ Ehe auferlegt dem Manne dieselben materiellen Pflichten in bezug auf Unterhalt von Frau und Kind wie eine eingetragene. Dem kommunistischen Staate als solchem kommt es weder auf die Festigkeit, noch auf die Dauer der Ehe an.[8]) Der Gesetzgeber will nur dafür sorgen, daß jeder geschlechtlichen Beziehung und ihren Folgen auch gewisse materielle Pflichten entsprechen, damit der Staat nicht genötigt ist, diese Opfer selbst zu übernehmen und zu tragen.

Die Ehescheidung

Die Scheidung ist nach den Gesetzen des Sowjetstaates sehr leicht. Die Willenserklärung eines der Beteiligten genügt, um die Ehe zu lösen.[9]) Natürlich hat diese Erleichterung zu unglaublichen Mißbräuchen geführt. Als besonders krasses Beispiel sei hier der Ehescheidungsfall eines gewissen Sigoff, eines Kommunisten aus Odessa, erwähnt, der Ende des Jahres 1927 viel von sich reden machte. Nach wiederholten, ergebnislosen Versuchen, ein Mädchen, das ihm gefiel, zu verführen,

lenko: „Die Polygamie durch Strafe zu bekämpfen, ist für uns Unsinn.“ Siehe „Sbornik“ etc., S. 67.

[7]) Iswestija, 1926, Nr. 241; vgl. „Sbornik“ etc., S. 53, 130.

[8]) Siehe im obenerwähnten stenographischen Bericht S. 146 u. a.

[9]) § 18 des Gesetzes vom 1. Januar 1927.

warb Sigoff schließlich um ihre Hand, und die Ehe wurde eines Tages um 3 Uhr nachmittags im Kommissariat wie üblich geschlossen. Nach einem festlichen Schmaus im Hause seiner Schwiegereltern begab sich Sigoff mit seiner Gattin in seine Wohnung und machte seine Rechte als Ehemann geltend. Um 7 Uhr desselben Abends erklärte er seiner Frau, daß er zu einer wichtigen Parteikonferenz abreisen müsse, und daß er sie nicht mehr brauche: er hätte sich nämlich überzeugt, daß sie nicht zueinander passen, und sie könne nun zu ihren Eltern heimkehren. Dann gab er ihr noch 10 Kopeken Fahrgeld für die Straßenbahn, verabschiedete sich und meldete am selben Abend im Kommissariat seine Scheidung an. Als darauf die bestürzten Schwiegereltern ihn bei Gericht anzeigten, wurde festgestellt, daß Sigoff sich gegen das Strafgesetzbuch in keiner Weise vergangen hätte. Für die Dauer einer Ehe sei keine Frist vorgeschrieben; sie könne zu jeder Zeit gelöst werden.

In zahlreichen Scheidungsfällen bleibt die Gegenpartei in voller Unkenntnis, bis sie eine entsprechende Mitteilung vom Kommissariat erhält. Es ist selbstverständlich, daß die Zahl der Ehescheidungen sehr zugenommen hat. Die „Krassnaja Gaseta" meldet, daß z. B. in Petersburg in der ersten Hälfte des Jahres 1926, vor der Veröffentlichung der neuen Gesetzgebung, auf je 100 Ehen 26 Scheidungen kamen. In derselben Zeit des Jahres 1927, nach der Veröffentlichung des neuen Gesetzes, hat sich der Prozentsatz dagegen fast verdreifacht, so daß er mehr als 75 Prozent aller Ehen ausmachte. Diese Erscheinung stabilisiert sich. Nach den in 2 Revieren in Petersburg vorgenommenen Zählungen sind von 14 555 Ehen in 9757 Fällen Scheidungen vorgenommen worden. Von 1535 Eheschließungen, die im Dezember 1928 und Januar 1929 registriert wurden, waren am 1. Februar 1929 bereits 980 wieder geschieden.[10]) Im SAGS. (die Registraturbehörde, die etwa dem Standesamte entspricht) haben sich sogar gewisse Fachausdrücke eingebürgert, welche diese oder jene Art der Eheschließungen kennzeichnen, so z. B. ist eine „rotarmistische Ehe", eine Ehe für die Dauer des Militärdienstes, eine „Saison-Ehe" eine Ehe zwischen Saisonarbeitern, eine „Klubehe" das Resultat einer Begegnung im Klub usw. Als Kuriosum der kommunistischen Gesetzgebung muß noch die Tatsache erwähnt werden, daß in dem neuen Ehegesetz der ukrainischen Sowjetrepublik (jede autonome Sowjetrepublik hat ihren eigenen Ehekodex) eine Eheschließung sogar ohne Wissen der anderen Partei vorgesehen ist.[11]) Jemand braucht im Kommissariat bloß mitzuteilen, daß er sich mit einer bestimmten Person verheiraten will, um die Eintragung der Ehe zu erreichen. „Das alte russische Scherzliedchen — ‚ohne mich wurd' ich verheirat't, ich war eben nicht zu Haus' — ist also gewissermaßen zur ernsten Wirklichkeit geworden", sagte der Vorsitzende der Republik der Wolga-Deutschen, Kurtz, bei der Besprechung dieses Gesetzes im Gremium des W. Z. J. K. „Ja, es scheint so zu sein", antwortete nach kurzem Bedenken Kursky, der damalige Volkskommissar für Justiz.[12])

Was nun die Versorgung der Kinder betrifft, so hat jede schwangere Frau, gleichgültig ob sie verehelicht oder ledig ist, das Recht, an das örtliche Kommissariat eine Eingabe zu richten, in welcher sie den Vor- und Zunamen und den Wohnort desjenigen angibt, den sie als Vater ihres Kindes ansieht. Wenn der betreffende Mann im Laufe eines Monats keinen Widerspruch erhebt, wird er als Vater des betreffenden Kindes eingetragen, wobei er dann verpflichtet wird, an den Ausgaben bei der Geburt und bei der Erziehung des Kindes und an dem Unterhalt der Mutter während der Schwangerschaft und der ersten 6 Monate nach der Entbindung sich zu beteiligen. Wenn aber das Gericht feststellt, daß die betreffende Frau während der Empfängnisperiode auch mit anderen Männern in sexuellem Verkehr stand, so steht es ihm frei, einen beliebigen von diesen als den „wirklichen Vater" anzuerkennen und ihm die entsprechenden Lasten aufzuerlegen. Bis 1927 lautete das Sowjetgesetz anders: die Alimente wurden allen in Frage kommenden „Vätern" auferlegt und pro Kopf verteilt. In der Sowjetrechtsliteratur wurde das Kind in diesem Fall als „Kollektives Kind" bezeichnet. Im großen Gremium des W. Z. J. K. hörte man Proteststimmen: „Eine Aktiengesellschaft trete an die Stelle des Vaters"; es werde damit eine „kollektive Vaterschaft" eingeführt, und das Kind müßte demzufolge bezeichnet werden als: „Sohn von Genosse Iwanoff & Co."[13])

Folgen der kommunistischen Gesetzgebung

Wie weit der Zerfall der Familie und Ehe unter den gegebenen Bedingungen gehen kann, beweisen in sehr klarer Weise die Beobachtungen der Statistiker während der allgemeinen Volkszählung im Dezember 1926. So schreiben die „Iswestija" über diese Frage: „In Moskau hat die Volkszählung zahlreiche Fälle effektiver Vielweiberei und Vielmännerei festgestellt. Fälle, wo zwei oder sogar drei Frauen denselben Mann als ihren Ehegatten bezeichnen, können als eine ganz alltägliche Erscheinung angesehen werden. Es sind sogar Fälle vorgekommen, wo der Registrierte selbst offen zugab, zwei oder mehrere Frauen zu besitzen. Derartige Erscheinungen wurden auch in Leningrad beobachtet. Während

[10]) Leningradskaja Krasnaja Gaseta, 26. Februar 1929.
[11]) Artikel 133 des entsprechenden Ukrainischen Kodex.
[12]) Im obenerwähnten stenographischen Bericht der Plenarsitzungen des WZIK. am 17.—19. Oktober 1925.
[13]) Siehe den obenerwähnten stenographischen Bericht, S. 159.

der Volkszählung wurden sehr oft sogenannte „hauptlose Familien“ registriert, d. h. Frauen, die keinen Ehegatten haben und ihre Kinder durch eigene Arbeit oder mit Hilfe von Alimenten ernähren, welche ihnen von dem oder jenem ‚Vater‘ des betreffenden Kindes zukommen. Sehr häufig wurden Fälle wirklicher Polygamie festgestellt. So fand man, daß zwei Frauen mit einem Mann verhältnismäßig friedlich in derselben Wohnung zusammenlebten. Es kommt auch vor, daß der Mann einen Namen führt, die Frau einen anderen und das Kind einen dritten. Das bedeutet: 1. daß die Frau unverehelicht ist und sich nicht eintragen ließ; 2. daß das bei dieser Frau befindliche Kind nicht den Mann zum Vater hat, mit welchem diese Frau zurzeit lebt.“[14]) Man darf sich nicht wundern, daß der deutsche Professor Hugo Sellheim die Familienverhältnisse in Sowjetrußland folgendermaßen schildert: „Es ist ein vollkommener Rückfall in die Sexualunordnung der grauen Vorzeit, aus der sich die Ehe und eine brauchbare Sexualordnung im Laufe der Jahrtausende entwickelt hat.“

Die [illegible] Propaganda

Das Ehe- und Familienleben wird auch durch die Verkündigung der vollen Freiheit des geschlechtlichen Verkehrs angegriffen. Diese Freiheit wurde als Protest gegen die Tyrannei der alten, gesetzlichen Ehe verkündigt. Es wurde die famose These geschaffen, daß die Befriedigung des sexuellen Triebes in einer kommunistischen Gesellschaft ebenso einfach und belanglos sei, wie das Herunterschlucken eines Glases Wasser. „Diese ‚Glas-Wasser-Theorie‘ hat die kommunistische Jugend ganz toll gemacht. Sie ist vielen jungen Burschen und Mädchen zum Verhängnis geworden“, schrieb später Lenin selbst an Klara Zetkin.

Die bekannte Kommunistin Smidowitsch stellte[15]) folgendes kurzes Schema der sexuellen Moral auf, die zu jener Zeit unter der kommunistischen Jugend herrschte: „Unsere Jugend scheint davon überzeugt zu sein, daß sie alle Fragen, die mit Liebe verbunden sind, auf die allerroheste und schmutzigste Weise zu lösen berufen ist; sonst würde sie ihrer kommunistischen Würde Abbruch tun. Die Moral unserer Jugend besteht z. Z. kurz gefaßt in Folgendem: 1. Jeder Komsomolez, jeder Student des „Rabfak“ (Arbeiterfakultät), wenn auch minderjährig, ist berechtigt und verpflichtet, seine sexuellen Bedürfnisse zu befriedigen. Dieser Begriff ist zum Axiom geworden, und die Enthaltsamkeit wird als eine für das bürgerliche Denken charakteristische Borniertheit angesehen. 2. Wenn ein Mann ein junges Mädchen begehrt, sei es eine Studentin, eine Arbeiterin oder sogar ein Mädchen im schulpflichtigen

[14]) Iswestija. 1926. 23. Dezember.
[15]) Prawda, 21. März 1925.

Alter, so ist dieses Mädchen verpflichtet, sich dieser Begierde zu fügen, da sie sonst als Bürgerstochter angesehen wird, die des Namens einer echten Kommunistin unwürdig wird“. . . .

Die Richtigkeit dieser Formeln wurde bestätigt durch eine ganze Reihe von Briefen, die als Antwort auf ihren Aufsatz eingesandt wurden. So schreibt z. B. eine Studentin S. Z. M. A.: „Die Studenten sehen sehr schief diejenigen Komsomol-Mädchen an, die sich weigern, mit ihnen in Geschlechtsverkehr zu treten. Sie betrachten sie als rückständige Kleinbürgerinnen, als solche, die sich von veralteten Vorurteilen nicht frei machen können. Bei den Studenten herrscht die Ansicht, daß nicht nur die Enthaltsamkeit, sondern auch die Mutterschaft als Ausdruck der bürgerlichen Igeologie zu behandeln ist.“[16]) Eine andere Studentin, Namens Rubzowa, berichtet, daß die Kommunisten die Liebe als etwas sehr rasch Vergehendes betrachten; sie halten eine dauernde Liebe für langweilig; der Begriff Ehefrau wäre ein bürgerliches Vorurteil. Auf die Frage: „Wo ist ihre Frau tätig?“, lachen sie und fragen: „Welche?“ „Ein prominenter Kommunist sagte mir: „In allen Städten, in denen ich dienstlich zu tun habe, habe ich auch eine provisorische Frau.“ „Der Mann meiner Freundin“, fährt die Rubzowa fort, — „schlug mir vor, eine Nacht bei ihm zu schlafen, da seine Frau krank wäre und ihn in dieser Nacht nicht befriedigen könne. Als ich mich weigerte, nannte er mich eine dumme Bürgerin, die nicht fähig sei, die Höhe der kommunistischen Lehre zu begreifen.“[17])

Es muß bemerkt werden, daß alle diese Frauen echte Kommunistinnen sind, die die Richtigkeit der kommunistischen Einstellung in keiner Weise anzweifeln, sondern nur über den gräßlichen Zynismus und die Verletzung der Frauenwürde durch das Benehmen der Kommunisten klagen.[18]) Für die entsprechenden Ansichten der kommunistischen Jugend sind die Resultate einer Rundfrage, welche in Petersburg im Jahre 1927 an den technischen Hochschulen vorgenommen wurde, bezeichnend. In dieser Rundfrage wurde unter anderem auch die Frage gestellt, ob eine ideelle Gemeinschaft bei sexueller Gemeinschaft notwendig sei. 36 Prozent der Studenten beantworteten diese Frage mit einer Gegenfrage: — „Was hat das mit der Ideologie zu tun?“ —, und 20 Prozent antworteten: „Mit Ideologie ist's gut, es geht aber auch ohne.“ Einer der Studenten schrieb: „Ich kümmere mich wenig um die Ideologie; ich möchte, daß die Frau gesund und bereit ist, mich zu befriedigen. Ich fordere von ihr nur eine Sache, die mit Ideologie

[16]) Prawda, 7. Mai 1925.
[17]) Prawda, 7. Mai 1925.
[18]) Siehe auch im obenerwähnten Stenogr. Protokoll, S. 155, 169.

nichts zu tun hat."[19]) Die Ansicht, daß zwischen den Geschlechtern nur sexuelle Beziehungen bestehen können, ist bei der kommunistischen Jugend beherrschend. So schreibt die „Prawda":[20]) „Zwischen Mann und Frau gibt es bei uns nur sexuelle Beziehungen." Auch die Heldin der viel gelesenen Novelle des bekannten Schriftstellers Pantelejmon Romanof „Ohne Faulbaumblüte", sagt: „Wir erkennen keine Liebe an. Wir kennen nur sexuelle Beziehungen, denn die Liebe wird verachtet, als etwas Psychologisches, während bei uns nur die Physiologie existenzberechtigt ist. Alle, die in der Liebe etwas anderes als Physiologie suchen, werden ausgelacht und als impotente und anormale Menschen angesehen."

Die Vergewaltigung von Frauen

Infolge dieser kommunistischen Einstellung ist jede Frau und jedes Mädchen, wie gesagt, gleichsam „verpflichtet", den sexuellen Trieb des Mannes zu befriedigen. Natürlich geschieht dies durchaus nicht immer ohne weiteres. In solchen Fällen wird gelegentlich auch zu Vergewaltigungen geschritten. Die Vergewaltigung von Frauen ist im Sowjetstaate geradezu zu einer Plage geworden. Die Gerichte sind mit entsprechenden Klagesachen überhäuft; die Zahl dieser Klagen ist im ständigen Wachsen begriffen. Allein vor dem Moskauer Gericht wurden im Jahre 1926 547 Fälle von Vergewaltigungen verhandelt; im Jahre 1927 stieg diese Zahl (für Moskau) auf 726; im Jahre 1928 — auf 849. Vor anderen Gerichten steht es ebenso. Im Sowjetleben hat diese Erscheinung eine besondere Bezeichnung, „Tschubàrowschina", erhalten, nach der Tschubarof-Gasse in Petersburg, wo 1926 zwei Frauen von einer ganzen Bande junger Kommunisten vergewaltigt wurden. Dieser Fall hat damals sehr großes Aufsehen erregt, da ausschließlich Arbeiter und hauptsächlich Parteimitglieder und Komsomolzy sich daran beteiligt hatten. Dieser Prozeß war für die Sitten der Kommunisten und ihr Verhalten den Frauen gegenüber sehr bezeichnend. Bei der Verhandlung wurde durch Aussagen der Angeklagten und Zeugen festgestellt, daß unter der kommunistischen Jugend in Petersburg folgende Grundanschauungen in Bezug auf die Frauen bestanden: „Eine Frau ist lediglich ein Weibchen und kein Mensch. Jede Frau ist eine Dirne, mit der man nach Belieben umgehen kann. Ihr Leben ist nicht mehr wert, als sie für den Verkehr bezahlt bekommt."[21]) Die Hauptangeklagten behaupteten hartnäckig, daß sie sich durch nichts von den übrigen Mitgliedern des Komsomols unterschieden: „Alle Komsomolzy sind ebenso eingestellt wie wir, und leben auf dieselbe Weise." „Das Schlimmste", — bemerkt hierzu die „Komsomoloskaja Prawda", — „ist der Umstand, daß dieser schreckliche Vorgang kein besonderes Verbrechen, nichts Außerordentliches ist, sondern nur ein gewöhnliches, sich ständig wiederholendes Vorkommnis in unserem Leben darstellt."[22]) Sehr bezeichnend für die Alltäglichkeit dieses Falles ist auch die Aussage eines Komsomolez, der die Vergewaltigung geschehen sah und ruhig weiterging. Er verstand nicht einmal die Frage des Staatsanwalts, weshalb er nicht um Hilfe gerufen hätte. . . . Ihm schien es zu genügen, daß er sich an der Tat selbst nicht beteiligt hatte. Einer der Angeklagten behauptete sogar, daß eine Vergewaltigung gar nicht stattgefunden habe; es wurde nur ohne Einwilligung der Frau vorgegangen. . . . Die Spalten der kommunistischen Presse sind voll mit Berichten über derartige Fälle, die in beredter Weise den unglaublichen Zynismus der bolschewistischen Einstellung der Frau gegenüber an den Tag legen.

Die „Befreiung der Frau"

Die „Befreiung der Frau" ist etwas, womit die Bolschewiken am häufigsten prahlen. Ein Kenner des vorrevolutionären Rußlands wird immer behaupten dürfen, daß die russische Frau eigentlich keine besondere Befreiung nötig gehabt hätte. Die russische Gesetzgebung hat von altersher der russischen Frau alle persönlichen und materiellen Rechte zugesichert. Die russische Frau war in jeder Beziehung viel freier als die Frau in Westeuropa. Wenn sie auch über keine politischen Rechte verfügte, so darf doch nicht vergessen werden, daß vor dem Kriege auch die Frauen anderer Länder sich fast nirgends am politischen Leben beteiligten. Das Recht des kommunistischen Staates hat nun die Frau und den Mann auf allen Gebieten vollkommen gleichgestellt. So schreibt z. B. die Krupskaja, Lenins Witwe: „Die Sowjetrepublik hat als erste den Frauen die volle Gleichberechtigung verliehen. In allen auch noch so fortschrittlichen Demokratien ächzt die Frau unter einem doppelten Joche — dem politischen und dem häuslichen. Die Sowjetmacht hat die Frauen von der häuslichen Sklaverei befreit, von der häuslichen, der rohesten und gröbsten Arbeit. Die Sowjetmacht hat vorbildliche Kindergärten und Krippen eingerichtet und dadurch die Frau von den häuslichen Pflichten befreit." Das Blatt der kommunistischen Gewerkschaften, „Trud", bewertet indes die Errungenschaften der Bolschewiken in dieser Beziehung, nicht allen Frauen, sondern den Arbeiterinnen, dieser privilegierten Kaste gegenüber, folgendermaßen: „Was ist vorgenommen worden zur Erleichterung des Lebens der Arbeiterin? — Fast nichts. Auf 1000 Textilarbeiterinnen kommen nur 20 Krippen. Bei den Metallisten ist diese Zahl auf 45 gestiegen. Es gibt keine be-

---

19) Smena, Leningrad, S. 73.
20) Prawda, 9. Januar 1928.
21) Komsomolskaja Prawda, 18. Dezember 1926.
22) Ebendaselbst, 18. Dezember 1926.

sonderen Räume für die Kinder. Es werden 3 Meter pro Kopf zugeteilt, und das ist alles. Glänzende Beschlüsse über die Befreiung der Frau von der häuslichen Arbeit werden stets zusammengestellt und angenommen. In Wirklichkeit jedoch wird nichts getan."[23])

Und wirklich ist die Lage der befreiten und dem Manne gänzlich gleichgestellten Frau im Sowjetstaate eine überaus schwere und erniedrigende. Die allgemeine Verarmung und Arbeitslosigkeit, die schwierigen Arbeitsverhältnisse haben im Lande eine neue Erscheinung ins Leben gerufen — die volle Abhängigkeit der Frau von der Obrigkeit und, als Folge dieser Abhängigkeit, „die Bestechung in natura", das „Trinkgeld der Frau", wie man es dort nennt. Wir finden häufig in der Sowjetpresse Schilderungen derartiger Forderungen und die traurigen Folgen der Ablehnung solcher Anmaßungen.[24]) Die kommunistische Obrigkeit sucht die wirtschaftliche Abhängigkeit der Frau wie auch die Theorie der freien Befriedigung des sexuellen Triebes reichlich auszunützen und anzuwenden. Im April 1929 hat der Oberste Gerichtshof beschlossen, kriminelle Verfahren gegen diejenigen Männer einzuleiten, die von Frauen verlangen, daß sie „aus Dankbarkeit" mit ihnen in geschlechtlichen Verkehr treten. Gegen einen Vorsitzenden des Exekutivausschusses in Derbent wurden auf diesen Beschluß hin 14 Klagen wegen Notzucht an Frauen, die sich um Arbeit an ihn gewandt hatten, eingeleitet.[25]) Ein Krankenhausdirektor, der Kommunist Gulbatof, verlangte von den ihm unterstellten Frauen, unter Androhung ihrer Entlassung, mit ihm geschlechtlich zu verkehren.[26]) Besonders schwer scheint auch in dieser Beziehung die Lage der Lehrerinnen zu sein. „Der ‚Tschubarowschina' auf dem Gebiete der Volksaufklärung muß ein Ende gemacht werden. Die Arbeiter des Kommissariats für Volksaufklärung vergessen oft ihre Verantwortlichkeit, ihre Stellung, ihre Autorität und überfallen in unverschämter Weise jede junge Lehrerin. Zuerst suchen sie zu überreden, dann fordern sie unter der Drohung, sie zu entlassen; und wenn das alles nichts hilft, schreiten sie zur Vergewaltigung. So treiben sie es alle, von den jungen Komsomolzen bis zu den ergrauten Parteimitgliedern. Jede junge Lehrerin wird für eine Buhlerin angesehen: dies sei mit ihre Pflicht. Die Kommunistische Partei schweigt hierzu, und einzelne Mitglieder derselben nehmen an diesen Dingen Teil und verlangen, daß junge Lehrerinnen ohne Widerstand diesen natürlichen Tribut leisten."[27]) Ein anderes Blatt, die Arbeiter-Zeitung, teilt mit, daß in Sibirien viele Lehrerinnen plötzlich entlassen worden sind. 18 von diesen sei es gelungen zu beweisen, daß ihre Entlassung nur wegen Nichterfüllung der Begierde ihres Vorgesetzten erfolgt sei; sie wurden darauf wieder angestellt.[28]) „Wir haben geschwiegen, da wir Not litten und unser Brot nicht verlieren wollten. Da ich es weiß, was meine Leidensschwestern durchmachen, habe ich mich dazu entschlossen, alles offen zu beschreiben, um neuen Opfern vorzubeugen" — schreibt die Lehrerin Tarassowa, die Leiterin der Elementarschule im Gouvernement Rjasanj.[29])

Um nichts besser gestaltet sich die Lage der Arbeiterinnen, dieser zu der besonders bevorzugten Menschenklasse gehörenden Frauen im Sowjetstaate. In der Fabrik „Katuschka" des Gouvernements Smolensk wurde eine ganze Reihe von Werkmeistern und Arbeitern, durchweg Kommunisten, wie auch der Vorsitzende der Gewerkschaft selbst, angeklagt, daß sie ihre Stellung als Vorgesetzte mißbraucht hätten. Sie hatten von Frauen verlangt, mit ihnen in geschlechtlichen Verkehr zu treten und die Widerspenstigen entlassen.[30]) Frauen, welche die Arbeitsbörse besuchen, müssen sich den sexuellen Forderungen des Vorsitzenden fügen, um Arbeit zu erhalten.[31]) Die Kommunisten versuchen sogar, hie und da das feudale Recht, „ius primae noctis", einzuführen. Die führende Parteizeitung erzählt, wie der Kommunist Petrowski, Direktor einer Fabrik in Turkestan, von dem Fabrikwächter, einem Usbeken, der die Absicht zu heiraten hatte, verlangte, ihm seine Braut für die erste Nacht zur Verfügung zu stellen. Da er warnte, daß er eine Absage weder vergeben noch vergessen werde, gab der Bräutigam nach kurzem Widerstand seine Einwilligung hierzu. Schwerer war es, schreibt die Prawda, die Einwilligung der Braut zu erhalten, aber auch dies gelang schließlich.[32])

Die Prostitution

Die Kommunisten lieben darauf hinzuweisen, daß infolge der freien sexuellen Beziehungen im Sowjetstaate die schmachvolle soziale Erscheinung der Prostitution vollkommen verschwunden sei. Diese Behauptung wird auch oft von Ausländern naiver Weise wiederholt. Die amtlichen Angaben der Sowjets widerlegen jedoch diese Behauptung vollkommen.

---

[23]) Trud, 15. und 16. Dezember 1928.
[24]) Siehe im vorliegenden Sammelwerke den Aufsatz „Kommunismus als Beamtenherrschaft".
[25]) Iswestija, 6. Juli 1929.
[26]) Ebendaselbst.
[27]) Trud, 23. Dezember 1928.
[28]) Rabotschaja Gaseta, 12. September 1929.
[29]) Iswestija, 6. Juni 1929.
[30]) Trud, 22. Mai 1928.
[31]) Trud, 15. Juni 1928.
[32]) Prawda, 25. April 1928.

Ja, die Untersuchungen des Instituts für Geschlechtskrankheiten stellen, leider ohne genaue Zahlenangabe, fest, daß die Prostitution in ständigem Wachsen begriffen sei; dies ist auch bei der äußerst schwierigen wirtschaftlichen Lage der Union überhaupt und der Frauen insbesondere ohne Weiteres erklärlich. Auf die Frage, was eigentlich sie bewogen habe, auf die Straße zu gehen, gaben 95 Prozent dieser Frauen dieselben Antworten: aussichtslose Not infolge langdauernder Arbeitslosigkeit, Abbau, Scheidung, Notlage der Angehörigen usw. Unter den Prostituierten befinden sich bis zu 40 Prozent Töchter des früheren Adels, der Kaufmannschaft und des Beamtentums. Indes sind auch Töchter von Arbeitern bis zu 27 Prozent vertreten.[33])

Zusammenfassung

So sehen die Ergebnisse der kommunistischen Frauenbefreiung und des kommunistischen Kampfes gegen die Familie aus. Selbst die Kommunisten müssen diese Ergebnisse feststellen. So schreibt z. B. ein führendes Blatt unter anderem: „Es gibt Leute, die behaupten, daß gerade wir durch unsere Propaganda der freien sexuellen Beziehungen derartige Ergebnisse erzielt haben. ‚Ihr seid es', — erklären diese Leute, — ‚die das ernten, was sie gesät haben! Da habt ihr eure Jugend! Seht euch eure jungen Kommunisten an'." Darauf schließt die Zeitung betreten: „Es muß zugegeben werden, daß derartige Erscheinungen in einer gesunden proletarischen Atmosphäre nicht zulässig sind."[34])

Noch bezeichnender für die herrschenden Zustände ist die Kritik, die in der obenerwähnten Plenarsitzung des WZIK. aus dem Munde der beteiligten Arbeiterinnen und Bauern kam. Die ganzen Verhandlungen machten den Eindruck eines Kampfes des gesund fühlenden Volkes gegen die leitende Kommunistenschicht — eines Kampfes für die Erhaltung und Förderung des Familienlebens. Es galt, — der „tatsächlichen Ehe" den Rechtsschutz zu entziehen und der „befreienden" Zermürbung des Familienlebens ein Ende zu setzen. Mit dieser „Prostitution muß Schluß gemacht werden" . . . „Es muß in dem Gesetze gesagt werden, daß die Vielweiberei und die Vielmännerei, die mehrfache Ehe nicht zugelassen wird." . . . „Der Paragraph 27 gibt den Frauen das Recht, sich einen männlichen Harem einzurichten." . . . „Jedes Jahr wird bei uns eine Million Kinder geboren", für die Alimente ausgezahlt werden müssen. . . . Steigt die Anzahl der „tatsächlichen Ehen", so steigt auch die Anzahl „der verwahrlosten Kinder". . . . „Seht doch, wie viele verwahrloste Kinder

[33]) Angaben des Forschungsinstitutes für Geschlechtskrankheiten; siehe auch bei Salkind. „Nowaja polowaja Moral". Moskau. 1927.
[34]) Iswestija, 6. Juni 1928.

bei uns herumlaufen." . . . „Unser Staat ist nicht imstande, die Kinder zu verpflegen und sie zu bevormunden." . . . „Die gegenwärtige Verwahrlosung der Kinder muß zum großen Teil auf den Zerfall, auf die Zermürbung der Familie zurückgeführt werden." . . . „Wenn wir diesen Weg beschreiten, so befürchte ich, daß wir ganz Rußland in eine ununterbrochene allgemeine Ehe verwandeln werden. Ich weiß nicht, vielleicht will Genosse Kursky auf seine alten Tage diese Lebensordnung einsegnen, oder vielleicht ist es hauptsächlich dem Genossen Krylenko erwünscht" . . .[35]) usw. Die Sitzungen gingen zu Ende, und das neue Gesetz wurde doch eingeführt. Selbst der frühere Volkskommissar für Volksaufklärung, Lunatscharsky, legt eine gewisse Besorgnis an den Tag, wenn er sagt: „Man muß doch verstehen, daß die Familie an sich nicht nur ein bürgerliches Vorurteil ist. Unter den gegebenen Verhältnissen, bei denen der Staat noch nicht alle Kinder erziehen kann, muß die Familie bestehen."[36])

Die Kommunisten führen eine eifrige Propaganda unter den Frauen in West und Ost. Immer fordern sie besonders die Frauen auf zum Eintritt in ihre Organisationen und in die Verbände, die „zum Schutze der Revolution" errichtet werden. Sie wissen, daß jede Revolution zum Mißerfolg verurteilt ist, wenn sie nicht von den Frauen gestützt wird. Sie legen einen besonderen Wert auf den Erfolg ihrer Propaganda unter den Frauen. So möge denn das Schicksal der Frauen im Sowjetstaate den Frauen aller Länder zur Warnung dienen![37])

[35]) Siehe den erwähnten stenographischen Bericht im „Sbornik" etc., S. 135, 130, 164, 96, 180, 191, 143, 141, 154—55.
[36]) Krasnaja Gaseta, 28. Februar 1928.
[37]) Ergänzende Ausführungen zu dem behandelten Thema findet der Leser in dem Aufsatze „Die Zermürbung des Familienlebens im Sowjetstaate" von Prof. Dr. I. Iljin in „Das Notbuch der russischen Christenheit" (Eckart-Verlag, Berlin 1930).

Die Jugend

Von A. von Bunge

Die Hoffnungen

Die Kommunisten haben stets ihre Hoffnung auf die Jugend gesetzt. Sie haben immer die Notwendigkeit erkannt, die Jugend auf ihrer Seite zu haben. „Die *Jugend* hat die Aufgabe, die kommunistische Gesellschaft aufzubauen. Eine Generation, die unter dem Kapitalismus erzogen wurde, ist im günstigsten Falle fähig, das alte Gebäude niederzureißen; das neue aufzubauen ist die Jugend berufen, welche in neuen, besseren Verhältnissen erzogen ist. Die Jugend muß das Schicksal der Weltrevolution auf unsere Seite lenken."[1])

„Von der Stimmung der Jugend hängt das Schicksal des Kommunismus ab."[2]) Aus diesen Gründen bemühten sich Lenin und seine Mitarbeiter von Anfang ihrer Herrschaft an auf jede Weise, die Jugend auf ihre Seite zu bringen und sie in ihrem Sinne zu erziehen und zu belehren.

Der Komsomol seine Aufgaben und sein Erfolg

Als der Komsomol (der Kommunistische Jugendbund) gegründet wurde, war er als *Vorschule des Kommunismus* gedacht. „Die Aufgaben der Komsomolzen bestehen darin, den Kommunismus zu erlernen. Es ist erforderlich, daß der Komsomol seine Lehre und Erziehung mit der Arbeit der Bauern und Arbeiter vereinigt", sagte Lenin auf demselben Kongreß des Komsomol im Jahre 1920. Im Komsomol sollte die Jugend sich zu künftiger staatlicher, parteilicher und öffentlicher Arbeit vorbereiten. Der Komsomol ist gewissermaßen ein „Reservoir der neuen Kräfte", „ein Treibhaus für die Ablösung der alten kommunistischen Generation". Die Komsomolzen waren berufen — Träger der kommunistischen Kultur, der fortschrittliche, aktive und vorbildliche Repräsentant derselben zu sein. Der Komsomol hatte sofort großen Zulauf. Ungezählte Jugendmassen strömten ihm zu. Es unterliegt keinem Zweifel, daß ein großer Teil der russischen ungebildeten und halbgebildeten Jugend in den ersten Jahren der Revolution vom Bolschewismus sehr eingenommen war. Sie *glaubte an das Mythos der sozialen Revolution und des Kommunismus* selbst, an den Sieg der Gerechtigkeit, an die Notwendigkeit der allgemeinen Nivellierung. Diese Ideen fanden in den träumerischen, unberührten Seelen der russischen Jugend einen sehr dankbaren Nährboden. Doch bestanden auch noch andere Gründe,

[1]) Lenin auf dem III. Kongresse des Komsomol.

[2]) Inprekor, Januar 1925, S. 29. („Internationale Presse-Korrespondenz", verlegt von den Kommunisten.)

die den Erfolg des Komsomols erklären. So sagte auf dem XII. Kongreß der Kommunistischen Partei Bucharin: „Man tritt in den Komsomol ein: a) aus jugendlichem Enthusiasmus, b) um möglichst schnell eine Anstellung zu bekommen und sich in ihr zu verbarrikadieren, und c) wegen einer Reihe ergänzender Vergnügungen".[3])

Der Komsomol wurde auch gewissermaßen zu einem „politischen Fegefeuer" für die bürgerliche Jugend, in dem sie sich von den „bürgerlichen Sünden" ihrer Väter „läutern" konnte. Kinder der Geistlichen, der Edelleute, der Beamten und anderer verfolgter Stände, denen alle Türen verschlossen waren, denen es verboten war zu lernen und zu dienen, und die nirgends Unterkunft fanden — für diese wurde der Komsomol zum einzigen Ausweg aus der Not. Der Eintritt in den Komsomol vertuschte die Vergangenheit, entkräftete die „Schuld" einer „nichtproletarischen Abstammung", gab die Möglichkeit zu lernen und zu existieren, — bis zur ersten *Säuberungsaktion*. Aus diesen Gründen wandte sich auch ein Teil der bürgerlichen Jugend dem Komsomol zu. Sie fälschte die Personalien und führte falsche Zeugen vor um sich nur eintragen zu dürfen.

Im ganzen ist es nicht verwunderlich, daß am Ende des zweiten Jahres seit der Gründung des Komsomol bereits über eine Million Mitglieder vorhanden waren, daß „Zellen" und „Klubs" der Komsomolzy in allen Städten und mehrere tausend solcher „Dorfzellen", auf dem flachen Lande verstreut, bestanden. Der Komsomol begann ein „intensives Leben". Es wurden ununterbrochen Sitzungen, Besprechungen, „Feldzüge" gegen die Religion, gegen Gott, Kirche, Geistlichkeit, gegen das Analphabetentum, mit einem Wort „gegen alle Uebel des Staatslebens" veranstaltet. Ja, die Komsomolzy begannen *in das Staatsleben einzugreifen*. Es wurden Kampf-Abteilungen, sogenannte „leichte Kavallerie", geschaffen, denen zur Aufgabe gemacht war, die *Arbeit der Regierung* und der Parteiorganisationen *zu kontrollieren*, sich in alle Angelegenheiten des staatlichen und wirtschaftlichen Lebens einzumischen, dabei weder vor der Autorität der alten Kommunisten, noch vor der Macht der von ihnen kontrollierten Behörden halt zu machen. „Man wird die Komsomolzy nirgends los", klagten die alten Kommunisten. Der Komsomolez wurde zu einer der markantesten Erscheinungen des Sowjetlebens, gleichsam zur Leibgarde der herrschenden Clique. Die Komsomolzen waren überlastet mit Aufgaben und Anträgen. Kaum war eine „Bürde" erledigt, begann sofort eine neue. Die Komsomolzen hatten nicht einmal Zeit, sich zu erholen, sich umzusehen, um die geschichtlichen Geschehnisse zu verstehen. Sie wurden zu

[3]) Stenogr. Bericht des XII. Kommun. Kongresses, S. 147.

mechanischen Ausführern, die bis zur physischen und geistigen Ermattung überlastet waren. Und bald erlitt der Komsomol das Los aller kommunistischer Organisationen: hinter den großsprecherischen agitatorischen Phrasen machten sich Anzeichen einer Verflachung und eines Absterbens jeglicher politischer Ideen bemerkbar.

Die Zahl der Komsomolzy

Das rasche Anwachsen des Komsomol hörte bald auf. Laut den Mitteilungen auf dem Komsomolkongreß wurden am 1. Juni 1929 im ganzen 2 250 000 Mitglieder gezählt, was ungefähr nur 7 Prozent der gesamten Jugend in der USSR. ausmacht. Nach den Berechnungen der Sowjetpresse haben sich mehr als 40 Prozent der Arbeiterjugend im Komsomol-Verband eintragen lassen; dagegen entsandte die Bauernjugend nur 4 Prozent ihres Bestandes in den Komsomol. Auf dem gesamten Territorium der Sowjet-Union, auf dem sich ungefähr 600 000 Dörfer und Ansiedlungen befinden, gab es nur 40 000 Komsomol-Dorfzellen. Wie schwer es ist, Propaganda für den Eintritt in den Komsomol auf dem Lande zu führen, schildert der Korrespondent der „Prawda" in seiner Erzählung über seine Propaganda-Reise in Südrußland. Seine Vorschläge, in den Komsomol einzutreten, fanden folgende Entgegnungen: „In die Partei und in den Komsomol treten nur Lotterbuben und Narren ein", „Tragt Ochsen und Büffel in euren Komsomol ein". Ein junges Mädchen sagte ihm: „Ich kann nicht in den Komsomol eintreten; man würde mich dann für eine Verlorene ansehen, und niemand, nicht einmal ein Komsomolez, würde mich heiraten". Der Korrespondent bemerkte auch, daß junge Ochsen sehr oft Komsomolzy genannt werden.[4])

Das Komsomol-leben

Die Sowjet-Presse, die das Entstehen des Komsomol mit Lobgesängen gefeiert hatte, begann bald über das Benehmen der Komsomolzy zu klagen. Die Unverantwortlichkeit, die privilegierte Stellung trugen den Keim der Zersetzung in den Komsomol. Roheit, Trunksucht, Aberglaube, Rowdytum sind typisch für den Komsomolez.[5]) „Trunksucht, ungebührliches Betragen den Mädchen gegenüber, Klatschereien und Unzucht kommen sehr häufig bei den Komsomolzy vor."[6]) „In den Fabriken trinken, stehlen, vergewaltigen sie; sie schlafen während der Arbeit an den Maschinen und spielen während der Arbeitszeit Ping-Pong."[7]) „Was Versäumnisse, Schlägereien und Skandale, Eigenwillen und Disziplinlosigkeit anbelangt, so nehmen hierin die Komsomolzy die erste Stelle ein."[8]) „Der

[4]) Prawda, 17. Sept. 1929.
[5]) Komsomolskaja Prawda, 1928, Nr. 187.
[6]) Komsomolskaja Prawda, 1929, Nr. 17.
[7]) Torgowo-Promyschlennaja Gaseta, 12. März 1929.
[8]) Komsomolskaja Prawda, 1929, Nr. 58.

Komsomol", erklärte Bucharin auf dem XIII. Parteikongreß, „verbreitet einen ekelhaften Geruch."

Säuberungsaktion

Zum Kampfe mit diesen Erscheinungen wurden Säuberungsaktionen vorgenommen, über deren Umfang folgende Zahlen einen Begriff geben: Im Jahre 1929 gab es in Smolensk vor der Säuberung 22 580 Komsomolzy. Nach der Säuberung blieben nur 10 800 Mitglieder, d. h. 52,2 Prozent der Gesamtzahl wurden ausgeschlossen. Von der Gesamtzahl der Ausgeschlossenen wurden 21 Prozent wegen Trunksucht und Unzucht, und 22,9 Prozent für „Abirrungen von der Ideologie des Komsomol" eliminiert. In einzelnen Zellen wurden bis 70 Prozent der Mitglieder — fast ausschließlich wegen Trunksucht — ausgeschlossen.[9])

Die Massenaustritte aus dem Komsomol und ihre Gründe

Es ist nicht erstaunlich, daß bei einer derartigen Lage der Dinge ein Massenaustritt aus dem Komsomol begann. Diese freiwilligen Austritte wurden so zahlreich, daß es verboten wurde, Berichte über diese Erscheinungen zu veröffentlichen. In den Erklärungen über die Austrittsgründe kam eine tiefe Enttäuschung der Jugend zum Ausdruck: „Es ist langweilig. Man muß immer auf Versammlungen herumlungern.[10]) „Ich habe den Komsomol verlassen, weil ich dort nichts außer Anrempelungen der Mädchen gesehen habe."[11]) „Die Jungen wollen nichts. Ueber allem schwebt eine unerklärliche Schwermut, eine Mißstimmung. Die Jungen leben inhaltlos, und das schlimmste ist, daß niemand ein Ziel hat. Es gibt keine Begeisterung, keinen Enthusiasmus, keine Ideale" — beklagt sich bitterlich das Organ des Komsomol.[12]) Im Komsomol, in dieser Reserve der Kommunisten, „ist es langweilig, es weht keine frische Luft". „Durch Versammlungen, Sitzungen, Protokolle, Pläne und Resolutionen sind wir gänzlich ermüdet." „Vor lauter Berichten haben wir uns dem Leben entfremdet". Die Parteiarbeit ist dem Komsomolez nicht nur langweilig geworden, sondern hindert ihn auch beim Lernen. „Je aktiver ein Komsomolez ist, desto weniger hat er Zeit zum Lesen. Früher haben wir sehr viel gelesen, jetzt aber, wo wir uns aktiv an der Parteiarbeit beteiligen, sind wir genötigt, das Lesen gänzlich aufzugeben."[13]) Nicht nur zum Lesen, auch zum Lernen fehlt den Komsomolzy die Zeit. Nach den Angaben der statistischen Untersuchung über das Leben der Hochschulen im Jahre 1927 waren Kommunisten und Komsomolzy auf dem ersten Kursus mit 60 Prozent vertreten. Auf dem letzten Kursus dagegen war dieser Prozentsatz auf

[9]) Komsomolskaja Prawda, 1929, Nr. 85.
[10]) Komsomolskaja Prawda, 1929, Nr. 58.
[11]) Ebendaselbst, 1929, Nr. 126.
[12]) Ebendaselbst, 1929, Nr. 142.
[13]) Ebendaselbst, 1929, Nr. 58.

den fünfzehnten Teil gefallen und betrug nur noch 3,9 Prozent.[14]) Die in dieser „Statistischen Rundschau" veröffentlichten Tabellen zeigen die rasche Abnahme der Zahl der kommunistischen Studenten im Laufe der Studienzeit:[15])

Kursus	1	2	3	4	5
			in Prozenten		
Kommunistische Jugend	60,1	42,8	20,2	8,5	3,9
Parteilose	39,9	57,2	79,8	91,5	96,1

Infolge der vielen Ablenkungen, die das Partei- und Verbandsleben mit sich bringt, konnte die kommunistische Jugend, welche nach dem Gebote Lenins „mit jungen Zähnen den harten Stein der Wissenschaft nagen" sollte, mit dieser Aufgabe nicht fertig werden. Auf der Fakultät der sozialen Wissenschaften betrug der Prozentsatz der „nichtnachkommenden" kommunistischen Studenten 80 Prozent. „Außerdem", sagte Bucharin, „kommt es häufig vor, daß der Professor vollständige Ignoranten mit ‚genügend' zensiert, da es bei uns üblich ist, einen ‚sozialen Druck' auf den Professor auszuüben." Hieraus ergibt sich folgendes: „Wenn einer wirklich lernen will, dann hat er keine Zeit für die Parteiarbeit übrig. Wenn er aber andererseits in der Partei arbeitet, dann kann er nicht lernen, und kommt für den Verwendungszweck, für welchen er in die Hochschule gesandt wurde, nicht mehr in Frage."[16]) „Es hat sich eine Situation gebildet, wonach ein großer Teil der kommunistischen Jugend (der Parteimitglieder und der Komsomolzy) vor der Aussicht steht, entweder von der Hochschule abgehen, oder aber die Parteiarbeit liegen lassen zu müssen. Es ist allen bekannt, daß der Komsomolez die Parteiarbeit der wissenschaftlichen Arbeit vorzieht. Dies muß zur Folge haben, daß diejenigen, die dem Kommunismus fernstehen oder sich mindestens der kommunistischen Arbeit gegenüber kühl verhalten, über größere Kenntnisse und bessere Vorbereitung verfügen werden."[17]) Die Komsomolskaja Prawda charakterisiert folgendermaßen den geistigen Durchschnitt der jetzigen Komsomolzy: „Das ständige Herumsitzen auf unzähligen Versammlungen mit unendlichen, oft dreistündigen Referaten und Diskussionen nimmt die ganze Zeit der Komsomolzy in Anspruch. Sie haben sich vollkommen ent-

[14]) Statističeskoje Obosrenije, 1927, Nr. 76, S. 26.

[15]) Der Hochschulunterricht in Rußland wird in 4 bzw. 5 Jahren absolviert. Jedes Jahr wird als „Kursus" bezeichnet; ein Kursus besteht aus zwei Semestern: dem Herbstsemester (Sept. bis Dezember) und dem Frühlingssemester (Januar bis April). Die Tabelle gibt Prozentsätze der kommunistischen und der parteilosen Studenten im Verhältnis zur Gesamtzahl der an jedem Kursus immatrikulierten Studenten.

[16]) Stenogr. Bericht des XII. Kommun. Kongresses, S. 503.

[17]) Prawda, 25. März 1925.

wöhnt, geistig zu arbeiten. In ihren Köpfen herrscht ein Wirrwarr von alten Losungen, von neuesten Parteiresolutionen und Zeitungszitaten. Und deshalb ist es klar, daß in den Diskussionen die Parteilosen stets die Oberhand über die Kommunisten gewinnen, da die letzteren von nichts eine Ahnung haben, nichts lesen, nichts wissen, da sie Bebel mit Babel und Hegel mit Gogol verwechseln, da sie nichts weiter verstehen, als die eingetrichterte kommunistische Partei-Phraseologie nachzuplappern."[18])

Die Prüfungsresultate der kommunistischen Studenten bestätigen in vollem Maße diese Einschätzung ihres Wissens. So finden wir in den Berichten des Kongresses der proletarischen Studenten folgende Antworten auf dem Gebiet des „politischen ABC" (Politgramota), diesem grundlegenden und obligatorischen Fache auf sämtliche Fakultäten, verzeichnet: „Wer ist Diktator in Spanien?" — „Ford". „Wer ist Vorsitzender der Komintern?" — „Hindenburg". „Wer ist Chamberlain?" — „Ein englischer Prinz". Briand wurde gar zu einem amerikanischen Kaiser erhoben.[19])

Die verschiedenen Strömungen im Komsomo

Nicht nur die Enttäuschung bei den Komsomolzy selbst, nicht ihre maßlose Ignoranz macht die alten Kommunisten wegen ihrer Tauglichkeit und Fähigkeit zur „Ablösung der alten Führer" besorgt; bei weitem größere Sorgen bereiten jenen die verschiedenen geistigen Strömungen innerhalb des Komsomol selbst, welche dem kommunistischen Katechismus nicht nur nicht entsprechen, sondern ihm diametral entgegengesetzt sind. „Der Komsomol verliert seine Ideologie" — behaupten die kommunistischen Theoretiker. Den Komsomolzy ist der Klassenbegriff unbekannt geworden. Sie wissen davon nur noch vom Hörensagen, aus der Propaganda. Die Kapitalisten sind ja vernichtet, ebenso wie die Gutsbesitzer. Die Jugend sieht keinen Klassenfeind mehr vor sich. Sie hat deshalb kein revolutionäres Phatos mehr und kann sich gar nicht mehr begeistern. „Wir können uns doch nicht am Sammeln alten Eisens begeistern", — schreibt einer der Enttäuschten — „wie das die Komsomolskaja Prawda fordert, weil es daran eben im Lande mangelt."

Religiöse Strömungen

Verschiedenartige religiöse Strömungen innerhalb des Komsomol machen der alten kommunistischen Generation ebenfalls große Sorgen. Wie sehr auch in der USSR. propagiert wird, daß die Religion nur eine Folge geistiger Rückständigkeit und Unwissenheit sei, nur ein Mittel zur Bekämpfung des Proletariats durch die Bourgeoisie darstelle, wie viele „antireligiöse Feldzüge" der Komsomol auch schon

[18]) Vgl. darüber Komsomolskaja Prawda, 1929, Nr. 120.

[19]) Trud. 29. März 1928.

durchgeführt oder mitgemacht hat, — dennoch ist es in seinen Reihen mit der Religion nicht zu Ende. Z.B. sind 30 Prozent der mohamedanischen Komsomolzen den religiösen Feiertagen und Sitten treu geblieben; in Turkestan hat der Sekretär des Komsomol gemeinsam mit dem Sekretär der kommunistischen Zelle für den Bau einer Moschee gesammelt; in Wjasniki (Gouv. Wladimir) erklärten 35 Prozent der aus dem Komsomol Ausgetretenen ihren Austritt mit religiösen Bedenken. Ferner muß festgestellt werden, daß von den insgesamt 2 250 000 Komsomolzy dem Bund der Gottlosen nur 100 000 als Mitglieder angehörten.[20]) Sehr stark verbreitet ist bei den Kosomolzy das Interesse am Sektantentum; es wird ebenso wie selbst der Eintritt in die Sekten durch das abstoßend grobe Milieu des Komsomol erklärt. „Ich bin zu den Sektanten übergetreten", — erklärt ein junges Mädchen, ein aktiv arbeitendes Mitglied des Komsomol, „weil ich dort viel mehr ideal veranlagte Menschen als bei meinen Genossen gefunden habe. Dort finde ich ein Suchen nach Wahrheit und Gutem."[21]) „Im Komsomol herrschen Schmutz, Schimpfen, Trunksucht usw., dagegen bei den Baptisten — Ordnung und Sauberkeit. Wir versammeln uns, wir singen, hören gute Musik — niemals würde ich von dort fortgehen."[22]) Die „Prawda" schreibt aufgeregt, daß die Religion auf tausend verschiedenen Wegen in das Bewußtsein der heranwachsenden Jugend, auch der Kommunisten, eindringt. „Es ist vollkommen klar, daß auf dieser Front nicht unsere, sondern eine geradezu feindliche Ablösung heranwächst."[23]) Auch nationale Bestrebungen sind unter den Komsomolzy im Anwachsen begriffen. Die russische Jugend, die in einzelnen Republiken der USSR. gar zu Parias gestempelt worden ist, beginnt von starkem russischen Nationalgefühl, welches zuweilen an Chauvinismus grenzt, durchdrungen zu werden. Als z. B. in Turkestan bei einem Vortrage verlangt wurde, man müsse denselben in die örtliche Sprache übersetzen, erklärten die russischen Komsomolzy: „Wozu diese Uebersetzung? Was sind das für Herrschaften? Alle müssen russisch lernen!"[24]) Die Mädchen aus dem Komsomol weigern sich mit Fremdstämmigen zu tanzen und nehmen nur Russen. Der Antisemitismus ist unter den Komsomolzy, besonders in der letzten Zeit, auch im Wachsen begriffen. Im Jahre 1928 wurden allein durch die Moskauer Gerichte 32 Komsomolzy wegen Antisemitismus verurteilt.[25]) In Orjol, wo

[20]) Komsomolskaja Prawda, 1929, Nr. 32.
[21]) Ebendaselbst, 1929, Nr. 142.
[22]) Ebendaselbst, 1929, Nr. 26.
[23]) Prawda, 23. Dezember 1928.
[24]) Komsomolskaja Prawda, 1929, Nr. 26.
[25]) Trud, 1928, Nr. 229.

sich in den Reihen des Komsomol einige Juden befanden, traten die anderen aus. Im Pädagogischen Technikum wurde eine Reihe von Komsomolzy wegen Judenhetze ausgeschlossen.[26]) Die Sowjetpresse klagt, daß die Arbeiter-Komsomolzy in den Fabriken zu solchen Fragestellungen kommen: „Man sieht keine Juden in der Armee, warum sollen sie denn auf den Fabriken arbeiten dürfen?";[27]) oder: „Warum mißbrauchen die Juden Christenblut?"[28]) Es werden auch Flugblätter verbreitet mit der Aufschrift: „Wo du auch sein mögest, vertreibe die Juden." Von Zeit zu Zeit nimmt dieser Antisemitismus grobe und grausame Formen an. In der letzten Zeit fanden in Weißrußland, in Smolensk und anderen Orten, häufig Prozesse wegen Auftretens gegen die Juden, Verhöhnung und Verprügelung derselben usw. statt. Der Komsomolez Trofimof, der unlängst einen Juden, Bolschemennikof, erschlagen hatte, erklärte seine Tat nur damit, „daß der Ermordete ein Jude war, und er, der Mörder, dagegen ein Russe" . . .

Geschäftsleute

Die Sowjetpresse verzeichnet noch einen Typus aus den Reihen des Komsomol, nämlich den des Geschäftsmannes, des „Amerikaners". Das sind junge Leute, die sich nicht mit Theorien beschäftigen. Sie stehen jeder Politik fern, und alle ihre Interessen haben sich auf die Praxis konzentriert. Vor allem sind sie bemüht, eine „Qualifikation" zu erhalten. Nachdem sie dies erreicht haben, werfen sie die ganze Parteiarbeit auf den Plunderhaufen. „Diese Geschäftsleute verachten wie die Politik, so auch den Klassenkampf vollständig. Es sind Leute mit einer riesigen amerikanischen Brille, durch deren Gläser sie nur die Technik sehen."[29]) Sie werden gänzlich von Amerika, diesem Lande der Initiative, der fabelhaften Karrieren und der unbegrenzten Möglichkeiten geblendet. Ihr Lieblingsheld ist Ford. „Wenn der Arbeiter bei dem Bourgeois Ford in einem eigenen Auto zur Arbeit fährt und nur 5 Tage in der Woche zu arbeiten braucht — warum ist denn das kein Sozialismus?" Diese „Geschäftsleute" sind bemüht, sich aus der Komsomolmasse hervorzutun und gewissermaßen eine Fabrik-Aristokratie zu bilden. Sie wollen alles nur irgend Mögliche dem Leben abringen, und sehen das Leben als eine rein persönliche Angelegenheit an. „Sich mit einer sozialen Arbeit beschäftigen, würde heißen — eine Arbeitsstunde täglich verlieren. Wenn man von mir eine Arbeit verlangt, so soll man mich dafür auch bezahlen. Ich verdiene pro Stunde über einen Rubel; weshalb soll ich für die-

[26]) Komsomolskaja Prawda, 1929, Nr. 42.
[27]) Ebendaselbst, 1929, Nr. 53.
[28]) Ebendaselbst, Nr. 54.
[29]) Komsomolskaja Prawda, 1929, Nr 139.

jenigen arbeiten, die nicht einmal 30 Kopeken pro Stunde verdienen können."[30]) Die Zeitschrift „Der Jungkommunist" charakterisiert folgendermaßen diesen „Geschäftsmann": „Im Komsomol wächst ein ganz neuer Typus heran, der sogenannte Geschäftsmann. Feindlich steht er allen Phrasen, Diskussionen und Theorien gegenüber. Gewöhnlich ist es ein junger Arbeiter, der vollkommen von einer kleinbürgerlichen, antikommunistischen Ideologie durchsetzt ist. Auf allen Parteiversammlungen glänzt er durch Abwesenheit. Die Zeitungen langweilen ihn. Sein Grundprinzip und Lebensbekenntnis besteht darin, daß ein sattes, ruhiges Leben besser als jede Politik ist. Ihr langweilt mich mit eurer Politik, ich habe meine Qualifikation erhalten, wozu brauche ich jetzt noch euren Komsomol? — und dergleichen bringen sie vor."[31])

Dies ist das bunte Bild der heutigen Stimmungen und Strömungen im Komsomol. Man muß der Zeitschrift „Der junge Bolschewik" zustimmen, wenn sie sagt: „Der Komsomol macht eine schwere Krise durch. Wir kommen nicht vom Fleck. Es gibt keine Bewegung. Ein Abflauen des Interesses an der Politik, an den Geboten des Kommunismus, an der Parteiarbeit — liegt auf der Hand. Die bessere Jugend geht nicht zum Komsomol. Dort melden sich nur schlechtqualifizierte Halbwüchsige, welche Karriere machen wollen, oder in eine Lehranstalt aufgenommen werden oder vom Lande in die Stadt kommen wollen."[32])

Die Gesundheit der Komsomolzy

Auch in körperlicher Beziehung sieht es mit den Komsomolzy nicht rosig aus. Nach einer medizinischen Untersuchung ergab es sich, daß von den Komsomolzy der chemischen Industrie 57,2 Proz. über mangelnde Gesundheit verfügen. Bei den Metallarbeitern erreicht dieser Prozentsatz sogar 70 Prozent. Der Volkskommissar für Gesundheitswesen (Narkomsdraw), Semaschko, teilt folgendes Resultat der Untersuchungen der in den Universitäten befindlichen Komsomolzy mit:[33]) „Bei der Pokrowsky-Volksuniversität waren:

Lehrkursus	1	2	3
gesund	57,9	27,7	19,3
krank	42,1	72,3	80,7"

Der sowjetamtliche Sachverständige für alle psychoneurologischen Fragen, Dr. A. Salkind, malt ein sehr beunruhigendes Bild des Nervenzustandes des jungen Nachwuchses: „Die heroische Periode der Revolution, der NÖP.

[30]) Ebendaselbst, 1929, Nr. 73.
[31]) Junij Kommunist, 1928, Nr. 28.
[32]) Junij Bolschewik, 1928, Nr. 11. Die Sperrung stammt vom Verfasser.
[33]) Iswestija, 28. August 1929.

(neuökonomische Politik), der sozialistische Aufbau, das über die Kräfte der Jugend gehende ‚Büffeln', die Gefahren und Schwierigkeiten des heutigen Lebens in der Sowjetrepublik — haben das Nervensystem der aktiven Komsomolzy vollständig zugrunde gerichtet." Nach Salkinds Meinung sind die Haupttypen unter ihnen der „Phantast", der „Nervöse Nörgler" und der „Jäger nach Leichtem, Genußvollem und Leerem".[34])

So stellt sich auf Grund der Sowjetnachrichten der Gesundheitszustand der heutigen Komsomolzy dar. Dieses Bild kann bei den Bolschewiken nur wenig Freude erregen. Mit der Frage des Nachwuchses und der Ablösung steht es nicht gut. Schlecht vorbereitet, mit nur sehr geringem Wissen, ohne Enthusiasmus, durch Zweifel zersetzt, nervös und physisch geschwächt, — so sieht derjenige Teil der Komsomolzy aus, der an der kommunistischen Bewegung noch hängt. Gleichzeitig erscheinen in den Reihen der Kommunisten immer häufiger andere Elemente, die sogenannten Geschäftsleute, die typische Vertreter desjenigen Kleinbürgertums sind, in welchem die Bolschewiken ihren Hauptfeind erblicken. Nach Erreichung ihres persönlichen Zieles werfen sie den Kommunismus als eine Last von sich.

Dieser Nachwuchs wird nach menschlicher Berechnung keinen Sozialismus aufbauen wollen und das kommunistische Ideal nicht ins Leben rufen können.

Die Jugend außerhalb des Komsomol

Der Komsomol ist jedoch nur ein kleiner Teil der russischen Jugend. Er umfaßt nicht mehr als 7 Prozent der Gesamtjugend. Was stellt nun dieser andere Teil der Jugend vor, der, nach der Meinung der bolschewistischen Presse selbst, den besten Teil der russischen Jugend darstellt? Ueber diesen Teil ist viel weniger bekannt; denn in Sowjetrußland gibt es nur eine Stimme, die laut werden darf — die der Kommunisten. Leute, die anders geartet sind, müssen sehr still sein und am besten gänzlich schweigen. Es gibt keine Zeitschrift, keine Organisation, welche die Möglichkeit hätte, die Anschauungen der nichtkommunistischen Jugend zum Ausdruck zu bringen. Nur nach einzelnen Aeußerungen der kommunistischen Presse oder der kommunistischen Führer ist es möglich, sich ein Bild über die Vorgänge und Stimmungen in den Reihen der parteilosen Jugend zu machen.

Wir sahen, daß die Stimmung der parteilosen Jugend die Kommunisten sehr beunruhigt, und daß die Sowjetpresse immer wieder auf diese Fragen zurückkommt. Wir sehen, daß in dieser Jugend eine rege Zusammenschlußbewegung vor sich

[34]) Iswestija, 20. Februar 1927.

geht. Ueberall werden ins geheime die verschiedensten Klubs, Ligas, Vereinigungen geschaffen. Welche Ziele diese Vereinigungen verfolgen und worin ihre Tätigkeit besteht, ist nicht genau bekannt. Jedoch die von der Sowjetpresse mitgeteilten Benennungen solcher Vereinigungen, wie z. B. „Der Klub der Idealisten", „Der Klub der Anhänger der bürgerlichen Wissenschaft", „Der Bund zum Kampf gegen Ungerechtigkeit und Böses", „Die Parteilose Jugend", „Fascisten", „Die schwarze Bluse", „Der junge Kämpfer für Freiheit" usw. sind an sich schon bezeichnend genug. Es wird berichtet, „daß in Urjupino (am Don) die Schüler der älteren Klassen die Nationalhymne sangen",[35]) „daß die Wände der Schulen mit antikommunistischen Losungen beschrieben sind". „In vielen Lehranstalten ist die Jugend zu einer ultrawissenschaftlichen Strömung, zu einem Akademismus", übergegangen und „will nichts von Politik und Parteiwesen hören."[36]) „Es ist leicht, bei allen diesen Vereinigungen einen einheitlichen Zug zu finden, und zwar ist das der Haß gegen die Sowjetmacht. Dieser Haß hat sie alle zu einem festen Block zusammengeschweißt."[37]) „Bei der Jugend wachsen und werden immer stärker antisowjetistische Stimmungen".[38]) „Wir sind unversöhnliche Feinde der Sowjetregierung auf dem Gebiete der Ideologie", wurde auf einer Versammlung der evangelischen Jugend festgestellt.[39])

Sehr verbreitet sind bei der parteilosen Jugend religiöse Strömungen. Zwei Millionen Jugendliche werden in den einzelnen Sekten gezählt. Wenn man zu diesen die Anhänger des christlichen, des jüdischen und des mohamedanischen Glaubensbekenntnisses hinzurechnet, so erhält man eine Anzahl, die die Mitgliederzahl des Komsomol bei weitem übersteigt. An einzelnen, allerdings nicht zahlreichen Orten beteiligen sich ungefähr 90 Prozent der Gesamtjugend an verschiedenen jugendlich-religiösen Vereinigungen. Sehr verbreitet ist auch die Abstinenzbewegung. Ueberall gibt es „Kränzchen", Bruderschaften, Abstinenzvereine. In der kommunistischen Propaganda heißt es immerfort, daß die Enthaltsamkeit vom Alkohol und reines Verhalten zwischen Mann und Frau — bürgerlicher Aberglauben und ein Merkzeichen der „Kulaken-Ideologie" seien. Nichtsdestoweniger besteht ein ausgesprochener Hang unter der Jugend zu einem stillen, reinen Leben. Neben dem Zynismus, der Roheit und der Unzucht des einen Teiles der Jugend macht sich auf der

35) Komsomolskaja Prawda, 25. Juli 1929.
36) Ebendaselbst, 27. April 1929.
37) Ebendaselbst, 1929, Nr. 97.
38) Trud, 1929, Nr. 134.
39) Komsomolskaja Prawda, 1929, Nr. 60.

anderen Seite ein Hang zum geistigen, zum höheren Leben bemerkbar. Sehr groß ist das Interesse für Philosophie und religiöse Fragen, obgleich es sehr schwer ist, diesem Verlangen gerecht zu werden. Der Eintritt in die Klöster und in die verschiedenen religiösen Gemeinden nimmt beständig zu. Zahlreich sind die, die auf ihre Bräutigame in der Emigration und auf verschollene Geliebte warten und deshalb nicht heiraten. Solche werden von den Sowjetbehörden verdächtigt und zur Zahl der Konterrevolutionäre gerechnet. An einzelnen Orten wird ihnen sogar das Stimmrecht genommen unter dem Vorwande, sie seien Nonnen. Wie bei den Komsomolzy, so ist auch bei den Parteilosen ein Drang zu den realen Wissenschaften, besonders zu technischer Bildung, sehr rege. Sehr verbreitet ist bei der Jugend der Sinn für Privateigentum, das Streben nach Individuellem, nach Wohlstand. „Das Leben hat uns sehr viel genommen; wir wollen auch etwas vom Leben haben" — sagt diese Jugend, die alle Schrecken des Bürgerkrieges, den Terror der GPU., den Hunger und die Kälte während des Kriegskommunismus und alle übrigen Lebensschwierigkeiten in Sowjetrußland überstanden hat. Sehr bezeichnend für die Stimmung der Bevölkerung ist auch die Art der Lektüre. Nach Mitteilungen der Vorsteher von Fabrik- und Dorfbibliotheken will die Jugend die neuen Schriftsteller nicht lesen. Die neuen Bücher werden häufig ungelesen zurückgegeben. „Hier finde ich solche Worte, die ich täglich zu Hause höre." Die Sympathien des größten Teils der Jugend befinden sich auf Seiten der alten Schriftsteller. Die Klassiker (Puschkin, Tolstoi, Dostojewski, Turgenjeff) sind immer vergriffen. Bücher über soziale Fragen werden überhaupt nicht gelesen. „Dies alles ist uns langweilig geworden."[40])

Kurzum, in Sowjetrußland wächst eine neue, ganz eigenartige Jugend heran. Die Bedingungen, unter denen ihre Entwicklung und ihr Wachstum vor sich geht, sind vollständig unverständlich für Menschen, die das Sowjetleben nicht kennen. Die Jugend in Sowjetrußland wächst gleichsam in einer kulturellen Wüste heran. Durch eine chinesische Mauer ist sie von der übrigen Welt getrennt. Das ganze Leben wird ihr vom Standpunkt einer engen Theorie aus erklärt, die ganze Wissenschaft von demselben alles verflachenden Standpunkt aus gelehrt. Diese Jugend hat keine unmittelbare Vergangenheit. Alles ist vernichtet, verspottet und geschändet. Diese Jugend ist gezwungen, sich ihre Ideale selbst zu schaffen; und sie tut es, indem sie das Gegenteil ihres realen

40) Komsomolskaja Prawda, 1929, Nr. 60.

Lebens für ideal ansieht. Es ist wohl möglich, daß sie häufig nicht weiß, wen sie eigentlich zu achten hat; jedoch weiß sie bestimmt, wen sie haßt — und wofür ... Sie ist enttäuscht durch alle „planetarischen Umwälzungen", in allem Suchen nach „Beglückung der Menschheit". Sie ist genötigt, sich ihren Lebensweg ausschließlich durch eigene Arbeit zu bahnen. Sie ist unendlich einfacher und unendlich nüchterner als die frühere Jugend Rußlands, dafür aber vielleicht geschäftiger als es diese war. Es ist schwer vorauszusagen, was für eine Staatsform, welche Formen des öffentlichen Lebens überhaupt sie schaffen wird. Eins scheint indes festzustehen: den kommunistischen Idealstaat wird sie nicht aufbauen.

Die Schule

von Boris Nikolsky

Die Ausländer, die sich nach einem Besuch in Rußland ein Urteil über die Sowjetschule bilden, vergessen gewöhnlich die Vergangenheit derselben zu berücksichtigen. Sie halten die heutige russische Schule für einen integrierenden Teil des gegenwärtigen Systems und betrachten alle ihre positiven Eigenschaften ohne weiteres als schöpferische Leistung der Sowjets. Die schlechten Seiten aber werden kurzerhand durch Schwierigkeiten, die sich den jetzigen Behörden entgegenstellen, erklärt, oder auf den „verfluchten Zarismus" zurückgeführt. So entstandene Bilder entbehren nicht nur der richtigen Perspektive, sondern sie lassen es geradezu an wirklicher Lebenswahrheit fehlen. Es ist ja ohne weiteres klar, daß nur eine Gegenüberstellung der aus der Sowjetzeit stammenden Richtlinien und Tatsachen mit den entsprechenden Faktoren der vorhergegangenen Epoche einen Ueberblick über Verdienst und Fortschritt, oder aber Schuld und Rückschritt der Sowjetregierung im Bereich des Bildungswesens ergeben kann.

Die geschichtliche Basis des russischen Schulwesens

Die deutsche Volksschule wurde aus der Reformation, nach der Befreiung von der mittelalterlichen, scholastischen Gedankenwelt geboren. Die russische Volksschule verdankt ihre Entstehung den Reformen der 60er Jahre und besonders der 1861 erfolgten Aufhebung der Leibeigenschaft. Erst seit dieser Zeit — also nur ein halbes Jahrhundert vor dem Weltkriege — konnte das russische Volk frei seinem wachsenden Wissensdurst folgen. Neben der von Peter dem Großen ins Leben gerufenen staatlichen Schule zur Ausbildung der erforderlichen Fachleute entstanden damals die in erster Linie für die Pflege einer guten Allgemeinbildung bestimmten Stadt- und Gemeindeschulen.

Hier ist der Ursprung von zwei auf dem Gebiete der Volksbildung entstandenen Richtungen zu suchen: erstens, der aus dem Prinzip der Petrinischen Ranglisten entstandenen dienstlichen Richtung, welche die Qualifikation (das Diplom) an die Stelle der Standesprivilegien setzte, und zweitens die humanitäre Richtung, deren Vorkämpfer und Vertreter in den Ideologen der freien russischen Schule (1860—1917) zu suchen sind (Uschinsky, Pirogoff, Graf Tolstoi, Lessgaft u. a.). Diese erblickten die Hauptaufgabe der Schule in der „Erziehung zum Menschen" (Pirogoff). Ein gewisser innerer Antagonismus zwischen diesen beiden Richtungen begann bereits seit 1861 allmählich den Charakter eines po-

litischen Kampfes anzunehmen. Die Regierung sah in der naturalistisch-humanitären Richtung mit wachsender Besorgnis den revolutionären Geist und den russischen Nihilismus der 60 er Jahre entstehen. Aus dieser Besorgnis erklärt sich eine Reihe einschränkender Maßnahmen, welche den Regierungsbehörden in Bezug auf die freie Entwicklung der Volksbildung den Vorwurf eines reaktionären Obskurantismus von der Gegenpartei zuzog. Dieser Vorwurf galt auch der als Gegengewicht gegen die naturalistisch-humanitäre und revolutionär-nihilistische Strömung gedachten Bevorzugung des Klassizismus und der kirchlichen Gemeindeschulen. In dieser religiösen und konservativen Tendenz glaubte man später das „verfluchte Erbe des Zarismus" sehen zu müssen. Es wäre gewiß ein Unrecht gegen die historische Wahrheit, wollte man die Passivposten in der Bilanz der russischen Volksbildung der vorrevolutionären Epoche vergessen. Es wäre aber andererseits auch eine grobe Entstellung der Wirklichkeit, wenn man sich nur ihrer erinnerte, ohne der bedeutenden Kulturschätze eingedenk zu sein, welche das russische Staatswesen und die freie bürgerliche Initiative seit der Aufhebung der Leibeigenschaft und dank dieser großen Reform anhäufen konnten. Es seien hier nur folgende Aktivposten der obenerwähnten Bilanz hervorgehoben.

Das System

1. Das gesunde, auf die Grundschule der verschiedenen Typen basierte System der allgemeinen Volksbildung, das 1912 von der Reichsduma bestätigt wurde, und bis 1922 planmäßig alle Kinder des Staates von 8—12 Jahren umfassen sollte. Zur praktischen Durchführung dieses Programms war ein jährlicher Kredit von 10 Millionen Rubel für den Bau neuer Schulen vorgesehen. Durch die im Jahre 1912 erfolgte Einführung der Anfangsgrundschule höherer Ordnung wurde eine Verbindung zwischen der untersten Stufe der Volksschule mit der Mittelschule (Gymnasium und Realschule) hergestellt, und dadurch die Möglichkeit eines automatischen Uebergangs aus dieser Grundschule in eine bestimmte Klasse der Mittelschule geschaffen. Die Absolvierung der letzteren aber gestattete den Eintritt in die Hochschule — Universität oder technische Spezialschule — ohne Examen. Gleichzeitig wurde eine Menge höherer und niederer, ihrer Qualität nach hochstehender professioneller Schulen geschaffen. Die Bildung war nicht an die Zugehörigkeit zu bestimmten sozialen Klassen oder Ständen gebunden und formell jedermann zugänglich. Durch die Bemühungen der öffentlichen Organisationen und Körperschaften wurde die ihrem Geiste nach „demokratische" Schule dem Volke immer näher gebracht. Die Generationen ab 1914 hätten somit keine Analphabeten mehr zu verzeichnen gehabt.

Die Qualität

2. Ihrer Qualität nach stand die russische Schule im Zeichen eines stetigen Aufstieges. In bezug auf die Qualität und auf das Niveau seines akademischen Unterrichts stand Rußland vor dem Kriege hinter keinem der ersten Kulturländer zurück. Die Mittelschule litt vielleicht noch etwas unter dem Einfluß eines etwas übertriebenen Klassizismus, aber die private Initiative brachte neues Leben hinein. Die Privatschulen (darunter auch die deutschen „reformierten" Schulen) waren oft die besten. Eine schwache Stelle im russischen Bildungswesen war die Volksschule, aber auch in Bezug auf sie hat das letzte Jahrzehnt vor dem Weltkriege wichtige Reformen aufzuweisen. Die private und öffentliche Initiative (besonders seitens der Organe der örtlichen Selbstverwaltung — die Städte und die „Semstwo") erzielten auch hier sehr gute Resultate. Die Reform von 1912 krönte das Werk.

In Rußland, dessen öffentliches Erziehungswesen Männer wie Uschinsky, Pirogoff und Tolstoi zu seinen Begründern und besten Vertretern zählen durfte, verfolgte man aufmerksam die Entwicklung des Erziehungswesens anderer Länder und war eifrig bestrebt, die neuen, erprobten und richtigen Methoden einer aktiven Arbeitsschule im praktischen Leben zu verwirklichen. Von dieser Tatsache legt die Arbeit der vor dem Kriege stattgehabten großen pädagogischen Konferenzen ein beredtes Zeugnis ab. So hat z. B. die vom 22. Dezember 1913 bis 4. Januar 1914 stattgehabte allrussische Tagung für Volksbildungsfragen folgende Richtlinien aufgestellt:

„Zum Zweck der prinzipiellen Durchführung einer allseitigen und harmonischen Entwicklung der Persönlichkeit hält die Tagung einen Umbau des Systems der inneren Organisation der Schule für geboten und zwar bei weitgehendster Anwendung des praktischen Arbeitsprinzips in Bezug auf Lehren und Erziehen. Das Prinzip einer praktischen Arbeitserziehung muß nach Ansicht der Tagung einen notwendigen Bestandteil im System der allgemeinen Erziehung zur Persönlichkeit ausmachen. Die Tagung lehnt mit Entschiedenheit alle Versuche ab, der Schule einen professionellen oder engutilitären Charakter zu verleihen."[1])

„Die Aufgaben der Erziehung in der Volksschule sind: die Erziehung einer sittlichen Persönlichkeit und eines starken Willens bei den Lernenden. — Die Tagung empfiehlt besonders auf die Ausbildung des Sinnes für das Allgemeinwohl und für Menschenwürde zu achten."[2])

[1]) Resolution 30.
[2]) Resolution 47.

Der Lehrerstamm

3. Der ausgezeichnete Lehrerstamm, der erst jetzt nach Verdienst gewürdigt wird. Der Volksschullehrer ist sozusagen das Produkt der Befreiungszeit der 60er Jahre, der Zeit, als der Volksschule aus Ueberzeugung und Begeisterung die besten Kräfte der akademisch gebildeten Jugend zuströmten. Besonders zeichneten sich dabei die russischen Frauen aus. So entstand jener besondere, ausgezeichnete und ausgeprägte Typus des russischen Volksschullehrers, der von der hohen Mission des Lehrertums überzeugt, uneigennützig sich für ein geringes Gehalt mit tiefer Begeisterung in den Dienst der Sache stellte und bemüht blieb, sein eigenes Wissen beständig zu erweitern und zu ergänzen.

Die materielle Basis

4. Die materielle Basis, die eine ständige Besserung erfuhr. In dieser Beziehung muß der Reichsduma ein großes Verdienst zugesprochen werden, da dank ihr der staatliche Ausgabenetat für das Schulwesen in ständigem Wachsen begriffen war. In 5 Jahren — 1898—1903 — stiegen die Ausgaben für die Volksschule von 29,1 bis 39,4 Millionen Rubel, also um 39 Prozent. Von 1908—1912 — also nach Einführung der russischen Konstitution — stieg der gleiche Etat von 53 auf 114 Millionen Rubel, also um 116 Prozent. In 20 Jahren (1894—1914) stieg der Etat des Ministeriums für Volksaufklärung um mehr als 600 Prozent.

Das letzte Jahrzehnt vor dem Kriege zeichnete sich sowohl in pädagogischer, als auch in administrativer Hinsicht durch intensive schöpferische Arbeit aus. Der Erfolg dieser Arbeit bestand in verstärktem Zustrom der Kinder des Volkes zur Schule, in einer schnellen Besserung ihrer materiellen Lage und in einem gewaltigen Energieaufschwung bei allen im Schulressort Tätigen, die den Augenblick für die Reform der russischen Schule in qualitativer und quantitativer Hinsicht für gekommen hielten.

Zur Verwirklichung dieser Reformen brauchte man die angesammelten reichen Aktiva, über die die russische Schule vor dem Kriege verfügte, nur zu erhalten und auszunutzen. —

Die Volksbildung im Sowjetstaate

„In den bürgerlichen Staaten", führt eine leitende kommunistische Zeitschrift aus, „entsteht das System der Volksbildung elementar, nach denselben Gesetzen des Marktes wie die ganze Volkswirtschaft. Im Gegensatz dazu entsteht dieses System bei uns nach einem festen Programm. Das von der Sowjetregierung 1917/1918 proklamierte Volksbildungsprogramm, das seitdem beständig ausgebaut und verbessert wurde, überragte theoretisch und praktisch schon deswegen alles in dieser Richtung im Auslande geschaffene, weil es eben im Gegensatz zu diesem ein, wenn auch noch unvollkommenes, so doch immer ein Programm war."[3])

Die Einheitsschule

Die Sozialistische Sowjetrepublik „hat sich die Aufgabe gestellt, den Arbeitern und den ärmsten Bauern eine volle, allseitige und kostenlose Bildung angedeihen zu lassen". — So lautet Punkt 17 einer von der 5. Tagung der Sowjets im Jahre 1918 angenommenen Entschließung. Die praktische Verwirklichung dieser Aufgabe sollte durch das Dekret über die „einheitliche Arbeitsschule", das man sofort mit dem Nimbus eines historischen Ereignisses umgab, erreicht werden.

Dieses Dekret verwandelte alle bis dahin bestehenden Typen niederer und mittlerer Schulen in eine „einheitliche Arbeitsschule" mit einem fünfjährigen und einem vierjährigen Zyklus. Alle Kinder von 8—17 Jahren wurden verpflichtet, diese Schulen zu absolvieren. Von ihrem 6. Lebensjahre an (als schulpflichtiges Alter galt 6—17 Jahre) sollten die Kinder sogenannte „Kinderhäuser" besuchen. Gleichzeitig mit dieser Steigerung des schulpflichtigen Kinderkontingents wurde die Norm der auf einen Lehrer entfallenden Schulkinder auf 25, also auf ungefähr die Hälfte, herabgesetzt. Der Unterricht wurde als „polytechnisch" bezeichnet, und mußte von nun an einen allseitig gebildeten, einen „integralen" Menschen schaffen. Alle Kinder sollten nach Beendigung so einer Schule alles Wissenswerte erlernt haben.

Es finden sich jedoch merkwürdigerweise in diesem ersten Sowjetprogramm keinerlei Spuren von irgendwelchen Bemühungen, einen neuen, höheren Anforderungen genügenden Lehrerstamm zu schaffen, oder neue Schulgebäude zu errichten. Man begnügte sich damit, der Schule nachweislich unausführbare Aufgaben zu stellen. Das „historische Dekret" war daher verurteilt, nicht mehr als ein bisher unerreicht gebliebenes Denkmal anarchistisch-kommunistischer Utopie zu bleiben. War also dieses Dekret seiner praktischen Bedeutung nach äußerst problematisch, so gab es andererseits den zerstörenden Kräften jener Zeit die Möglichkeit, sich uneingeschränkt auszuwirken. Es vernichtete alle frühere Ordnung, die Schuldisziplin, den Religionsunterricht, und bot weitgehendste Möglichkeiten in der Zerstörung all dessen, was nicht in den Rahmen der neuen, in revolutionäre Schülerklubs verwandelten Schulen hineinpaßte. Der einzige reale Erfolg dieses Dekrets war die Schließung ausgezeichneter Lehranstalten, wie z. B. der professionellen Schulen, welche sich nicht in den Rahmen

---

[3]) Narodnoje Prosweschtenije, 1928, Bd. 6, S. 88. Sperrdruck vom Verfasser.

der „einheitlichen polytechnischen Arbeitsschule" hineinzwingen ließen. Außerdem büßten die Mittelschulen stark an Wert ein (besonders die Gymnasien), da der Lehrtätigkeit durch die neue Ordnung der gesunde Boden entzogen war. Eine unbegrenzte und wahllose Zulassung von jedermann hatte an den Hochschulen bald ein ständiges Sinken des früher hochstehenden Niveaus bis zum Tiefstande der Straße zur Folge.

In ihrem Endresultat hatte die erste, sich bis zur Einführung der NÖP („neue ökonomische Politik" 1921) erstreckende Periode der Sowjetleitung der russischen Schule einen ebenso verheerenden Einfluß auf dieselbe, wie die gleichen Jahre auf das gesamte Wirtschaftsleben des Landes. Es ist daher nicht wunderbar, daß die durch die Einführung der NÖP gekennzeichnete Ernüchterung sich auch auf dem Gebiete des Bildungswesens fühlbar machte. Die Idee der „polytechnischen Bildung" wurde zwar nicht abgeschafft; sie blieb bestehen;[4]) man suchte sie aber anders zu verstehen und durchzuführen. In der Hauptsache kamen nun die Richtlinien der Kommunistischen Partei stärker zur Geltung. Man machte sich die Proletarisierung der Schule, die Schaffung eines Stammes qualifizierter Kommunisten zur Aufgabe.

Die Schulung zum Kommunismus

„Wir brauchen nicht Schulen schlechthin, sondern Schulen des Kommunismus", behauptete vor einem Jahre ein führender Kommunist in der offiziellen Zeitschrift der Moskauer Sektion des Volksbildungswesens.[5]) In diesen wenigen Worten ist das Wesen des ganzen Systems der Sowjetbildung, wie es sich seit Einführung der NÖP gestaltete, zum Ausdruck gebracht. Der erste Schritt in der neuen Richtung war die 1920 begonnene Wiederherstellung der niederen und höheren professionellen, technischen Schulen, die durch die ersten Experimente sehr gelitten hatten. Sodann erfolgte im Jahre 1921 ein jäher Umschwung in Bezug auf die Hochschulen. Alle Hochschulen wurden ausnahmslos als professionelle Schulen bezeichnet und behandelt und vor die Aufgabe gestellt, die dem kommunistischen Staate nötigen Spezialisten zu liefern. Die Universitätsbildung wurde als dem Marxismus nicht entsprechend in den Hintergrund geschoben, und die neuen „wissenschaftlichen Forschungsinstitute" wurden meistenteils den politischen Zielen der Diktatur des Proletariats angepaßt.

Die neue Gliederung des Schulwesens

Dann folgte am 18. Dezember 1923 ein neues Dekret über die „einheitliche Arbeitsschule", welches, mit dem vor-

[4]) Siehe z. B. den Beschluß des Zentral-Ausschusses der Kommunistischen Partei vom 25. Juli 1930, Prawda, 1930, VII. 28.
[5]) Westnik Prosweschenija, April 1929, S. 9.

hergegangenen verglichen, nur noch die alten Bezeichnungen aufrecht erhielt. Der Umfang des schulpflichtigen Alters wurde herabgesetzt (8—17 Jahre). Die „Kinderhäuser" wurden von der Schule getrennt. Die sogenannte „Einheitsschule" wurde in zwei „Gruppen" geteilt. Dabei wurden in der Schule der zweiten Gruppe 2 Zyklen eingeführt. Die Schulbildung hörte nun mit dem Beginn der zweiten Gruppe auf, obligatorisch zu sein, und mußte in den Städten, wie früher, wieder gegen Zahlung von Schulgeld erteilt werden. Das Leben selbst hat die auf dem Papier bestehende „Einheit" der Sowjetschule sehr bald zerschlagen und durch die Einführung der drei Typen: „Vierjahresschulen", „Siebenjahresschulen" und „Neunjahresschulen", war faktisch das frühere System der Grundschule, der höheren Grundschule und der Mittelschule, wiederhergestellt. Doch hatte sich das zahlenmäßige Verhältnis zwischen diesen Schultypen — zum Nachteil der Mittelschule— bedeutend verschoben.

In der „Arbeiterzeitung" vom 29. März 1929 lesen wir:

„Alljährlich finden in unseren Schulen der ersten Stufe 3½ Millionen Kinder im Alter von 7 und 8 Jahren Aufnahme. Von diesen erreichen nicht einmal zehntausend die höhere Schule. Ungefähr eine halbe Million absolviert die unterste Stufe der Schule (die Grundschule). Weniger als hunderttausend Kinder beenden alljährlich die Schule der zweiten Stufe."

Nach diesen Angaben aus dem letzten Berichtsjahre erscheint die Pyramide der Sowjetschule je höher, desto unzugänglicher, ja weniger zugänglich — sozusagen spitzer — als in bürgerlichen Ländern: nur 14 Prozent der in die Grundschule eintretenden Kinder absolvieren dieselbe, und nur 2,5 Prozent beenden die Mittelschule. Bis zur Schwelle der Hochschule aber gelangt nur ¼ Prozent. Demzufolge darf man kaum von einer Verwirklichung des vorhin erwähnten Programms von 1917/1918 reden, nach welchem „die Sozialistische Sowjetrepublik sich die Aufgabe gestellt hatte, den Arbeitern und den ärmsten Bauern eine volle, allseitige und kostenlose Bildung angedeihen zu lassen".

Das Schulmonopol des Staates

Diese ungenügenden Leistungen auf dem Gebiete der mittleren Schulbildung können durch ein Nichtlernenwollen der Bevölkerung nicht erklärt werden. Im Gegenteil: die Mittelschulen kranken an einer geradezu schrecklichen. den Unterricht erschwerenden Ueberfüllung. Ja, es werden Fälle beobachtet, daß Eltern, um ihre Kinder der höheren Schule zuzuführen, bemüht sind, auf eigene Kosten gruppenweise Vorbereitungskurse zu organisieren. Nach den Sowjetgesetzen ist aber jegliche Organisation von privaten Kursen ein

Staatsverbrechen, da in der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken alle Arten von Unterricht Staatsmonopol sind. —

Alle Mängel des Schulwesens nur durch die Mittellosigkeit der Sowjetregierung zu erklären, wäre auch unberechtigt. Sind doch stets genügend Mittel für den Unterhalt eines riesenhaften und sehr teueren Polizeiapparats vorhanden, und werden für politische Propaganda im Auslande von der Komintern bedeutend größere Summen verausgabt, als zur tatsächlichen Verwirklichung des Schulprogramms nötig wären. Die Ursachen sind sicher anderswo zu suchen. Beachtung verdient in dieser Hinsicht das Dekret vom 25. August 1925 über die Einführung des allgemeinen Schulzwanges in der „Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik". Dieses Dekret setzte ein Verhältnis der Mittelschulen zu den Grundschulen von 1 : 20 fest. Eine solche Normierung, welche man zwar eine „Stabilisierung der Mittelschule" nannte, bedeutete in Wirklichkeit ihre relative Unterdrückung, weil zu der Zeit, als dieses Dekret erlassen wurde, das Land besser mit Mittelschulen als mit Grundschulen versorgt war, und die Nachfrage nach Mittelschulbildung doch eine immer wachsende blieb. Infolge des Dekrets fand ein großer Teil der Schüler keinen Platz mehr in den Mittelschulen. Da diese Schulart aber das Bindeglied zwischen Grund- und Hochschule bildet, wurde natürlich auch der Zutritt zu letzteren bedeutend erschwert.

Nur wenige Auserwählte erreichen seither die Hochschule. Die Zulassung zu derselben erfolgt nicht etwa nach Maßgabe von Fleiß und Tüchtigkeit, sondern hängt lediglich von der politischen Einstellung ab. Dem politischen Protektionswesen und der Vetterwirtschaft war Tür und Tor geöffnet.

Die proletarische Auslese

Nicht mit Unrecht schreibt der Verfasser eines Artikels „Was für Ingenieure müssen unsere Hochschulen ausbilden?"[6]) nachstehende Zeilen: „Eine ausschließliche Auswahl talentierter und begabter junger Leute kommt — mindestens für eine Reihe von Jahren — nicht mehr in Betracht, denn dieses Prinzip würde einer Schließung der Hochschulen für das Proletariat und die Bauernschaft gleichkommen." Charakteristisch ist die bekannte Tatsache der „Säuberung" der Hochschulen, eine Maßnahme, mit deren Hilfe man ungefähr 20 000 Studenten, oft kurz vor Abschluß ihres mehrjährigen Lehrgangs, nur wegen nicht genügend proletarischer Herkunft aus den Hochschulen verbannte. Aber

[6]) „Moskwa", 1928, S. 11.

auch hier läßt sich das Leben nicht von der Sowjetmacht knebeln.

Die Kommunisten mögen noch so sehr die in ihrem Sinne „zuverlässigsten" Elemente bevorzugen, sie können aus ihnen nicht auch die Begabtesten und Tüchtigsten machen, und im Endresultat führt der numerus clausus in kommunistischen Behörden nur zu einer unproduktiven Verausgabung von Volksmitteln, zur Ausbildung von Schülern und Studenten, die oft lange vor dem Ziel das Rennen aufgeben. Wir entnehmen einem auf der Tagung für Volksbildung erstatteten Bericht des Moskauer Delegierten folgende Ausführungen:

„Von 31 Mann, welche die ‚Arbeiterfakultät' beendet und die ‚mathematische Fakultät' begonnen haben, hat letztere nur ein einziger absolviert. In der medizinischen Fakultät ist das Verhältnis 148 zu 80, und nur ein wenig günstiger steht es in der allgemeinen Abteilung."[7])

Die volle Bedeutung dieser Ziffern wird klar, wenn man in Betracht zieht, daß die „Arbeiterfakultäten" Originalschöpfungen der Sowjets darstellen und von diesen zur ausschließlichen Vorbereitung proletarischer Kinder für die Hochschule bestimmt sind. Ferner muß man beachten, daß die „Allgemeinen Abteilungen", mit ihren relativ besseren Resultaten, in wissenschaftlicher Hinsicht wertlos sind, da sie praktisch nichts als marxistische Lehrkurse und kommunistische Propaganda bieten.

Das bisher Ausgeführte berechtigt bereits zu nachstehender Schlußfolgerung in Bezug auf das bolschewistische Schulsystem. Vor der Revolution war die materielle Lage der Lernenden das einzige Hindernis für die Erlangung einer höheren Bildung. Damals aber wurde von Seiten des Staates und besonders der öffentlichen Organisationen sehr viel unternommen, um hierin Abhilfe zu schaffen und eine wirkliche Demokratisierung der Schule dadurch zu erreichen, daß sie jedem begabten und talentierten Menschen zugänglich gemacht wurde. Die Sowjetregierung aber richtete aufs neue eine strenge Klassenbevorrechtung auf, wenn auch zu Gunsten des Proletariats. Sie tat alles, um auch dem Begabtesten — Hindernisse in den Weg zu stellen, falls ihre Vorfahren nicht Proletarier waren. Das wäre nun die kommunistische „Einheitsschule", von der behauptet wird, ihr liege ein Programm zugrunde, welches alles in dieser Richtung im Auslande Geschaffene weit überrage.

Der Geist des Experimentierens

Nicht ein einziges Gebiet des staatlichen Lebens erfordert soviel System und Folgerichtigkeit wie die Volksbildung.

[7]) Narodnoje Prosweschenije, 1928, Bd. 3.

Nirgends können phantastische Pläne und gewagte Experimente so teuer zu stehen kommen wie auf diesem Gebiet; denn sie können eine ganze Generation heranwachsender Jugend verderben. Und was ist alles mit der russischen Schule im Laufe der letzten 13 Jahre angestellt worden! — Die Richtung des Schulunterrichts wurde während dieser Zeit drei Mal in radikaler Weise geändert. In der ersten Periode — vor Einführung der „NÖP" — sollte die Schule nichts geringeres als eine integrale „polytechnische Kultur" schaffen, die jedem Schafhirten, jedem Schuster, jedem Heizer eine Erweiterung seines engen Horizonts vermittelte und ihn so ohne weiteres zum Regenten des Staates qualifizierte. Wie dieser kühne Plan Wirklichkeit werden sollte — daran zu denken, hatte man damals keine Zeit. Die Grunddirektive, die den Schulen gegeben wurde, bestand daher ihrem Wesen nach darin, daß man ihnen in jeder Beziehung freie Hand ließ. Das Dekret betr. die Einführung der „einheitlichen Arbeitsschule" war an sich durchaus nicht das Produkt kommunistischer schöpferischer Leistung, sondern einfach ein Plagiat der radikalsten Punkte aus verschiedenen bourgeoisen pädagogischen Programmen. Die Grundidee der neuen aktiven Arbeitsschule war also durchaus nicht originell, und ihr Programm blieb ganz unklar. Instruktionen zu seiner praktischen Durchführung gab es überhaupt nicht. Ein allgemeines Chaos und eine vollkommene Anarchie beherrschten bald die Schule. Der Niedergang jeglicher Disziplin und eine offenkundige Begünstigung gröbster Zügellosigkeit zerstörten bald völlig die Autorität der Lehrerschaft.

Die Komplex-Methode

Der seit Einführung der „NÖP" eingetretene Umschwung stellte die Schule dann vor eine andere Aufgabe. Es wurde eine neue, die sogenannte „Komplex-Methode" des Unterrichts eingeführt und von der Sowjetpresse als ureigenste, kommunistische Originalschöpfung begrüßt. In Wirklichkeit hatte der Staatliche Unterrichtsrat — in Abkürzung „Gus" genannt — das bekannte „bourgeoise" Prinzip der auf einem induktiven Anschauungsunterricht beruhenden Methode zum Ausgangspunkt genommen, und den ganzen Unterricht in der Grund- und Mittelschule in drei Komplexe geteilt. Diese drei „Säulen" der Sowjetschule: 1. Natur, 2. Arbeit und 3. Gesellschaft wurden nun die Achsen, um die sich fortan alles drehte, wovon in den Schulen überhaupt die Rede war.

Die Auswahl der als vorbildlich empfohlenen Unterrichtsthemen hat ein verstecktes, von den Erfindern der „Komplex-Methode" ersonnenes Ziel. „Die Oktoberrevolution", „Lenin als Führer des Proletariats", „Die Sowjetrepublik und der

Kapitalismus" — waren die verbreitetsten und beliebtesten Komplexe. Es ist ohne weiteres klar, daß einem 12 bis 13jährigen Dorfburschen mit seinem primitiven Verstand derlei Weisheit zu hoch sein mußte, und daß alles, was der Lehrer auf diesem Gebiet von ihm verlangte, einfach auswendig gebüffelt wurde. Auf diese Weise wurde die Arbeit zu einem abstrakten Unterrichtsobjekt, anstatt eine konkrete Methode zur praktischen Ausbildung der Aktivität und der Initiative in der Seele des Kindes zu sein. — Sind wir uns vorhin schon darüber klar geworden, daß den Sowjetunterrichtsanstalten keineswegs die Bezeichnung von „Einheitsschulen" zukommt, so können wir nach dem eben Ausgeführten auch mit Sicherheit behaupten, daß sie ihrem Wesen nach noch viel weniger „Arbeitsschulen" genannt zu werden verdienen. Nach Behauptungen der Urheber der „Reform" von 1923 sollten diese Schulen „bewußte Kämpfer für das Ideal des Kommunismus" erziehen. Die von der Presse unermüdlich propagierten „Komplexe" aber hatten die Aufgabe, die Schuljugend zu lehren — alle Ereignisse der sie umgebenden Welt durch die rote Brille bolschewistischer Unduldsamkeit und marxistischen Klassenkampfes zu sehen.

Der reelle Unterricht

Die „Komplex"-Schwärmerei der leitenden Organe und ihre gleichzeitige Vernachlässigung der selbstverständlichen Beschäftigungen im Anfangsunterricht, wie Lesen, Schreiben und Rechnen, die so „nebenher" betrieben werden sollten, führte dazu, daß das Hauptziel des Schulunterrichts — die Heranbildung künftiger Parteimitglieder und Spezialisten — überhaupt nicht erreicht werden konnte. Den von oben mit „Direktiven" ohne jede praktischen Instruktionen überschwemmten Schullehrern blieb nichts übrig, als den Unterricht, so gut sie konnten, auf eigenes Risiko nach alter, „bürgerlicher" Art zu führen. Nur dank der bewunderungswürdigen Hingabe des Lehrerpersonals an ihre Aufgabe konnte die russische Schule in der „Vor-NÖP-Periode" die sie überflutende Anarchie überwinden und auch noch das „Komplex"-Experiment von 1923 überstehen. Immerhin wiesen die Resultate der Schulerziehung einen derart bedrohlichen Niedergang der sonst selbstverständlichsten und elementarsten Durchschnittskenntnisse auf, daß selbst die Sowjetregierung sich bereits im Jahre 1926 zu einer radikalen Kursänderung genötigt sah.

Diesmal unterließ man es sogar, die Propagandatrommel zu rühren. Man zog es vor, den in Wirklichkeit unbestreitbaren Rückzug durch eine formelle Aufrechterhaltung der tatsächlich vom Leben selbst verurteilten Methoden zu decken. Dafür wurden aber als „Hilfslehrzweige" der Unterricht in Geographie, in den Naturwissenschaften, in der

Mathematik und sogar in gewissen, vorsichtig gewählten Teilen der Geschichte wieder eingeführt. Gleichzeitig erfolgte zwecks Hebung des Schulunterrichts die Einführung von Aufnahmeprüfungen in den Hochschulen. Der Unterricht in den Lehranstalten ging nun langsam (mit Ausnahme einiger „Muster-Schulen") von den radikalen Sowjetmethoden auf die bereits von der Vorkriegspädagogik ausrangierten Lehrmethoden zurück.

Die Folgen und ihre Schätzung

Ausländische Beobachter begeistern sich zuweilen für die „Kühnheit bolschewistischer pädagogischer Experimente". Während der letzten Jahre sind in Rußland auch tatsächlich sehr interessante pädagogische Versuche gemacht worden, aber keineswegs seitens der kommunistischen Schulbehörden, sondern zum Teil von Pädagogen der alten Schule, zum Teil auch von Schülern oder geistigen Erben dieser alten Pädagogen. Infolge der anarchischen Freiheit der Schulen während der ersten Jahre des Bolschewismus und seines durch eine gewisse Eitelkeit zu erklärenden Bestrebens, einige Kulturoasen als Reklameschulen, als sogenannte „Artikel für Ausländer", bestehen zu lassen, können positive russische Kräfte ungeachtet und trotz des kommunistischen Regimes noch immer fruchtbare Arbeit leisten. Die lobenden Kritiken und die Aufmerksamkeit der Ausländer sind hier durchaus verständlich. Immerhin ist es merkwürdig, daß der alte, zu Propagandazwecken immer wieder Verwendung findende bolschewistische Trick, hinter einigen hübschen Reklamestücken eine Masse Jammer und Elend zu verbergen, von den meisten übersehen oder nicht durchschaut wird. — Interessant ist auch noch ein anderer, nicht weniger gewandter bolschewistischer Kunstgriff: die Sowjetregierung duldet in ihren Presseorganen eine ziemlich offenherzige Kritik ihrer Schulen. Erstens weiß sie, daß die Ausländer, die Rußland besuchen und ihre Eindrücke beschreiben, diese Kritiken nie lesen. Außerdem kann diese List — dank der Zuverlässigkeit der GPU. — nicht schaden, sondern erweckt den Eindruck, als existiere noch eine wirkliche Freiheit des Wortes. Wir entnehmen der bolschewistischen pädagogischen Literatur nachstehende ungeschminkte Charakteristiken der Zustände an den russischen Schulen.

„In unseren Schulen steht es unglaublich schlecht mit dem Unterricht im Lesen, Schreiben und Rechnen, wie auch mit den elementarsten Kenntnissen in Naturgeschichte, Geographie, Physik und in anderen Fächern. Daran kranken sowohl die Grundschulen als auch die höheren Schultypen."[8]) „Es gibt noch ein anderes, sehr kritisches Symptom: die Anzahl der Analphabeten unter den Rekruten der Roten Armee wächst

[8]) Siehe die offizielle Zeitschrift „Narodnoje Prosweschtenije", 1926, N. 1, S. 67.

von Jahr zu Jahr."[9]) „Der Analphabetismus hat sich also stabilisiert."[10])

„Die Produktion unserer Schule zeichnet sich nicht durch hohe Qualität aus. Besonders schlecht ist es um alles konkrete Wissen und Können bestellt."[11])

„Die Gefahr eines Niederganges der Hochschulen ist ein akutes Problem geworden. Das ist schon aus der Tatsache ersichtlich, daß in allen Hochschulen Kurse eingerichtet werden, die ihrem Umfang und Charakter nach in die Mittelschule hineingehören."[12])

„Genosse Mikojan (Volkskommissar für Handel) hat gesagt — und ich muß mich ihm vollkommen anschließen —, daß man qualifizierte Kräfte für Arbeit und Technik aus dem Auslande verschreiben muß", führte Lunatscharsky selbst aus, nachdem er 12 Jahre lang das kommunistische Experiment auf dem Gebiete der Schule geleitet hatte.[13])

Unsere „Schulen befinden sich in einem offenbar unbefriedigenden Zustande", berichtete in den Sitzungen des XVI. kommunistischen Kongresses Bubnof, der neue Volkskommissar für Volksaufklärung. Mangel an Schulbauten, an Lehrbüchern, an Lehrern . . . Und wieder handelt es sich, wie vor 13 Jahren um die Bekämpfung des elementaren Analphabetentums, wobei aber festgestellt wird, daß im Laufe der letzten 2—3 Jahre drei Millionen Kinder die Schule gar nicht besucht haben (diese Kinder werden als „Pererostki" = „Herausgewachsene" bezeichnet).[14]) Siebzehn bis achtzehn Millionen Kinder müssen im laufenden Jahre in die Schulen aufgenommen werden: das gehört zum großen Plane der „Bekämpfung des Analphabetentums" im Lande.[15]) Dazu müssen sofort 50 000 neue Schullehrer gefunden und angestellt werden.[16]) Unrealisierbares soll durchgesetzt werden. Das Versäumte muß nachgeholt werden. „Was bedeutet aber, daß wir im Jahre 1930 in unseren Parteibeschlüssen dasselbe wiederholen müssen, was wir schon vor 10 Jahren gesagt haben? Das bedeutet, daß wir in diesen 10 Jahren auf dem Gebiete der Volksbildung wenig geleistet haben." . . .[17])

[9]) Ebendaselbst, 1928, N. 5, S. 106.
[10]) Frau Krupskaja, Prawda, 10. April 1929.
[11]) Narodnoje Prosweschenije, 1928, N. 6, S. 119.
[12]) Narodnoje Prosweschtenije, 1928, Nr. 6, S. 101.
[13]) Ebendaselbst, 1928, Nr. 1, S. 11. Ausführungen anläßlich der XV. Tagung für Volksbildung; vgl. auch den Bericht des Professors O. Schmidt in der Prawda, 1930, 5. Mai.
[14]) Prawda, 1930, 3. Juli. Bubnofs große Rede.
[15]) Vgl. Prawda, 1930, 3. Juli.
[16]) Ebendaselbst.
[17]) Aus Bubnofs Rede, Prawda, 1930, 3. Juli.

Es bedarf wirklich keiner weiteren Schilderungen, um sich die Lage der russischen Schule zu vergegenwärtigen.

Es könnte dennoch die Frage aufgeworfen werden, warum wir von diesen Tatsachen fast gar nichts in den von Ausländern über die russischen Schulen verfaßten Schriften finden?. Warum wir in diesen Schilderungen nicht die als Charakteristikum für die heutige Sowjetschule so bedeutsame Wiedergabe von Antworten antreffen, die von Zöglingen dieser Anstalten auf die allerelementarsten, nur selbstverständliche Kenntnisse voraussetzenden Examenfragen gegeben werden. Es seien hier nur einige Proben angeführt: Zwischen welchen Mächten wurde der Brester Frieden geschlossen? — Antwort: Zwischen England und Frankreich. — Wozu dient das Thermometer? — Antwort: Zur Messung von Entfernungen. — Mit was für Einheiten wird die Kraft eines elektrischen Stromes gemessen? — Mit Kalorien, usw.[18]) — In welchem bourgeoisen Lande finden sich wohl Jünglinge, die an der Schwelle der Hochschule stehend, mit solchen „Kenntnissen" ausgerüstet sind? Und leider muß festgestellt werden, daß diese von dem offiziellen Lehrerorgan angeführten Angaben durchaus nicht als Anekdoten, sondern als typische Beispiele für die Resultate der heutigen sowjetrussischen Schulbildung zu werten sind. Die Bestimmung des Thermometers war z. B. 75 Prozent der Absolventen einer Mittelschule unbekannt.

Erziehung und Moral

Noch schlimmer steht es mit der erzieherischen und mit der moralischen Seite der Sowjetschule. Hier wäre es genügend des schlimmen Einflusses der kommunistischen Schülerzellen zu gedenken. Dem einheitlichen politischen System der Kommunisten zufolge bekommt auch jede Schule, besonders die Mittel- und die Hochschulen — eine oder mehrere kommunistische Zellen (in Abkürzung „Komzellen" genannt). Diese Schülerzellen sind ausdrücklich dazu berufen, die ganze Schule, die Lehrer, den Unterricht und die Schüler zu beaufsichtigen und die Grundsätze des Kommunismus im Leben durchzuführen. Ihre Hauptaufgabe besteht aber darin, die Autorität der nicht-kommunistisch gesinnten Lehrer zu untergraben, sie zu verfolgen und zu denunzieren. Daraus entsteht selbstverständlich ein Wirrwar und eine Demoralisierung. Die Zellen werden zur ewigen Quelle von Leiden und Erniedrigungen für die Lehrer; ihre Mitglieder gewöhnen sich aber von Kindheit an zu einem anmaßenden und frechen Auftreten, zur Bespitzelung und Denunzierung, zum verantwortungslosen Anspruch und zur zersetzenden Arbeit. Dadurch wird die ganze Atmosphäre der Schule häßlich und trübe. Die bösen Leidenschaften werden entfesselt und spielen sich ungehindert aus.

---

[18]) „Lehrerzeitung", 1928, Nr. 223.

In einer kommunistischen Zeitschrift finden wir folgende Schilderungen:

„Was beobachten wir in den städtischen Schulen? — Erotik, Egoismus, vollständiges Fehlen von Idealen. . . Unsere Schüler zeichnen sich durch Grausamkeit den Schwächeren gegenüber aus. . . . Unsere Schulen geben keine solide moralische Grundlage. Unsere ins Leben tretende Jugend ist nicht genügend gefestigt, um sich gegen verderbliche Einflüsse zu behaupten. Daher alle die traurigen Erscheinungen in unserem heranwachsendem Geschlecht: Trunksucht, Selbstmorde, Liederlichkeit des Lebenswandels usw. Eine Frau zu verteidigen, gilt als Symptom bourgeoiser Tendenzen"[19]) und dergl. mehr.

Diese spziellen Angaben decken sich leider vollkommen mit den von der Sowjettagespresse selbst berichteten Tatsachen, die in ihrer Gesamtheit ein erschütterndes Bild von der Tragödie der heutigen russischen Jugend ergeben.

Ziehen wir nun die Bilanz unserer Ausführungen. Für die Kulturwelt gilt der Grundsatz: die Schule hat die Aufgabe, den Horizont zu erweitern und die Instinkte der ins Leben tretenden Jugend zu veredeln. Die Sowjetregierung aber, die auf dem Standpunkte steht, „sie brauche nicht Schulen schlechthin, sondern Schulen des Kommunismus", sorgt nicht für eine Erweiterung des Horizonts der Schüler, sondern für die Erziehung von Fanatikern des Klassenkampfes. Dadurch wird nicht nur die Vermittlung wirklich wertvoller Kenntnisse versäumt, sondern auch Herz und Hirn des heranwachsenden Geschlechtes vergiftet. Die jungen Leute werden zu rücksichtslosen und hemmungslosen Menschen erzogen. Die Devise der vorrevolutionären Schule lautete: Erziehung zum Menschen (Pirogoff), die Praxis der heutigen Schule ist: Erziehung zum Rowdy (russisch: „chuligan").

Der Schullehrer

Glücklicherweise sind bisher die Anstrengungen der Kommunisten, die russische Schule zu einer Brutstätte des Menschenhasses zu machen, an einem Hindernis gescheitert: am russischen Schullehrer. Die Lehrerschaft blieb eben russisch, und wurde nicht kommunistisch-international. Eine kommunistische „Ablösung" war bei ihr bislang kaum möglich. — Wenn auch 50 Prozent der Berufslehrerschaft nach 12 Jahren erneuert sein sollten, so zählt sie doch heute in ihren Reihen nicht mehr als 9 Prozent Mitglieder der Kommunistischen Partei. Der jetzige soziale Bestand des sowjetrussischen Lehrertums wird in einer führenden kommunisti-

---

[19]) Westnik Obrasovanija, 1928—1929.

schen Zeitung folgendermaßen geschildert: „Die Lehrer entstammen bis zu 35 Prozent dem geistlichen Stande und bis zu 45 Prozent dem wohlhabenden Bauerntum."[20])

Die Verdienste des russischen Schullehrers sind besonders hoch zu werten, weil die Bedingungen unter denen er genötigt ist zu arbeiten, ganz außerordentlich schwere sind. Man stelle sich nur die Gewissenskonflikte dieser Pädagogen vor, die gezwungen werden, die ihnen anvertrauten Kinder nach Prinzipien zu erziehen, die ihren eigenen Ueberzeugungen widersprechen. Der Sowjetlehrer wird gezwungen, den Kindern Gottlosigkeit beizubringen. Lenins Witwe, Frau Krupskaja, hat dies maßgebend so formuliert: „Ja", sagte sie einmal in den Sitzungen des XIII. kommunistischen Kongresses, „wir fordern von den Lehrern antireligiöse Propaganda und eine marxistische Einstellung des Unterrichts."[21]) Jaroslawsky, der Leiter der atheistischen Propaganda, kommentiert diesen Standpunkt folgendermaßen: „Auf diesem Gebiete darf der Lehrer bei uns keine beliebige eigene Meinung haben"; „Der Dorfschullehrer muß wissen und erklären können, daß nicht Gott den Menschen, sondern der Mensch seinen Gott geschaffen hat".[22]) So wird der Lehrer geistig und politisch geknechtet und als Werkzeug der kommunistischen Propaganda mißbraucht.

Die schon infolge des gekennzeichneten Gewissenszwanges schwere Lage der Lehrer wird noch dadurch verschlimmert, daß die kommunistischen Behörden durch die Art ihres Umganges mit ihnen die Autorität der Lehrerschaft untergraben und die Schüler dadurch vollständig demoralisieren. Lenin erklärte es für richtig, den Schullehrer durch erhöhtes Gehalt und durch Entgegenkommen in die Kommunistische Partei hineinzulocken. In Wirklichkeit ist aber der Schullehrer, wie auch alle übrigen Schichten des Volkes, zum Opfer eines harten Terrors geworden. „Wir können hunderte von Fällen angeben", schreibt eine führende Kommunistin, „in denen Lenins Richtlinien dem Schullehrer gegenüber zertreten wurden: Haufenweise werden die Lehrer entlassen, wobei ihnen das Recht, sich auf pädagogischem Gebiete fernerhin zu betätigen, genommen und nicht einmal der Versuch gemacht wird, ihnen die Gründe dieser Entlassung anzugeben (Moskauer Kreis); die Lehrer werden gehetzt, wie z. B. im Beschetzker Kreise, wo eine Lehrerin Selbstmord beging; es gibt Fälle, wo die Lehrer von blödsinnigen Kommunisten

[20]) Iswestija, 4. April 1929.

[21]) Jaroslawsky, Na antireligiosnom fronte, Sowjetausgabe, S. 115 und 119.

[22]) Stenogr. Bericht des XIII. Kommun. Kongresses, S. 480.

einer radikalen Enteignung unterzogen werden . . .[23]) Dazu kommt noch eine unter den kommunistischen Bürokraten weit verbreitete Unsitte, die ihnen unterstellten Frauen zur Notzucht zu zwingen. Die Lehrerinnen haben darunter ebenfalls furchtbar zu leiden. Eine kommunistische Lehrerzeitung hat darüber unlängst einen zusammenfassenden Aufsatz gebracht, und diese Erscheinung als eine „bei uns nicht selten vorkommende Jagd auf lebende Menschen" bezeichnet.[24])

Die materielle Lage des Lehrerstandes ist kümmerlich. Laut der kompetenten Angabe des Bildungs-Kommissars Lunartscharsky bekam ein Schullehrer des inneren Rußland (RSFSR.) Ende 1926 „nur zwei Drittel des Durchschnittslohnes eines Arbeiters und überhaupt nur ein wenig mehr als die Hälfte seines doch eigentlich kläglichen Gehaltes während der kaiserlichen Zeit".[25]) Nach Feststellungen einer speziellen Untersuchung, die im selben Jahre von der Arbeiter- und Bauern-Inspektion durchgeführt wurde, erreichte das Gehalt der Lehrer nur 47 Prozent des Vorkriegseinkommens. Im Laufe der Jahre 1927 bis 1929 ist das Gehalt der Lehrer durchschnittlich um 34,7 Prozent gestiegen; es erreichte in den städtischen Schulen kaum 80 Sowjetrubel monatlich und in den Dorfschulen kaum 50 Sowjetrubel. Die Zeitschrift der kommunistischen Gewerkschaften bemerkt dazu, daß ein einfacher Verkäufer im Kurzwarenladen mehr Gehalt bezieht, als der Lehrer einer städtischen Elementarschule.[26]) Um sich die materielle Not des Lehrerstandes zu vergegenwärtigen, muß man aber noch beachten, daß die Kaufkraft eines Tscherwonetz-Rubels im September 1929 nur 45,9 Prozent des Vorkriegsrubels betrug und im Privathandel nicht mehr als 23—33 Kopeken ausmachte.[27]) Dabei werden die Gehälter auch noch ganz unregelmäßig ausgezahlt und durch verschiedene obligatorische Abzüge noch bedeutend geschmälert. Was aber die letzte Steigerung der Lehrergehälter (ab 1. Oktober 1930) anbetrifft, so hat sie nur die Bedeutung einer Inflations-Steigerung und ändert nichts an der Sache. Der Zuschlag ist so gering, daß der Nominallohn eines Dorfschullehrers hinter dem Gehalte eines Tagelöhners in der Metallindustrie oder eines Trans-

[23]) Aufsatz der Frau Lübimowa in der Prawda, 1930, 6. Juli. Russisch: „golowotjapskije slutschai raskulatschiwanija".

[24]) Siehe in den Aufsätzen dieses Sammelwerkes genauere Angaben: „Die Ehe und die Lage der Frau" und „Kommunismus als Beamtenherrschaft".

[25]) Iswestija, 1926, Nr. 224.

[26]) Woprossy Truda, 1930, Nr. 5.

[27]) Ekonomitscheskoje Obosrenije, 1929, Nr. 8. Berechnet vom Sowjet-Institut für Konjunkturforschung.

portarbeiters nach wie vor bleibt. Der entsprechende Reallohn wird aber bei unaufhaltsam steigenden Preisen des Privatmarktes und bei versagender Versorgung des Staats-Handelsapparates, auf einem katastrophalen Niveau bleiben. Der Lehrerstand des Sowjetstaates wird weiter mit seinem Elend heldenhaft zu kämpfen haben.

Die Folge ist eine ständig wachsende *Flucht aus dem Lehrerstande*. Die Gesuche um Entlassung werden immer häufiger; auf dem Arbeitsmarkte besteht eine große Disproportion zwischen hoher Nachfrage und geringem Angebot; die neu errichteten „Lehrerkurse“ können nur ein Drittel ihrer Kontingente ausfüllen[28]) usw. Der Lehrer zieht es vor, mit physischer Arbeit sein Brot zu erwerben und seine Familie zu ernähren. . . .

Wie es mit dem *Schulbudget* steht, kann daraus ersehen werden, daß der hohe Voranschlag des Fünfjahresplans selbst von den Kommunisten nicht optimistisch beurteilt wird. Auch wenn dieser übertriebene und aussichtslose Voranschlag 1928—1932 durchgeführt werden sollte, so würde nur folgendes „erreicht“ sein: „Am Ende der fünfjährigen Periode wird die Höhe der Ausgaben für Unterricht und Instandsetzung der Schulen auf dem Gebiete der Elementarschule nur 81 Prozent des Vorkriegsniveaus erreichen; die Auslagen aber für die mittlere Bildungsschule, pro Kopf gerechnet, — nur 50 Prozent des Vorkriegsniveaus. Diese Zahlen bedeuten, daß unsere Bildungsschule, die bei uns als polytechnische bezeichnet wird . . . nicht die Möglichkeit haben wird, den Schülern diejenigen Fertigkeiten beizubringen, . . . die für sie notwendig sind, um baldigst technisch geschulte Arbeiter zu werden.“[30])

Ein härteres Urteil über das ganze System der kommunistischen Volksbildung könnte der schlimmste Feind nicht fällen. Die Tatsachen sprechen für sich.

---

[28]) Vgl. Bubnofs Rede. Prawda, 1930, VII. 3; und den Aufsatz der Frau Lübimowa, Prawda, 1930, VII. 6.
[30]) Iswestija, 1929, 10. Mai.

Die Hochschule

Von Professor N. Timaschew

Das Wohl des Volkes

Eine wenn auch sehr kühne Staatsgewalt unternimmt Reformen, nicht um theoretische Sätze festzustellen und zu beweisen, sondern um das Wohl der Nation zu heben, wobei selbstverständlich auch schwere Fehler unterlaufen können. In einem normalen Staatswesen kann die Staatsgewalt nicht anders handeln; sie ist ein Bestandteil des gegebenen Volkskörpers; das Wohl und Wehe *dieses* Körpers ist für die Staatsgewalt entscheidend, und der Gedanke durch ein „experimentum in corpore vili“ eine bessere Zukunft für andere Staatswesen oder auch für die Menschheit als Ganzes zu erfinden, kann in ihren Trägern nicht einmal auftauchen.

Ganz anders ist die Lage der Dinge in Sowjetrußland. Für die daselbst bestehende internationalistische Staatsgewalt bedeutet der russische Volkskörper nicht mehr und nicht weniger als jeder andere. Der geschichtliche Zufall hat es gewollt, daß gerade hier die kommunistische Revolution anfangen durfte. Dem Volkskörper steht diese Staatsgewalt aus *dem Grunde fremd gegenüber, weil sie prinzipiell die Teilung der Menschheit in Nationen verneint* und in sich den Kern einer internationalen Gewalt sieht. Was sie in Rußland tut, wird nicht durch Vorstellungen über Wohl und Wehe des russischen Volkes bestimmt. Das russische Volk ist für sie nur ein Sprungbrett, um in das künftige universale proletarische Weltreich nach den gleichsam a priori als unerschütterliches Dogma feststehenden Grundsätzen des Marxismus zu geraten.

Diese allgemeinen Eigenschaften der bolschewistischen Staatsgewalt lassen sich auf jedem Gebiete ihrer Betätigung feststellen. Als sehr günstiges Beobachtungsfeld erscheint das Gebiet des höheren Schulwesens.

Die Hochschule im modernen Staate

Die Hochschule hat im modernen Staate eine höchst wichtige soziale Funktion auszufüllen. Die in jeder Gesellschaft bestehende führende Schicht hält es im allgemeinen für nötig, ihrem Nachwuchs die Möglichkeit des Hochschulbesuchs zu eröffnen, und der enorme Zudrang zur Hochschule aus emporstrebenden Kreisen der Gesellschaft erklärt sich nicht so sehr durch den Wissensdurst, als durch das Verständnis der Bedeutung des Hochschuldiploms für den sozialen Aufstieg. Es wäre möglich, eine Stufenleiter der Staaten je nach dem Grade der Zugänglichkeit der Hochschule für Elemente der nichtführenden sozialen Schichten aufzubauen. Diese Stufen-

leiter könnte zugleich als ein gewisses Kriterium für den „Demokratismus“ der entsprechenden Staaten angesehen und gebraucht werden. Die Dünnheit der führenden Schicht in Rußland im Zusammenhange mit dem ganz außerordentlichen, amerikanischen Tempo des Aufstiegs der letzten Jahrzehnte vor dem Kriege, machte es nötig, der Hochschule eine bedeutende Anzahl von jungen Leuten zuzuführen, die nicht aus der gegebenen herrschenden Schicht stammten und deren Eltern keine Hochschulbildung besaßen. Eine massenhafte Befreiung der Studenten von der Zahlung der Lehrgelder sowie die Bereitstellung zahlreicher Stipendien gab diesen jungen Leuten die Möglichkeit, sich dem Studium zuzuwenden und nach dessen Absolvierung die Reihen der führenden Schicht zu ergänzen.

Die Hochschule ist aber noch etwas anderes. Sie ist die Stätte, wo der freie wissenschaftliche Gedanke — sei es der rein theoretische oder der angewandte — kultiviert wird. Der moderne Staat, der aus dem Gedanken der Relativität der menschlichen Erkenntnis der Wahrheit ausgeht, überläßt es den Dienern der Wissenschaft, die gegebene Erkenntnis der Wahrheit durch freien Kampf der Meinungen zu fördern und den Nachwuchs dazu anzuleiten. Um die Arbeit wirklich frei zu machen, gibt der moderne Staat den Hochschullehrern eine an die Unabhängigkeit der Richter erinnernde Selbständigkeit — (es ist fast ebenso schwer einen Ordinarius aus der Universität zu entfernen, wie einen Richter abzusetzen) — und der Hochschule eine weitgehende Autonomie.

Die russische Hochschule und ihre Ablehnung

Im Laufe des XIX. Jahrhunderts war die russische Hochschule allmählich auf die Stufe gelangt, auf der sich die Hochschule eines modernen Staates befinden muß. Seit Mitte des XIX. Jahrhunderts wurde die wissenschaftliche Forschung praktisch freigegeben, und im Anfang des XX. Jahrhunderts kam es zur Erkämpfung der lange ersehnten Autonomie. Zuwiderhandlungen von einzelnen Regierungsvertretern gegen die letztere wurden als Rechtsbrüche erfaßt, und dies nicht nur von der Gesellschaft, sondern auch von so hohen Körperschaften, wie es der Staatsrat gewesen ist.[1])

Die demokratisch gerichtete, autonom organisierte und auf dem Prinzip der Freiheit der Forschung aufgebaute Hochschule konnte den Kommunisten keineswegs genehm sein. Sie haben von Anfang an empfunden, daß eine derartige Hochschule ihren Zwecken nicht dienen konnte. So haben sie recht bald mit einem Experimentieren begonnen, welches immer verhängnisvoller wurde, da es ohne irgendwelchen Plan an-

[1]) Dies ist im berühmten Fall Grimm geschehen, der vom Minister für Volksaufklärung widerrechtlich versetzt wurde.

gegriffen und geführt wurde. Erst allmählich klärte sich für die Bolschewiken die Aufgabe. Wie der Volkskommissar für Volksaufklärung, Lunatscharsky, sich auf dem Gelehrtentage im Februar 1927 ausgedrückt hat, steht die Sowjetregierung vor den Aufgaben der Anpassung der alten Hochschullehrer an die neuen Verhältnisse und ihrer Ersetzung durch den proletarischen Nachwuchs, der Proletarisierung der Studentenschaft und der Ersetzung der „bürgerlichen Scheinwissenschaft“ durch die allein richtige marxistische Lehre.[2]) Demgemäß lassen sich die Experimente der Sowjetregierung auf dem Gebiete der Hochschule in drei Gruppen einteilen: 1. Experimente an der Studentenschaft; 2. Experimente an den Lehrplänen und Programmen und 3. Experimente an der Professur.

Die Studentenschaft

Wie Lunatscharsky a. a. O. gesagt hat, war die zu der Zeit der Revolution vorhandene, obwohl recht demokratische, und politisch meist radikal gesinnte Studentenschaft für die Zwecke der neuen Regierung einfach unbrauchbar. Es wurde zunächst der Versuch gemacht, die im vorrevolutionären Rußland vorhandene Form der Auslese einfach abzuschaffen und den Hochschulbesuch allen freizustellen. Das berühmte Dekret vom 8. August 1918 erlaubte es jedem Bürger der RSFSR., der das 16. Lebensjahr überschritten hat, sich in jede beliebige Hochschule eintragen zu lassen. Zeugnisse durften nicht mehr verlangt werden; allerart Eintrittsprüfungen wurden verboten.

Der Grundgedanke der Bestimmung ist klar. Mittelschulkenntnisse waren „ein Privileg“ der führenden und der emporstrebenden Schichten der alten Gesellschaft. Die Arbeiter- und Bauernmassen zählten in ihrem Nachwuchse eine verhältnismäßig geringe Zahl von Jünglingen und Mädchen, deren Kenntnisse den Eintrittsbedingungen der Hochschule entsprachen. Nun waren aber offiziell gerade „die Arbeiter“ und „die Bauern“ zur Macht gelangt. Ihr Nachwuchs wollte möglichst schnell an die „wirkliche Führung“ kommen. Die natürliche Lösung — massenhafte Einführung von Arbeiter- und Bauernkindern in die Mittelschule (in die Volksschule gelangte schon im vorrevolutionären Rußland die Mehrzahl) — entsprach aber den politischen Absichten der experimentierenden Staatsgewalt nicht. Ergebnisse waren auf diesem Wege nur nach langen Jahren zu erwarten, und die neuen Träger der Staatsgewalt glaubten damals gar nicht, daß ihrem Experimentieren ein langer Zeitraum zur Verfügung stehen würde.

Abschaffung der Vorstudien

So wurden die verblüffenden Sätze aufgestellt: lange Vorstudien seien nur für die verwöhnten Kinder aus bürgerlichen

[2]) Siehe „Narodnoje Prosweschenije“. 1927. N. 2. S. 6—7.

Klassen nötig gewesen; tatkräftige Jünglinge und Mädchen aus proletarischen Kreisen brauchten zum Hochschulstudium keiner besonderen Vorbereitung; was ihnen fehlt, könnte auch während des Studiums erlernt werden. So sollte der von Natur aus bevorzugte proletarische Nachwuchs die bürgerliche Jugend auf dem Wege der freien Konkurrenz besiegen.

Dieses erste Experiment hat sich als ein vollkommener Fehlschlag erwiesen. Im Herbst 1918 ist das Dekret vom 6. August 1918 fast ohne Wirkung geblieben, einfach aus dem Grunde, weil es unmöglich war, die von ihm betroffenen Kreise von den neuen „Vergünstigungen" in Kenntnis zu setzen. Im Herbst 1919 war aber die allgemeine Lage der Dinge eine derartige, daß an das Studium überhaupt nicht zu denken war, so daß die Hörsäle der Hochschulen einfach leer blieben. Ein massenhafter Zufluß von Analphabeten und halbgebildeten Elementen, dem die Professur besorgt entgegensah und den die Regierung erwartete, war ausgeblieben. Vereinzelte Jünglinge, die das neue Recht ausnutzen wollten, haben aber recht bald einsehen müssen, daß das akademische Studium ohne Mittelschulbildung ein Ding der Unmöglichkeit ist. Immerhin hat sich das Vorhandensein gänzlich unvorbereiteter Elemente als eine Störung erwiesen. Die Regierung wurde durch Vorstellungen der Professur zu einem teilweisen Rückzug bewogen. Ohne das Dekret vom 6. August 1918 aufzuheben, hat sie eine (nichtveröffentlichte) Instruktion erlassen, die es den Hochschulen gestattete, eine Prüfung des allgemeinen Bildungsgrades der sich anmeldenden jungen Leute vorzunehmen. Von dieser Genehmigung haben die meisten Hochschulen einen entsprechenden Gebrauch gemacht. Das Niveau der Kenntnisse wurde aber lange nicht den früheren Forderungen gleichgestellt, so daß die Hochschulen sich allmählich mit mindervorbereiteten Elementen zu füllen begannen.

Die Arbeiterfakultäten

Inzwischen verzichtete die Regierung auf ihren Grundgedanken nicht. Das erste Experiment war fehlgeschlagen; Arbeiter und Bauern mußten aber unbedingt der Hochschule zugeführt werden. So kam die Regierung auf den Gedanken einer „revolutionären Schule", die in kürzester Frist erwachsene Proletarier zum Besuche der Hochschule vorbereiten sollte. So ist die Institution der Arbeiterfakultäten (Rabfak) ins Leben gerufen worden. Wie die Bezeichnung verdeutlicht, sind diese Anstalten als Bestandteile der Hochschulen gedacht gewesen; sie sind auch im Jahre 1920 an einigen, vorwiegend technischen Hochschulen, errichtet worden. Der Professur wurde ein unzweideutiger Wink gegeben, an den Arbeiterfakultäten Vorlesungen zu halten; da die Lehrtätigkeit daselbst extra bezahlt wurde, und die Professur schon seit langem hungerte, wurde diesem Winke hier und da gefolgt. Allmählich sind aber auch selbständige Arbeiterfakultäten entstanden.[3])

Diese Fakultäten sind für Proletarier und für die ärmeren Bauern bestimmt. Die Zugehörigkeit zu der entsprechenden sozialen Gruppe wird auch als erste und wichtigste Aufnahmebedingung aufgefaßt. Eine gewisse Vorbildung kommt nur an zweiter Stelle; da die Zahl der sich Anmeldenden nur eine ungenügende ist, werden die entsprechenden Forderungen so niedrig wie möglich gehalten. Sie sind niedriger als die Abgangsforderungen der Volksschule; auch von diesen Forderungen wird aber manchmal abgesehen, da im anderen Falle keine genügende Anzahl von Kandidaten aus den privilegierten sozialen Schichten ausfindig gemacht werden könnte.[4])

Der Lehrgang an einer Arbeiterfakultät dauerte ursprünglich nur drei Jahre, wobei noch zu berücksichtigen ist, daß eine Anzahl von Arbeiterfakultäten einen Abendunterricht erteilte und von Arbeitern besucht wurde, die auf den Fabriken weiter tätig blieben. Erst im Herbst 1927 ist bei einem Teil der Arbeiterfakultäten eine Erhöhung des Lehrganges auf 4 Jahre erfolgt. Den Abiturienten der Arbeiterfakultäten ist aber von Anfang an der freie Zutritt zu den Hochschulen zugesichert worden. Ursprünglich fehlten selbst Abgangsprüfungen an den Arbeiterfakultäten. In dieser Beziehung ist es im Jahre 1927 zu einer Aenderung gekommen; es gibt jetzt Schlußprüfungen unter Teilnahme von Vertretern der Hochschulen. Ein Teil der Abiturienten (etwa $^1/_8$) wird während der letzten Jahre nicht der Hochschule, sondern der technischen Mittelschule zugeführt.

Ihr sozialer Bestand.

Die Abiturienten der Arbeiterfakultäten bilden jetzt 33,3 Prozent des Kontingents der jungen Studenten.[5]) Die Vorstellung aber wäre falsch, daß die übrigen zwei Drittel auf dem Wege des freien Wettbewerbes angenommen werden. Seit dem Herbst 1920 wird bei der Immatrikulierung der Studenten auf das Vorhandensein von Empfehlungen seitens der kommunistischen Partei- oder der gewerkschaftlichen Organisationen Gewicht gelegt. Seit 1923 besteht aber in der RSFSR. das System der „Klassenauslese", welches in den Einzelheiten einigen Schwankungen unterworfen ist, sich aber in den Hauptlinien durchgesetzt hat.

---

[3]) Von 65 im Jahre 1926 vorhandenen Arbeiterfakultäten waren 24 selbständig. Siehe „Narodnoje Prosweschenije w 1925—1926 godn", Moskau, 1926, S. 123 (russ.).

[4]) „Narodnoje Prosweschenije", 1927, N. 11—12, S. 126.

[5]) „Revoluzija i kultura". 1929. N. 4. S. 18.

Nach diesem System werden von den, nach Aufnahme der Abiturienten der Arbeiterfakultäten frei bleibenden Stellen[6]) 10 Prozent dem freien Wettbewerb überlassen, die übrigen 90 Prozent aber zwischen der Kommunistischen Partei, dem kommunistischen Jugendverbande und einigen Sowjetanstalten verteilt, die sie mit Kandidaten aus den privilegierten sozialen Gruppen zu besetzen haben; ausnahmsweise werden dabei Kinder der Hochschullehrer und der „unersetzbaren Spezialisten"[7]) den Arbeiterkindern gleichgestellt. Sämtliche Aspiranten werden einer Aufnahmeprüfung unterzogen, die teils ihre allgemeine Vorbildung, teils ihre Kenntnisse auf dem Gebiete des offiziellen „Politischen ABC", richtiger gesagt, des kommunistischen Parteidogmas, festzustellen hat.

Für den Herbst 1930 ist eine gewisse Aenderung der Aufnahmebedingungen vorgesehen. Die Abiturienten der Mittelschule werden ohne Aufnahmebedingungen angenommen. Statt dessen werden sie einer Empfehlung der Mittelschule bedürfen, die nur denjenigen Abiturienten zu erteilen sein wird, die eine „gesunde proletarische Ideologie" bezeugt haben.[8])

So ist die Hochschulbildung in der U. S. S. R. allmählich zu einem Privileg bestimmter sozialer Schichten geworden; dieses Privileg wird aber derartig gehandhabt, daß es in Wirklichkeit nicht zu einem Arbeiter- und Bauernprivileg, sondern zu einem Kommunistenprivileg geworden ist. Folgende Zahlen beweisen die Richtigkeit dieser Behauptung.

Während der Aufnahmeperiode des Jahres 1927[9])

	Arbeiter	Bauer	Angestellte	Uebrige
haben sich angemeldet	15 438	12 956	33 602	5 806
wurden angenommen	6 166	4 307	4 445	352
Von den Angemeldeten wurden angenommen	40 %	33 %	13 %	6 %

Im Lehrjahre 1927/1928 war die Verteilung der Studentenschaft zwischen verschiedenen sozialen Gruppen die folgende:

Arbeiter	26,9 %
Bauer	24,2 %
Angestellte	39,6 %
Uebrige	9,5 %

[6]) Die Zahl der anzunehmenden Studenten wird seit 1923 in sämtliche Hochschulen vorausbestimmt.

[7]) Eine von der Sowjetregierung erdachte Würde.

[8]) „Lehrerzeitung". 1929. N. 12 (russ.).

[9]) „Narodnoje Prosweschenije". 1927. N. 12. S. 90.

Von den im Herbste 1928 angenommenen waren 24,8 Prozent Mitglieder der Partei, 31.8 Prozent Mitglieder der kommunistischen Jugendbewegung und 43,3 Prozent Parteilose.[10])

Zur Bewertung dieser Zahlen muß angegeben werden, daß die Kommunisten etwa 1 Prozent, und die Mitglieder der kommunistischen Jugendbewegung etwa 1½ Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachten. Diese Ergebnisse scheinen aber der bolschewistischen Regierung ungenügend zu sein. Im Juli 1928 hat das Plenum des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei den Hochschulen 1000 Kommunisten extra zugeführt; derselbe Beschluß wurde auch im Jahre 1929 wiederholt. Die Parteileitung hoffte dadurch eine Auslese von zugleich gebildeten und zuverlässigen Leuten zur Verfügung zu bekommen. Wie aber in der Sowjetpresse berichtet wird, haben die Lokalorganisationen den Gedanken nicht ernst genommen und die ersten besten jungen Leute abkommandiert, die sich z. T. als vollkommen unvorbereitet erwiesen haben.[11])

Die Folgen der Klassenauslese

Das System der Klassenauslese, das je weiter desto mehr auch in der Mittelschule eine Rolle spielt, läßt sich aber nur auf Kosten der Vorbildung der Studentenschaft durchführen. Schon im Jahre 1924 mußte die Regierung zur Einsicht gelangen, daß die neue Studentenschaft im großen und ganzen zur Aufnahme wissenschaftlicher Kenntnissse ungeeignet ist. Durch ein Dekret vom 16. Mai 1924 wurde eine „akademische Säuberung" (čistka) angeordnet, die die Hochschulen von unbrauchbaren Elementen befreien sollte. Dieses Dekret hat aber keine entscheidende Besserung zur Folge gehabt, und dies aus zwei Gründen: es waren erstens mancherorts die Verhältnisse derartig, daß bei einer strengen Durchführung der Anweisungen eigentlich sämtliche Studenten zu entfernen waren.[12]) Es wurde zweitens von Anfang an anbefohlen, bei der Säuberung auf die proletarische Herkunft der Studenten Rücksicht zu nehmen und an entsprechende junge Leute nicht allzu hohe Forderungen zu stellen.

Seitdem haben sich die Dinge eigentlich nicht geändert. Ueber den heutigen Bildungsgrad der jungen Studenten geben die Aussagen derjenigen Professoren Bescheid, die an den Eintrittsprüfungen teilgenommen haben. Diese Aussagen sind trostlos. Die Aspiranten, heißt es in einem Bericht, verstehen manchmal ein geometrisches Theorem zu formulieren,

[10]) „Revolution und Kultur", 1929, Nr. 4, S. 19.

[11]) „Revolution und Kultur", 1929, Nr. 4, S. 21. — Die Nachlässigkeit der Lokalbehörden erscheint überhaupt als Ventil gegen die Strenge des Gedankens der Klassenauslese; Zeugnisse über die Zugehörigkeit zu der privilegierten Klasse werden manchmal mit größtem Leichtsinn ausgestellt — daselbst S. 17.

[12]) Prawda. 1924. N. 110.

mit dem Beweise kommen sie aber in der Regel nicht vorwärts. Algebraische Formeln sind ihnen bekannt, nicht aber die Art ihrer Handhabung. Die Werke der russischen Klassiker scheinen ihnen nicht aus unmittelbarer Anschauung, sondern durch Wiedergabe in den Lehrbüchern bekannt zu sein. Ueber historische Tatsachen haben sie keine Ahnung. Selbst über die Sowjetverfassung, ein in der heutigen Mittelschule durchaus wichtiges Fach, sind die Aspiranten im Unklaren.[13])

Da in den letzten Jahren die Regierung auf die Handhabung der Klassenauslese besonderes Gewicht legt, entstehen neue Bräuche, die die Lage nur verschlimmern. In einigen Hochschulen werden Jünglinge aus Arbeiter- und Bauernkreisen auch dann angenommen, wenn sie nicht sämtliche Prüfungen bestanden haben, was bei der Geringfügigkeit der Forderungen von einer vollkommenen Unwissenheit zeugt.[14])

Die Resultate des Experimentes der Zuführung von unvorbereiteten Elementen zum Hochschulstudium sind begreiflich; d i e H o c h s c h u l e w i r d e i g e n t l i c h z u r M i t t e l s c h u l e, weil daselbst Unterricht erteilt wird, der überall zur Mittelschulbildung gehört; oder aber es wird beim Vortragen höherer Materien ungemein viel Zeit für Erläuterungen verwendet, die jedem Abiturienten bekannt sein sollten.[15]) Diese Betrachtungen führen uns aber zu der nächsten Serie der Hochschulexperimente der Sowjetregierung, nämlich zu den Experimenten auf dem Gebiete der Programme.

Das Programm

In Bezug auf die Programme haben sich die Kommunisten ziemlich lange jedes Experimentierens enthalten. Bis 1920 sind die Lehrpläne der Hochschulen im großen und ganzen die alten geblieben. Veränderte Verhältnisse machten selbstverständlich die Umstellung der Programme der juristischen und nationalökonomischen Fächer nötig. Diese Umstellung ist im Wege der damals formell noch nicht beeinträchtigten Autonomie der Hochschule durchgesetzt worden.

Im Jahre 1920 kam die Sowjetregierung unter dem Einflusse von Professor Ossadtschij, der unter dem Zarenregime die Stellung des Leiters des Post- und Telegraphenamtes bekleidete, später aber derart evolutionierte, daß er im bekannten Schachty-Prozeß (Mai—Juli 1928) als öffentlicher Ankläger gegen seine Kollegen auftreten konnte, auf den unglücklichen Gedanken, die Dauer des Studiums abzukürzen.

[13]) „Die Volksaufklärung", 1927, Nr. 11—12, S. 117—118.
[14]) „Lehrerzeitung", 24. März 1929.
[15]) „Die Volksaufklärung", 1928, Nr. 6, S. 101, „Lehrerzeitung", 24. März 1929.

Diese Dauer betrug im vorrevolutionären Rußland in der Regel 4 Jahre, auf den medizinischen Fakultäten und den meisten Technischen Hochschulen aber 5 Jahre. Die Sowjetregierung beschloß nun, das Studium nur 3 Jahre dauern zu lassen — um die akademischen Lehrkräfte und die Anstalten selbst besser zu verwerten. Um dies zu erreichen, mußten sämtliche Programme umgeformt werden, und zwar vom Standpunkte einer engen Spezialisierung. Die Hochschule sollte von nun an nicht mehr wissenschaftlich gebildete, sondern f a c h t e c h n i s c h e i n g e p a u k t e j u n g e L e u t e zur praktischen Tätigkeit vorbereiten. Es kam dabei so weit, daß der Gedanke, den mathematischen Unterricht aus den Technischen Hochschulen auszumerzen, ernst erwogen werden konnte.

Es muß bemerkt werden, daß dem Begriffe „dreijähriges Studium" unter den damaligen Verhältnissen eine ganz andere Bedeutung zukam, als demselben Begriffe in anderen Ländern, z. B. in Deutschland. Hierzulande bedeutet das dreijährige Studium nur, daß der Student nach dem angegebenen Zeitraum sich der Staatsprüfung unterziehen darf. In Sowjetrußland aber bedeutete „Dreijähriges Studium" die Maximaldauer eines Stipendiums, ohne welches es dem Studenten in diesen Jahren direkt unmöglich war, irgendwie auszukommen, da weder an Zuschüsse von Hause, noch an selbständigen Erwerb zu denken war.

Das Experiment hat sich nach einem Jahr als vollkommener Mißgriff erwiesen. Nur in Ausnahmefällen haben die im Herbst 1920 angenommenen Studenten bis zum Herbst 1921 den Lehrplan des ersten Studienjahres irgendwie durcharbeiten können. Die Mehrzahl hat kaum die Hälfte der vorgesehenen Prüfungen bestanden. Ohne die Reform aufzuheben, hat die Regierung zugeben müssen, daß das Studium auch länger als 3 Jahre dauern dürfe. Die unsinnige Verteilung der Fächer hat aber noch mehrere Jahre gedauert und nicht wenig zu den unbefriedigenden Zuständen beigetragen, die die oben geschilderte akademische Säuberung des Jahres 1924 verursachten. Nach einer von der „Prawda" unternommenen Rundfrage hatten die jungen Studenten gleichzeitig 15 bis 19 Lehrfächer durchzuarbeiten.[16])

Inzwischen hatte die Regierung den Beschluß gefaßt, die Aufstellung der Programme den Professoren zu entziehen und in eigene Hände zu übernehmen. Es ist beim Volkskommissariat für Volksaufklärung ein „Staatlicher wissenschaftlicher Rat" gebildet worden, der fast ausschließlich durch Kommunisten besetzt wird. Diesem Rate ist die Aufgabe erteilt wor-

[16]) Prawda, 1924, Nr. 101.

den, nicht nur die Lehrpläne, sondern auch ausführliche Programme aufzustellen. Der wissenschaftliche Rat hat mit den sozialen Fächern (juristischen und nationalökonomischen) angefangen und bis in die Einzelheiten gehende Programme des Unterrichts fertiggestellt, die selbstverständlich und ausschließlich dem orthodoxen Marxismus huldigen. Für die strenge Befolgung dieser Programme sorgen die kommunistischen Zellen, die von jeder Abweichung die zuständige Behörde in Kenntnis setzen.

Dies ist das Wesen der zweiten Reform der Lehrpläne, die als „Reform 1923" bezeichnet wird. Im Jahre 1926 hat eine dritte Reform sattgefunden, die zum großen Teil als Gegenreform zu derjenigen des Jahres 1920 erscheint. Die Dauer des Studiums ist wieder auf 4 bzw. 5 Jahre erhöht worden. Der Gedanke der engen Spezialisierung wurde aufgegeben. Dagegen erscheint die Reform 1926 keinesfalls als eine Gegenreform zu derjenigen des Jahres 1923.

In der neuesten Zeit scheint es zu einem neuen, vierten Experiment auf dem Gebiete der Programme zu kommen. Seit Mitte 1928 wird in der Sowjetpresse der Gedanke einer Angliederung des Unterrichts an die wirtschaftliche Produktion gehegt. Es ist der Gedanke einer „ununterbrochenen Praxis" aufgetaucht, der eigentlich gerade das Gegenteil seiner Bezeichnung bedeutet. Mit der Durchführung dieses Gedankens ist im Winter 1928/29 begonnen worden. Jeder Student soll jetzt in der Regel zwei Wochen studieren und dann eine Woche auf einer Fabrik oder einer Anstalt verbringen, dann wieder studieren, dann wieder arbeiten usw. Ueber die Durchführung dieses Gedankens werden in der Sowjetpresse ganz merkwürdige Dinge berichtet. Es heißt, daß die sogenannten Praktikanten zum Tragen von Säcken, zum Waschen von Fußböden, zur Leistung von Nachtwächterdiensten usw. gebraucht werden, wobei sie häufig unter die Befehlsgewalt von 16- bis 17 jährigen Arbeitern gelangen.

Diese „ununterbrochene Praxis" muß das Studium im höchsten Maße stören. Eine Erhöhung der Zahl der Studienjahre wäre unter diesen Umständen eine Selbstverständlichkeit. Wie aber in der Sowjetpresse berichtet wird, denkt die Sowjetregierung wieder an eine Kürzung des Studiums.

Die Professur

3. Der ewige Wechsel in den Lehrplänen und den Programmen mußte die Arbeit der Professur zu einer ungemein schwierigen machen. Das Leben des Hochschullehrers unter dem Sowjetregime ist aber an und für sich ein wahres Martyrium.

Das erste, die Professur betreffende Experiment, wurde mit dem Dekret vom 5. Oktober 1918 unternommen. Dieses Dekret schaffte das vorrevolutionäre System der Vorbereitung zur akademischen Laufbahn ab, ohne es durch ein anderes zu ersetzen. Es schaffte außerdem die alte Stufenleiter der akademischen Rangwürden ab und teilte sämtliche Lehrer in zwei Klassen: Professoren und Dozenten, ein, wobei der Rang eines Professors jedem akademischen Lehrer verliehen wurde, der mindestens 3 Jahre selbständig Vorträge gehalten hatte.

Es wurde zugleich anbefohlen, sämtliche akademische Lehrer, die ihre Stellungen mehr als zehn Jahre innehatten, Neuwahlen zu unterziehen.

Sämtliche Bestimmungen des Dekretes vom 5. Oktober 1918 waren durch einen leitenden Gedanken diktiert: es sollten *den jüngeren Kräften* die Bahn geebnet werden; die Senate der Hochschulen, die statutenmäßig nur aus Professoren bestanden, sollten erneuert und verjüngt werden. Die vom Druck der „Alten" befreiten „Jungen" sollten dadurch *regierungsfreundlich* gemacht werden, und die der Regierung erwünschten Reformen entgegenkommend durchführen.

Zur Zeit dieses ersten Experimentes war aber die Autonomie der Hochschulen noch da. Die führenden Stellungen — diejenigen der Rektoren und der Dekane — waren überall von „wirklichen" Professoren (und nicht von sogenannten „Sowjetprofessoren") besetzt. Die Neuwahlen haben daher ausnahmslos zur Wiederwahl der betreffenden Personen geführt.

Allmählich sah die Regierung ein, daß das bei ihr beliebte System der „inneren Explosion" (*die alten Korporationen werden durch ihre eigenen, auf die Seite der Regierung übertretenden Mitglieder untergraben*) in akademischen Kreisen zu keinem Erfolg führen konnte. Die Professur schloß sich zusammen, gelassen und opferbereit ihre akademische Würde und Freiheit behauptend. Im Laufe der ersten 5 Revolutionsjahre zählte das Hochschullehramt in Rußland über 50, aus verschiedenen Anlässen erschossene Professoren und über 100 in Elend und Hunger gestorbene Gelehrte; die Verhaftungen waren nicht zu zählen. Nach einem kurzen Versuche, die Autonomie der Hochschule zu begrenzen, ohne sie vollkommen abzuschaffen, und nach einer beispiellosen Säuberungsaktion in Form der Verbannung einer beträchtlichen Anzahl von Hochschullehrern, die besonders mutig ihre unabhängige Weltanschauung bekundeten, wurde im Jahre 1922 (Herbst) eine neue Hochschulordnung erlassen, die die Autonomie der Hochschulen vollkommen vernichtete.

Das Ende der Autonomie

Von nun an werden die Hochschulen durch 3—5 köpfige Direktionen geleitet, die durch das Volkskommissariat für Aufklärung *ernannt werden.* Es dürfen zwar die Professorenkollegien ihre Kandidaten vorschlagen, diese Vorschläge haben aber keine verbindliche Kraft.

Was die Ernennungsgewalt des Volkskommissariats bedeutet, erhellt aus folgenden Zahlen. An 71 Hochschulen der RSFSR. gibt es 30 Kommunisten als Rektoren (Vorstände der Direktionen) und 122 kommunistische Mitglieder der Direktionen gegen 133 Parteilose,[17]) und dies, trotzdem es unter den Professoren nur 4,6 Prozent und unter den jüngeren akademischen Arbeitern nur 8,6 Prozent Kommunisten gibt.[18]) In den Arbeiterfakultäten haben die Kommunisten sämtliche Direktionsstellen inne, und dies trotz der Tatsache, daß sie in der Lehrerschaft nicht mehr als 11 Prozent ausmachen.[19])

Die neu errichteten Direktionen haben in den Hochschulen wahrlich diktatorische Gewalt; sie ernennen u. a. die Präsidien der Fakultäten und die akademischen Lehrer niederer Ränge — die Ernennung der Professoren gehört zu den Funktionen des obenerwähnten „staatlichen wissenschaftlichen Rates". Die Senate der Hochschulen, die in früheren Zeiten ausschließlich aus Professoren bestanden hatten, werden nunmehr aus sämtlichen Mitgliedern der Direktionen, den Dekanen der Fakultäten, je 5 Vertretern der Professoren, der Dozenten und der Studenten und zahlreichen, von verschiedenen Behörden und Anstalten ernannten Mitgliedern gebildet, und sind zu rein dekorativen Organen geworden, da ihre Beschlüsse der Bestätigung der Direktionen oder des Volkskommissariats bedürfen. Auf gleichen Grundsätzen werden auch die Senate der Fakultäten gebildet. *Fakultäten als wissenschaftliche Körperschaften bestehen nicht mehr.*

Auf der Grundlage der neuen Hochschulordnung ist die Professur einer langsamen Zermalmung unterworfen worden. Zahlreiche akademische Lehrer, die etwas selbständiger auftraten und trotzdem in die Liste der im Jahre 1922 Verbannten nicht aufgenommen wurden, wurden durch die Direktionen abgesetzt oder dadurch zum Abgange genötigt, daß ihnen keine Lehraufträge mehr erteilt wurden. Je weiter desto mehr wurde der Grundsatz an den Tag gelegt, daß zu der Beibehaltung der Stellung eines akademischen Lehrers *eine politisch neutrale Stellung nicht genüge* und eine aktive Betätigung auf dem Felde des „sozialistischen

[17]) „Narodnoje Prosweschenije w 1925—1926 godn", S. 110.
[18]) „Narodnoje Prosweschenije", 1929, N. 2, S. 11—12.
[19]) „Narodnoje Prosweschenije w 1925—1926 godn", S. 125.

Neubaues" erforderlich sei. Die Professur ist allmählich genötigt worden, in die rote „Gewerkschaft der Arbeiter der Volksaufklärung" einzutreten, wogegen sie sich jahrelang gewehrt hatte. Dadurch ist für sie ein neues Bezwingungsmittel entstanden, da die Mitglieder der „roten Gewerkschaften" einer strengen Disziplin unterliegen und zum Vollzug gewisser Handlungen verpflichtet sind.[20]) Nur durch die Zusammenfassung der Professur in gewerkschaftliche Organisationen ist es möglich geworden, der erstaunten Welt mitzuteilen, daß Rußlands akademische Lehrer den Tod Lenins als eine schwere Einbuße beweinen, daß sie jede kritische Aeußerung über das Sowjetland in der auswärtigen Presse ablehnen, daß sie für strenge Bestrafung der „Schachty-Verräter" eintreten usw.

Sehr bezeichnend sind auch die Neuwahlen zur Akademie der Wissenschaft, die im Januar 1929 stattgefunden haben. Unter dem Drucke der Regierung wurden in die Kandidatenlisten mehrere prominente Kommunisten aufgenommen (u. a. Bucharin und Lunatscharskys Gehilfe Pokrowsky). Bei der geheimen Wahl sind mehrere derartige Kandidaten gewählt worden, drei sind aber durchgefallen. Nun erbat das Präsidium der Akademie die Genehmigung, die Wahlen zu wiederholen (was statutenmäßig unzulässig war); bei diesen Neuwahlen sind die drei Regierungskandidaten doch zu Rußlands Akademikern geworden.

Der innere Wert solcher Handlungen und Aeußerungen ist im Lande gut genug bekannt. Sie sind immerhin nicht bedeutungslos. Indem die Regierung die Professoren zwingt, an derartigen Demonstrationen teilzunehmen, bricht sie den Rest des oppositionellen Geistes innerhalb der Professur, da bekanntermaßen eine Erniedrigung, zu welcher jemand gezwungen worden ist, eine gewisse Depression zur Folge hat, die für jede oppositionelle Betätigung höchst ungünstig ist.

Die Säuberung

Diese, auf dem Wege der Erniedrigung der Professur erzielten Erfolge, erscheinen der Regierung doch noch ungenügend. So beschloß sie Anfang 1929, die Professur einer gründlichen Säuberung zu unterziehen. Es wurde der schon im Jahre 1918 aufgetauchte Gedanke der Neuwahlen wieder aufgenommen. Sämtliche Hochschullehrer, die mehr als 10 Jahre akademischer Laufbahn hinter sich hatten, mußten dieser Prozedur unterzogen werden. Die Mißerfolge des Jahres 1928 wurden jedoch berücksichtigt. So wurde die Professur in Serien geteilt, und die erste Serie aus einigen Hoch-

[20]) So sind sie z. B. dem Statute nach verpflichtet der Verbreitung der kommunistischen Revolution in der ganzen Welt zu helfen und dergl. mehr.

schulen in Moskau, Leningrad und Woronesch gebildet. Weit wichtiger ist aber die Neugestaltung der wählenden Körperschaften. Damals, im Jahre 1918, waren es die Professorenkollegien, die selbstverständlich auf den Gedanken einer „Professorensäuberung" nicht eingingen. Jetzt wurden zur Durchführung von Neuwahlen Kollegien recht unbestimmter Zusammensetzung ins Leben gerufen. Studenten, Mitglieder gewerkschaftlicher Verbände und akademische Lehrer durften an denselben teilnehmen. Ein der Neuwahl unterzogener Gelehrter hatte vor einem derartigen Kollegium mit einem Berichte aufzutreten, in welchem er seine wissenschaftliche Tätigkeit und seine Teilnahme am öffentlichen Leben zu schildern hatte. Darauf konnte jedes Mitglied an dem Gelehrten Kritik üben, und zum Schluß bestimmte das Kollegium durch öffentliche Abstimmung, ob die Beibehaltung oder die Entfernung des der Prozedur unterzogenen Gelehrten zu empfehlen sei. Die Entscheidung ist dem staatlichen wissenschaftlichen Rate oder den Hochschuldirektionen (je nach dem Range des Geprüften) reserviert geblieben.

Das Schlagwort der Neuwahlen ist von einem gewissen Wyschinsky, der seinerzeit zusammen mit Ossadtschij als öffentlicher Ankläger im Schachty-Prozeß aufgetreten ist, und dann zum Leiter des Hochschulamts innerhalb des Volkskommissariats für Volksaufklärung befördert worden war, aufgestellt worden. In einer Rede, die er in Moskau gehalten hatte, hat er den Satz aufgestellt, daß heutzutage eine politische Neutralität seitens der Professur nicht genügen könne; die Professoren müßten vielmehr an dem Neubau der sozialistischen Gesellschaft aktiv teilnehmen oder ihre Aemter niederlegen.[21]) Nur in zweiter Linie sollten rein akademische Gesichtspunkte in Betracht gezogen werden; in dieser Beziehung sollte die Säuberung zur Entfernung derjenigen Professoren dienen, die aus „Passivität oder gar Feindseligkeit dem neuen Regime gegenüber gar nicht oder sehr wenig für die Vorbereitung eines sozialistisch gesinnten wissenschaftlichen Nachwuchses sorgen wollen."[22])

Diese Säuberung hat auch wirklich stattgefunden und zu vielen dramatischen Vorgängen geführt. Nur wenige Professoren haben den Mut gehabt, die ihnen zugemutete Erniedrigung mit einem „Nein" von sich zu weisen. Die übrigen haben sich der Prozedur unterworfen, was ihnen nicht zu verdenken ist, da in einem kommunistischen Staate einem seines Amtes enthobenen Gelehrten nur der Hungertod übrig bleibt. Auf den „Prüfungsversammlungen" sind manchmal Studenten aufgetreten, die es versucht haben, ihre

[21]) „Wetschernjaja Moskwa", 1929, 20. Juni.
[22]) „Ekonomitscheskaja Shisn", 1929, 25. Mai.

persönlichen, durch allgemeine Unbildung oder Faulheit hervorgerufenen Mißerfolge, an den Gelehrten zu vergelten. Seltener sind akademische Lehrer aufgetreten; einige haben sich auch ganz unwürdig verhalten und ihren Kollegen vorgeworfen, der verbotenen idealistischen Weltanschauung weiter zu huldigen und den Geboten Wyschynskys nicht zu gehorchen. Ganz passiv haben sich die Arbeiter verhalten.

Ein Massenerfolg ist jedenfalls ausgeblieben, was durch die Spitzenverbände innerhalb der Gewerkschaft der Arbeiter der Volksaufklärung offen zugegeben worden ist.[23]) Es muß in Betracht gezogen werden, daß es sich nur um die erste Serie handelte und daß die Prozedur der Neuwahlen weiter durchgeführt wird. Ihre deprimierende Wirkung auf die Gesamtheit der Professur kann man sich kaum vorstellen.

Zusammenfassung

Wenn man das oben Gesagte zusammenfaßt, so muß man zum Schlusse kommen, daß es der bolschewistischen Regierung gelingt, ihre Experimente rücksichtslos durchzusetzen. Die Studentenschaft ist zum größten Teil proletarisiert; die alte Professur ist entweder abgesetzt oder so eingeschüchtert und überwacht, daß regierungsfeindliche Vorträge kaum mehr möglich sind, und die Programme sind dem Standpunkte des allein heilbringenden Marxismus angepaßt.

Auch in einer anderen Hinsicht könnte die Sowjetregierung zufrieden sein: quantitativ hat die „Hochschulbildung" im Vergleiche mit der vorrevolutionären Zeit stark zugenommen. An Stelle von 97 Hochschulen mit 10 000 Studenten, die im Jahre 1915 vorhanden waren, gibt es heutzutage in der Sowjetunion 139 „Hochschulen" mit 164 000 „Studenten". Dieser zahlenmäßige Zuwachs sowie die Vollendung des Kunststückes einer „proletarischen Hochschule" ist allerdings teuer erkauft worden, nämlich mit einem unerhörten qualitativen Rückgang.

[23]) „Trud", 1929, 26. Juli.

Alles vergeht. Es gibt in der Geschichte nichts von ewiger Dauer; auch keine ewigen Revolutionen und keine ewigen Diktaturen. „Die Stärke des Staates beruht auf den großen Männern, die ihm zur rechten Stunde geboren werden", sagte Friedrich der Große. Diese rechte Stunde wird einmal auch für Rußland schlagen.

In fester Zuversicht harren wir ihrer. Die Seele eines Volkes wird durch Leiden geläutert — zu neuer Evidenz und neuer Tat.

Bonum quod est supprimitur, nunquam extinguitur.

Inhalts-Verzeichnis

Freiherr von Wrangel: Geleitwort 7

Professor Dr. Iwan Iljin: Einleitung . . . . 8—11

I. Teil: Grundlagen.

Professor Dr. Iwan Iljin: Die Ziele und die Hoffnungen . . . . 15—33

Der Kommunismus ist zielbewußt (15) — Marxismus als Religionsersatz (15) — Weltbewegung — Welteroberung (16) — Revolution, nicht Reform (18) — Klassenkampf, Parteiherrschaft (20) — Straffe Weltorganisation (22) — Enteignung, Verelendung (23) — Proletarisierung, Sozialisierung (24) — Die neue Elite (25) — Knechtung der Intelligenz (26) — Diktatur des Proletariats (27) — Der Kommunismus (28) — Der neue Mensch (30) — Die Hoffnungen (32)

Professor Dr. I. Iljin: Die Arbeitsmethoden 35—53

Das Problem des Wie (35) — Die Mentalität (35) — Alles ist erlaubt (36) — Die Spaltung der Welt (37) — Der Kampf (38) — Der Machtkomplex (39) — Der Waffenplatz wird gesichert (39) — Die Musterschule (41) — Die Delegationen (41) — Was gezeigt wird (42) — Die Propaganda (43) — Die Hetze (43) — Zermürbung der Hemmungen (44) — Das Versprechen (44) — Das Lustprinzip (45) — Die Massen (45) — Taktik der Einheitsfront (46) — Die Methode des Durchquerens (47) — Die internationale rote Armee (48) — Verleumdung (49) — Die Kommandohöhen (50) — Die legalen Möglichkeiten (50) — Geheimarbeit (50) — Die Zellen (51) — Die ununterbrochene Offensive (52) — Der letzte Angriff (53)

A. von Bunge: Die Kommunistische Partei 54—66

Ihre Bedeutung (54) — Die Zahl der Mitglieder (54) — Der Klassenbestand der Partei (55) — Die Schwierigkeiten beim Eintritt in die Partei (57) — Säuberung der Partei (58) — Die kommunistische Moral (59) — Das Benehmen der Kommunisten (59) — Die Kommunisten als regierende Partei (60) — Der Bildungszensus der Kommunisten (61) — Das innere Leben der Partei (62) — Die inneren parteilichen Zwistigkeiten (63) — Lenins alte Garde (64) — Der innere Kampf (65)

Professor N. Timaschew: Die Organisation der Diktatur . . . . 67—83

Die Verfassung (67) — Das Parteistatut (68) — Der erste Diktator (70) — Das Politbüro (71) — Der zweite Diktator (72) — Die Satrapen (73) — Die Scheindemokratie in der Partei (74) — Das Sicherungssystem (75) — Die Scheindemokratie im Staatswesen (77) — Die „autonomen" Staatsgebilde (79) — Die Wahlpraxis (80) — Die Sowjetbeamten auf dem Lande (81) — Der Parteiaufbau (83)

S. von Oldenburg: Die dritte Internationale 84—98

Das Programm (84) — Kommintern und EKKI (84) — EKKI und Sowjetregierung (86) — Sowjetunion und Kommintern (87) — Sektionen (87) — Jugendinternationale (89) — Fraueninternationale (89) — Der Aufbau der Weltorganisation (90) — Profintern (91) — Bauerninternationale (91) — Frontkämpfer (92) — Sport und Philatelie (92) — Rote Hilfe (92) — Freunde der Sowjetunion (93) — Lehrerinternationale (93) — Deutschland 1923 (94) — Bulgarien 1923 (94) — Estland 1924 (95) — China 1925-1927 (95) — England 1926 (96) — Die neueste Entwicklung (96) — Zusammenfassung (98)

Professor Dr. Iwan Iljin: Das System des Terrors . . . . 99—118

Worin es besteht (99) — Der kommunistische Terror (99) — Lenin als Begründer (101) — Die Tscheka (102) — Ideologie des Terrors (102) — Zweck und Mittel (103) — Schutz und Rache (103) — Wer sind die Feinde (103) — Wort und Tat (104) Capitis deminutio maxima (104) — Die Zahl der Opfer (105) — Die Verdächtigen (106) — Die Frage der Folter (107) — Die Tschekisten (108) — Der innere Nachrichtendienst (109) — Die Geheimagentur (110) — Der Umfang des Terrors (112) — Terror gegen die Sozialisten (112) — Terror gegen die Kommunisten (113) — Ein Weltterror in Vorbereitung (114) — Psychologie der Terroristen (115) — Angst (115) — Todeskampf (116) — Der Kitt (116) — Die bürgerliche Einstellung (116) — Die Macht der Zeit (117) — Der Despotismus (117) — Der Materialismus (117)

Professor Dr. Iwan Iljin: Kommunismus als Beamtenherrschaft . . . . 119—142

Panpolitismus (119) — Die Idee der Sowjetbürokratie (119) — Die Vollmacht (120) — Die ehemaligen Beamten (120) — Bürokratismus als Wunde (121) — Die Zahl der Angestellten (123) — Der systematische Abbau (124) — Die Ueberkompliziertheit des Apparates (124) — Die riesigen Unkosten (125) — Formalismus (126) — Die Papierflut (127) — Worte ohne Ende (128) — Der Unfug der Projekte (129) — Die Kalkulation (129) — Die Unwirtschaftlichkeit (130) — Die Schlepperei (131) — Die Zentralisation (132) — Die ungenügende Differenzierung (133) — Desorganisation (134) — Die Verantwortlichkeit (134) — Die Rechenschaften (136) — Der Personalbestand (137) — Bildung und Kultur (138) — Der Dünkel (139) — Allgemeines Rechtsverletzen (139) — Die Bestechlichkeit (140) — Unterschlagungen (140) — Die Notzucht der Frauen (141) — Zusammenfassung (141)

A. P. Demidoff: Die Nationalitätenpolitik in Sowjet-Rußland . . . . 143—164

Lenins Grundidee (143) — Autonomie oder Diktatur (145) — Die Sprachenfreiheit (146) — Die siegreiche Diktatur (147) — Die Mitläufer (150) — Die Eroberung (150) — Die Propaganda nach außen (151) — Die territoriale Differenzierung (152) — Ihre Unmöglichkeit (153) — Die nationalen Kämpfe (154) — Der Chauvinismus (156) — Die wirtschaftlichen Probleme (158) — Der wirtschaftliche Rückgang (158) — Die Freiheit (161) — Die Kultur (161) — Der Sittenverfall (162) — Zusammenfassung (163)

*** Das Militärwesen der U.S.S.R. . . . . . . 165—180

Krieg und Wehrmacht (165) — Die Zersetzungsstrategie des Kommunismus (167) — Die politische Grundlage der roten Armee (169) — Die geschichtliche Entwicklung der roten Armee (170) — Die Organisation der obersten Leitung der roten Armee (172) — Die innere Struktur der roten Armee (174) — Die Stimmung in der roten Armee (178)

II. Teil: Wirtschaft.

Professor Dr. Iwan Iljin: Das Schicksal des russischen Bauern . . . . 183—218

Revolution und Agrarkrise (183) — Die Vorgeschichte (184) — Die Standesordnung (185) — Die Leibeigenschaft (186) — Die Folgen der Leibeigenschaft (187) — Ihre verzögerte Aufhebung (188) — Die Bauernbefreiung (190) — Die Dorfgemeinde (191) — Die Anfänge des Kapitalismus (193) — Das Eingehen des Gutsbesitzes (193) — Die Uebervölkerung auf dem Lande (194) — Die Reform Stolypins (195) — Die Volkswirtschaft während der letzten 25 Jahre (197) — Die

landwirtschaftliche Zählung von 1916 (198) — Der Kriegskommunismus (200) — Die Nöp-Periode (201) — Die revolutionäre Bauernbilanz (202) — Der Kulak (206) — Die kalte Enteignung (208) — Der Angriff (209) — Die Kollektivierung (210) — Die Atempause (213) — Der Austritt (214) — Erfolge und Aussichten (215) — Die Enttäuschung des Bauern (216) — Das Schicksal des russischen Bauern (217)

M. Kritzky: Die wirtschaftliche Differenzierung der Bauernklasse . . . . 219—265

Der Bauer (219) — Die Landarbeiter, das landwirtschaftliche Proletariat (220) — Die ärmere Schicht (222) — Die reicheren Bauern (226) — Die Methoden der Kapitalanhäufung — das Inventar (228) — Kredit und Kooperation (230) — Die Pacht (231) — Handel und Wucher (232) — Getreidevorräte (232) — Die Mittelbauern-Wirtschaften (233) — Die wirtschaftlichen Vorgänge in den Mittelbauern-Wirtschaften (235) — Zusammenfassung (240) — Schlußfolgerungen (241) — Der Kulak wehrt sich (242) — Die Kollektivierung (244) — Prinzip der Freiwilligkeit (245) — Sturm und Drang (246) — Die Opfer (247) — Die Zahl (249) — Die Eintretenden (250) — Der große Zwiespalt (251) — Die freien Bauern (253): Der Arme (253) — Der Mittelbauer (254) — Der Kulak (255) — Die kollektivierten Bauern (257): — Der Arme (257) — Der Mittelbauer (258) — Die drei Hauptformen (259) — Die inneren Schwierigkeiten (260) — Das Lohnproblem (262)

A. von Bunge: Die deutschen Kolonisten in Rußland . . . . 266—277

Die ersten Deutschen in Rußland (266) — Entstehung der deutschen Kolonien (266) — Das Leben der Kolonisten (268) — Die Kolonisten und der Krieg (271) — Die Revolution (271) — Ihre Erfolge (272) — Enteignung und Kollektivierung (274) — Der Todesweg (276)

Dr. W. Hoeffding: Staatsfinanzen, Währung und Kredit in Sowjetrußland . . . . . . 278—291

Ihre Eigenart (278) — Drei Perioden (279) — Zwei Funktionen des Staatsbudgets (280) — Steuer und Preise (281) — Mechanismus der Preise (282) — Die Anleihen (284) — Freiwilliges Zeichnen (285) — Der Bauer und der Arbeiter (286) — Die Last (288) — Das Kreditsystem (289) — Die Währung (289) — Die Inflation (290)

Dr. A. Melkich: Die Industrie Sowjetrußlands . . . . 292—319

I. Die russische Industrie vor dem Kriege und ihre Beeinflussung durch Krieg, Revolution und „Kriegskommunismus“.

Aufschwung der russischen Vorkriegsindustrie (292) — Einfluß des Krieges auf die russische Industrie (294) — Eingriff der Regierung (295) — Einfluß der Revolution und ihrer kommunistischen Vertiefung (296)

II. Die Sowjet-Industrie, die „NÖP“ und ihre Organisation.

Dekret vom 10. April 1923 (299) — Die Resultate der ersten Jahre der „NÖP“ (300) — Syndikate und Konventionen (302) — General- und Typenabkommen und das System der Vorausbestellungen (302) — Gosplan (303) — Erlaß über die Truste vom 29. Juni 1927 (303) — Der Bürokratismus und seine Folgen (304)

III. Die Ergebnisse der Sowjetherrschaft in der Industrie.

Wiederaufbau der Industrie (304) — Die Quantitäts-Indikatoren (305) — Die Qualität der Produkte (307) — Selbstkostenpreis und Verschleißpreise (309) — Die Ursachen der hohen Gestehungskosten (311) — Der Stillstand der Betriebe und Werke (311) — Ausschuß in der Produktion (312) — Die falsche Ausnutzung der Arbeitskraft (312) — Der siebenstündige Arbeitstag und die ununterbrochene Produktionswoche (314) — Das Projekt der Ersetzung der technischen Beamten durch qualifizierte Arbeiter (314) — Sozialistischer Wettbewerb (315) — Die Beseitigung des Wettbewerbs mit dem Ausland (316) — Die Rentabilität der Sowjetindustrie (317) — Industrie und Staatsbudget (318)

Dr. W. Hoeffding: Aufstieg und Ende des Privathandels . . . . 320—334

Das erste Experiment (320) — Die „NÖP“ (320) — Die Gegenoffensive (322) — Das Abdrosseln des Privathandels (323) — Der Staatshandelsapparat (323) — Die kommunistische Warenverteilung (324) — Die Zwischenstufen im Staatshandel (326) — Die Handelsunkosten (327) — Der Dienst am Kunden (328) — Authentische Schätzungen (329) Zusammenfassung (333) — Das zweite Experiment (333)

Dr. W. Hoeffding: Das Außenhandelsmonopol und der auswärtige Handel Sowjetrußlands . . . . 335—355

Außenhandelsmonopol als Kommandohöhe (335) — Entwicklung des Außenhandels (337) — Anteil Rußlands am Welthandel (339) — Ursachen des Exportrückganges (339) — Verlustexport (344) — Das Sowjet-Dumping (344) — Motive des Dumpings (346) — Struktur-Aenderungen der Sowjetausfuhr (347) — Veränderte Struktur der Einfuhr (349) — Selbstblockade (350) — Maschinen zum Alteisen (351) — Handelsverträge (352) — Handelsvertretungen als Propagandazentralen (354)

Dr. W. Hoeffding: Der Fünfjahrsplan und die Voraussetzungen seiner Erfüllung 356—370

Das Ziel (356) — Das Tempo (357) — Das „finanzielle Manöver" (358) — Die „Durchbrüche" (360) — Selbstkosten (361) — Qualität der Sowjetwaren (362) — Investierungen (364) — Inflation (365) — Zerfall des Eisenbahnapparates (366) — Fünfjahresplan und Ernährungskrise (368) — Das Ergebnis (369)

Professor Dr. Iwan Iljin: Die Lage der Arbeiter . . . . 371—400

Diktatur des Proletariats (371) — Der Kriegskommunismus (372) — Die „NÖP"-Periode (373) — Das Monopol im Arbeitgeben und die Lohnknechte des Staates (374) — Nominallohn und Reallohn (375) — Die Preise (376) — Die Lebensmittelkrise (377) — Statistik und Wirklichkeit (379) — Die Differenzierung der Arbeiterlöhne (379) — Wirtschaft und Sozialpolitik (380) — Wechsel in den Belegschaften (382) — Die Unterstützung der Arbeitslosen (383) — Der Arbeitstag (387) — Sieben Stunden Arbeit (389) — Der ununterbrochene Produktionstag (390) — Die Betriebsunfälle (391) — Der Arbeiterschutz (392) — Die Wohnungsfrage (393) — Wohnungspolitik und Wohnfläche (394) — Gesundheitspflege (395) — Arbeitsdisziplin (395) — Arbeitsversäumnis (396) — Die Hervorgeschobenen (397) — Die Diebstähle (398) — Die Enttäuschung (398)

Dr. W. Hoeffding: Die Wohnungsfrage in Sowjetrußland . . . . 401—415

Die Enteignung (401) — Der Zusammenbruch (402) — Der Rückzug (404) — Der Klassenmietzins (404) — Die Wohnfläche (406) — Die gegenwärtigen Besitzer (408) — Wie der Arbeiter wohnt (410) — Der Wohnungsbau (411) — Die Schwierigkeiten (412) — Zusammenfassung (414)

Dr. A. Melkich: Die ausländischen Konzessionen . . . . 416—433

Die ersten Versuche (416) — NÖP und Konzessionen (417) — Das Dekret vom 23. November 1920 und seine Richtlinien (419) — Die üblichen Bedingungen der Konzessions-Verträge (423) — Die Formen der Konzessionen (427) — Die Verträge über technische Hilfe (427) — Die Ergebnisse der Konzessionswirtschaft (428) — Die Gründe der Erfolglosigkeit der Konzessionspflicht (429)

III. Teil: Kultur.

Professor N. von Arseniew: Bolschewismus und Religion . . . . 437—458

Bolschewismus ist Weltanschauung (437) — Haß gegen die Religion (438) — Die Bekämpfung (439) — Das Gesetz vom Jahre 1929 (442) — Staat und Kirche (442) — Die Verbannung (445) — Die Hinrichtungen (447) — Die Kirchen (448) — „Auf Wunsch der Bevölkerung" (450) — Die Propaganda (453) — Die Schule (455) — Die Kollektivierung (456) — Der Priesterstand (457) — Die Verfolgung wird fortgesetzt (458)

A. von Bunge: Die Ehe und die Lage der Frau . . . . 459—471

Der Feldzug gegen die Familie (459) — Die Gesetzgebung über die Ehe (459) — Die Ehescheidung (461) — Folgen der kommunistischen Gesetzgebung (463) — Die Propaganda (464) — Die Vergewaltigungen von Frauen (466) — Die „Befreiung der Frau" (467) — Die Prostitution (469)

Dr. L. Axenof: Die verwahrlosten Kinder 472—487

Das Problem (472) — Wie die Kinder leben (473) — Das Nachtasyl (474) — Ernährung und Broterwerb (476) — Der geistige Zustand (477) — Wie das Elend entstanden ist (478) — Der Bürgerkrieg (479) — Die Hungerjahre (480) — Die Epidemie (480) — Die Enteignung (481) — Der Terror (481) — Die Arbeitslosigkeit (481) — Die Bekämpfung der Not (482) — Die Kinderheime (483) — Die Zahl der verwahrlosten Kinder (484) — Das Aussterben (485) — Das Alter (485) — Die Eltern (486)

A. von Bunge: Die Jugend im Sowjetstaate 488—500

Die Hoffnungen (488) — Der Komsomol, seine Aufgaben und sein Erfolg (488) — Die Zahl der Komsomolzy (490) — Das Komsomol-Leben (490) — Säuberungsaktion (491) — Die Massenaustritte aus dem Komsomol und ihre Gründe (491) — Die verschiedenen Strömungen im Komsomol (493) — Religiöse Strömungen (493) — Ge-

schäftsleute (495) — Die Gesundheit der Komsolmolzy (496) — Die Jugend außerhalb des Komsomol (497)

Boris Nikolsky: Die Schule . . . . 501—518
Die geschichtliche Basis des russischen Schulwesens (501) — Das System (502) — Die Qualität (503) — Der Lehrerstamm (504) — Die materielle Basis (504) — Die Volksbildung im Sowjetstaate (504) — Die Einheitsschule (505) — Die Schulung zum Kommunismus (506) — Die neue Gliederung des Schulwesens (506) — Das Schulmonopol des Staates (507) — Die proletarische Auslese (508) — Der Geist des Experimentierens (509) — Die Komplexmethode (510) — Der reelle Unterricht (511) Die Folgen und ihre Schätzung (512) — Erziehung und Moral (514) — Der Schullehrer (515)

Professor N. Timaschew: Die Hochschule . . . 519—533
Das Wohl des Volkes (519) — Die Hochschule im modernen Staate (519) — Die russische Hochschule und ihre Ablehnung (520) — Die Studentenschaft (521) — Abschaffung der Vorstudien (521) — Die Arbeiterfakultäten (522) — Ihr sozialer Bestand (523) — Die Folgen der Klassenauslese (525) — Das Programm (526) — Die Professur (528) — Das Ende der Autonomie (530) — Die Säuberung (531) — Zusammenfassung (533)

Dr. A. Melkich: Das Gerichtswesen. Theorie und Praxis . . . . 534—547
Die Anfänge der Klassenjustiz (534) — Die weitere Ausbildung (535) — Das Wesen der „Neuen ökonomischen Politik" (536) — Der strafrechtliche Kodex 1922 und das Kriterium der „sozialen Gefährlichkeit" (537) — Regulierung der zivilrechtlichen Verhältnisse (537) — Die Kommandohöhen (538) — Das Kriterium des Klasseninteresses (539) — Die Gesetzerläuterung der NÖP-Periode (540) — Das gegenwärtige System der Gerichtsbehörden (541) — Die charakteristischen Merkmale des „einheitlichen Gerichtssystems" (541) — Die „Volksbeisitzer" (542) — Die Volksrichter (543) — Die Art der Ernennung der Richter und ihre Folgen (543) — Abhängigkeit und Absetzbarkeit der Sowjetrichter (544) — Das Kassationsverfahren (544) — Der Richter und die Partei (545) — Das sittliche Niveau (546)

Professor N. Kulman: Die Literatur . . . . . 548—566
Die Zerstörung (548) — Der kommunistische Aufbau (549) — Die Ausgewanderten (551) — Das Martyrium (551) — Was wird gefordert (554) — Der soziale Auftrag (555) — Die Mitläufer (557) — Die Verdächtigen (558) — Die Tradition (560) — Die Leser (561) — Was gelesen und geschätzt wird (562) — Die Tendenz der Kommunisten (563) — Zusammenfassung (565)

Professor Dr. Iwan Iljin: Nachwort . . . . . . 567—568